

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch
u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

===== Heft 300 =====

Die Entstehung und rechtliche Natur des Memelstatuts und seine praktische Auswirkung bis zum heutigen Tag

Von

Dr. Thorsten Waino Kalijarvi

=====

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1937

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Historische Studien

Die Entstehung und
Entwicklung der
deutschen Sprache
von der Vorzeit
bis zur Gegenwart
von Dr. phil. h. c. h.
H. Paul
Leipzig, Verlag von
B. G. Teubner

Die Entstehung und
Entwicklung der
deutschen Sprache
von der Vorzeit
bis zur Gegenwart
von Dr. phil. h. c. h.
H. Paul
Leipzig, Verlag von
B. G. Teubner

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Dr. phil. h. c. h.
H. Paul

Printed in the United States of America

Inhalts-Verzeichnis

Teil I.

Einführung.

- Kapitel I. Einführung. Geographie und Bevölkerung
Kapitel II. Der geschichtliche Hintergrund

Teil II.

Entstehung und Entwicklung des Statuts.

- Kapitel III. Entscheidung des Schicksals der Memelländer — Vom Ausbruch des Weltkrieges bis zur Unterzeichnung des Vertrages von Versailles
Kapitel IV. — Vom Vertrag von Versailles bis zum litauischen Staatsstreich im Januar 1923
Kapitel V. Litauens Druck auf die Botschafterkonferenz
Kapitel VI. Entwürfe und Gegenentwürfe
Kapitel VII. Appell an den Völkerbundsrat — Das Abkommen und das Statut

Teil III.

Die Entwicklung der einzelnen Artikel des Statuts.

- Kapitel VIII. Allgemeine Artikel
Kapitel IX. Verteilung der Kräfte
Kapitel X. Artikel, die Personen berühren

Teil IV.

Die rechtliche Natur des Statuts.

- Kapitel XI. Die rechtliche Natur des Statuts

Teil V.

Die praktische Entwicklung des Statuts bis zum heutigen Tage.

- Kapitel XII. Die Anwendung des Statuts bis zum heutigen Tage .
Schlußfolgerungen
Bibliographie

Digitized by the Internet Archive
in 2024

TEIL I

Einführung.

Kapitel I.

Einführung.

Geographie und Bevölkerung.

§ 1. Definition des Problems. Der Vertrag von Versailles schuf das Memelland und rief seine vielen Probleme hervor. Aus dem Vertrag erwuchs „Das Abkommen betreffend die Übereignung des Memelgebietes“,¹ das aus achtzehn Artikeln und drei Anhängen besteht. Der erste Anhang ist das berühmte „Statut des Memelgebietes“. ² Seine Entstehung, rechtliche Natur und praktische Auswirkung sind Gegenstände dieser Studie. Das Statut kann aber nicht ohne Kenntnis des Abkommens verstanden werden, von dem es „ein integraler Teil“ ist.³ Es ist daher notwendig, hier und da auf Einzelheiten des Abkommens einzugehen — Einzelheiten, die sonst mit dem hier behandelten Problem nur entfernt zu tun haben.

§ 2. Geographie. Der Name „Memel“ bezieht sich auf das Gebiet, den Kreis und die Stadt. Die Stadt ⁴ ist die Hauptstadt des Gebiets und des Kreises. Sie liegt gegenüber dem Teil des Kurischen Haffes, das sich an der Mündung des Dangefflusses zur Ostsee öffnet. Bis 1919 war Memel die nördlichste aller ost-

1. Dokumente des Völkerbundes, C. 159. M. 39., 1924, VII. S. 97 ff.

2. Ibid., S. 102—113.

3. Ibid., Artikel 16 des Abkommens.

4. Auch Memelburg, Memelle, Memelia, Memelium, Memella, Memelburgum, Cleipeda, Klaipeda, Klenpeda, Troipeded und Klajpeda usw. genannt. Die Ableitungen von dem Wort Memel kommen von dem Namen des Flußes, der ursprünglich Mummel hieß. Die Form Klaipeda kommt von dem litauischen Wort „klajs“ her, das so viel wie flach oder eben bedeutet und pėda oder padas bedeutet Grund oder Begründung. Das ganze Wort hat daher die Bedeutung von flacher Umgebung oder Gebiet. Nach Meyer's Lexikon ist Klaipėd nicht litauisch. Siehe: Großes Universal Lexikon, Band 20, S. 577—578; J. Sembritzki, Geschichte der Königlich Preussischen See- und Handelsstadt Memel, Kapitel 1.

preußischen Städte.⁵ Der Kreis ist ein Teil der die Stadt früher umgebenden Verwaltungseinheit Preußens. Es gibt drei solche Kreise im Gebiet. Das Memelgebiet, das später im Einzelnen beschrieben wird, ist der Teil des Vorkriegs-Preußens, der zwischen dem Memelfluß und der alten russisch-deutschen Grenze liegt, die etwas östlich von Schmalleningken beginnt. Es wird vom Kurischen Haff bespült und erstreckt sich nördlich über Nimmersatt hinaus in einer Längenausdehnung von etwas mehr als 90 Meilen.

Dem Memelgebiet gegenüber liegt die Kurische Nehrung, eine Landzunge, die aus Sanddünen, zum Teil Wanderdünen, besteht und die Ostsee vom Kurischen Haff trennt. Diese eigenartige geographische Erscheinung entstand dadurch, daß beim Rückgang des Süßwassers, das früher das ganze Gebiet überflutete, an der Stelle, wo es mit dem Salzwasser der offenen See zusammentraf, eine Verlandung eintrat.⁶ Das Memelgebiet hat ungefähr die Größe Luxemburgs.⁷ Zum Teil besteht das Land aus Wiesen, Wäldern und Mooren. Der günstige Sandstrand an den Ufern und das fast gleichmäßige Klima haben ständig, besonders auf der Nehrung, Sommergäste angezogen. Der Fischreichtum ist groß, und die Nehrung ist durch ihren Elchbestand berühmt. Infolge der Flachheit des Landes wird die Bevölkerung oft durch Überschwemmungen besonders im Frühling und Herbst bedroht. Das Memelgebiet gehört zu dem großen Wassersystem Litauens, eines Teiles von Polen und eines Teiles von Rußland.⁸ Der Niemen oder Memelfluß durchströmt das Gebiet und sollte unter normalen Verhältnissen seinen natürlichen Handelsweg dar-

5. L. Jahn, *Memel als Hafen und Handelsstadt*, S. 1—11.

6. Richard Meyer, *Heimatkunde des Memelsgebiets*, S. 3 ff.

7. Johann v. Leers — *Memelland*, S. 7.

W. H. Dawson in „*Germany under the Treaty*“ schätzt die Größe des Gebiets auf 930 Quadratmeilen Land und 70 Quadratmeilen Wasser, S. 244. Gade's Schätzung ist 945 Quadratmeilen, *Foreign Affairs*, Band 2, Nr. 3, S. 411. Oestergaard's *Lexikon* gibt 2860 qkm an, von denen 443 qkm durch das Kurische Haff eingenommen werden, Band 13, S. 746; Meyer's *Lexikon*, 7. Ausgabe, 2657 qkm. Art. Memelgebiet, S. 220—222. Was die Kreise angeht, so hat der Kreis Memel-Land ein Gebiet von 844 qkm, Heydekrug 645 qkm und Pögen 928 qkm Umfang. Die Stadt Memel bedeckt ein Gebiet von 24—26 qkm und besitzt weitere 55—65 qkm Land. *Haushaltsplan*, 1927.

8. Rolf Schierenberg, *Die Memelfrage als Randstaatenproblem*, S. 18.

stellen.⁹ Als politische Grenze kann man bezeichnen das alte Rußland im Norden und Osten, die Ostsee im Westen und den Memelfluß im Süden; sie laufen ziemlich parallel einem natürlichen Dreieck, in dem das ganze Gebiet liegt. Dieses Dreieck wird aus dem Memelfluß im Süden, dem Telscher Hügelland im Osten und der See im Westen gebildet.¹⁰ Der Charakter des Landes¹¹ hat sein Leben bestimmt. Früher bildete es einen Teil der Landwirtschafts-Provinz Ostpreußen. Das Land eignet sich für Bauern- und Forstwirtschaft und mehr als 70 % seiner Bevölkerung verdient damit ihren Lebensunterhalt. Ein weiterer Teil der Bevölkerung beschäftigt sich mit Fischerei. Der Fluß ist der natürliche Weg für Holzflöße vom Hinterland zur Ostsee,¹² obwohl infolge politischer Schwierigkeiten vor dem Krieg und der litauischen Beschränkungen seit 1923 ein großer Teil des Holzhandels auf dem Schienenweg über Königsberg geht.¹³

1914 war der Memeler Hafen, verglichen mit Libau, Riga und Königsberg unbedeutend. Heute trifft dies erst recht zu. Die von Litauen errichtete Wirtschaftsbarriere zwingt die polnischen Waren über Königsberg und Gdingen, die russischen über Riga und Libau zu gehen.¹⁴ Als der Holzverkehr einschrumpfte, wandte sich die Bevölkerung stärker als zuvor der Erzeugung von Eiern

9. W. K. Korostowetz, *The Rebirth of Poland*, S. 235 ff.

10. Schierenberg, S. 18 ff. Der Schenkel des Dreiecks läuft entlang dem Schamaiten Hochland, das die wirkliche natürliche Grenze — die nicht der Fluß ist — zwischen Deutschland und seinem nördlichen Nachbarn bildet.

H. Mortensen, *Die Nationalitätengrenze zwischen Alt-Preußen und Litauen*. Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde, 1922, S. 53—56.

11. Martin Grigat, *Die Memelniederung*, Eine gute Darstellung der Bevölkerung, des Lebens und des Landes.

12. Korostowetz, S. 235.

13. Königsberg hat, sowohl es eine spätere Gründung als Memel ist, diese Stadt überflügelt und seinen Handel zum großen Teil an sich gezogen. Eine sehr klare Darstellung hierüber befindet sich in der Sammlung einiger Denkwürdigkeiten von der Königlich Preussischen Immediat-Stadt Memel, Heft 3 und 4.

14. Jahn, S. 13. Die rosigen Versprechungen und Erwartungen, die Litauen der Welt für Memels Schicksal gab, sind nicht verwirklicht worden. Bericht der Handelskammer für das Memelgebiet, 1925, S. 10, 11, 59, 61.

und Butter für den ihr verbleibenden Markt zu;¹⁵ aber heute sind die Märkte für diese landwirtschaftlichen Erzeugnisse geschlossen, und das Wirtschaftsleben des Agrarlandes leidend. Memel hat einen kleinen Ausfuhrhandel in Flachs, Hafer, Leinsamen, Roggen und Korn. Die Stadt Memel besitzt chemische Fabriken, eine Cellulosefabrik und stellt Ziegel und Kisten her.

Die Haupteisenbahnlinie führt von Tilsit über Memel nach Libau. Während des Krieges baute Deutschland die Linien Bajorhen-Prekultn und Laugszargen-Monkusuki.¹⁶

Straßen sind überall zu finden, doch ist ein scharfer Gegensatz zwischen den wohl erhaltenen Straßen in Memel und denen jenseits der alten russischen Grenze sichtbar.¹⁷

§ 3. Bevölkerung. Hinsichtlich der Bevölkerung des Memelgebietes und der Frage seiner ursprünglichen Einwohner ist ein bitterer Streit entbrannt.¹⁸ Eine Durchprüfung der Ansichten der alten und modernen Autoritäten zeigt zunächst, daß große Meinungsverschiedenheiten über die ursprünglichen Einwohner bestehen und zum zweiten, daß alle darin übereinstimmen, daß die Urbevölkerung im Memelgebiet nicht mehr zu finden ist.

Die Bevölkerungsgeschichte ist ein Teil derjenigen von Ostpreußen. Vor der Ankunft des Ordens in diesem Gebiet lebten die alten Preußen südlich des Memelflusses und ein schmaler Landstreifen, der von Nadrauern bewohnt wurde, trennte sie vom

15. Einschränkende Handelsmaßnahmen haben (Februar 1925) den Preis für Eier auf 1 Pfg. pro Stück, für Milch auf 2,5 Pfg. pro Liter, für Kälber auf 10 Mk. und für eine Kuh auf 40 Mk. heruntergedrückt. Die Bevölkerung Memels leidet außerordentlich durch den zwischen Litauen und Deutschland bestehenden Handelskrieg.

16. Jahn, S. 12.

17. Siehe die Abbildungen am Ende des Buches von Friedrich Janz, Die Entstehung des Memelgebietes.

18. Vgl. z. B. die Karte von A. Katschinski, Das Schicksal des Memellandes, S. 12, mit der von Schierenberg für das Jahr 1282. Nach dem Ersteren erreichten die Schalauer das jenseitige Ufer des Memelflusses, während der Letztere sie nur für das Nordufer des Flusses angibt. Oscar Hahn überschreibt seine Karte Aus Altpreußens Vergangenheit mit „Litauen“ für das ganze Gebiet und bezeichnet die Schalauer nur als Untergruppe der Litauer.

Flusse. Östlich von den Preußen¹⁹ lebten die Sudrauer oder Jatwinger und noch weiter östlich die Litauer. Das heute Memelland genannte Gebiet war von den Schalauern und einigen Kuren bewohnt und nördlich sowie etwas nach dem Osten zu lebten die Schamaiten.²⁰ Alle diese Völker bildeten mit den Litauern²¹ eine der ältesten Rassen Europas. Aus der historischen Darstellung wird ersichtlich werden, daß eine Reihe von zerstörenden Kriegen die meisten dieser Ureinwohner aufrieb, vertrieb oder tötete und daß der Rest in den Eroberer-Völkern aufging.²²

19. Nach G. Gerullis (in Eberts Reallexikon der Vorgeschichte, Berlin 1924, I 138) nannten sie sich selbst Prusai. Die Bedeutung ist nicht bekannt. Die Formen Pruzzen, Prutheni, Borussen u. a. m. sind spätere, meist gelehrte Umbildungen.

20. Die beste Arbeit über diese Frage ist die von Gertrud Mortensen, Beiträge zu den Nationalitäten- und Siedlungsverhältnissen von Preußisch Litauen, veröffentlicht 1927.

21. Katschinski leitet den Namen Litauen von König Lithanano ab, dessen Sohn diesen Namen dem Land gegeben habe, S. 15.

22. Für die Darstellung und die zum Teil auseinandergehenden Ansichten über die frühesten Einwohner siehe: Gertrud Mortensen, Memorandum on the Memel Question, S. 1—3; Karl Lohmeyer, Geschichte von Ost- und Westpreußen; Alfred Katschinski, Das Schicksal des Memellandes, S. 1, 16; Katschinski verweist die Finnen nach dem Norden, die Letten an die Düna, die Kuren an die Küste des Kurischen Haffs auf die Linie von Russ-Coadjuthen, die Litauer an den oberen und mittleren Niemen mit Wilna und Kowno als Stützpunkte. Er glaubt, daß die ersten Ansiedler die Jatwinger waren, die ihr Gebiet in Kriegszügen gegen die Slawen verloren. Weitere Behandlungen dieser Frage finden sich in P. Karge, Die Litauerfrage in Altpreußen in geschichtlicher Beleuchtung, 1. Teil; Walter Harich, Das Ostproblem, S. 1—14; Oscar Hahn, a. a. O., S. 1—9; J. Ganss, Das Memelland, S. 1—9; Kurt Behrendt, Die Memelfrage, S. 1—13; Felix Arvydas, Das Memelland, S. 6—13; G. Mortensen, a. a. O., S. 53 bis 56; Emil Niepmann, Edward Rotherths Karten und Skizzen aus der Geschichte des Mittelalters, Nr. 1, 3, 9, 18, 25, 26, 30, 36, 40; Richard Meyer, a. a. O., S. 46 ff.; Walter Wendenburg und Hans Friedrich Lange, Die Memelfrage, S. 1 ff., J. Ganss, Die Völkischen Verhältnisse des Memellandes, S. 13—36; Schierenberg, a. a. O., S. 1—16; Johann von Leers, a. a. O., S. 12—20; W. St. Vyduenas, Siebenhundert Jahre deutsch-litauischer Beziehungen, S. 120 ff.; Heinrich von Treitschke, Historische und Politische Aufsätze, S. 1—6; Johannes Sembritzki, Geschichte der Königlich Preussischen See- und Handelsstadt Memel, Kapitel 1; Richard Sebicht, Unseremittelalterliche Ostmarkenpolitik, S. 119 ff.; und Lotar Weber, Preußen vor 500 Jahren in kulturhistorischer, statistischer und militärischer Beziehung, S. 1—37 und ff; Die alten Autoritäten sind seit drei Gene-

Die mit dem Deutschen Ritterorden geführten Kriege entvölkerten buchstäblich einen Teil des heutigen Memelgebietes.²³

Die von den Herrschern begünstigte Wiederbevölkerung erstreckte sich über zwei Jahrhunderte.²⁴ Ohne auf die Auseinandersetzungen einzugehen, kann gesagt werden, daß die gegenwärtigen Bewohner des Memellandes nicht die Nachkommen der Ureinwohner sind; daß das Gebiet nicht durch eine einzige Rasse wiederbevölkert wurde und daß schließlich angesichts dieser beiden Behauptungen eine Rassenstatistik für das Gebiet notwendigerweise irreführend sein muß.

Die Zahl der Bevölkerung im Memelgebiet war zu den verschiedenen Zeiten gleichfalls verschieden. Für die Zeit vor dem

rationen, besonders seit dem Kriege, angegriffen worden. Besondere Gegenstände dieser Attacken waren die alten Chroniken, die sich in der Sammlung *Scriptores Rerum Prussicarum* finden, besonders Peter Dusberg, Adalbert Bezzenberger, *Die litauisch-preußische Grenze*; und M. Töppen, *Geschichte der Preussischen Historiographie*. Sogar die alten Chronisten wichen in ihren Ansichten über die frühesten Bewohner von einander ab, wie Töppen, a.a.O. in seiner Diskussion über Kaspar Hennenberger zeigt.

23. Gertrud Mortensen, besonders S. 44 ff., auch S. 26 ff. und 54 ff.

24. Vydūnas, S. 286, zählt unter den Einwanderern auf: Schweizer, Franzosen, Pfälzer, Magdeburger und Holländer in einer Zahl von 6—700 000. Er gibt an, daß die Anziehungskraft für Einwanderer besonders stark gewesen sei, weil der Dienst in Memel leichter als in anderen Teilen Ostpreußens war.

Auf Seite 23 gibt Katschinski folgende Tabelle der Einwanderer und der Zuzugsjahre:

1. Protestanten aus der Schweiz und Hugenotten aus Frankreich zur Zeit des Großen Kurfürsten	1,000
2. Aus Mitteldeutschland (1711—1713)	27,000
3. Aus Süddeutschland (1721—1728)	20,000 Familien, insgesamt
4. Salzburg (1732)	17,000
5. Mennoniten aus Kulm	3,000
6. (1751—1756) aus Deutschland 1230 Familien	6,150
7. Holländer, Polen, Schotten, Engländer, zirka	5,850
insgesamt	160,000

Arvydas, S. 35, greift diese Zahlen als oberflächlich und ungenau an. Unter Berufung auf Töppen und Bezzenberger stützt er seine Beweise auf Lowmiaski und Gerullis, um sich mit Mortensen, Karge, Ganss und Katschinski, S. 21—35, auseinander zu setzen. Offenbar sind die genauen Ziffern nicht festzustellen. Viele Kirchenbücher und Listen sind verbrannt oder zerstört worden. Dazu kommt, daß das Bevölkerungsgemisch die Rassenbestimmung schon früh erschwerte.

Orden kann ihre Zahl nur erraten werden.²⁵ Zwischen 1422 und 1709 hatte die Wiederbevölkerung ein befriedigendes Maß erreicht. Die Bevölkerungszahl von 1709 steht gleichfalls nicht fest, doch ist es sicher, daß sie stärker war als heute.²⁶ Der Pest mußte ein enormer Zoll an Menschenleben gezahlt werden und in den beiden Jahren von 1709 und 1710 sank die Bevölkerung auf die Hälfte derjenigen von 1708 herab. In Ostpreußen fiel die Bevölkerungszahl von etwa 600,000 auf 200,000. Im nächsten Jahrhundert fand eine beachtliche Einwanderung von Angehörigen der vorher erwähnten verschiedenen Nationalitäten statt.²⁷ Sie wurden besonders von Friedrich Wilhelm I.²⁸ und Friedrich dem Großen²⁹ ermutigt.

1905 war die Gesamtbevölkerung 139,738.³⁰ 1910 war die Zahl ein wenig über 141,000.³¹ Bis 1919 war eine leichte Zu-

25. Ungenaue Hinweise finden sich bei Dusburg, Nicolaus Jeroschin, Chronik von Oliva, Der Canonicus von Samland, Wigand von Marburg, Johannes von Pusilg, Stadtschreiber von Culm, Zamelsche Chronik und Hochmeister Chronik. Siehe Töppen und Niepmann, Nr. 3, 9, 18.

26. Katschinski, S. 16 ff. gibt für ganz Ostpreußen 1709 eine Bevölkerung von 600 000 an.

27. Katschinski schätzt, daß ungefähr 160 000 nach Ostpreußen einwanderten.

28. Ganss, S. 32.

29. Ibid., S. 33.

30. Katschinski, S. 30, 69,642 davon sprachen deutsch und 69,563 litauisch.

31. Die Zahlen schwanken etwas wie folgt:

		deutsch sprechend	litauisch sprechend
Ganss (Das Memel- land), S. 3.	141,238	73,809	67,124
Ganss (Völk. Verhältn. S. 120)	140,766	(nicht angegeben)	65,345
Johann von Leers, S. 7	140,675	64,158	37,626
Felix Borchardt, S. 283—284	nicht angegeben	68,000	54,000
P. Langhaus (Deutsche und Litauer im Memelgebiet	141,455	72,160	68,035

Die Liste könnte fortgesetzt werden, doch genügt sie, um zu zeigen, wie unzuverlässig die Zahlen in dieser Frage sind. Die litauischen Schriftsteller Arvydas und Vydūnas lehnen sich gegen die deutschen Zahlen auf, doch wird kein Grund angeführt, warum die im Text angegebenen Zahlen für sie nicht annehmbar sind.

nahme festzustellen;³² aber die Zahl ist bis heute praktisch die gleiche geblieben.³³

Über das Verhältnis der deutschsprechenden Bevölkerung verglichen mit der litauischen ist eine bemerkenswerte Diskussion im Gange.³⁴ Einwohner anderer Rassen von Bedeutung finden sich im Gebiet nicht. Die polnische Gruppe war nie groß genug, um überhaupt erwähnt zu werden und hat immer nur einen winzigen Teil der Gesamtbevölkerung ausgemacht. (Daß die französischen, von General Odry geführten Truppen bei der Besatzung im Jahre 1920 von einem polnischen Dolmetscher begleitet waren, zeigt, wie wenig die Botschafterkonferenz von der Bevölkerung des Gebietes wußte, über dessen Schicksal sie entschied).

Ob sich eine Rasse in der Mehrheit befindet oder ob in Memel mehr deutsch als litauisch gesprochen wird oder umgekehrt, ist nicht der bestimmende Faktor in diesem Gebiet. Mit der Regelung von 1923 hatte das auch nichts zu tun. Diese Fragen haben erst seit 1928 eine gewisse theoretische Bedeutung erhalten.³⁵

Die Kultur des Gebietes ist ohne Frage deutsch. Die Religion

32. 144,284 nach Ganss, Völk. Verhältnisse, S. 134.

33. 1925 — Ganss, Memelland	141,740
1924 — Meyer's Lexikon	141,274
1925 — Meyer's Lexikon	142,483
1924 — Gade	150,000

34. Ernest Lémonon's durch nichts gestützte Behauptung, daß „au point de vue ethnique“ das Gebiet „moitié polonais et moitié lithuanien“ sei, ist nur eine der vielen Absurditäten in seinem Artikel, in dem er behauptet, daß der Einmarsch in das Gebiet am 11. Januar stattfand und weiter sagt: „ce statut, avec ses deux annexes complémentaires...“. Der Einmarsch fand am 9. und 10. Januar statt, in der Stadt Memel selbst am 15. Januar. Das Statut hat keinen Anhang, da es selbst das erste von drei dem Memelabkommen hinzugefügten Anhängen ist. Es befinden sich noch verschiedene andere Fehler in dem Artikel „Le Sleswig, Dantzig et Memel depuis la Guerre“ in *Revue Politique et Parlementaire*, Nr. 128, 1926; S. 424—438. Die oben angeführten Fehler finden sich auf den Seiten 435 und 436.

35. Auf die komplizierte Sprachenfrage einzugehen, erscheint nicht notwendig. Es bestehen auch Gegensätze darin, ob gewisse Namen als litauisch anzusehen sind. Eine Schule von mit dem Gebiet beschäftigten Verfassern glaubt, daß die vielen litauischen Namen die Zeugen früherer litauischer Herrschaft seien. Die ihr entgegengesetzte Schule, die den litauischen Charakter der Namen von Städten, Dörfern, Flüssen usw. nicht leugnet, ist der Ansicht, daß die Namensgebung durch Litauer erfolgte, denen unter deutscher Herrschaft gestattet wurde, in das Memelgebiet zu kommen und sich dort niederzulassen. Einen guten Begriff von diesem

ist die protestantische. Während die Kultur in Litauen russisch und die Religion römisch-katholisch ist, ist das Memelgebiet vorwiegend evangelisch-lutherisch und verfügt über eine besondere Synode.³⁶ Es hat seine eigenen Volksschulen, höheren Schulen, ein Lyzeum, Lehrerseminar, Handelsschulen, Theater, Buchläden und kulturelle Institutionen. Deutsch ist die Sprache, die von den Gebildeten gesprochen wird und das ist nicht zu verwundern, wenn wir bedenken, daß die Deutschen das Land über 500 Jahre mit nur kurzen Ausnahmen besaßen. Bis vor kurzem waren alle hauptsächlichen Zeitungen in deutscher Sprache gedruckt. Natürlich gibt es auch litauische Zeitungen, litauische Gottesdienste und gebildete Litauer. Eine bezeichnende Tatsache ist, daß die politische Grenze zwischen Rußland und Deutschland vor 1914 gleichzeitig eine religiöse, wirtschaftliche und kulturelle war und so ist es bis heute geblieben. Das Memelland steht gesondert von Litauen da. Die durch das Abkommen zugesicherte Autonomie und die Signatarstaaten erkannten diese Tatsache an.³⁷

Der Aloisi-Bericht sagt richtig, daß hier die Grenze zwischen Europa und Asien liegt.

Kampf erhält man beim Studium folgender Schriften: Arvydas, S. W. Staniewicz, *Sprawa Kłajpedy*; Sembritzki, *Geschichte*, Kap. 1; von Leers, S. 1—20; Katschinski, S. 1—30; Karge, S. 40 ff.

36. Die Volkszählung von 1910 wies 133,330 Evangelische, 5,403 Katholiken und 2,505 Israeliten auf. — Ganss, *Das Memelland*, S. 3.

37. St. Vydūnas sagt von dem Gebiet, „...einem kleinen Teil rein deutsch, zu einem größeren Teil gemischten Blutes. Ein ähnlich großer Teil ist reiner litauischer Abstammung mit litauischer Sprache, und der größte Teil litauischer Herkunft mit deutscher Sprache.“ Seine Zahlen zeigen, daß, obwohl drei Viertel der Bevölkerung litauischer Abstammung sein sollen, die Schulen, das Geschäftsleben, die Gerichte, die Sprache, die Kultur usw. deutsch sind. a. a. O., S. 120 ff.

Über die religiöse Frage ist bei K. Ballerstedt, *Die evangelisch-lutherische Kirche in Litauen im Kampf um ihre Freiheit*, Näheres zu ersehen. Für die entgegengesetzte Ansicht siehe Gaigalatis, *Die evangelisch-lutherische Kirche in Litauen, ihre Nöte und Kämpfe im Zeitraum von 1925 bis 1929*. (Der Name des letztgenannten Verfassers befindet sich an verschiedenen Stellen verschieden geschrieben: Gaigalat, Gaigalaitis, Gaigailat. Die Verschiedenheit der Schreibweise in dieser Arbeit gibt den Namen so wieder, wie ihn der Mann selbst schreibt oder wie er in seinen Arbeiten, die als Quelle benutzt werden, geschrieben ist).

Für die kulturelle Seite siehe Meyer, *Heimatkunde*; Vydūnas; und Katschinski. John Sembritzki in *Adel und Bürgerstand in und um Memel* zeigt durch eine lange Liste von Namen aus Kirchenregistern, daß der Adel des Gebietes deutsch ist.

Kapitel II.

Der historische Hintergrund.

§ 4. Die Geschichte — Vor der Ankunft des Deutschen Ordens. Wenn auch der Zweck dieser Arbeit ist, die Entstehung und Entwicklung des Statuts aufzuzeigen, so ist doch eine kurze historische Einführung unumgänglich zum Verständnis des gegenwärtigen Memelgebietes, dessen Schicksal das Statut bestimmt.

Über die Frühzeit herrscht nur eine ungenügende Kenntnis. Die erste Bevölkerung, (soweit sie sich aus den Funden bestimmen läßt), entwickelte sich in der bekannten Weise durch die beiden Steinzeiten, die Bronze- und die Eisenzeit. Sie waren Naturanbeter und verbrannten ihre Toten. Die Ureinwohner gehörten wahrscheinlich zur baltischen Rasse, und die Römer, die ihrer Erwähnung tun, wie Plinius und Tacitus, nennen sie Aisten. Versuche, sie zu christianisieren, hatten ungenügende Erfolge. Verschiedene Missionare, unter ihnen Adalbert von Prag (997) mußten ihre Bestrebungen mit dem Märtyrertode enden, bis mit der Ankunft des Deutschen Ordens im XIII. Jahrhundert eine Wendung eintrat.³⁸

§ 5. Die Geschichte — Von der Ankunft des Ordens bis 1422. Schon 1199 wurde das Memelgebiet von deutschen Rittern unter der Führung von Albert von Bremen, dem ersten Bischof von Riga, besucht. Aber nicht eher als 1252 erfolgten die ersten ernsthaften Bestrebungen, das Gebiet zu besiedeln. Zu dieser Zeit erbauten Eberhard von Seyn und Bischof Heinrich von Kurland eine befestigte Burg und nannten sie nach dem Mummelfluß „Memelburg“. Sie errichteten sie an der Stelle des alten Räubernestes, der heidnischen Stadt Klaipeda. Die Besiedlung von Neu-Dortmund, d. h. der heutigen Stadt Memel, geschah unter dem Schutz der Burgmauern.

38. Berichte über diese Periode finden sich bei Wendenburg und Lange, S. 6; Katschinski, Das Schicksal, S. 1; Vydūnas, S. 120 ff.; Hahn, S. 8; Meyer, S. 87 ff.; Niepmann, Karte Nr. 3; Sebicht, S. 119 ff.; und Unsere mittelalterliche Ostmark, S. 119.

Die Begründung von Memel wurde durch den Schwertritter-Orden unternommen, um damit zwei Zweige der Deutschen Orden zu vereinigen. Der eine führte seine Kolonisationszüge in das heute Ostpreußen genannte Gebiet, wohin er 1231 unter Herman von Salza gekommen war, um den Polen in ihren Kriegen mit den hartnäckigen Pruzzen zu helfen. Der andere, der Schwertritter-Orden, begründet von dem Bischof Albert von Riga, wurde von den Dänen gerufen, die nicht länger in der Lage waren, Estland zu halten, war ihnen zu Hilfe geeilt und hatte seitdem das ganze Gebiet bis zum Peipus-See erobert. Aber die Lage der beiden Orden war gefährlich, und die Errichtung der Festung in Memel versprach gegenseitige Hilfeleistung und Verteidigung.³⁹ Beide brauchten für Notfälle einen ausreichenden Weg für die Herbeirufung von Verstärkungen. Der Plan gelang, und Memel wurde der Mittelpunkt, von dem aus Expeditionen gegen die Schamaiten gesandt wurden, während der Memelfluß als Anmarschstraße diente.

Die Aufgabe, das benachbarte Gebiet zu erobern und zu unterwerfen, war hart. Die Schamaiten waren auch die Feinde der Litauer, die seit Generationen versucht hatten, sie zu unterwerfen. Der berühmte litauische König Mindowe sah eine Möglichkeit zur Niederschlagung seiner Gegner in einem Bündnis mit dem Orden. Er nahm das Christentum an und erreichte ein Übereinkommen mit dem Livländischen Orden. Als aber die Kämpfe ihr Ziel nicht erreichten, gab Mindowe 1262 das Bündnis und mit ihm auch das Christentum auf. Zwei Jahre später wurde er ermordet und nun trat der Orden an seine Stelle und eroberte in dem entstandenen Chaos (1274) ganz Schalauen und Nadrauen. Kurz darauf wurden auch die Sudauer unterworfen, so daß 1283 der Orden im vollen Besitz ganz Preußens war.⁴⁰

Zu dieser Zeit war, wie schon im Abschnitt über die Bevölkerung gesagt wurde, das Memelgebiet so entvölkert, daß zwischen 1283 und 1400 in stärkerem Maße Einwanderer von Deutschland,

39. Nagel, S. 56 ff.; Treitschke, S. 12 ff.; Schierenberg, historischer Teil; Ganss, S. 9 ff.; Wendenburg, S. 6 ff.; Gertrud Mortensen, a. a. O.; Denkwürdigkeiten, S. 12 ff.

40. Gertrud Mortensen, a. a. O., Denkwürdigkeiten, S. 13.

Litauen und Schamaiten in das Land gerufen wurden, um die durch die Kriege zur Wüste gewordenen Räume zu füllen.

Die Schwierigkeiten des Ordens endeten aber nicht mit seinen Siegen über die heidnischen Stämme. Anstelle der verschiedenen Stämme fand er sich nun zwei mächtigen Gegnern gegenüber — den Litauern und den Polen. Zunächst waren auch diese getrennt, vereinigten sich dann aber und machten der Ordensherrschaft ein Ende. Wir können uns über das, was sich vor 1410 ereignete, kurz fassen.

Die Kriege waren gewalttätig und grausam und keine Seite der Kämpfenden machte es sich leicht. Gediminas, ein litauischer König, beklagte sich beim Papst Johann XXII. über die unbarmherzige Kriegsführung des Ordens, worauf der Orden, der Unterstützung brauchte, sich dem päpstlichen Verbot weiterer Kriegsführung unterwarf. Diese Atempause war nicht nur segensreich für die körperliche Erholung; Memel wurde vom Livländischen Orden⁴¹ aufgegeben und zu einem Teil der Provinz Ostpreußen, die nun völlig unter die Herrschaft des Deutschen Ritterordens kam

Der Krieg mit den Litauern flackerte unter Gediminas bald wieder auf. Auf polnische Hilfe zählend, hatten diese einen Feldzug unternommen, der sie erschöpfte und ohne Resultat verlief. Ein erbarmungsloser Krieg endete 1343 mit dem eben so erbarmungslosen Frieden von Kalisch. Der Sieg war den Deutschen zugefallen, und die Ritter standen auf der Höhe eines Erfolges, der aber nicht von langer Dauer sein sollte.⁴² Die Söhne von Gediminas, Olgirdas und Kenstutis, verursachten neuen Aufruhr. Memel wurde niedergebrannt, Angriff auf Angriff folgte, unterbrochen nur durch gelegentliche Ruhepausen. Beide Seiten wendeten Bomben als Kampfmittel an. Die Überlegenheit des Ordens in ihrem Gebrauch verschaffte ihm Erfolge.

Inzwischen hatte Litauen einen Wechsel in seinen Herrschern erlebt. Vytautas hatte den Tron bestiegen, und er begriff den Wert einer Verständigung mit dem polnischen Herrscher

41. Weber, Kapitel 9; Sochaczewer, S. 10.

42. Weber, S. 282—288; Nagel, S. 59; Harich, S. 106.

Jagiello. Beide vereinigten ihre Kräfte und konnten am 15. Juli 1410 in der Schlacht von Tannenberg die Macht des Ordens endgültig brechen. Von dieser Niederlage erholte sich der Orden nie mehr. Der folgende Frieden von Thorn beließ Memel und seine Umgebung dem Orden. Zwar forderten 1414 zum ersten und einzigen Mal die Litauer unter Vytautas Sudauen und einen Teil des gegenwärtigen Memelgebietes.⁴³ Aber niemals wieder zwischen 1414 und 1914 wurde eine solche Forderung ausgesprochen.

Der unsichere Stand seiner Angelegenheiten veranlaßte den Orden, den Kaiser um eine Regelung zu ersuchen, doch wurde der endgültige Friede vom Melno-See nicht vor 1422 geschlossen. Dieser Friede war, wie der nach dem Weltkrieg, ein durch die Siegerstaaten diktiert Friede. Der Orden war hilflos. Er mußte annehmen, was Vytautas anordnete. Unter diesen Umständen wurde die alte Grenze zwischen dem Vorkriegs-Deutschland und Rußland gezogen, eine Grenze, die fast 500 Jahre lang dieselbe blieb. Wäre Memel litauisch gewesen oder hätten die Litauer eine begründete Forderung erheben können, würde Vytautas das sicher nicht verabsäumt haben. Aber er erhob keine Forderung.

Das Jahr 1422 ist daher von größter Wichtigkeit für die Geschichte des Memellandes. Vor dieser Zeit war die Stadt Memel wiederholt abgebrannt und in verschiedene Hände übergegangen. Das Memelland war immer wieder Kriegsschauplatz geworden und die alte Bevölkerung war ausgetilgt. Eine neue war entstanden, nur um wieder, wenn ihre Zeit kam, von Neuem weggeführt zu werden.

§ 6. Die Geschichte — 1422 — 1914. Der Friede vom Melno-See bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte Memels, jedoch nicht das Ende der Kriege. 1457 empörte sich Memel gegen den Orden, kehrte aber 2 Jahre später endgültig unter seine Herrschaft zurück. Als 9 Jahre später Ostpreußen unter polnische Lehnsherrschaft kam, blieb Memel deutsch. Noch einmal, im zweiten Frieden von Thorn 1466, als andere Teile Ostpreußens unter fremde Herrschaft gerieten, wurde Stadt und Gebiet von Memel als deutsch angesehen.

43. Siehe bei Gertrud Mortensen die Erklärung von Vytautas Forderungen.

Ein weiteres sehr wichtiges historisches Ereignis geschah zur gleichen Zeit. Die Reformation, der sich verschiedene deutsche Staaten angeschlossen hatten, ergriff auch das Memelgebiet, als Erich von Braunschweig von Herzog Albrecht von Preußen⁴⁴ dorthin gesandt wurde, um den Protestantismus einzuführen. So wurde die 1422 gezogene Grenzlinie in Zukunft auch die Scheidelinie zwischen dem Protestantismus in Memel und dem Katholizismus in Schamaiten und Litauen. Das ist so geblieben bis zum heutigen Tag.

Kehren wir zu den politischen Ereignissen zurück. Memel hatte noch zweimal Zerstörungen zu durchleiden, einmal durch die Danziger Flotte, einmal durch das große Feuer von 1540. Dann kam eine Periode verhältnismäßiger Ruhe, die bis 1626 andauerte, als die Schweden während des Dreißigjährigen Krieges das Memelgebiet besetzten und für 6 Jahre festhielten. Die darauf folgenden beständigen Kriege zwischen Schweden und Polen brachten 1656 die Schweden wiederum nach Memel. Eine dritte schwedische Besetzung endete 1678, als der brandenburgische Kurfürst Friedrich Wilhelm die Schweden vertrieb. Inzwischen hatten auch die Tartaren das Gebiet überfallen und konnten erst vertrieben werden, nachdem sie sehr viele Menschenleben und viel Eigentum vernichtet hatten.⁴⁵

1709 raste die Pest⁴⁶ durch das Memelgebiet, dessen Bevölkerung von neuem große Einbußen erlitt. Mit dieser Verringerung der Bevölkerung ging auch eine solche des Handels einher. Bevor sich Memel von der Pest erholen konnte, eroberte eine russische Armee die Stadt am 15. Juli 1757. Sie wurde aber von den Preußen wiedergewonnen, und ein neues Kapitel in ihrer Geschichte begann. Zur Zeit der amerikanischen Revolution nahm der Handel, der mit den Kriegführenden getrieben wurde, stark zu und das ganze Gebiet gewann dadurch.⁴⁷

Auch die napoleonische Zeit hatte Einfluß auf Memel. Hier trafen am 8. Juni 1802 Friedrich Wilhelm und Königin Luise mit Alexander von Rußland zusammen und 1807 und 1808 wohnte die Königin in dieser Stadt. Nach ihrer Flucht vor den Franzosen

44. Denkwürdigkeiten, S. 17; Sembritzki, S. 58; Ganss, S. 16.

45. Sembritzki, S. 116 ff.; Denkwürdigkeiten, S. 18 ff.

46. Siehe Karge, S. 67—79.

47. Denkwürdigkeiten, S. 87 ff.

am 28. Januar 1808 unterzeichnete Preußen und England in Memel einen Vertrag und 1812, während des französischen Feldzuges nach Rußland, war Memel von den Franzosen besetzt, die der Stadt ungeheure Requisitionen auferlegten und das ganze Land erschöpften. Der Handelsgewinn aus der Zeit der amerikanischen Revolution ging dadurch auch verloren.⁴⁸

Das 19. Jahrhundert bedeutete eine Periode wirtschaftlicher und sozialer Verbesserungen. Die Leibeigenen wurden befreit; Kanäle wurden gebaut; Straßen wurden ausgebessert. Das Memelgebiet hatte Anteil an der allgemeinen Hebung Ostpreußens.

§ 7. *Schl u ß f o l g e r u n g e n.* Mit Ausnahme des 1914 voraufgegangenen Jahrhunderts ist die Geschichte Memels und des Memelgebietes eine Sammlung von Leiden, Krieg, Plünderungen, Brandschatzungen und Gewalt. Es dürfte schwierig sein, in der Welt eine Stadt zu finden, die häufiger zerstört und unmittelbar darauf neu erbaut wurde. Das älteste Gebäude, das heute noch von der alten Festung Memelburg übrig ist, dient zum Teil als Kühlhaus. Die ältesten vollständigen Baulichkeiten sind ein Speicher aus dem Jahre 1813 in der Libauer Straße und ein interessantes Häuschen, das in einem Holzhof am Dangefluß versteckt liegt. Alles andere, sowohl die Hauptstraße wie die Häuser, sind neu, einfach und uninteressant; kaum eine Erinnerung an die lange und bittere Vergangenheit ist zu finden.

Man wird sich nicht vorstellen, daß die Bevölkerung dem Zwang dieser Verhältnisse entgangen ist. Von den verschiedensten Teilen Europas, hauptsächlich aber von Deutschland und Litauen her eingewandert, haben die Menschen Seite an Seite gelebt und seit so langer Zeit untereinander geheiratet, daß es hoffnungslos ist, den Versuch zu unternehmen, eine Nationalität von der anderen zu unterscheiden. Wenn man mit den Memelländern spricht, so sieht man bald, daß hier das Gefühl vorherrschend ist. 500 Jahre deutschen Kultureinflusses haben einen so starken Eindruck auf die Bevölkerung hinterlassen, daß sie selbst sich als deutsch empfindet. Die Ergebnisse der Wahlen zum Landtag sind gute Beispiele für dieses Gefühl der Bevölkerung.

48. Ibid; Ganss, S. 10; Sembritzki, S. 253 ff; *Noticia de Entrada*, Flugschrift, 1757; Wendenburg, S. 11; *Encyclopedia Americana* Band 18, S. 612.

TEIL II

Die Entstehung und Entwicklung des Statuts.

Kapitel III.

Die Entscheidung des Schicksals des Memelgebiets vom Ausbruch des Weltkrieges bis zur Unterzeichnung des Vertrages von Versailles.

§ 8. Die Geschichte von 1914 bis 1920. Als der Weltkrieg ausbrach, war das Memelgebiet ein Teil Ostpreußens.¹ Seine frühere Bedeutung war geschwunden, und es gab nichts, was das Gebiet aus dem übrigen nordöstlichen Deutschland heraushob. Während der vier Jahre zwischen 1914 und 1918 gab es keine Schwankungen in der Treue der Bevölkerung gegenüber Deutschland. Die Einwohner betrachteten sich immer als Deutsche.² Diese Tatsache muß man im Gedächtnis behalten, wenn man die Ereignisse, die zur Formulierung des Statuts und des Abkommens führten, betrachtet.

1. Ein Aufschwung im Handel war während der Revolution von 1848 und während des Krimkrieges zu verzeichnen, schwand aber mit dem Ende der politischen Ereignisse dahin. Jahn, Memel als Hafen und Handelsstadt, S. 1—12.

2. Die beste Bestätigung dieser Gefühle ist der patriotische Aufruf Katschinski's, Offener Brief an die ostpreußischen Landbewohner — ein einfacher Appell an ein einfaches Bauernvolk. Siehe auch Gaigalat, Litauen, das besetzte Gebiet, sein Volk und dessen geistige Strömungen; und Smetona, Die litauische Frage, beide 1917 geschrieben, bevor es eine Memelfrage gab. In keiner dieser Schriften erscheint der Gedanke eines von Deutschland abgetrennten Memellandes. Ebenso bezweifelt niemand die Loyalität der Litauer in diesem ostpreußischem Gebiet gegenüber Deutschland.

Am 12. September 1914 besetzten die Russen Tilsit.³ Über ein Jahrhundert lang waren ihre Augen auf Memel gerichtet gewesen und nun begann der Vormarsch.⁴ Am 18. März 1915 fand die Besetzung Memels statt, und die Einwohner flohen in Panik.⁵ Drei Tage später verließen die Russen die Stadt wieder zu Manövern in der Gegend von Tilsit.⁶ Dies war die einzige Zeit während des Weltkrieges, daß die Russen Memel im Besitz hatten.⁷ Die Wiederbesetzung durch die Deutschen erfolgte unmittelbar darauf. Die Stadt gewann eine neue Bedeutung dadurch, daß deutsche Streitkräfte 1915 die Randstaaten besetzten und den Bau der Bahnlinie Bajohren-Prekultn und Langszargen-Monkusuki begannen.⁸

Als der Krieg vorüber war, erwartete Memel sein Schicksal; denn es war ja bestimmt worden, daß Ostpreußen aufgeteilt werden sollte. Was würde aus Memel werden? Seine Zukunft hing von der diplomatischen Lage ab. Frankreich hatte Rußland als Alliierten in dem diplomatischen Spiel verloren, in dem beide Partner gegen einen dritten handeln. Frankreich brauchte einen neuen Verbündeten im Osten, und dieser sollte Polen sein. Die Alliierten Mächte hatten ursprünglich daran gedacht, Memel diesem neuen Polen einzuverleiben, und auch Litauen sollte an Polen fallen.⁹ In diesen beiden Richtungen aber mußte die Botschafterkonferenz erfahren, daß sie sich einem Irrtum hingegeben hatte. Litauen erwies sich als viel stärker und entschiedener, als die Mächte glaubten. Als sie daran gingen, die Memelfrage zu be-

3. Meyer, *Heimatkunde*, S. 101.

4. Rußland wußte, daß der Memeler Hafen verhältnismäßig eisfrei ist und daß eine neue Mole mit geringen Kosten errichtet werden konnte. Schierenberg, S. 42.

5. Wendenburg nennt den 17. März als Datum der Besetzung; S. 10.

6. Meyer, a. a. O. Die Russen raubten, brannten und plünderten. Stegemann; *Geschichte des Krieges*, Band 3, S. 36—38, 134—137.

7. In der zweiten Schlacht von Tannenberg im August 1914 brachten die deutschen Streitkräfte den Slawen eine eben so schwere Niederlage bei, als sie der Orden von seinen slawischen Gegnern 500 Jahre vorher erlitten hatte.

8. Jahn, S. 12.

9. Der Hyman-Vorschlag.

reinigen, fanden sie in Litauen einen neuen und unerwarteten Gegenspieler.¹⁰

Bevor wir uns den Verhandlungen zuwenden, die in Paris begannen, muß noch ein Wort darüber gesagt werden, wieso die Memelfrage zu einem litauischen Problem wurde. Der Gedanke, das Memelgebiet an Litauen zu geben, entstand nicht in Europa. Seine Vertreter waren die in Amerika lebenden Verfechter eines

10. Der litauische Freiheitskampf begann sich zunächst undeutlich abzuzeichnen. Über ein Drittel aller Litauer lebten in den Vereinigten Staaten mit Hauptstützpunkten in Chicago, New York, Philadelphia, Boston, Wilkes Barre, Shenandoah, Baltimore und Cleveland. Auch in Kanada, Rußland, England und den baltischen Staaten lebten viele Litauer. Die Zählung von 1914 weist 689,786 im Auslande lebende und 3 Millionen in Litauen selbst lebende Litauer auf. Gaigalat, S. 30. (Diese Zahlen beruhen natürlich auf einer Schätzung). Auf der Weltausstellung in Paris im Jahre 1900 hatten die Litauer einen Stand. 4 Jahre später wurde ein litauischer National-Kongreß in Wilna abgehalten. In den Jahren 1904 und 1905 wuchsen die Forderungen auf eine litauische Autonomie innerhalb Rußlands an. In den Vereinigten Staaten gab es etwa 20 verschiedenartige litauische Vereinigungen. Nach Ausbruch des Weltkrieges wurde ein von 250 Delegierten beschickter Kongreß in Chicago am 21. Dezember 1914 abgehalten. Nach Litauen selbst begannen für den Freiheitskampf Geldsummen zu strömen. Es wurden drei Sonderfonds geschaffen: 1. der Nationalfonds, 2. der Fonds für die im Krieg verwundeten Litauer, 3. der Fonds für die Unterstützung der Sozialisten. (Ibid., S. 149). 1864 hatte Rußland das Erscheinen von Büchern in litauischer Sprache verboten. (Ganss, S. 71). Die Aktivität der Litauer gegen Rußland wurde von Preußen aus geleitet. 1879 wandte sich eine litauische Delegation unter Führung von Girenas an Kaiser Wilhelm I. um Hilfe. Um 1900 herum erschienen in Preußen drei litauische und sieben deutsch-litauische Zeitungen. Nach und nach wurde der Gebrauch der litauischen Sprache in Schulen und Kirchen erleichtert. Die erste litauische Zeitung war 1832 gedruckt worden, und in Amerika erschien die erste litauische Zeitung 1885. Gegen 1914 wurden mindestens 35 % aller litauischen Zeitungen in Amerika gedruckt, (Vydūnas, S. 123). Vom 20. bis 25. April 1916 hielt ein litauischer Kongreß seine Sitzungen im Haag. Bei der im Sommer des gleichen Jahres stattfindenden Lausanner Konferenz forderten die anwesenden litauischen Vertreter einen freien Staat Litauen. (Smetona, S. 25.) Bei der Zusammenkunft in Petersburg im Frühling 1917 war Litauen selbständig vertreten. Nachdem die Deutschen Wilna besetzt hatten, hielten die Litauer dort 1917 einen Nationalkongreß ab, bei dem die Forderung auf einen unabhängigen Staat mit dem Wunsch einer engeren Zusammenarbeit mit Deutschland die Note abgab. Eine große Bewegung für ein unabhängiges Litauen war überall in der Welt spürbar. (Ibid.) Nachdem der deutsche Widerstand 1918 zusammengebrochen war, trafen die Litauer in Tilsit zusammen. Das Verlangen nach Unabhängigkeit wurde nun mit Erfolg gekrönt, und der neue Staat Litauen in's Leben gerufen. Im Februar 1918 erklärte Litauen seine Unabhängigkeit. (Behrendt, S. 21.)

unabhängigen Litauens. Eines der Ziele dieser Bewegung war, dem neuen Litauischen Staat das jetzt als Memelgebiet oder Memelland bezeichnete Stück Erde zu übereignen.¹¹ Das litauische Element in Europa war zu beschäftigt mit anderen Dingen, um sich vor Kriegsende um das Memelgebiet zu kümmern. Pastor Gaigalat hat seine „sprachlich gemischten Grenzgebiete“ weit nach Ostpreußen hinein verlegt; aber niemals eine Forderung auf Memel erhoben.¹² Smetona selbst sagte 1917, daß die litauische Grenze in folgender Weise verlaufen solle: „alsdann etwa an der jetzigen deutsch-russischen Kampffront entlang bis östlich Dünaburg und über Illuxt an der kurländischen Grenze entlang bis zum Baltischen Meer“,¹³ eine Grenze, die Memel nicht eingeschlossen haben würde. In den Vereinigten Staaten traten die ersten Gerüchte über das endgültige Schicksal des Memelgebietes auf, als 250 litauische Delegierte am 21. und 22. September 1914 in Chicago einen Kongreß abhielten, in dem sie die Annexion des Memelgebietes durch den vorgeschlagenen Litauischen Staat forderten.¹⁴ Dem wurde zunächst wenig Aufmerksamkeit geschenkt; doch als die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten, wurden diese Forderungen ernster genommen.¹⁵

Kehren wir zu den Pariser Verhandlungen am Ende des Krieges zurück. Aller Wahrscheinlichkeit nach hatte der amerikanische Präsident, als er in Europa landete, bereits von Memel

11. Vydūnas gibt auf Seite 123 Zahlen an. Die litauischen Katholiken in Amerika sammelten 750,000 Mark, die Sozialisten 120,000 Mark und der Hilfsfonds 250,000 Mark. Die „Litauischen Ritter“ hatten 3000 Mitglieder, und alle zwanzig verschiedenen Organisationen besaßen eigene Mittel. Dies war nicht besonders auffallend; denn beinahe alle Angehörigen europäischer Nationalitäten in den Vereinigten Staaten waren bis zum April 1917 in ähnlicher Weise tätig. Siehe Schierenbergs Betonung dieser Tatsache, S. 65.

12. a. a. O.; S. 13. Als der Krieg vorüber war, änderte er seine Ansicht, besonders während des Fortgangs der Friedensverhandlungen.

13. a. a. O.

14. Ganss, S. 77.

15. Die Fülle bitterer Anklagen, die durch verschiedene Autoren auf die Vereinigten Staaten gehäuft werden, verabsäumen, zwischen den Taten von Einzelpersonen (die in ihrem Tun und Lassen frei waren) und den offiziellen Handlungen der Vereinigten Staaten (die garnicht erfolgten) zu unterscheiden. Obwohl die amerikanischen Litauer für die Annexion des Memellandes agitierten, hat die Regierung der Vereinigten Staaten daran nicht teilgenommen, wenigstens nicht bis zu den Friedensverhandlungen. Behrendt's bittere Anklagen sind ohne genügende Begründung. a. a. O., S. 21.

gehört, doch dürfte er nicht ernsthaft von den litauischen Forderungen beeindruckt gewesen sein. Die Litauer sagten ihm, daß das ganze nördliche Preußen und das Memelgebiet nach einer Wiedervereinigung mit Litauen schrieen.¹⁶ Sie waren immerhin ihrer Sache nicht ganz sicher und wurden unruhig, als sie im Sommer 1918 in Genf erfuhren, daß auch Polen Pläne mit Memel hatte. Um die Lage noch zu verschlimmern, machten sie Anstrengungen, daß Litauen Memel an sich reißen sollte, was mit einem glatten Fehlschlag endete.¹⁷

Es ist wenig darüber bekannt, was in diesem Augenblick nach Paris durchdrang;¹⁸ aber daß die Litauer sehr aktiv waren, ist eine Tatsache. Ray Stannard Baker sagt, „die Albanier und Litauer appellierten am 17. März 1919.“¹⁹ Er verweist auf Wilson und die Botschafterkonferenz, vor denen die neuen Nationalitäten ihre verschiedenen Forderungen erhoben.

Es ist dringend notwendig, zunächst zwischen den drei wichtigsten Ansichten zu unterscheiden, die die Alliierten und Assoziierten Mächte bei der Beschlußfassung über das Schicksal Memels bestimmten. Diese waren 1. die litauische, 2. die polnische und 3. die der Verfechter der Autonomie. Was zunächst die litauische Ansicht angeht, so übernahmen Woldemaras und Smetona für Litauen die Führung und nutzten den Zusammenbruch Deutschlands in weitestem Maße zu ihren Gunsten aus. Sie

16. Ganss, S. 77 ff; Katschinski, S. 38.

17. Max Hildebert Boehm, *Europa Irredenta*, S. 213. Die Taryba oder verfassunggebende Versammlung fand in Tilsit am 25. April 1919 mit Gaigalat als Präsidenten statt. Selbst in diesem Augenblick war Gaigalat, der noch 1915 ausgesprochen deutsche Sympathien hatte, sich selbst nicht sicher, ob er die Annexion Memels durch Litauen begünstigte oder nicht. Die Zeitungen in Memel verweigerten enthusiastische Zustimmung, und die Litauer gründeten eine eigene Zeitung, die *Prusu Lieturvin Balsas*. Die litauische Sache wurde von einer aktiven Propaganda-Agentur, dem Verein *Spauda*, der Beziehungen in den Vereinigten Staaten und der Schweiz besaß, gefördert. Von jetzt an wurde die Campagne mit zunehmender Intensität betrieben. Ganss, S. 71.

18. Das Problem war in allen seinen Phasen so dunkel, daß Lémonon bedauerte, daß Polen bei der Abfassung des Statuts nicht gehört wurde, und er sagte, daß Memel das Geschenk der Botschafterkonferenz an Litauen auf Kosten Polens sei. a. a. O., S. 437—438. Aber er hoffte, daß die Geographie des Hinterlandes in Zukunft die Politik bestimmen würde.

19. Woodrow Wilson and the World Settlement. Band 2, S. 24, deutsche Ausgabe, Band 2, S. 19.

ließen alle Forderungen auf russisches Gebiet fallen und konzentrierten sich auf das deutsche.²⁰ Sie stellten für Memel die Behauptung auf, daß die Einwohner eine Minderheitsbevölkerung seien, die aus den deutschen Klauen gerettet werden müßte. Diese Minderheit wünsche mit Litauen „wiedervereinigt“ zu werden.

Die polnischen Forderungen, soweit sie bekannt wurden, erstreckten sich auf einen Ausgang zur See neben dem von Danzig.²¹ Polen befand sich noch nicht in ernsthafter Gegnerschaft zu Litauen, da Litauen vorläufig nur ein *de facto*-Staat war, den Polen gelegentlich zu annektieren hoffte.²² Sollte aber Memel unabhängig von Litauen zu erhalten sein, so war Polen nur zu willig, zu nehmen, was es bekommen konnte. Die polnischen Delegierten arbeiteten eine Propagandakarte aus, die zeigte, warum sie Memel haben mußten.²³ Sie sprachen sogar von einem Austausch Wilnas gegen Memel. Diese Absicht entsprang aber einem Moment der Schwäche und wurde bald darauf aufgegeben. Punkt 13 der 14 Punkte von Woodrow Wilson sagte Polen einen freien Zugang zur See zu, und es schien sich damit zu begnügen, wenn es Unterstützung in seinen Memelansprüchen finden würde.

Die dritte Gruppe bei der Entscheidung über Memel war die Autonomie-Bewegung,²⁴ die hauptsächlich durch das *Memeler Dampfboot* und den *Deutsch-Litauischen Heimatbund* geführt wurde. Zunächst forderte man eine Stellung für Memel, die der Danziger ähnlich sei; doch setzte die polnische Aktivität in Danzig dieser Bewegung für die Schaffung eines Freistaates bald ein Ende. Die Autonomie-Bewegung verlangte daher Unabhängigkeit unter dem Schutz eines Staates der Entente. Ihre Führer erklärten, daß sie weder polnisch noch litauisch werden wollten und daß ihnen gestattet sein solle, in Frieden mit ihren Nachbarn zu leben.

20. Groß-Litauen hatte sich einstmals vom Baltischen zum Schwarzen Meer erstreckt.

21. H. W. V. Temperley, *A History of the Peace Conference*, S. 290—291.

22. Felix Borchardt, *Memel*, S. 284.

23. Wendenburg, S. 12; Sir Robert Donald, *The Polish Corridor and its Consequences*, S. 6, 7, 69, 70.

24. Wendenburg, S. 14.

Das also waren die Ansichten der drei Richtungen, die ihre Forderungen in Paris anmeldeten. Litauen war die eifrigste der Drei. Es erhob sich nun die Frage, welchen Weg die Alliierten gehen würden. Welche der Drei sollten sie begünstigen? Es war schon entschieden, daß das Memelgebiet Deutschland weggenommen werden sollte; wem und wie aber war es zu geben? Die Waffenstillstandsbedingungen waren durch ein Sonderabkommen vom 16. Januar 1919 erneuert.²⁵ Beim Waffenstillstand aber war über Memel nicht gesprochen worden. Der Vertrag war ja auf der Basis der 14 Punkte verfaßt und so angenommen, und der 5. Punkt sah die Selbstbestimmung der Völker vor und verlieh ihnen das Recht, bei der Gestaltung ihres eigenen Landes gehört zu werden.²⁶

Am 16. Februar 1919 traf die litauische Delegation in Paris ein und bat Clemenceau, ihre Sache der Friedenskonferenz offiziell vortragen zu dürfen.²⁷ Alle Hoffnungen, die man in Memel auf eine Volksabstimmung oder auf die Beobachtung der Vierzehn Punkte gesetzt hatte, schwanden dahin, als man feststellte, daß Polen wie ein Mitglied der Alliierten und Associierten Mächte behandelt wurde, während Litauen nur als ein *de facto*-Staat ohne offizielle Vertretung angesehen wurde. Die Enttäuschung machte sich in dem Aufschrei Luft, daß Polen „litauisches Gebiet“ annektiert habe und weiteres zu annektieren drohe.

Am 28. März sandten die Litauer, die in ihrem Kampf um die Anerkennung keine Fortschritte machten und erkennen mußten, daß ihre Forderungen auf Memel ohne diese Anerkennung vergeblich seien, eine Note an Clemenceau,²⁸ in der es hieß, die Litauer lehnten eine Wiedervereinigung mit Polen ab und forderten völlige, unwidersprochene Unabhängigkeit, wobei sie diese Forderung teilweise damit begründeten, daß Litauen auf diese Weise zu einem Pufferstaat gegen Rußland werden

25. Schücking, Kraus, Rödiger: *Kommentar zum Friedensvertrag*, S. 84 ff.

26. In seiner Ansprache am Grabe Washingtons in Mount Vernon am 4. Juli 1918 unterstrich Wilson dies noch einmal besonders.

27. Janz, *Die Entstehung*, S. 17, 97—99.

28. *Ibid.*, S. 20.

könnte.²⁹ Sie forderten den Niemen-Fluß bis zur See, was selbstverständlich Memel einschloß.³⁰ Die Note war sehr klug auf die Psychologie der großen Vier berechnet. Clemenceau wurde so lange bearbeitet, bis er ankündigte, daß er die „armen, unterdrückten Litauer“ von dem „deutschen Joch in Ostpreußen“ befreien würde.

Inzwischen traf aus dem Memelgebiet die Nachricht ein, daß der litauische Volksrat für den Schutz der Interessen der preußischen Litauer in Heydekrug am 7. März an den Oberpräsidenten von Ostpreußen ein Schreiben gerichtet und darin gesagt habe, daß die Bevölkerung des Memellandes, obwohl viele Litauer zu ihr gehörten, bei Deutschland zu bleiben wünsche; denn sie fühle sich geistig und kulturell Deutschland verwandt und weit entfernt von Rußland.³¹ Die litauische Delegation in Paris erkannte, daß etwas geschehen mußte, damit der Preis nicht an Polen oder die Memelländer verloren ginge. Clemenceau's veränderte Haltung gab eine neue Hoffnung, und Klimas, der Sekretär der Delegation, nahm seine Arbeit mit neuem Eifer auf, die Schriften von Gaigalaitis und Bezenberger als Basis für neues Propagandamaterial benutzend.³² Seine Statistiken wurden dem Gebrauch angepaßt; er begann zu übertreiben und sogar von „litauischen Kolonien“ zu sprechen.³³ „Litauen muß einen Zugang zur See haben“. Er wußte, daß diese Forderung wohl in Danzig genutzt hatte, und er nahm ganz richtig an, daß sie sich auch für Litauen in Memel günstig auswirken müsse. Auch Wol-demaras hielt der Konferenz vor, daß die litauische Stellung in Memel mit der Polens in Danzig identisch sei.³⁴

29. Litauen hatte von Wilson die Anerkennung bereits am 17. März 1919 gefordert.

30. Ibid., S. 103—104, Leisewitz, S. 13.

31. Unterzeichnet von Kubillus, Laurus, Grigat, Blosze, Pagalies, Matschullat. Ibid. S. 103—104. 6808 Stimmen wurden abgegeben, davon 5404 für Deutschland. Katschinski, S. 38.

32. Ibid., S. 21.

33. Ibid., S. 22.

34. Ibid., S. 22.

In diese Zeit fällt der Wechsel in der Führung der Friedenskonferenz. Wilson hatte den Zenith seiner Macht überschritten,³⁵ und Clemenceau wurde der Meister. Dies war für die Regelung in der Memelfrage wichtig. Clemenceau schrieb an Lloyd George als Antwort auf das Memorandum des Letzteren vom 29. März 1919, er wünsche den neuen Staaten in Osteuropa zu helfen. Die neue Grenze wurde daher sein Werk. Als Ratgeber benutzte er Tardieu, der nun in der endgültigen Regelung der Memelfrage eine entscheidende Rolle spielte.³⁶ Ein Unterkomitee der Botschafterkonferenz, die „Kommission für polnische Angelegenheiten“, deren Mitglieder Sir William Tyrell, Isaia Bowman, Marchese della Toretta, und Otchia³⁷ waren, wurde damit beauftragt, Vorschläge für die Regelung der Memelfrage zu formulieren, und die Ansichten dieser Kommission waren die gleichen, wie die von Clemenceau und Tardieu.

Dieses Komitee begann seine Sitzungen am 12. Februar 1919. Es teilte sich selbst in zwei weitere Unterkomitees, und Laroche vom französischen Auswärtigen Amt erhielt die Aufgabe, sich mit Memel zu beschäftigen. Hier ist wiederum polnischer Einfluß spürbar. Schon am 8. Oktober 1918 hatte der Pole Dmowski Wilson vorgeschlagen, ganz Ostpreußen einschließlich Memel an Polen auszuhändigen. Am 25. Februar 1919 erklärte Polen diesen Vorschlag als seine offizielle Meinung und während der ersten Märzhälfte war es so gut wie gelungen, das ganze

35. Die Gewohnheit, Wilson für alle Fehlschläge der Friedensverträge und ihre Ausführung zu belasten, wie sie sowohl in Europa wie in den Vereinigten Staaten üblich ist, ist unsinnig. Wie in der Saarfrage, wo das Meiste von den geschehenen Übeln auf das Konto der besonderen Methoden zu rechnen ist, die für die Ausführung der Vertragsbestimmungen angewandt wurden, so ist auch in der Memelfrage Wilson zu Unrecht von vielen Autoren getadelt worden und zwar trotz der Tatsache, daß er mit der Abfassung des Abkommens oder des Statuts absolut nichts zu tun hatte. Wilson ist als der Vorhang benutzt worden, hinter dem sich viele politische Führer seit ein und einem halben Jahrzehnt von Maßnahmen, für die sie verantwortlich sind, reinwaschen.

36. In seinem Buch spricht er nicht direkt von Memel, bezeichnet sich aber selbst als Mitglied der Kommission für die „Revision des Clauses Territoriales“, deren beide andere Mitglieder Laroche und Aubert waren. Tardieu, *La Paix*, S. 108.

37. Janz, S. 27—28.

38. Ibid., S. 29.

Komitee von der Gerechtigkeit dieses Standpunktes zu überzeugen. Nach dem polnischen Standpunkt wurde zugegeben, daß die Bevölkerung des Gebietes deutsch sei, daß es aber geographisch einen Teil Polens darstelle. Man behauptete, daß das Gebiet wirtschaftlich stagniere und in sozialer Hinsicht mittelalterlich sei. Daher wäre es das Beste, was man tun könne, ganz Ostpreußen entweder direkt zu Polen zu schlagen oder es als unabhängiges, aber mit Polen durch eine Zollunion geeintes Gebiet zu erklären. Der neue Polnische Staat würde außerdem Litauen umfassen und sich nördlich bis nach Libau ausdehnen.³⁹

Auf Grund dieser Vorschläge von Dmowski formte das Unterkomitee seine Entschlüsse. Es faßte die Artikel 87—108 des Friedensvertrages ab, in denen sich auch die Regelung der Memelfrage befindet. Man schlug vor, daß die Konferenz diese Artikel als Teil des Vertrages von Versailles annehmen solle.⁴⁰ Meinungsverschiedenheiten gab es bei dem Komitee nur darüber, was man mit dem anderen Teil Ostpreußens beginnen solle. Über den sich mit Memel befassenden Artikel 99 scheint man aber zu einer einmütigen Beschlußfassung gekommen zu sein.⁴¹ M. Didelot erwähnt, daß man auch davon gesprochen habe, Memel zu einer Marinebasis Frankreichs zu erklären, doch sei dieser Gedanke eines natürlichen Todes gestorben.⁴²

Die propolnischen Sympathien des Komitees waren seit längerer Zeit bekannt und seine Tätigkeit wurde daher scharf beobachtet. Als Berichte über die Art seiner Vorschläge nach Memel drangen, erhob sich dort ein starker Widerstand. Nicht nur die Bevölkerung protestierte gegen die Möglichkeit einer polnischen Herrschaft, sondern auch der Deutsch-Litauische Heimatbund, dessen Mitgliederzahl 68,535 betrug,⁴³ zögerte nicht, eine Vereinigung mit Litauen als unmöglich zu erklären. Aber die Komitees der Friedenskonferenz hatten nicht die Absicht, auf die örtliche Bevölkerung zu hören.⁴⁴ Als Kubillus im April 1919

39. Ibid., S. 37.

40. Temperley, Band 2, S. 247.

41. Ibid., Band 2, S. 247—248.

42. J. Didelot, *La Marine del'Aigle Blanc*. Paris 1924, S. 30.

43. Ganss, *Das Memelland*, S. 18.

44. Ganss, *Völkische etc.*, S. 82.

Wilson mitteilte, daß die Bevölkerung des Memellandes bei Deutschland zu bleiben wünsche,⁴⁵ sprach das Komitee einem solchen Wunsch die Berechtigung ab und gab buchstäblich seine polnische Einstellung zu.

Die Vorschläge des Unterkomitees wurden von den großen Drei in Paris angenommen. Orlando war nach seinem Streit mit Wilson wegen Fiume und der italienischen Grenzen bereits nach Italien abgereist. Das Schicksal des Memellandes war daher entschieden, als Lloyd George, Wilson und Clemenceau der Einbeziehung des Artikels 99 in den Friedensvertrag zustimmten.

Am 7. Mai 1919 wurden die Friedensbedingungen Deutschland zum ersten Mal bekannt gegeben. Zwei Tage später wurde ein allgemeiner Protest, in dem Memel nicht erwähnt war, von Deutschland an die Alliierten gesandt.⁴⁶ Am 13. Mai sandte Deutschland eine weitere Note, die sich auch mit den Gebietsfragen beschäftigte, ab, in der aber gleichfalls Memel nicht erwähnt war.⁴⁷

Auch in Clemenceau's Antwort vom 24. Mai wurde Memel nicht erwähnt.⁴⁸ Am 29. Mai aber protestierte Brockdorff-Rantzau in einer heftigen Note, in der er ausführte, daß die Bewohner der Kreise Memel, Heydekrug, und die Teile von Tilsit und Ragnit, die auch betroffen waren, niemals eine Abtrennung wünschten. Nur Heydekrug hatte nach der Volkszählung von 1910 eine Mehrheit von schätzungsweise 53% nicht deutsch-sprechender Bevölkerung. Das Memelgebiet besaß eine Bevölkerung von 68,000 Deutschen, denen 54,000 Litauer gegenüberstanden. Die Stadt Memel war rein deutsch. Die memelländischen Litauer hatten ihren deutschen Herren seit 1252 gedient. Die einzig mögliche Entschuldigung, daß ein solcher Vorschlag gemacht werden konnte, sei die Agitation der verschwindend geringen Zahl von römisch-katholischen Litauern, die aus naheliegenden Gründen vor dem Kriege eine Vereinigung mit dem russischen Litauen wünschten. Die Deutschen würden selbstverständlich gegen eine

45. Janz, S. 39, 105—107.

46. Behrendt, S. 19.

47. Schücking, Kommentar, S. 242.

48. Ibid., S. 269.

solche Regelung protestieren.⁴⁹ Diesen Vertrag zu erfüllen, sei unmöglich; denn das Deutsche Volk würde in ihm sein eigenes Todesurteil unterzeichnen.⁵⁰

Die Antwort Clemenceau's enthüllte die propolnischen Sympathien Tardieu's und des Komitees. Sie war ein Ultimatum, das am 16. Juni 1919 erfolgte. Die Alliierten und Associierten Mächte hatten entschieden, daß das Memelgebiet Deutschland weggenommen würde. Es sei immer litauisch gewesen. Die Mehrheit der Bevölkerung sei ihrem Ursprung nach litauisch und die Tatsache, daß die Stadt Memel selbst deutsch sei, hätte keine Bedeutung für den Rest des Gebiets. Paradoxerweise wird in der Note zugegeben, daß die Abtrennung des Gebiets das Selbstbestimmungsrecht verletze, daß sie aber damit begründet würde, daß Memel Litauens einziger Zugang zur See sei.⁵¹ Es war offenbar, daß Laroche, Clemenceau's Ratgeber, nicht die Absicht hatte, eine Abstimmung in Memel zuzulassen; denn er wußte, daß sie sowohl gegen Polen als gegen Litauen ausfallen mußte, und er wünschte nicht, einen dieser Staaten einem Wagnis auszusetzen.⁵²

So kam es, daß am 28. Juni 1919 Deutschland gezwungen wurde, den Versailler Vertrag zu unterzeichnen. Dieser wurde am 10. Januar 1920 ratifiziert. Die Grenzen wurden durch Artikel 28 festgelegt. Der das Memelland betreffende Teil heißt:

„... von dort die alte russische Grenze bis östlich Schmaleningken, dann die Hauptfahrrinne der Memel abwärts, dann der Skierwieth-Arm des Deltas bis zum Kurischen Haff;

von dort eine gerade Linie bis zum Schnittpunkt der Ostküste der Kurischen Nehrung mit der Kreisgrenze etwa 4 km südwestlich Nidden;

49. Ibid., S. 685; Materialien betreffend die Friedensverhandlungen. S. 49.

50. Behrendt, S. 19; Katschinski, S. 39; Temperley, S. 290—91.

51. Materialien, S. 22. Borchardts Schlußfolgerungen treffen nicht zu; denn die Botschafterkonferenz beabsichtigte, Polen in der Memelfrage behilflich zu sein.

52. Janz, S. 41.

von dort diese Kreisgrenze bis zum Westufer der Kurischen Nehrung.“⁵³

Artikel 99 heißt:

„Deutschland verzichtet zu Gunsten der Alliierten und Associierten Hauptmächte auf alle Rechte und Ansprüche auf die Gebiete zwischen der Ostsee der in Artikel 28, Teil II, (Deutschlands Grenzen) des gegenwärtigen Vertrages beschriebenen Nordost-Grenze Ostpreußens und den ehemaligen deutsch-russischen Grenzen.

Deutschland verpflichtet sich, die von den Alliierten und Associierten Hauptmächten hinsichtlich dieser Gebiete insbesondere über die Staatsangehörigkeit der Einwohner getroffenen Vorschriften anzuerkennen.“⁵⁴

Der Niemen oder Memelfluß wurde, ebenso wie die Elbe, Oder und Donau internationalisiert.⁵⁵ Artikel 433, der sich mit Osteuropa beschäftigt, sieht vor, daß die deutschen Truppen in den zu räumenden Gebieten so lange verbleiben sollen, bis die Alliierten und Associierten Mächte entschieden haben, wann es vom Standpunkt der internationalen Ordnung aus gesehen sicher ist, daß die Gebiete von den deutschen Truppen verlassen werden. Entsprechend diesem Artikel verblieben deutsche Truppen in Memel bis zum Januar 1920. Die Artikel 254—256 bestimmten, daß die Mächte, die Gebietsteile von Deutschland erhielten, den auf diese Gebiete fallenden Anteil an den Reparationen selbst bezahlen mußten.⁵⁶ Das öffentliche Eigentum der Gebiete war an die die Macht übernehmenden Staaten zu übereignen. Alle diese Artikel wurden auch auf Memel angewandt, wie wir nachher bei der Besprechung der Entwicklung des Statuts sehen werden.

53. In der Verbindung hiermit sind auch die Artikel 29 und 30 zu beachten.

54. Der deutsche, französische und englische Text sind sehr brauchbar nebeneinander gedruckt in dem als Nr. 140 des Reichsgesetzblattes von 1919 veröffentlichten Abdruck des Friedensvertrages.

55. Vertrag von Versailles, Kapitel III, besonders Artikel 331—345.

56. Ausnahmen wurden für Frankreich und Elsaß-Lothringen und für Teile von Polen im Artikel 255 gemacht.

Puricki, der litauische Diplomat, gab 1920 zu, daß die Botschafter selbst nicht wußten, was sie mit Memel beginnen sollten, nachdem es Deutschland weggenommen war.⁵⁷ Ein solches Bekenntnis beweist, daß die späteren Behauptungen Litauens, besonders die, daß die Botschafterkonferenz beabsichtigt habe, Litauen die Souveränität über Memel sofort nach der Anerkennung Litauens zu verleihen, nicht richtig sind. Sowohl in Danzig wie in Memel hatten die Mächte die Wahl zwischen den Grundsätzen der Nationalität und dem des Zugangs zur See. Die Wahl des einen schloß den anderen aus.

§ 9. Innere Entwicklung im Memelgebiet zwischen 1918 und 1920. Während⁵⁸ in Paris zwischen 1918 und 1920 die Verhandlungen fortgingen, geschahen im Memelgebiet Ereignisse von Bedeutung. Die litauische Propaganda, die im Auslande erfolgreich war, verfehlte in Memel selbst ihre Wirkung auf die Bevölkerung.⁵⁹ Am 16. November 1918 war ein Nationalrat für Preußisch Litauen durch Erdmann Simonaitis, Viktor Gailius, Jonas Vanagaitis, Gaigalat und Jurgis

57. Borchardt, a. a. O.

58. Über die verschiedenen Ansichten, welche Motive die Botschafterkonferenz bewegten, siehe: Temperley, Band 2, S. 382—383; Léon Bourgeois, *Le Traité de Paix de Versailles*, Paris, 3. Ausgabe, S. 51; A. Ebray, *Der unsaubere Frieden*, S. 140; Janz, S. 47, 66; Boehm, S. 243; Behrendt, S. 22, und Ch. Benoist, *Les nouvelles frontières d'Allemagne et la nouvelle carte d'Europe*, 3. Ausgabe, Paris, 1919, S. XXII; Sir Robert Donald, S. 110; Romain Rolland schrieb am 21. Dezember 1918 an Jean Longue, veröffentlicht in *Le Populaire*: „Wenn nicht eine gewaltige Anstrengung gemacht wird, sehe ich am Horizont ein Jahrhundert des Hasses, neuer Rachekriege, unter Zerstörung der europäischen Zivilisation aufsteigen.“

59. Diese Propaganda wurde durch die Jung-Litauische Bewegung unter Führung von Bassanavicius begonnen, als im Weltkriege der Gedanke, Grenzbevölkerungen zu befreien, auftauchte. Die Chicagoer Versammlung von 1914 wurde bereits erwähnt. In der am 6. November 1917 in Bern stattfindenden Konferenz spielte Memel eine wichtige Rolle als Litauens einziger Hafen. Aber man darf nicht vergessen, daß die Konferenzen von Stockholm, Wilna, Bern, Lausanne, Kiew und St. Petersburg fast durchweg von russischen Litauern oder Emigranten in anderen Ländern besetzt waren. Die von Gaigalat und Smetona dem neuen Litauen gegenüber eingenommene Stellung wurde bereits besprochen. Als der Zusammenbruch der Mittelmächte zu erwarten war, entwickelte sich eine ungewöhnlich starke litauische Propaganda in Tilsit, Ragnit, Heydekrug und Memel, gepflegt durch die Zeitungen *Nauja* und *Tilzes Keleivis*.

Aukstuolaitis gegründet worden. Seine Veröffentlichungen gelangten über die französische Botschaft in Kopenhagen nach Memel und in ihnen wurden die in Deutschland lebenden Litauer zur Erhebung aufgerufen.⁶⁰ In Bern wurde eine Pressestelle eingerichtet. Aber alle diese Tätigkeiten blieben ohne Eindruck auf die Memelländer. Man wußte, daß sie das Werk einer organisierten Minderheit von Großlitauischen Agitatoren im Memelgebiet waren, die mit einer großen ausländischen Organisation, die über beträchtliches Kapital verfügte, zusammen arbeitete. Daher organisierten alle diejenigen, die mit Deutschland sympathisierten, Protestversammlungen, die während des Monats April 1919 überall stattfanden.

Nach Bekanntwerden der Vertragsbedingungen nahmen die Sorgen der Mehrheit der Memelländer zu. Sie suchten Hilfe an der einzigen Stelle, wo man ihren Bitten kein taubes Ohr lieh. Am 14. Mai 1919 begab sich eine Delegation aus dem nördlichen Teil des Memelgebietes unter Führung von Batocki zu Präsident Ebert und bat um Wiedervereinigung mit Deutschland.⁶¹ Die Vorstellungen veranlaßten den Preußischen Minister Heine am 20. Mai gegen die Abtrennung Protest einzulegen.⁶² Als Clemenceau's Antwort an Brockdorff-Rantzau öffentlich bekannt wurde,⁶³ baten die Memelländer Brockdorff-Rantzau und Erzberger, man möge für ihr Gebiet wenigstens eine ähnliche Regelung versuchen, wie sie für Danzig vorgesehen war.⁶⁴

Im Juni 1919 trat ein sogenanntes Vorparlament zusammen, das aus 100 Mitgliedern bestand, die das gesamte Memelgebiet vertraten, um einen Freistaat zu diskutieren. 18 Mitglieder dieser Körperschaft, die Litauer waren, zogen sich darauf zurück.⁶⁵ Die übrigen gaben ihre Stimme für ein Verbleiben bei Deutschland ab. Dies aber entsprach nicht der Absicht der Alliierten. Sie zogen es vor, auf Dr. Gaigalat zu hören, der eine Besetzung des Memellandes durch die Alliierten vorschlug, die nach und nach zu Gunsten Litauens aufgegeben werden sollte. Man lieh

60. Janz, S. 59 ff.

61. Deu, S. 4.

62. Ibid., S. 5.

63. a. a. O.

64. Janz, S. 67.

65. Friesecke, Das Memelgebiet, S. 16.

sogar den Vorschlägen von Klimas ein Ohr, die eine Abstimmung im Memelgebiet vorsahen. Fiel diese günstig für Litauen aus, dann sollte das Memelgebiet an Litauen abgetreten werden. Sollte aber das Ergebnis für Litauen ungünstig sein, dann sollte eine Regelung wie in Oberschlesien folgen.⁶⁶

Die Memelländer wußten nicht, was ihnen die Zukunft bringen würde. Im Juli 1919 beschlossen die Kreistage von Memel, Heydekrug und Pogegen, ein zweites Vorparlament nach der Stadt Memel einzuberufen. Es forderte, wenn überhaupt eine Besetzung stattfinden solle, eine solche durch die Engländer.

Gleichzeitig mit dieser Zusammenkunft trafen sich die mit Litauen sympathisierenden sogenannten Klein-Litauer in Tilsit. Somit waren im Memelgebiet zwei Kräfte am Werk, — einmal eine große Gruppe, die zu Gunsten der deutschen Herrschaft und wenn das unmöglich wäre, eines Freistaates arbeiteten, zum zweiten eine kleine, aber sehr tätige, die die Annexion durch Litauen begünstigte oder notfalls eine bescheidene Autonomie. Über die erste Gruppe hat man wenig gehört, während die letztere eine Berühmtheit erlangte, die zu ihrer Bedeutung nicht im Verhältnis stand. So erhielten bei den Wahlen zu dem Kreistage am 10. Juli 1925 die Litauer nur 12 Sitze von 62.⁶⁷

Am 5. August wandte sich das Vorparlament an die Vereinigten Staaten und die Vertreter der Alliierten in Berlin mit dem Ersuchen, eine schleunige Entscheidung über die Memelfrage herbeizuführen. Er wies nach, daß die Bevölkerung polnische und litauische Herrschaft nicht wünschte.⁶⁸ Am 26. August schlug das Vorparlament die Schaffung eines Freistaates Memel mit deutschem Mandat vor und für den Fall, daß diese Regelung nicht möglich sei, Selbstverwaltung.⁶⁹ Aber die Alliierten Mächte gaben die Antwort, daß der Vertrag nicht verändert werden könne. Daraufhin erklärte das Vorparlament das Memelgebiet als Republik im Verbande Preußens. Sollte Preußen ablehnen, würde man sich an die Reichsregierung wenden. Im Falle der

66. Das am 10. Dezember 1920 in Genf gedruckte *Mémoire sur la Lithuanie* bezeichnete die Regelung als absolut unbefriedigend. Siehe auch Janz, S. 73.

67. Ganss, S. 18.

68. Janz, S. 76.

69. Ibid., S. 119.

Ablehnung dieser Vorschläge durch die Alliierten sei das Vorparlament entschlossen, die Abstimmung zu fördern. In der Zwischenzeit würde bis zur Wahl eines neuen Parlaments, in das ein Vertreter für je 10 000 Einwohner zu entsenden sei, das Vorparlament die Regierung führen. Das neue Parlament solle einen Aktionsausschuß bilden,⁷⁰ mit einem Mitglied als Präsidenten. Alle deutschen Gesetze, Verordnungen und die Beamtenschaft sollten vorläufig beibehalten werden, alle vom Parlament beschlossenen Veränderungen müßten von dem übergeordneten Staat gutgeheißen werden.⁷¹ Im November 1919 wurde ein Sonderkomitee eingesetzt, um die Verfassung für den neuen Staat im Voraus vorzubereiten.⁷²

Das mit der Formulierung der Verfassung für den Freistaat betraute Komitee erstattete seinen ersten Bericht kurz nach seinem Zusammentritt. Dieser sah eine Verfassung auf der Grundlage des Artikels 99 des Vertrages von Versailles vor und der darin festgelegten Grenzen, die für den Freistaat Memel gültig sein sollten (§ 1). Die weiteren Richtlinien dieses Entwurfes sahen vor:

- (§ 2) Das Wappen der Stadt Memel soll beibehalten werden.
- (§ 3) Die Regierungsgewalt soll vom Volk ausgehen. Ausführendes Organ ist ein Senat, beratende Körperschaft ein Landtag.
- (§ 4) Der Landtag soll aus sechzig Mitgliedern bestehen.
- (§§ 5—17) stellen eine Reihe von Verordnungen über die Aufgaben und Rechte der Mitglieder dar.
- (§ 16), wonach der Senat an den Sitzungen des Landtages teilnehmen soll.
- (§ 18) Der Senat hat aus zwölf Mitgliedern mit einem Präsidenten zu bestehen.
- (§ 19) Die Pflichten der Senatsmitglieder werden gemäß den Verwaltungsaufgaben im Staat verteilt. Mitglieder beider Körperschaften genießen Immunität, solange sie im Amte sind.

70. Ausschuß.

71. Janz, S. 78 ff.

72. Ibid., S. 120.

- (§ 22) Der Präsident hat den Vorsitz im Senat, der auch durch ihn berufen wird.
- (§ 23) Der Senat ist die oberste Landesbehörde und führt die gesamte Verwaltung.
- (§ 26) Der Senat vertritt den Freistaat nach außen und kann Verträge schließen.
- (§ 32) Das Gebiet des Freistaates zerfällt in selbständige Kommunalverbände.
- (§§ 33—34) betreffen die Rechtspflege,
- (§§ 35—36) die Kirchen und Religionsgesellschaften.
- (§ 37) Während der Übergangszeit bleiben die bisherigen deutschen Reichs- und preußischen Landes-Gesetze in Kraft.⁷³

Diese Vorschläge wurden von General Odry bei seiner Machtübernahme kurzerhand beiseite geschoben. Sie bleiben aber äußerst wichtig; denn die Zeit ihrer Entstehung war die einzige für die Memelländer, in der sie tatsächliche Vorschläge über die von ihnen selbst gewünschte Regierung machen konnten. Gegenüber den nebelhaften Vorschlägen von Dr. Gaigalat sind sie der erste Versuch einer Verfassung.

73. Janz, S. 120—127.

Kapitel IV.

Vom Vertrag von Versailles bis zum litauischen Staatsstreich im Januar 1923.

§ 10. Übergangszeit. Januar 1920 bis Januar 1923. Die Unterzeichnung des Versailler Vertrages beendete die Streitfrage um Memel nicht und ebenso verlieh Artikel 99 dem Gebiet nicht die endgültige Gestaltung. Ehe eine wirkliche Regelung erreicht werden konnte, waren weitere Handlungen der Vereinigten Staaten, Englands, Japans, Frankreichs und Italiens notwendig. In unruhiger Erwartung sah Memel seinem endgültigen Schicksal entgegen. In dieser Ungewißheit wurde es vom Januar 1920 bis Januar 1923 erhalten.

Die erste Frage, die geregelt werden mußte, war der Übergang der Souveränität auf die Alliierten und Associierten Mächte. Der Versailler Vertrag war unterzeichnet, aber nicht ratifiziert; und der Zustand des Waffenstillstandes wurde bis Januar 1920 ausgedehnt. Die Deutsche Regierung und die deutschen Truppen waren noch in Memel verblieben. Am 3. Januar kamen Oberbürgermeister Altenburg und Konsul Jahn als Memel-Delegierte nach Paris, um an einer Konferenz unter dem Vorsitz von Ernst von Simson teilzunehmen, in der die ganze Angelegenheit besprochen wurde. Die entscheidende Konferenz fand dagegen am 9. Januar zwischen Le Rond und von Simson statt.⁷⁴ Sie entschied die Bedingungen, unter denen Memel zu übereignen war. Man einigte sich darauf, daß der Übergang der Souveränität auf die Alliierten und Associierten Mächte *ipso facto* in dem Augenblick geschehen sollte, in dem der Vertrag von Versailles in Wirkung trat. Die Alliierten und Associierten Mächte sollten alle Bücher und Kassenausweise für das Gebiet erhalten und

74. Schücking, Kommentar, S. 868. Die Fragen waren bereits im November 1919 besprochen. Deu, S. 7.

damit waren die deutschen Rechte beendet. Die *procès-verbaux* sollten von den Alliierten Mächten und Deutschland unterzeichnet werden. Alle Verwaltungs- und Gerichtsbeamten, deren Arbeit nicht gegen die Alliierten Mächte gerichtet gewesen war, sollten vorläufig im Amt verbleiben. Vorkehrungen für die neue Wirtschafts- und Steuerverwaltung seien zu treffen und in Tätigkeit zu setzen, sobald die politische Regelung für das Gebiet getroffen wäre.⁷⁵ Gleichzeitig wurde eine Sonderregelung darüber vorgesehen, daß der Rückzug der deutschen Truppen wie folgt Platz greifen solle:

- „4. Le territoire de Memel à une date fixée d'après la date d'arrivée des contingents alliés, date qui sera portée à la connaissance de la délégation allemande le 12 janvier au plus tard.“⁷⁶

Diese in Paris getroffenen Übereinkommen setzten Artikel 99 des Versailler Vertrages in Kraft.⁷⁷ Sie wurden am nächsten Tage ratifiziert.⁷⁸

Die zweite wichtige Frage, die entschieden werden mußte, war die, welche der Alliierten Mächte in der Übergangszeit den Schutz Memels übernehmen sollte. Ein englischer Quartiermeister wurde nach Memel gesandt, um für die Ankunft der alliierten Truppen Vorsorge zu treffen, und jeder erwartete, daß diese Truppen englische sein würden. Am 5. Februar aber wurde angekündigt, daß die Franzosen Memel besetzen würden. Sie standen unter dem Kommando von General Odry und sollten am 12. oder 14. Februar eintreffen. Litauen wäre am liebsten selbst Besatzungsmacht geworden; da dies aber unmöglich war, zog es die Engländer den Franzosen vor. Es fürchtete, daß Polen, das bereits Wilna besetzt hatte, mit stillschweigendem Einverständnis des polenfreundlichen Kommandeurs und seiner Truppen auch Memel besetzen könnte. Dies war ein psychologischer Faktor, der seine Bedeutung bis zum Januar 1923 behielt.

75. Ibid., S. 868.

76. Ibid., S. 868. Brockhaus, Handbuch des Wissens, Bd. 3, S. 218. Artikel „Memel“.

77. Die Erfüllung des Vertrages von Versailles durch Deutschland bis zum 1. April 1921, S. 11.

78. Die Leiden des Memelgebiets, S. 7.

In Paris war Vorsorge getroffen, daß die deutschen Truppen aus dem Wege sein sollten, bevor die alliierten Truppen eintrafen. Sie begannen daher am 9. Februar ihren Abmarsch. Am 12. war der Rückzug beendet.⁷⁹ Der erste Franzose traf am 13. Februar ein; General Odry mit seinem Bataillon von 1800 Jägern am 14.⁸⁰ Am nächsten Tage übernahm General Odry die Macht vom Reichskommissar Lambsdorff.⁸¹

Nun erhob sich die Frage über die Gestaltung der neuen Regierung in Memel. Solange Deutschland die Macht in Händen hatte, waren die alten örtlichen Einrichtungen beibehalten worden, und Graf Lambsdorff hatte nur wenige Veränderungen getroffen, mit Ausnahme der Schaffung eines Direktoriums, das ihm zur Seite stand. Diese Regelung behielt Odry zunächst bei. Er verlieh der Stadt im April 1920 ein eigenes Wappen anstelle des deutschen Adlers.⁸² Die meisten Memelländer waren wegen der französischen Herrschaft besorgt; doch noch erwiesen sich ihre Befürchtungen als unnötig, da Odry ein Direktorium einsetzte, das ihn beriet.⁸³ Die Memelländer paßten sich der Übergangsperiode schnell an.⁸⁴ Veränderungen in der Verwaltung mußten natürlich eintreten, und es wurden Vermutungen laut,

79. Janz, S. 84; Katschinski, *Schicksal*, S. 39. Beide Schriften gehen bezüglich des Datums des Rückzuges auseinander.

80. J. Blociszewski, *L'Affaire de Memel*, nennt den 17. Februar 1920, doch findet er für diese Behauptung keine Unterstützung anderer Autoritäten. S. 146.

81. Katschinski, S. 39; Deu, S. 8; Leiden.

82. Amtsblatt des Memelgebietes, von jetzt ab bezeichnet ABl., 1920, S. 28. Es wurde am 20. April 1920 offizielles Organ des Memelgebietes. Ibid. Wiederholt am 13. März 1922 und 2. November 1925. Ibid., 1925, S. 942.

83. ABl., 1920, S. 269, auch Nr. A. 124 am 24. August 1920; Katschinski, S. 40 ff.

84. Langer, S. 392, sagt, daß, da die Vereinigten Staaten den Versailler Vertrag nicht unterzeichneten und nicht ratifizierten und damit auch nicht die Abkommen über die Übereignung des Memelgebietes, Deutschland nicht an diese gebunden sei. Friesecke, S. 19—22, weist nach, daß ein solches Argument unmöglich ist und daß die Vereinigten Staaten durch ihr Still-schweigen zugestimmt hätten. Nach Zitaten aus List und Fleischmann kommt er zu dem Schluß: „Qui tacet, consentire videtur, dum loqui potuit ac debuit“. Artikel 440 des Versailler Vertrages lautet: „Mit der Errichtung dieses ersten Protokolls tritt der Vertrag zwischen den Hohen vertrag-schließenden Teilen, die ihn auf diese Weise ratifiziert haben, in Kraft. Dieser Zeitpunkt gilt zugleich als der Zeitpunkt des Inkrafttretens bei Be-rechnung aller in dem gegenwärtigen Verträge vorgesehenen Fristen. In

was Odry wohl tun würde.⁸⁵ Die Entscheidung fiel, als M. Petisné zum Zivilkommissar ernannt wurde. Alle Zivilreformen wurden in seine Hände gelegt,⁸⁶ und er begann ihre Ausführung mit der Hilfe des Direktoriums.⁸⁷

Während der Vorbereitung von Petisné's Reformen blieben die alten Einrichtungen und Gesetze in Kraft. Ragnit und Tilsit wurden in einen einzigen Kreis Pogegen am 27. Januar 1920 zusammengefaßt. Die deutschen Angestellten behielten ihre Stellungen bei.⁸⁸ Anfang März wurde aus dem Gebiet ein Landgerichtsbezirk gebildet,⁸⁹ und im Mai, als Hungersnot drohte, richteten die Franzosen im Einverständnis mit Litauen Unterstützungen ein.⁹⁰ Der Memelfluß wurde zur Zoll-, Paß-, Ausfuhr- und Einfuhr-Grenze zwischen Deutschland und dem Memel-

jeder anderen Hinsicht tritt der Vertrag für jede Macht mit der Niederlegung ihrer Ratifikationsurkunde in Kraft.“ Angesichts dieses Artikels ist Friesecke's These unhaltbar. Deutschland verlor Memel tatsächlich und rechtlich. Artikel 99 kann nicht so konstruiert werden, daß er die Gesichtspunkte unterstützt. Eine solche Lehre zu befolgen, würde dazu führen, daß jeder Staat, der es ablehnt, sich an einem Unrecht zu beteiligen (selbst wenn er unfähig wäre, es zu verhindern), diesem Unrecht stillschweigend zustimmt. Das würde bedeuten, daß ein internationaler Gerichtshof in einem gegebenen Fall zu Gunsten eines beteiligten Staates gegen den verantwortlichen Staat nicht nur zu entscheiden hätte, sondern auch gegen alle anderen, die sich nicht dazu äußerten, obwohl sie stillschweigend das Unrecht verdammten.

85. Dix gibt in seiner *Politischen Geographie*, S. 527, der Ansicht Ausdruck, daß Memel eine „französische Kolonie“ geworden sei. Die französische Verwaltung gab keine Veranlassung zu dieser Ansicht.

86. ABl. 1920, S. 200 ff. Das Datum der Ernennung war der 7. Juli 1920.

87. Friesecke, S. 21, behauptet, daß das Memelgebiet in die gleiche Kategorie mit dem Saargebiet zu stellen sei. Die Souveränität über Memel war Deutschland für immer entrissen; im Saargebiet war aber nur das Besitzrecht vorübergehend verloren. Im Saargebiet war eine Abstimmung vorgesehen, nicht in Memel. Obwohl die Memelregierung kein condominium darstellte, waren die vier Mächte an ihr beteiligt. Sie waren die Treuhänder, für die Frankreich handelte. Nur in einer Hinsicht waren sich Memel und Saargebiet ähnlich, nämlich darin, daß sie während der Übergangszeit für den zukünftigen, endgültigen Besitzer verwaltet wurden.

Das hier in Frage kommende Direktorium bestand aus Altenberg, Jahn, Dr. Honig, Grabow, Matzies, von Schlenther, Schen, Pastor Reides und Simonaitis. Die letztgenannten Beiden traten erst am 12. März hinzu. Deu, S. 8.

88. ABl. 1920, S. 29—31; Janz, S. 82.

89. Deu, S. 9.

90. Ibid.

gebiet. Danzig und Memel erhielten ein gemeinsames Obergericht⁹¹ und hinsichtlich der Post wurden Abkommen mit Lettland getroffen. Die Notariatsgebühren wurden geändert⁹³ und verschiedene ebenso „ausgezeichnete“ Maßnahmen wurden ergriffen.⁹⁴ Am 21. September 1920 erfolgte die Bekanntgabe der erwarteten Umorganisation der Regierung.⁹⁵ An der Spitze stand der französische Kommissar, unter ihm das Landesdirektorium, das die Geschäfte der vorläufigen lokalen Kommission übernehmen und aus 6 bis 8 Mitgliedern bestehen sollte. Seine Pflichten wurden auf sieben Abteilungen verteilt, und seine Mitglieder erhielten die diplomatische Immunität.⁹⁶ Das alte Direktorium blieb bis zum 3. Dezember 1920 im Amt und wurde dann durch ein neues ersetzt.⁹⁷ Dem neuen Direktorium wurde die Sorge für Polizei, Gerichts- und Finanzwesen übertragen. Weiterhin wurde ein Staatsrat eingesetzt, der aus zwanzig Mitgliedern bestand und dessen Pflichten in der Hauptsache in der Beratung in Wirtschafts- und Finanzfragen bestanden. Die Mitglieder wurden zum Teil gewählt, zum Teil ernannt und repräsentierten die wichtigsten Wirtschafts- und Handelsgruppen Memels. Ein Verwaltungsgericht wurde eingesetzt, um etwa auftauchende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verwaltungsbehörden zu regeln.⁹⁸ Unter dem französischen Kommissar standen die Bürgermeister, denen die Verwaltung der Gemeinden oblag. Mehrere Gemeinden bildeten einen Amtsbezirk unter einem Amtsvorsteher. Das ganze Gebiet wurde in drei Kreise aufgeteilt, an deren Spitze ein Landrat stand. Odry war Gouverneur, sein Assistent Petisné.⁹⁹ In dieser Weise war die Re-

91. ABL. 1920, S. 307, 339. Abkommen vom 30. August 1920, das aber niemals in Wirkung trat.

93. Ibid., S. 313.

94. Ibid., S. 1—346.

95. Ibid., S. 347 ff. Nr. A. 138.

96. Durch Verordnung vom 10. November 1920.

97. Das neue Direktorium bestand aus Altenberg, Wedel, Matzies, Reidys und Simonaitis.

98. Durch Verordnung vom 25. November 1920.

99. Blocizewski, S. 146; Friesecke, S. 22.

gierung des Memelgebietes vom September 1920 bis zum Einfall 1923 gestaltet. Die Einzelheiten ihrer Tätigkeit interessieren uns hier nicht.

Im Großen gesehen, waren die Veränderungen in der Regierung nicht so drastisch, wie es zunächst den Anschein hatte. Sie lehnten sich an die vorhergehende preußische Herrschaft an. Unmittelbar darauf erfolgten aber weitere Veränderungen zunächst durch Anordnungen des Direktoriums am 1. Dezember.¹⁰⁰ Sie betrafen die Post,¹⁰¹ die Polizei,¹⁰² die Preisgestaltung, die Wahlen, Mietsangelegenheiten und die Verordnungen über Landbesitz wurden strenger als vorher. Mißstände in Verbindung mit der Beschäftigung von Frauen wurden abgestellt.¹⁰³ Am 9. Februar 1929 wurde eine Handwerkskammer für das Memelgebiet errichtet. Am 4. April wurde eine Lehrerkammer geschaffen.¹⁰⁴ Am 1. Mai 1921 sah Odry seine Tätigkeit als beendet an, gab sie an Petisné ab und verließ Memel.¹⁰⁵ V. P. Wedel wurde nach dem Rücktritt Altenbergs zum Präsidenten des Direktoriums ernannt.¹⁰⁶ Weitere Veränderungen erfolgten hinsichtlich der Gerichtshöfe, des Kriminalrechts¹⁰⁷ und der Eisenbahnverhältnisse.¹⁰⁸ Am 23. März 1921 war zwischen Odry und Lambsdorff ein Abkommen über die Schifffahrt auf dem Memelfluß unterzeichnet worden,¹⁰⁹ und im Dezember 1921 verlieh die Botschafterkonferenz Memel das Recht, Handelsverträge mit seinen Nachbarn abzuschließen.¹¹⁰ Ebenso erhielt das Memelgebiet das Recht, eine eigene Flagge zu führen.¹¹¹ Dies waren die wichtigsten Veränderungen in der Regierung unter französischer Herrschaft.

100. ABl. 1920, S. 436.

101. ABl. 1920, S. 505.

102. ABl. 1920, S. 625.

103. ABl. 1921, S. 163.

104. ABl. 1921, S. 352—353.

105. ABl. 1921, S. 414; Deu, S. 11.

106. ABl. 1921, S. 707; Deu, S. 13.

107. ABl. 1921, S. 815, 7. September 1921.

108. ABl. 1921, S. 849, 22. September 1921.

109. ABl. 1922, S. 51.

110. Friesecke, S. 24.

111. Siehe ABl. 1920—1923 hinsichtlich zahlreicher anderer Verordnungen.

Während im Memelgebiet die Umbildung der Regierung vor sich ging, spielte sich ein anderes Drama ab, das auf das endgültige Schicksal Memels einen mächtigen Einfluß ausüben sollte, — Wilna. Die Tatsachen waren kurz gesagt folgende: Die Anstrengungen der Alliierten, Rußland zu zerschmettern, waren 1919 fehlgeschlagen. Die im Jahre 1920 den Polen gewährte französische Unterstützung und die Strategie des Generals Weygand hatten dieses Land gerettet, als die Russen schon drohten, in Warschau einzumarschieren. Litauen, von Polen freigekommen, schloß ein Übereinkommen mit Rußland im Juni und Juli 1920. In diesem wurde ihm Wilna, Grodno, Suwalki und Lida zugesprochen.¹¹² Die Kämpfe um Wilna endeten an der im September 1920 festgelegten Curson-Linie. Der polnisch-litauische Friedensvertrag von Suwalki vom 7. Oktober brachte Litauen zeitweise in den Besitz Wilnas. Am 12. Oktober wurde der Friede von Riga geschlossen, der die Feindseligkeiten zwischen Rußland und Polen beendete.¹¹³ Die nun wieder freigeordneten polnischen Truppen wandten sich unter Führung von General Zeligowski gegen Wilna und entrissen dieses durch einen Gewaltstreich Litauen. Dieser anscheinend entfernte Streit betraf Memel direkt; denn von diesem Augenblick an bestanden die Litauer darauf, die Wilna-Frage gegen die Memel-Frage auszuspielen.

Während somit die Regierungsumbildung in Memel und gleichzeitig das Drama von Wilna ihren Lauf nahmen, plagte sich die Botschafterkonferenz mit der Frage herum, was endgültig mit Memel geschehen solle. Polen und Litauen gaben nicht nach, und es wurde im April 1921 eine Konferenz nach Brüssel einberufen mit dem Zweck, den Wilna-Streit zu schlichten.¹¹⁴ Aber man mußte bald feststellen, daß auch die Memel-Frage aus den Erörterungen nicht auszuschließen sei.

An diesem Wendepunkt legte Hyman in der Hoffnung, einen großen Erfolg zu erzielen, den Plan vor, der noch heute seinen Namen trägt. Er schlug vor, einen neuen Staat zu bilden, der Polen, Litauen und Memel umfassen sollte, wobei jedes dieser

112. Behrendt, S. 24 ff.

113. Ibid.

114. Protokoll vom 25. März 1921.

drei Gebiete nach Schweizer Muster einen besonderen Kanton bilden sollte.¹¹⁵ Litauen erkannte, daß diese Regelung ihm Schaden zufügen mußte und lehnte seine Annahme ab. Professor Askenasy wollte so weit gehen, den Memelfluß entsprechend Artikel 331 des Versailler Vertrages zu internationalisieren. Schließlich wurde die ganze Angelegenheit als resultatlos im November 1921 dem Völkerbund unterbreitet. Frankreich versuchte, Litauen zum Nachgeben zu zwingen, drohte und tobte, führte einen Feldzug gegen Litauen mit seinen Goldfranken, erreichte aber nichts.

In der Zwischenzeit waren auch in Litauen die Meinungen darüber, welches der beste in Zukunft zu verfolgende Plan sei, geteilt. Am 11. November 1921, inmitten all dieser Meinungsverschiedenheiten, nahm der litauische Sejm eine Resolution an, die dahin ging, daß das Memelgebiet das Recht auf eine unabhängige innere Verwaltung, basiert auf wirtschaftlicher Autonomie, haben solle.¹¹⁶ Damit hatte Litauen den Punkt erreicht, an dem es grundsätzlich einer Einigung mit Polen zustimmen konnte. Es schien beinahe, als ob der Hyman-Plan trotz allem Wirklichkeit werden könnte. Aber unkluge polnische Staatskunst verwarf alle Konzessionen und brachte Polen in einen scharfen Konflikt mit Litauen während der Genfer Verhandlungen. Polen ließ sich alle Aussichten durch die Finger gleiten. Die litauischen Delegierten kehrten enttäuscht zurück und konnten feststellen, daß man zuhause hartnäckig jeder Form einer Vereinigung widerstand. Die englischen Truppen waren inzwischen aus dem Orient zurückgekehrt und Litauen rechnete auf Hilfe von dieser Seite. Das Ende vom Liede war, daß der Hyman-Vorschlag fallengelassen wurde und das Schicksal des Memelgebietes unentschieden blieb. Das braucht nicht besonders bedauert zu werden; denn bei Annahme des Hyman-Planes würden in dem vorgeschlagenen Staat die Kulturen nicht gleichberechtigt gewesen sein, wie es in dem Kantonalland Schweiz heute der Fall ist.

Die Ergebnisse waren nach zwei Seiten entscheidend für das Memelgebiet. Eine betraf die französische Haltung. Die zweite

115. Schierenberg, S. 67.

116. Borchardt, a. a. O.

war die Reaktion unter der Bevölkerung des Memelgebietes gegenüber dem gefürchteten polnischen Angriff. Die französische Herrschaft in Memel war zu Beginn aus guten Gründen wohlwollend. Frankreich wünschte, daß Memel entweder ein Teil Polens werden oder unter französischen Schutz kommen solle. In beiden Fällen hatte Frankreich das Vertrauen der Bevölkerung notwendig und warb um dieses mit einer versöhnlichen und scheinbar weitsichtigen Herrschaft. Zunächst wurde den Führern des Memelgebietes erlaubt, nach dem Februar 1920 im Lande zu bleiben. Abgesehen von wenigen Maßnahmen, wie z. B. die vom 14. März 1921 über Erziehungsfragen,¹¹⁷ dauerte es auch nicht lange, bis die örtliche Bevölkerung zeitweise in Gleichgültigkeit verfiel. Die Gebildeten, die geistigen Führer und die Zeitungen hielten am Protest fest; aber die Bevölkerung als Ganzes wurde den Franzosen gegenüber gleichgültig und verblieb so, bis die Furcht vor einem polnischen Angriff sie zu neuer Tätigkeit erweckte.¹¹⁸

Die zweite Tatsache, die Abneigung gegen einen möglichen polnischen Angriff, war so mit der örtlichen politischen Lage ineinander verwickelt, daß an dieser Stelle eine Abschweifung in die inneren Angelegenheiten des Memelgebietes notwendig ist. Der Deutsch-Litauische Heimatbund führte einen Feldzug mit Protesten, Erklärungen und Versammlungen sowohl gegen Polen als gegen Litauen. Der Gedanke eines Freistaates hatte sich der Einbildungskraft der Bevölkerung bemächtigt. Im Sommer 1921 trugen sich 54 529 Anhänger dieses Gedankens in Listen ein.¹¹⁹ Dieser Bewegung war die sogenannte Großlitauische entgegengesetzt, die Memel für ein unerlöstes kleines Litauen ansah. Diese Bewegung bestand aus zwei Gruppen. Die erste Gruppe betrachtete Memel nur als einen germanisierten Teil Litauens, der der Heimat zugeführt werden müsse. Einige gestanden den Deutschen zu, daß diese Ansicht bestreitbar sein könne, bestanden aber darauf, daß Litauen den Hafen und das Land brauche und haben müsse. Die zweite Gruppe war der

117. Es wurde verfügt, daß nicht deutsch sondern litauisch dort gelehrt werden sollte, wo die Bevölkerung litauischer Abstammung war. ABL. 1921, S. 283.

118. Katschinski, S. 40 ff.

119. Ibid., S. 45 ff; Wendenburg, S. 14 ff.

Meinung, daß Memel, da es nicht deutsch bleiben könne und da die Freistaatidee eine ständig von Frankreich und Polen bedrohte Utopie wäre, bei einer Annexion durch Litauen das kleinere Übel wählen würde.¹²⁰ Diese Gruppe hatte nur ungefähr 10 0000 Mitglieder, wurde aber aus dem Auslande mit Geld unterstützt und war besonders aktiv.¹²¹

In ihr war sehr tätig die Wirtschaftspartei, die von Simonaitis mit folgendem Programm begründet war: 1. Aufrechterhaltung der gegenwärtigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beziehungen; 2. volle Gleichberechtigung von Deutschen und Litauern im Memelgebiet; 3. Aufstellung von Freiwilligen zur Aufrechterhaltung der Ordnung; 4. Vereinigung des Memelgebietes mit dem Wirtschaftssystem Litauens unter Beibehaltung seiner Stellung als föderativen Staates; 5. Freier Gebrauch des Hafens durch Memel und Litauen; 6. Aufstellung genauerer Bedingungen durch die Alliierten Mächte und Garantierung dieser Bedingungen durch den Völkerbund.¹²²

Zu Ende des Jahres 1921 war die für den Freistaat eintretende Gruppe zur stärksten Bewegung im Memelgebiet geworden.¹²³

Der Hyman-Plan und sein Fehlschlag machte alle Organisationen im Memelgebiet wachsam gegen die polnische Gefahr und warnte sie vor dem politischen Spiel der Franzosen. Doch kam diese Erkenntnis teuer zu stehen; denn sie veranlaßte Petisné zu Intriguen aus der Furcht heraus, daß das Memelgebiet doch Deutschland zurückgegeben werden könne. Besonders störte ihn die Gründung der Arbeitsgemeinschaft für den Freistaat Memel am 1. Dezember 1921. Sie war das Signal für die Erneuerung der französischen Tätigkeit, dieser von Deutschland drohenden Gefahr zu begegnen. Unter der Führung von Geo Gerold traf in Memel eine parlamentarische Studienkommission ein. Zur gleichen Zeit entsandte die Botschafterkonferenz den Grafen de Monzie zur Untersuchung der Memelange-

120. Wendenburg, S. 18.

121. Schierenberg, S. 90 ff.

122. Germania, 4. März 1922, No. 145, S. 1. Der Parteikampf im Memelland.

123. Fricsecke, S. 28.

legenheiten. Beide Männer berichteten der Botschafterkonferenz, daß sowohl Polen als Litauen der völlig freie Gebrauch des Hafens garantiert werden müsse.¹²⁴

Der Besuch von Monzie und Gerold in Memel hatte noch eine andere Folge. Im November 1922 hatten die in Paris weilenden Litauer alle Gründe erschöpft, aus denen sie beweisen wollten, daß das Memelgebiet zu Litauen gehören müsse. Es war ihnen nicht möglich gewesen, die Konferenz davon zu überzeugen. Daher änderten sie ihre Taktik und behaupteten, daß der Freistaat-Gedanke in Deutschland fabriziert worden sei. Aber auch das überzeugte die Konferenz nicht. Da somit die Memelfrage der Lösung nicht nähergekommen war, beauftragte die Konferenz noch einmal M. Laroche mit der Aufgabe, einen neuen Plan auszuarbeiten. Er begab sich mit der Hilfe eines Komitees ans Werk und suchte von allen beteiligten Parteien Informationen zu erhalten. Die Besuche der französischen Kommission und des Grafen Monzie waren nur Teile dieser Anstrengung, das Memelproblem zu lösen.

Ein gutes Beispiel dafür, wie verworren die ganze Frage geworden war, läßt sich aus den Verhandlungen über die Anerkennung Litauens entnehmen, die im Sommer 1922 stattfanden.

Am 13. Juli 1922 teilten die Alliierten Litauen mit, daß die Anerkennung erfolgen würde, vorausgesetzt, daß Litauen die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinsichtlich des Memelflusses anerkenne.¹²⁵ Am 4. August stimmte Litauen zu unter der Voraussetzung, daß Memel mit Litauen „wiedervereinigt“ würde;¹²⁶ aber die Botschafterkonferenz antwortete, „Die Frage der de jure Anerkennung der Litauischen Regierung darf nicht mit der des Memelstatuts vermischt werden.“¹²⁷

124. Schierenberg, S. 95.

125. The Question of Memel, S. 8. Zwei Sammlungen von Dokumenten sind durch die Litauische Regierung veröffentlicht worden; eine ist die eben erwähnte. Sie wird im folgenden als The Ques bezeichnet. Die andere ist in französischer Sprache gehalten und trägt den Titel „Question de Memel“. Auf sie wird unter der Bezeichnung Ques verwiesen.

126. Ques, S. 53—54.

127. The Ques, S. 8, 13. Oktober 1922.

Am 6. November 1922 erschienen die litauischen Delegierten vor der Laroche-Kommission und gaben finanzielle, wirtschaftliche, nationale und politische Gründe an, aus denen Litauen ein Recht auf das Memelgebiet gegeben werden müsse.¹²⁸ Am nächsten Tage sandte Laroche einen Fragebogen an die litauische Delegation, der folgendes enthielt:

1. Wenn Memel Freistaat wird, welche Folgen würde darauf die Schließung der litauischen Grenzen haben?
2. Welche Folgen würde eine für Litauen günstige Regelung für den Flußverkehr haben?
3. Wie würde die Vereinigung Memels mit Litauen und ein darauf folgender Krieg mit Polen Memel berühren?
4. Beabsichtigen die Litauer eine Sonderregelung für den Hafen?
5. Wie würden die Litauer handeln, wenn für die Verwaltung des Hafens ein aus einem polnischen, einem litauischen und einem memelländischen Mitglied bestehender Ausschuß eingesetzt würde?¹²⁹

Es verging ein Monat, bis durch O. V. Milosz am 9. Dezember die litauische Antwort überreicht wurde. Sie lautete wie folgt:

1. Die Schließung der litauischen Grenzen würde beschleunigten wirtschaftlichen Verfall bedeuten.
2. Die Übergabe Memels an Litauen würde einen schnellen wirtschaftlichen, kulturellen, politischen und nationalen Aufstieg für Memel bedeuten.
3. Die Antwort auf diese Frage war eine Anklage Polens wegen Wilna.
4. Litauen beabsichtigt eine Sonderregelung für den Hafen.
5. Litauen wünscht keine gemischte Verwaltung des Hafens.¹³⁰

Diese Antworten waren teilweise in einem Plan für die Regierung Memels enthalten, der durch die Litauische Verfassungsgebende Versammlung in Kowno vom 11. November 1921 angenommen war und wie folgt lautet:

128. Ques, S. 19.

129. Ibid., S. 52.

130. Ques, S. 52.

„... Die Verfassunggebende Versammlung ... erkennt an ... die Notwendigkeit, allen Einwohnern der Republik Gleichheit der Rechte zu sichern, Erleichterungen aller Arten und Pflichten, soweit die allgemeinen Interessen der Republik in befriedigender Weise sichergestellt sind, und soweit als möglich die Sonderinteressen der Bewohner des Memelgebietes zu schützen. Um den Schutz der Sonderinteressen des Memelgebietes zu sichern, das einen Teil der Republik bildet, wird dessen Recht anerkannt, sich selbst mit allen lokalen, wirtschaftlichen und Verwaltungsfragen zu beschäftigen, den Fragen des sozialen Schutzes und der Arbeit, denen, die die Gerichtshöfe, den Unterricht, die Erziehung und die Religion betreffen, und eine separate, autonome Einheit zu bilden, die auf demokratischer Grundlage organisiert ist...“.

Nach diesem Plan war das Memelgebiet ein Teil der Litauischen Republik. Die Einwohner konnten sich an den Wahlen zum Seimas beteiligen und, während sie in einem besonderen Kanton lebten, standen sie doch unter der gleichen Verfassung wie die übrige Republik. Dem Seimas und der Zentralregierung unterstanden: die bewaffnete Macht; Verkehrswesen, Eisenbahnen, Telephon, Telegraph, Post, Häfen, und die See- und Luftverbindungen; öffentliche Finanzen, Finanzen, Zölle, Domänen, Monopole, Akziserechte und Staatssteuern; die Auswärtige Politik; die Aufstellung allgemeiner Grundsätze für den Unterricht besonders in den höheren Schulen; die Verwaltung der Staatsdomänen; die Aufsicht über die juristischen Einrichtungen; und „Staatskontrolle“. Der Seimas und die örtliche Regierung hatten Teil an der lokalen Verwaltung, an den Organen der städtischen und ländlichen Autonomie; an den Wirtschaftsfragen, Handel, Industrie, Fischerei, Landwirtschaft und Agrarreform; sozialem und Arbeitsschutz; Vereinigungen, Erziehung, Religion und eigenen höheren Schulen; Steuern für die lokalen Ausgaben; Straßen und allen Verkehrswegen mit Ausnahme der bereits erwähnten; allen Gerichtshöfen mit Ausnahme des Obersten Appellationsgerichts einschließlich der Zivil- und Strafrechts-Gesetzbücher, bei denen Veränderungen nur mit Zustimmung des regionalen Seimas zulässig waren; und der Wahl des regionalen Seimas auf demokratischer Grund-

lage.¹³¹ Das Laroche-Komitee lehnte diesen Vorschlag, als er zuerst vorgelegt wurde, ab; aber es ist richtig, ihn im Gedächtnis zu behalten, weil viele seiner Punkte denen ähnlich sind, die das gegenwärtige Statut enthält.

Das Laroche-Komitee sandte einen Fragebogen auch an Gaigalaitis, der als Repräsentant der Taryba in Paris tätig war. Die ersten drei Fragen stimmten mit denen, die Litauen in dem dorthin gesandten Fragebogen vorgelegt waren, überein. Die Fragen 4 und 5 aber waren verschieden und lauteten:

4. Kann sich Memel als unabhängiger Staat, der polnischen und litauischen Hilfe beraubt, halten?
5. Inwieweit hängt der Umschlag im Hafen vom auswärtigen Handel ab und inwieweit vom Eigenhandel? In der Antwort muß den Faktoren, die das Budget aufrecht erhalten, Aufmerksamkeit geschenkt werden.¹³²

Die Antworten (unterzeichnet von Simonaitis) liefen am 21. November ein.¹³²

1. Der Handel Memels würde gelähmt sein, wenn es von Litauen abgeschnitten ist.
2. In litauischen Händen wird der Hafen aufblühen und wachsen.
3. Auf diese Frage wurde keine besondere Antwort gegeben, sondern nur ausgeführt, daß Memel unter deutscher Verwaltung immer ein Defizit aufwies
4. Ohne Unterstützung vom Hinterland könne Memel als autonome Provinz nicht existieren.
5. Litauen würde das Budget balanzieren.¹³³

Weitere Einzelheiten anzuführen, erübrigt sich. Die Zeitspanne vom Januar 1920 bis Januar 1923 war für Memel bestimmt durch Ungewißheit, Unentschiedenheit und Erwartung. Die Alliierten Mächte waren scheinbar nicht fähig, das endgültige Schicksal des Memelgebietes zu entscheiden.

131. The Ques, S. 26—27.

132. Ibid., S. 40.

133. Ibid., S. 40.

Kapitel V.

Litauens Druck auf die Botschafterkonferenz.

§ 11. Der Staatsstreich vom Januar 1923. Zu Ende des Jahres 1922 war klar ersichtlich, daß Litauen wenn es auf die Botschafterkonferenz keinen Druck ausüben könne, bereit war, wegen Memel einen langen Kampf zu führen. Die diplomatische Situation im Januar 1923 schuf die gesuchte Gelegenheit. Frankreich hatte den Vorsitz in dem zu gleichen Teilen besetzten Reparationskomitee und damit die Möglichkeit, die entscheidende Stimme in die Wagschale zu werfen, die Deutschland mit den Reparationszahlungen im Verzug erklärte. Am 11. Januar 1923 marschierten französische Soldaten in das Ruhrgebiet ein. Die ganze militärische Kraft Frankreichs war in den besetzten Gebieten konzentriert. England und Italien beobachteten vorsichtig die französischen Bewegungen und hatten keine Zeit, ihr Augenmerk auf andere Gebiete zu richten. Die Vereinigten Staaten hatten sich als uninteressiert an europäischen Angelegenheiten erklärt. Polen und Rußland waren zu sehr mit ihren eigenen Dingen beschäftigt, um sich an Vorgängen, die Memel betrafen, zu beteiligen.

Die Ereignisse im Memelgebiet begannen immerhin schon vor der Ruhrbesetzung. Am 3. Januar 1923 hatte der litauische Vertreter in Memel, Zilius eine Konferenz mit Simonaitis in Kowno.¹³⁴ Am 4. Januar entschieden sie, daß ein litauischer Angriff auf das Gebiet unternommen werden sollte. Ein sogenanntes „Komitee für die Rettung Klein-Litauens“ wurde in Heydekrug organisiert¹³⁵ und zur vorläufigen Spitze der revolutionären Bewegung gemacht. Dieses veröffentlichte am 9. Januar ein Manifest, in dem behauptet wurde, daß das deutsche Direktorium unter Führung von Dr. Steputat durch Befürwortung der

134. The Ques, S. 69.

135. Hatvany and Kellor, *Security against War*, S. 265—266

Freistaatidee das Memelgebiet ruiniere und daß eine Schuld von über 1 Milliarde Mark für die Kosten der Besatzungsmacht nicht gezahlt worden sei. Das Komitee riß daher die Macht an sich, entließ das Direktorium und beauftragte Simonaitis, die Führung in der neuen Regierung zu übernehmen, die aus einem Direktorium von 5 Mitgliedern bestehen solle, die von Simonaitis innerhalb der nächsten drei Tage ernannt werden würden. Das Kriegsrecht wurde proklamiert und ein Sondergericht eingesetzt, daß die Macht erhielt, Todesstrafen auszusprechen. Die Beamten wurden aufgefordert, die Geschäfte weiterzuführen, und die Franzosen gebeten, sich einem Staatsstreich gegenüber unbeteiligt zu verhalten, da Clemenceau das Gebiet bereits Litauen versprochen habe und dieses nur durch deutsche Machenschaften verhindert worden sei, die ganze Macht zu übernehmen. Das Manifest war unterzeichnet von Jankus, Streckys, Lebartus, Saulinskis und Bruvelaitis.¹³⁶ Ihm war zwei Tage vorher ein Ruf zu den Waffen für alle litauischen Freiwilligen, die bei der „Befreiung Memels“ Hilfe leisten wollten, vorausgegangen.¹³⁷

Am 10. Januar drang eine Truppe von „Freiwilligen“ in Zivilkleidern von Litauen aus ins Memelgebiet ein. Die meisten waren Soldaten oder Offiziere vom 2., 5. und 8. Infanterie-Regiment und vom 1. und 2. Kavallerie-Regiment der litauischen regulären Armee.¹³⁸ Dieser sogenannte „Aufstand“ war in Wirklichkeit eine Invasion. Sein Führer war ein Mann namens Budrys. Sowohl Frankreich als England protestierten gegen die Hilfeleistung für Litauen. Sie lehnten die Anerkennung des „Komitees für die Rettung des Memelgebietes“ ab und ersuchten Litauen, durch Zilius Einfluß auszuüben, um Ausschreitungen gegen Personen und Eigentum zu verhindern.¹³⁹ Galvanauskas antwortete, daß Litauen alles Erforderliche getan habe, um bewaffnete Parteigänger zu hindern, in das Gebiet einzumarschieren.¹⁴⁰ Aber die Botschafterkonferenz war nicht zufrieden gestellt und am gleichen Tage (11. Januar) sandte Poincaré eine

136. The Ques, S. 45 ff.

137. Ibid., S. 47 ff.

138. Borchardt, S. 288.

139. The Ques, S. 48. Unterzeichnet von Padovni und Dilley.

140. Ibid., S. 49.

Note des Inhalts, daß Litauen seine Versprechungen nicht erfüllt habe.¹⁴¹ Galvanauskas protestierte am 12. Januar und behauptete, daß Litauen an den Geschehnissen nichts ändern könne.¹⁴²

Die „Freiwilligen“ konzentrierten ihre Aufmerksamkeit zunächst auf Pögegen. Ihr Ziel war die Langszargen-Eisenbahn, die sie bald völlig in ihren Besitz brachten.¹⁴³ Die Bewegung setzte sich nach Norden und Westen fort. Petisné erließ, als die „Freiwilligen“ ständig Zuzug von jenseits der Grenze erhielt, einen schwächlichen Protest. Am 13. Januar ließ Poincaré wiederum Galvanauskas wissen, daß er nicht den Eindruck habe, daß Litauen alles tue, um Schwierigkeiten zu vermeiden.¹⁴⁴

Inzwischen trat das neue Direktorium am 13. Januar in Heydekrug zusammen. Es bestand aus Simonaitis als Präsidenten, Reisgys und Toleikis. Zwei weitere Mitglieder sollten, sobald die Zeiten normal geworden seien, aus der Kaufmannschaft und der Arbeiterschaft von Memel gewählt werden.¹⁴⁵ Die beiden später ernannten Männer waren Dr. Gaigalat und Leksas.¹⁴⁶ Die litauischen Pläne kamen gut voran; denn das neue Direktorium war bereit, dem Staatsstreich alle Hilfe zuteil werden zu lassen.¹⁴⁷

141. Ibid.

142. Ibid., S. 50. Die Note wurde durch de Milosz überbracht.

143. Die Stärke der militärischen Macht, die sich in den folgenden Ereignissen zeigte, beweist, daß die Bewegung kein spontaner Aufstand der Memelbevölkerung gewesen ist.

144. *The Ques*, S. 50.

145. ABL, 1923, S. 25.

146. Ibid., S. 96.

147. Gade beschreibt die Angelegenheit teilweise wie folgt: „Das Komitee für die Wohlfahrt des Memelgebietes“ nahm von der Stadt Besitz und setzte sich über die Autorität des Völkerbundes ebenso spöttisch und vollkommen hinweg, wie Zeligowski das bei der Besitzergreifung Wilnas getan hatte. a. a. O., S. 413.

Der Völkerbund trat in die Streitfrage erst im Sommer 1923 ein, als der Völkerbundsrat bei der Regelung der Verwirrung, in die die Verhandlungen wegen des Statuts geraten waren, zu Hilfe kam. Das war lange nach dem Staatsstreich. Die „verspottete Autorität“ bestand aus der Friedenskonferenz, der Botschafterkonferenz und den Alliierten und Assoziierten Mächten. Der Staatsstreich in Wilna wurde durch eine starke Macht gegen eine schwächere durchgeführt. Der Staatsstreich in Memel war die Tat einer kleinen Gruppe von Männern, die die großen Weltmächte herausforderten.

Zu dieser Zeit hatten die Eindringlinge und Freiwilligen die Stadt Memel, das Hauptziel der Revolte, erreicht. Sie ließen Petisné eine Warnung zukommen, daß er entweder die Stadt ausliefern oder für das Blutvergießen verantwortlich sein solle. Petisné machte den Versuch eines Widerstandes, in dem einige Leute auf beiden Seiten getötet wurden;¹⁴⁸ aber bald wurde ein Waffenstillstand unterzeichnet, und die Stadt kam am 15. Januar in litauische Hände.

Es ist lächerlich sich vorzustellen, daß die französischen Truppen, kriegserfahren, gut ausgerüstet und unter Leitung von fähigen Führern, nicht imstande waren, die Litauer in Schach zu halten. Die Erklärung für die Übergabe liegt in der mangelnden Bereitschaft, hier etwas zu unternehmen, als alle französischen Anstrengungen auf die Ruhr gerichtet waren. Am 13. Januar entschied die Botschafterkonferenz, nach Memel alliierte Kriegsschiffe unter dem Kommando des Obersten Trousson, des französischen Militärattachés in Warschau, zu entsenden. Man dachte auch daran, eine polnische Armee dorthin zu schicken, um ein Mandat über Memel zu übernehmen, doch hinderte die Furcht vor Rußland die Ausführung dieses Planes.¹⁴⁹ Litauen hatte richtig kalkuliert. Die Kühnheit des Schrittes war kolossal. Polen hatte den Litauern Wilna weggenommen; aber das schwache, kleine Litauen hatte Memel den Alliierten und Associierten Mächten geraubt.

Am 15. Januar schrieb Galvanauskas an Poincaré, im Memelgebiet sei alles so durcheinander, daß es zweifelhaft sei, ob Litauen Ruhe schaffen könne. Immerhin sei Galvanauskas bereit, moralische Überredungskünste zu versuchen.¹⁵⁰ Der Zorn der Botschafterkonferenz wuchs, als sie hilflos dem Doppelspiel der Litauer zusehen mußte. Am 17. Januar sandte Padovni eine

Es ist gesagt worden, daß der Memeler Staatsstreich auch die Tat einer starken Macht (Litauen) gegen eine schwache (die Bevölkerung des Memelgebietes) war. Die Beurteilung dieser Frage muß aber auf alle Fälle davon abhängen, wie man das Wort „Macht“ definiert. In dieser Arbeit ist das Wort „Macht“ als Bezeichnung für einen Staat oder eine Nation gebraucht worden. Es trifft daher auf Memel keinesfalls zu.

148. Schierenberg gibt alle Daten um je 1 Tag später, doch steht er damit allein. Siehe Blociszewski, S. 154 ff.

149. Schierenberg, S. 97 ff.

150. The Ques, S. 51.

Note der Alliierten und ein Telegramm nach Litauen des Inhalts, daß eine endgültige Entscheidung über das Memelgebiet nicht erfolgen würde, bevor Ruhe und Ordnung wieder hergestellt seien und die Alliierten und Associierten Mächte wieder die Kontrolle hätten.¹⁵¹ Er machte Litauen für den Tod der französischen Soldaten verantwortlich.¹⁵²

Die Litauer spielten ein schlaues Spiel. Simonaitis schrieb am gleichen Tage von Heydekrug aus an die Minister für Auswärtige Angelegenheiten in Großbritannien, Frankreich und Italien und belud Petisné mit der Schuld für das vergossene Blut.¹⁵³ Zwei Tage später, als er keine Antwort erhalten hatte, wiederholte er seine Anschuldigungen und fügte hinzu, daß die Kriegsschiffe der Alliierten, die in den Hafen entsandt waren, eine Bedrohung des Friedens des Gebietes bedeuteten. Er schloß mit der Forderung, daß die Kriegsschiffe, Petisné und die französischen Truppen sofort zurückgezogen werden sollten.¹⁵⁴ Am 19. Januar wurde eine Erklärung abgegeben von der „Generalversammlung des Memelgebietes“, die sich selbst eingesetzt hatte und aus dem „Zentralkomitee für die Rettung des Memelgebietes“ und vielen anderen litauischen Mitgliedern bestand, die sich als Vertreter besonderer Gruppen bezeichneten oder auch tatsächlich vorwiegend litauische Gruppen vertraten und in der folgendes gefordert wurde: 1. Vereinigung Memels mit Litauen; 2. die Vereinigung solle durch das Zentralkomitee vollzogen werden, das von den Alliierten die rechtliche Anerkennung forderte; 3. daß Litauen militärisch und finanziell Hilfe leihen solle, um die beiden ersten Forderungen durchzusetzen; 4. daß das Zentralkomitee hierauf die offizielle Vertretung des Memelgebietes darstelle; 5. daß das Zentralkomitee einen Rat für das Memelgebiet organisieren solle, der aus Vertretern der bedeutendsten Gruppen des Gebietes zusammengesetzt sei.¹⁵⁵

Die Ereignisse im Memelgebiet brachten die Botschafterkonferenz in eine unbequeme Lage. Aus zwei Gründen konnte sie nicht zur Machtanwendung schreiten. Einmal, weil die inter-

151. Ibid.

152. Ques, S. 70.

153. The Ques, S. 52.

154. Ibid., S. 53—54.

155. Ibid., S. 54—55.

essierten Mächte nicht gewillt waren, wegen der Ruhr und der russisch-polnischen Schwierigkeiten in Memel Truppen einzusetzen, zweitens, weil Litauen das Gebiet halb und halb zugesprochen war, das es nun mit Gewalt genommen hatte. Die Note der Alliierten vom 11. Januar¹⁵⁶ brachte zum Ausdruck, daß die litauische Handlungsweise einen sehr ungünstigen Eindruck in Paris hervorgerufen habe. Der zweite Protest, vom 13. Januar datiert, schlug einen etwas festeren Ton an und Litauen wurde aufgefordert, die „Freiwilligen“ am Überschreiten der Memelgrenze zu hindern. Litauens Antwort war, es sei sehr schwer, eine 200 km lange Grenze mit geringer Polizeikraft zu überwachen. Die Note der Alliierten vom 17. läßt einen kleinen Wechsel in der Taktik erkennen. Sie beschuldigt Litauen, die Verhinderung der Invasion versprochen zu haben, obwohl es garnicht die Absicht hatte, dieses Versprechen innezuhalten. Die Alliierten machten daher Litauen verantwortlich. Inzwischen hatte die Note von Simonaitis die Schuld Petisné zugeschoben. Diese Note wurde durch eine zweite und dritte von noch nachdrücklicherem Charakter ergänzt.

Die Botschafterkonferenz lehnte es ab, von Simonaitis Notiz zu nehmen,¹⁵⁷ mußte aber ihr Gesicht wahren. Man entschied sich dahin, ein besonderes Untersuchungskomitee für die Angelegenheiten Memels einzusetzen, das aus Clinchant, Aloisi und Fry bestand. Sie ersuchte daher, den Waffenstillstand vom 15. Januar zu verlängern, damit das Komitee seine Arbeit aufnehmen könnte. Es traf am 26. in Memel ein und unterrichtete die Litauische Regierung, daß seine Aufgabe wäre, 1. die Ordnung wiederherzustellen; 2. eine vorläufige Regierung einzusetzen, nachdem beide Seiten gehört wären; 3. an die Botschafterkonferenz Bericht zu erstatten. Im gleichen Schreiben teilte die Kommission mit, daß sie in das „M e m e l s t a t u t“ eingefügte Änderungen nicht anerkennen würde,¹⁵⁸ obwohl ein Statut für Memel bis jetzt noch nicht aufgestellt war.¹⁵⁹ An Simonaitis wurde ein Ultimatum gesandt, das bis 10 Uhr Antwort forderte.

156. a. a. O. für alle Noten, die in diesem Abschnitt erwähnt sind.

157. *The Ques*, S. 56.

158. Die Sperrung ist vom Verfasser vorgenommen.

159. Dieser Hinweis ist der zweite dieser Art.

Er hätte die Kommission zu unterrichten, ob er gewillt sei, zurückzutreten und die Truppen umgehend zu demobilisieren oder nicht. Smetona, der litauische außerordentliche Delegierte in Memel, antwortete, daß Litauen auf die Vorgänge keinen Einfluß habe,¹⁶⁰ während das Zentralkomitee unter Jankus fragte, ob das Ultimatum der Kommission bedeute, daß der Waffenstillstand mit dem französischen Kommandeur durch Zurückziehung der litauischen Truppen gebrochen werden solle.¹⁶¹ Die Antwort lautete, daß dies nicht der Fall sei und der Waffenstillstand vom 15. Januar in Kraft bliebe.¹⁶² Diese Fragen waren bedeutsam; denn am vorhergehenden Tage, d. h. bei Ankunft der Kommission, hatte Budrys gegen die Anwesenheit französischer Soldaten in Zivilkleidung in den Straßen der Stadt Memel und gegen die Kriegsschiffe der Alliierten im Hafen protestiert.¹⁶³ Die Clinchant-Kommission mußte angesichts der Notwendigkeit ihren taktischen Vorsprung opfern. Die Verlängerung des Waffenstillstandes bedeutete eine Verlängerung des litauischen Vorteils. Auch Polen hatte protestiert. Am 25. Januar forderte der polnische Sejm: 1. die Einstellung des litauischen Angriffs; 2. eine endgültige Lösung der Memelfrage; 3. genaue Berücksichtigung der polnischen Rechte in Memel.¹⁶⁴

Inzwischen verschlechterte sich die Lage der Botschafter. In einer Note warnte Budrys die Alliierten dahingehend, daß einem Versuch, durch französische Soldaten in Zivil eine Änderung der Verhältnisse herbeizuführen, mit Gewalt entgegengetreten werden würde. Er erklärte eine Art Kriegszustand und erließ die Warnung, daß jeder, der im Besitz von Waffen angetroffen würde, auf der Stelle erschossen würde.¹⁶⁵

Nur die Besonderheit der diplomatischen und politischen Zustände in der Welt in diesem Augenblick ermöglichte die Ausführung dieser Bouffee-Operette. Den Alliierten wurde gesagt, daß ihre Truppen nicht nur ein störendes Element in Memel bildeten, sondern daß sie auch die Waren in so großen

160. The Ques, S. 57. 27. Januar 1923.

161. Ibid.

162. Ibid.

163. Ibid., S. 58.

164. Schierenberg, S. 97 ff.

165. Security, S. 269.

Quantitäten aufkauften, daß dadurch das Wirtschaftsleben des Gebietes bedroht würde. Sie möchten sich freundlichst zurückziehen.¹⁶⁶ Litauen wußte jetzt, daß die erhoffte Schwäche der Alliierten Wirklichkeit geworden war, und den Alliierten war klar, daß Litauen Bescheid wußte. Ein Wechsel der Taktik war notwendig.

Am 1. Februar¹⁶⁷ wurde eine Note an Litauen gesandt. Darin sagten die Alliierten, sie wüßten, daß der Staatsstreich in Litauen geplant worden sei und daß die Litauische Regierung dafür verantwortlich wäre. Die Soldaten, die Offiziere, das Geld, die Waffen und die Pläne seien nämlich von Kowno gekommen. Die Botschafterkonferenz forderte Litauen zur Rückziehung seiner Truppen auf sowie zur Auflösung der bewaffneten Banden, zur Auflösung des „Komitees für die Rettung des Memelgebietes“ und zur Entlassung von Simonaitis. Die Alliierten würden danach eine andere Regierung bilden, mit der eine annehmbare Lösung unter Berücksichtigung von Artikel 99 des Versailler Vertrages zu erreichen wäre. Sollten diese Bedingungen innerhalb von 7 Tagen nicht durchgeführt sein, würden die Alliierten den Völkerbundsrat benachrichtigen, was aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Litauen und den alliierten Mächten führen müsse.¹⁶⁸ Der Ölzweig war damit ausgestreckt. Der Ton der Alliierten war nicht mehr herrisch, sondern auffordernd. Aber die Haltung der Litauer änderte sich nicht mit einem Schlage. Simonaitis antwortete, daß die Außerordentliche Kommission, anstatt die Lage zu besänftigen, nur Unruhe erregt hätte und die Bevölkerung zur Unordnung gebracht habe.¹⁶⁹ Er bäte daher die Alliierten, auf ihre Kommission Einfluß auszuüben, von solcher Tätigkeit abzusehen.

Eine neue Anstrengung ergab sich als notwendig. Am 4. Februar wurde eine weitere versöhnliche Note abgesandt, in der Litauen darauf hingewiesen wurde, daß es von Rußland und

166. The Ques, S. 58.

167. In Kowno am 2. übergeben und von Galvanauskas als Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten empfangen.

168. Hier wird in der ganzen Geschichte der Memelangelegenheit zum ersten Mal der Völkerbund erwähnt.

169. Note vom 5. Februar. The Ques, S. 60.

Deutschland ermutigt würde, Schwierigkeiten mit den Alliierten herbeizuführen. Berlin könne nichts Besseres wünschen, als eine Verwirrung, die ihm Gelegenheit geben würde, einzuschreiten und Memel wieder an sich zu reißen. Litauens Sache würde so lange schwach bleiben, bis es das Memelgebiet offiziell von den Alliierten und Associierten Mächten empfangen habe. Ein Teil der Note lautete: „Es ist sicher, daß die Entscheidung der Alliierten und Associierten Mächte dahingehen wird, die Souveränität über Memel Litauen zu übertragen mit der einzigen Bedingung der Autonomie und der freien Ausübung des Fluß- und Seeverkehrs . . .“¹⁷⁰ Dies war das erste festumrissene und uneingeschränkte Versprechen, das Gebiet an Litauen auszuhändigen. Es war ein ungeheures Entgegenkommen und führte sofort einen Wechsel in der Haltung Litauens herbei. Die Furcht vor Deutschland war zu groß und der verschleierte Hinweis darauf, daß eine Zurücknahme des Schutzes der Alliierten Deutschland auf den Plan rufen müßte, eine zu große Gefahr. Außerdem versprachen die Alliierten Litauen das Gebiet. Die Wirkung trat ein.

Am 8. Februar wiesen in einer Note die Litauer zwar die Verantwortung für die Geschehnisse in Memel ab, sagten aber, daß Litauen, da es die Alliierten und Associierten Mächte in Memel wieder eingesetzt wünsche, Anordnungen gegeben habe, daß die irregulären Truppen innerhalb der nächsten drei Wochen nachhause zurückkehren müßten.¹⁷¹ In der Note wurde hinzugefügt: „Bezüglich des Geldes, das den Insurgenten zugeflossen sei, sehe sich die litauische Regierung absolut außerstande, die Bevölkerung Litauens und die vielen reichen litauischen Kolonien im Auslande daran zu hindern, Gaben an die Landsleute in Memel zu schicken.“ Die Botschafterkonferenz wurde mit Bitten, die Vereinigung von Memel mit Litauen zu vollziehen, bombardiert. Das wichtigste dieser Gesuche kam am 3. Februar von Simonaitis.¹⁷² Die Clinchant-Kommission berichtete der Botschafterkonferenz, und diese ließ Litauen am 11. Februar wissen, daß eine Entscheidung bald, wahrscheinlich inner-

170. The Ques, S. 59—60.

171. Ibid., S. 61.

172. Er behauptete, daß 32 örtliche Komitees für die Vereinigung gestimmt hätten. Ibid., S. 60.

halb der nächsten Woche, herbeigeführt werden würde.¹⁷³ Diese würde einschließen „eine Erklärung seitens der Konferenz, daß die Souveränität über das Gebiet Litauen gegeben würde unter der Voraussetzung der Autonomie und der Organisation des Fluß- und Seeverkehrs, nachdem mit der Litauischen Regierung und der vorläufigen Regierung, die zu diesem Zweck Delegierte nach Paris entsenden sollte, beraten worden wäre.“

Obwohl der Bericht der Außerordentlichen Kommission vom 6. März 1923 datiert ist, muß er hier zunächst erwähnt werden.¹⁷⁴ Die Kommission stand auf dem Standpunkt, daß die Wahrheit in der Memelangelegenheit „durch die litauische Diplomatie und Propaganda absichtlich verdunkelt oder verfälscht sei“. Der „... Aufstand vom 10. Januar war durch die Kownoer Regierung geplant, vorbereitet und in die Tat umgesetzt,“ und alle Einzelheiten der Pläne waren in dieser Stadt entstanden. Budrys sei ein Pseudonym. Der wirkliche Name des Führers des Aufstandes sei Polowinski und er sei Oberst in der litauischen Armee. „Das Geld käme zum großen Teil von Litauern in Amerika.“ Die Taryba, die eine Mitgliedschaft von 30 000 haben solle, sei nie über 10 000 Mitglieder hinausgekommen, und eine ehrliche Untersuchung würde enthüllt haben, daß die „Freiwilligen nicht durch die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wurden.“ Memel hätte niemals zu Litauen gehört, die Litauer, Letten und Preußen bildeten eine Rassegruppe, wären aber nicht alle Litauer. Die deutsche Memelgrenze habe sich seit fünfhundert Jahren nicht verändert, und die östliche Grenze Memels sei tatsächlich die Grenze zwischen Asien und Europa. Sie sei klar, scharf und erkennbar. Diesseits fänden sich Kultur, Sauberkeit, Straßen und alle Anzeichen der westlichen Zivilisation. Jenseits der Grenze gäbe es Armut, Analphabetentum und Schmutz. Außerdem liefe hier auch die konfessionelle Grenze zwischen Katholizismus und Protestantismus.

„Viele Litauer fürchteten, ... daß die Annexion Militärdienst, hohe Steuern und eine Zunahme der Lebenshaltungskosten von 400 % (teilweise infolge enorm hoher Zölle), Unordnung des Wirtschaftslebens, Günstlingswirtschaft und ein

173. Ibid., S. 61.

174. Ibid., S. 69.

Bestechungswesen, das allen Ländern, die früher zu Rußland gehörten, gemeinsam sei, bedeuten würde“. Die Kommission hätte festgestellt, daß die Mehrheit der Bevölkerung einen Freistaat wünsche, und die Bestätigung sei, daß nicht ein einziges Mitglied der Taryba für eine Abstimmung eintrete. Über die litauischen wirtschaftlichen Argumente geht die Kommission mit der Bemerkung hinweg, daß vor dem Kriege nur 20 % des Holzhandels in Memel aus Litauen stammte. Daß man mit diesen Argumenten nicht das wirtschaftliche Wohlergehen Memels im Auge habe, zeige der Umstand, daß 1923 die litauische Holzfällerei ebenso unbedeutend sei, wie während des Krieges. Die Behauptung, daß der Hafen von Memel sich nicht rentiert, würde widerlegt durch die Tatsache, daß er durch verschiedene Monate hindurch Gewinne abgeworfen habe. . . . Wenn durch die Vereinigung mit Litauen Memel seine Zollautonomie verliert, . . . besteht aller Grund zu der Befürchtung, daß der Hafen schnell versandet“. Litauen sei für hohen Schutzzoll, Memel für Freihandel. Der Handel wird in Litauen nicht nur durch hohe Zolltarife, sondern auch einen Wust von Scherereien erschwert. Alle diese Tatsachen sprächen gegen eine Vereinigung Memels mit Litauen.

Die Kommission brachte zum Ausdruck, daß sie, obwohl sie anerkennen müsse, daß Clemenceaus Antwort an Brockdorff-Rantzau ein Versprechen an Litauen bedeute, doch für einen Freistaat plädiere. Sie schrieb in ihrem Bericht „... Es ist die Pflicht der Alliierten, als Treuhänder des Gebietes nach dem Vertrag von Versailles darauf zu achten, daß die Vereinigung so arbeitet, um dem Hafen die Erfüllung seiner wichtigen Mission als Ausgang des Memelstrombeckens zu ermöglichen“. Die Kommission stellte fest, daß am 25. Januar an den Seim in Kowno der leidenschaftliche Wunsch der Taryba nach einer Vereinigung mit Litauen gelangt war, bei der Garantien auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit, Schule, Kultus, Landwirtschaft, Sozialversicherung und inneren Angelegenheiten sowie der örtlichen Autonomie erteilt werden sollten. Über die Zölle, die Frage der Nationalität und die Beamten war aber in der Denkschrift nichts gesagt. „Diese Fragen sollen in dem Statut für das Gebiet behandelt werden und in einem Abkommen, das

laut Beschluß der Konferenz mit Litauen abzuschließen ist...“. Die Ansichten der Kommission waren die folgenden:

1. Der Übergang der Souveränität bedeutet keine Zollunion. Das Gebiet soll eigene Zollverwaltung haben; wenn Litauen dies ablehnt, muß ein Teil der Zölle dem Gebiete zugute kommen. Das Danzig-Polnische Übereinkommen kann als Muster dienen.
2. Wird die litauische Nationalität verliehen, müssen die Einwohner durch die Behörden in Memel litauische Pässe mit dem Zusatz „Memelländer“ erhalten.
3. Die Wälder und das deutsche öffentliche Eigentum können nur durch Übereignung an das Memelgebiet gerettet werden, da es Kowno an Sorgfalt fehlen läßt.
4. Die Beamten Memels sollen ihre Stellungen behalten; denn wenn den Litauern erlaubt wird, Beamtenstellungen in Memel einzunehmen, würde es erforderlich sein, das gleiche Recht den Memelländern zu geben, nämlich Beamtenstellungen in Litauen zu erhalten, was den deutschen Einfluß auf Litauen verstärken würde.

Mit besonderer Bedeutung wird hinzugefügt: „Die Kommission ist lange genug mit den Litauern in Fühlung gewesen, um zu wissen, daß Verhandlungen mit ihnen außerordentlich schwierig sind. Sie sind Vernunftgründen nicht zugänglich und erkennen weder Argumente noch Machtgründe an. Sie verfolgen ihre augenblicklichen Zwecke widerspenstig und mit einem Eifer, der sie ihren wahren Interessen gegenüber blind macht“.

Mr. Fry gab den Litauern zu verstehen, daß die Souveränität bis jetzt noch nicht an sie übergegangen sei und daß in der Zwischenzeit keine Änderungen in den Zöllen, im Geldwesen, im Postwesen und anderen Verwaltungszweigen des Gebietes eintreten dürften. Ebenso dürfe niemand, es sei denn aus zwingendsten Gründen, ausgewiesen werden.¹⁷⁵

§ 12. Die Note vom 16. Februar 1923. Die Entscheidung der Botschafterkonferenz wurde am 16. Februar in einer Note Litauen mitgeteilt. Teile daraus lauten wie folgt:

175. Ibid., S. 72.

Das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan, die mit den Vereinigten Staaten von Amerika als Alliierte und Assoziierte Hauptmächte den in Versailles am 28. Juni 1919 unterschriebenen Vertrag unterzeichnet haben, beschließen . . .

Litauen die Souveränität über das Memelgebiet unter folgenden Bedingungen zu übertragen:

1. Die Alliierten Mächte begeben sich zu Gunsten Litauens aller Rechte und Ansprüche über das im Artikel 99 des Vertrages vom 28. Juni 1919 bezeichnete Gebiet;

2. Einrichtung einer autonomen Regierung und einer Volksvertretung im Memelgebiet sowie von Institutionen, welche mit der amtlichen Anerkennung der beiden im Gebrauch befindlichen Sprachen den Grundsatz der Gleichheit aller Einwohner, welches auch ihre Rasse, Sprache und ihre Religion sein möge, und die Gleichbehandlung zwischen Landesangehörigen und Ausländern hinsichtlich der Ausübung der bürgerlichen Rechte und hinsichtlich des Handels respektieren.

3. Organisation der Freiheit des Durchgangsverkehrs zur See, auf dem Fluß und zu Lande in einer Weise, welche den Interessen der litauischen und polnischen Gegenden Rechnung trägt, deren natürlichen Mündungspunkt Memel ist, und Schaffung einer wirtschaftlichen Verwaltung des Hafens von Memel, die seiner Entwicklung angepaßt ist, und welche besonders durch die Einrichtung einer Freizone und durch die Anwesenheit qualifizierter Vertreter jede Gewähr gibt, daß die genannten interessierten Gegenden Litauens und Polens in diesem Hafen die für ihren Handel erforderlichen Erleichterungen finden werden.

4. Rückerstattung der vom Chef seiner Verwaltung und seiner Besatzung vorgeschossenen und noch nicht gedeckten Ausgaben durch das Memelgebiet unter der Garantie Litauens.

5. Übertragung aller Güter und Besitzungen, welche dem Reich oder anderen deutschen Staaten in dem genannten Gebiet gehörten, an Litauen oder an das Gebiet, in dem Litauen in seinem Namen oder im Namen des Gebietes die von den Artikeln 254 und 256 des Versailler Vertrags vorgesehenen Lasten auf sich nehmen muß.

6. Sobald durch Litauen die Souveränität über das Memelgebiet unter den oben angeführten Bedingungen angenommen ist, Ausarbeitung eines organischen Statuts des Memelgebiets und Abschluß eines Abkommens mit Litauen gemäß der gegenwärtigen Entscheidung durch die Botschafterkonferenz in Paris unter Beihilfe der Vertreter Litauens und des interessierten Gebietes.¹⁷⁶

Es bestand kein Zweifel, daß dies die Bedingungen waren, auf denen der Übergang der Souveränität beruhen sollte. Sie bedeuteten das *quid pro quo*, nach dem Litauen Memel erhalten sollte, und waren absolute Regelungen, nicht solche für eine Übergangsperiode. Es ist logisch, daraus zu schließen, daß zum mindesten technisch eine absichtliche Verletzung dieser Bedingungen — nachdem die Souveränität übertragen war — die ernste Frage aufwerfen mußte, ob Litauen dadurch der Souveränität und seiner Rechte in Memel verlustig ginge.

Litauen hatte einen besseren Handel erwartet und fand die Regelung unannehmbar. Simonaitis trat, wie erwartet, zurück. Trotz der Tatsache, daß die Bedingungen der Alliierten nicht angenommen waren, wurde eine vorläufige litauische Regierung unter Gailius gebildet. Seine Kollegen waren Birsskus, Borchert, Falk und Panners.¹⁷⁷ Budrys oder Polowinski erhielt den Befehl über die Armee während Smetona „Oberster Bevollmächtigter“ für Litauen im Memelgebiet wurde.¹⁷⁸ Von nun an unterzeichneten Budrys und Smetona die offiziellen Verlautbarungen, wie es Petisné vordem getan hatte. Die Besetzung durch die Litauer war nicht gesetzlich anerkannt, bestand aber als Tatsache. Die Konferenz mußte demgegenüber ein freundliches Gesicht machen. Am 19. Februar verließen die Kommission und die französischen Truppen Memel.¹⁷⁹

Litauen bestätigte den Empfang der Note am 19. Februar, und Galvanauskas teilte mit, daß er der Konferenz die gewählten Delegierten namhaft machen würde, sobald die örtliche Re-

176. *The Ques*, S. 62—63.

177. *ABl.* 1923, S. 166 ff. Die Note vom 16., der Rücktritt des alten Direktoriums und die Berufung des neuen wurden am 1. März 1923 bekannt gegeben.

178. *Ibid.*

179. *Blocizewski*, S. 159.

gierung zu Rate gezogen sei.¹⁸⁰ Aber es geschah nichts. Am 7. März beauftragte Poincaré den französischen Vertreter in Kowno, Litauen zur Eile anzutreiben; denn die Konferenz habe nicht die Absicht, die Souveränitätsrechte über das Gebiet zu übertragen, solange nicht die sechs Bedingungen der Note vom 16. Februar angenommen seien.¹⁸¹ Litauen aber erhob Einspruch gegen den § 3, da es mit ihm besondere polnische Interessen in Memel anerkennen sollte, die nach seiner Auffassung dort nicht bestanden.¹⁸² Am 8. antwortete Galvanauskas Poincaré in negativer Weise,¹⁸³ woraufhin die Botschafterkonferenz Litauen mitteilte, daß sie eine schriftliche zustimmende Antwort bis zum 11. erwarte, weil „die Souveränität über das Memelgebiet bis jetzt nicht übertragen sei und dies ohne Anerkennung der Bedingungen in der Entscheidung vom 16. Februar nicht möglich wäre“. Am folgenden Tage erteilte Poincaré dem französischen Beauftragten in Kowno die Instruktion, die diplomatischen Beziehungen mit Litauen abubrechen, falls eine Antwort bis zum 11. nicht eintreffe.¹⁸⁴ Er fügte hinzu, daß es nutzlos sei, wenn Galvanauskas nach Paris käme, ehe eine Antwort erteilt sei. „... dies ... würde ohne Zweifel nur ein dilatorisches Manöver darstellen“.

Am 10. faßte Litauen den Beschluß, sich zu unterwerfen.¹⁸⁵ Litauen benachrichtigte die Vertreter der Alliierten; aber P. O. de Peretti della Rocca teilte am 11. März mit, daß die Botschafterkonferenz von Galvanauskas eine geschriebene und unterzeichnete Mitteilung erwarte. Er sagte weiter, daß er eine bedingungslose Annahme haben müsse, und daß außerdem der litauische Vertreter nach Paris mit voller Handlungsbefugnis kommen solle.¹⁸⁶ Litauen unterwarf sich scheinbar. Es machte die örtliche Regierung für die Verzögerung verantwortlich und bat um Zeitverlängerung, um seine Delegierten vorbereiten zu können.

180. The Ques., S. 63.

181. Ibid., S. 64.

182. League of Nations Documents, C 664, M. 295, 1. Dezember, S. 3—6.

183. The Ques., S. 64.

184. Ibid., S. 65.

185. Ibid., S. 96.

186. Ibid., S. 98.

Letzteres wurde abgelehnt.¹⁸⁷ Da die Alliierten Ausflüchte in der litauischen Antwort gesehen hatten, bestätigte Litauen am 13., daß „die Litauische Regierung durch die Fassung ihrer Mitteilung vom 10. März in keiner Weise ihre Zustimmung zu den Grundsätzen der Entscheidung vom 16. Februar einschränken wollte“¹⁸⁸ Am 14. entschloß sich die Botschafterkonferenz, „die Litauische Regierung zu informieren, daß die Konferenz die Erklärung von Herrn Galvanauskas... als Annahme (d. h. uneingeschränkt) der Entscheidung der Konferenz betrachte...“¹⁸⁹ Am gleichen Tage teilte Litauen dem Vertreter der Alliierten in Kowno mit, daß es eine Delegation nach Paris entsenden wolle, die bei dem Entwurf eines Statuts für das Memelgebiet mitwirken und ein „Abkommen, das im Einklang mit der Entscheidung vom 16. Februar stünde und auf den Grundsätzen, die es ohne Einschränkung angenommen, basiert sei, abschließen solle“¹⁹⁰ Die Konferenz erachtete „diese Erklärung als Annahme“ ihrer Entscheidung vom 16. Februar ohne Einschränkung.¹⁹¹ Litauens Wunsch nach Zeitverlängerung wurde zugestanden und Galvanauskas aufgefordert, nach Paris mitzunehmen: den Ersten Bürgermeister von Memel, den Vorsitzenden der Handelskammer und den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer von Memel.

Eine genaue Prüfung der Dokumente und Korrespondenzen der Zeitspanne vom 16. Februar bis 14. März enthüllt, daß beide Parteien ihre eigenen Ziele verfolgten. Eine geistige Übereinstimmung hat niemals stattgefunden. Litauen wußte, was die Botschafter wünschten und beabsichtigte niemals eine Unterwerfung. Die Konferenz verstand wohl die litauische Haltung und versuchte eine Einkreisung; aber kaum mit Erfolg. Es ist zwecklos, der Konferenz vorzuhalten, daß ihre Verhandlungen nachlässig waren; aber es bleibt die Tatsache bestehen, daß Litauen nur die Grundsätze der Note vom 16. Februar ohne Einschränkung annahm. Niemals wurde die Note als Ganzes akzep-

187. Ibid., S. 65.

188. Ibid., S. 67. Die Unterstreichung ist in der Note nicht enthalten.

189. Ibid., S. 68.

190. Ibid. Auch diese Unterstreichung findet sich nicht in den Mitteilungen.

191. Ibid.

tiert. Die einseitige Note Poincarés vom 14. März kann nicht als Übereinstimmung der Gedankengänge angesehen werden. Sie sagte nur, daß die Konferenz der Meinung sei, Litauen habe ihren Standpunkt angenommen.

Rußland ergriff die Gelegenheit, um den Alliierten und Assoziierten Mächten am 13. März mitzuteilen, daß es ihnen bereits am 22. Februar eine drahtlose Botschaft habe zugehen lassen, in der gesagt sei, daß Rußland bei einer endgültigen Entscheidung über Memel berücksichtigt werden müsse. Diese unbeantwortete Forderung wurde nun von Tchitcherin wiederholt. Er behauptete, daß das russische Gebiet in wirtschaftlicher Hinsicht berührt sei und „wenn auch durch den Vertrag von Riga Rußland und die Ukraine ihre Rechte auf die westlich von ihren neuen polnischen Grenzen gelegenen Gebiete aufgegeben haben, so bedeutet das in keiner Weise, daß ihnen das Schicksal dieser Gebiete gleichgültig ist“.¹⁹²

192. Ibid., S. 73.

Kapitel VI.

Entwürfe und Gegenentwürfe.

§ 13. Der erste Entwurf der Konvention, vorgeschlagen durch die Botschafterkonferenz am 25. März 1923. Nun war der Weg klar für den Schlußakt in der Übergabe der Souveränität über das Memelgebiet, d. h. für die Gestaltung und Annahme einer Konvention und des Statuts. Die von der Botschafter-Konferenz zu diesem Zweck geschaffene Kommission unter dem Vorsitz von Laroche hielt in Paris am 24. März 1923 eine Sitzung ab. Laroche, Galvanauskas und Gailius waren anwesend. Galvanauskas wiederholte, daß Litauen im Prinzip die Bedingungen der Note vom 16. Februar angenommen habe, aber Laroche klagte Litauen an, daß es seine Truppen nicht, wie versprochen, zurückgezogen und schlechten Willen gezeigt habe. Galvanauskas erklärte, daß durch Unterschiede in der Auffassung Mißverständnisse entstanden seien. Es wurde ihm entgegengehalten, daß die Bedingungen in der Note vom 16. Februar nicht „zur Erreichung gewünschter Ziele vorgeschrieben seien, sondern sich aus historischen, geographischen und wirtschaftlichen Erwägungen herleiten“. Überdies würde Memel solange den Alliierten und Assoziierten Mächten unterstehen und auch die Souveränität nicht übertragen werden, bis die Konvention geschaffen und angenommen sei. Die Mächte beschwerten sich, daß in Memel ein neues Direktorium eingesetzt sei, daß litauisches Geld eingeführt sei, und daß die alten Zoll-Bestimmungen durch litauische Zölle ersetzt wurden. Diese Maßnahmen wären *ultra vires*. Litauen schiene über die Tatsache hinwegzusehen, daß für die Übergabe der Eisenbahnen, des Post-, Telegraphen- und Telephonwesens ein Sonderabkommen notwendig wäre. Aber alle Übergriffe würden Litauen kein besseres Recht auf Memel geben, als es dies vorher besessen habe.

Galvanauskas antwortete hierauf, daß Litauen bereits mit der Note vom 16. Februar die Souveränität erhalten habe. Was die anderen Klagen angingen, so wies er darauf hin, daß der Polnische Konsul aus Memel ausgewiesen sei, weil im Memelgebiet keine Polen wären. Laroche trat den Argumenten von Galvanauskas entgegen und bemerkte, daß die Tatsache, daß Litauen im Krieg mit Rußland Soldaten verloren habe, ihm kein Recht auf Kompensationen durch Memel gebe. Litauen dürfe niemals vergessen, daß es noch eine russische Provinz sein würde, wenn Rußland eine alliierte Macht geblieben wäre. Litauen wisse auch, daß eine Volksabstimmung im Memelgebiet niemals zu seinen Gunsten ausgefallen wäre, und es hätte deswegen keinen Zweck, überheblich zu werden.

Im Protokoll der Sitzung heißt es: „Das autonome Régime, das die Alliierten Mächte in Memel einzuführen wünschen, ist durch die bestehenden Umstände gerechtfertigt. M. Laroche hofft, daß es an dem Tage verschwinden kann, an dem die Verschmelzung zwischen dem Memelgebiet und Litauen verwirklicht ist. Die Konferenz hoffe, daß dies schon am nächsten Tage der Fall wäre, aber diese Verschmelzung sei noch nicht eingetreten. Daher sei es notwendig, ein besonderes Régime für das Memelgebiet vorzusehen, nicht nur im Interesse Memels, sondern auch im Interesse der benachbarten Gebiete, also auch Litauens selbst. Er würde dabei nur durch den Schutz der Minderheiten und die Rücksicht auf gewisse Vorsichtsmaßnahmen geleitet, die Memel ermöglichen sollen, die Rolle zu spielen, zu der es durch seine geographische Lage berufen ist“. Das waren bedeutungsvolle Worte . . . Die Kommission hatte offensichtlich nicht die Absicht, die Autonomie-Bestimmungen zu solchen von Dauer zu machen. Sie beabsichtigte im Gegenteil, das Memelgebiet Litauen einzuverleiben. In derselben Sitzung sagte Laroche „ . . . die Mächte haben es vorgezogen . . . nach sicheren und ernststen Garantien für die Bevölkerung zu suchen“.¹⁹³

Zwei Tage nach dieser Sitzung empfing Laroche die Vorschläge von Galvanauskas für ein organisches Statut. Einer dieser Vorschläge sah einen auf demokratischen Grundsätzen aufgebauten Landtag vor, zu dem Männer und Frauen nach dem gleichen

193. The Ques., S. 76.

allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrecht wählen können. Seine Aufgaben hätten in der Gesetzgebung für die örtliche Verwaltung, das Finanzwesen, die öffentlichen Einrichtungen, Religion, Gerichtsbarkeit, sozialen Aufgaben und Arbeitsgesetzgebung zu bestehen. Gesetzliche Maßnahmen, die nicht besonders dem Landtag übertragen würden, seien von Litauen auszuüben, und in keinem Falle dürfte die Tätigkeit des Landtages die litauische Verfassung verletzen. Da, wo Übereinstimmung notwendig sei, würde der litauische Seimas Verordnungen erlassen, z. B. für die Fragen der öffentlichen Wohlfahrt, der Sicherheit und des Schutzes der öffentlichen Ordnung. Litauen würde auch die Steuererhebung durchführen, soweit dies notwendig sei, um Schädigungen zu vermeiden, die bei dem Steuer-Aufkommen oder bei den Handelsbeziehungen mit dem litauischen Staat, oder durch Doppelbesteuerung, oder durch zu hohe Unkosten bei Verkehrs- und Zolleinrichtungen, oder durch fiskalische Schädigungen beim Import, oder durch Exportprämien eintreten könnten, und um die Handelsinteressen zu schützen. Die Gesetzgebung des Landtages sei durch den Gouverneur zu kontrollieren, der durch den Präsidenten des litauischen Staates berufen würde. Alle Gesetze müßten ihm vorgelegt werden, und er würde innerhalb einer festzulegenden Zeitspanne das Recht haben, gegen sie im Ganzen oder zum Teil Einspruch zu erheben. Er würde berechtigt sein, die Gesetze mit seinen Vorschlägen an den Landtag zurückzuverweisen. Die letzte Entscheidung liege bei Litauen. Der Gouverneur würde ein Direktorium ernennen, das bei den Verwaltungsmaßnahmen zu helfen und als Ausführungsorgan zu handeln habe. Dieses Direktorium würde nur dem Landtag verantwortlich sein.¹⁹⁴

§ 14. Der erste Konventionsentwurf der Botschafterkonferenz. Diese Vorschläge hatten viel gemeinsam mit der großen Linie, auf der sich die verschiedenen Vorschläge und Gegenvorschläge aufbauten. Die erste endgültige Form erhielten sie in dem „Ersten Entwurf einer Memel-Konvention mit Litauen, vorgeschlagen durch die Konferenz“, vom

194. Ques. S. 77.

25. März 1923 datiert.¹⁹⁵ Diese Entwürfe können der Einfachheit halber wie folgt zusammengefaßt werden:

Die Alliierten übereigneten das Memelgebiet an Litauen (Art. 1), das Memelgebiet soll ein autonomes Gebiet unter litauischer Souveränität bilden (Art. 2), und Litauen soll in Memel durch einen dort wohnenden Kommissar vertreten werden. Ausländern wird im Gebiet Schutz zugesichert (Art. 3). Die örtliche Regierung erhält das Recht, die örtlichen Angelegenheiten zu regeln (Art. 4), und diese schließen das Recht, ein Zollrégime zu schaffen, ein. Handelsverträge sind gemeinsam durch die litauische Regierung und die des Memelgebiets zu verhandeln (Art. 5). Die bestehenden Gesetze sollen in Kraft bleiben und können erst geändert werden, wenn die vorgeschlagene Konvention wirksam wird (Art. 6). Die bestehende Organisation der Gerichtsbarkeit ist aufrechtzuerhalten, und Richter können nur durch das Obergericht des Gebiets, das als Disziplinarhof amtiert, entlassen werden (Art. 7). Es wird ein Zweikammersystem vorgeschlagen (Art. 8); die erste Kammer wird durch direktes Wahlrecht gewählt (Art. 9), die zweite setzt sich aus Vertretern der Wirtschaftszweige des Gebietes zusammen (Art. 10). Die Sitzungen finden gleichzeitig statt und werden durch das Direktorium einberufen (Art. 11). Jede Körperschaft gibt sich ihre eigene Geschäftsordnung und wählt ihren eigenen Vorsitzenden (Art. 12). Die übliche Immunität wird den Mitgliedern während ihrer Amtszeit gewährt (Art. 13). Die ausübende Gewalt wird einem aus sieben Mitgliedern bestehenden Direktorium übertragen (Art. 14). Die Immunität kann nur durch Zweidrittelmehrheit der Kammern aufgehoben werden. Die Konvention selbst kann innerhalb der nächsten 10 Jahre nur mit Zustimmung des Völkerbundes geändert werden (Art. 15). Memel entsendet Delegierte in den litauischen Seim (Art. 16).

Frühere deutsche Staatsbürger erhalten die Erlaubnis, für die Aufrechterhaltung ihrer deutschen Staatsbürgerschaft zu optieren, während alle diejenigen, die das Optionsrecht nicht ausüben, litauische Untertanen werden (Art. 17 und 18). Weitere Bestimmungen betreffen die Staatsbürgerschaft derjenigen, die

195. Ibid. S. 78 ff.

nach Litauen verziehen (Art. 19), der verheirateten Frauen (Art. 21) und die Erwerbung der memelländischen Staatsbürgerschaft der Zukunft (Art. 20). Das Wahlalter wird mit 20 Jahren festgesetzt (Art. 22). Für alle Bürger wird die Gleichheit vor dem Gesetz vorgesehen (Art. 23), und sie unterliegen nicht der Militärdienstpflicht (Art. 24). Die Gleichheit der Sprachen wird vorgeschrieben, und in den Schulen ist sowohl Litauisch als Deutsch zu lehren (Art. 25). Versammlungsfreiheit, Gewissensfreiheit, Pressefreiheit und Unterricht werden für alle garantiert (Art. 26). Der Schutz des Privateigentums gegen Beschlagnahme wird erklärt (Art. 27), Ausländer genießen bei Ausübung des Handels gleiche Rechte mit den Staatsbürgern (Art. 28), und kein Einwohner von Memel darf wegen seiner politischen Überzeugung vor dem Juni 1914 belästigt werden (Art. 29) — Die Artikel 30 bis 37 einschließlich betreffen den Hafen und den Flußverkehr und fallen nicht in den Rahmen dieser Arbeit.

Das öffentliche Eigentum mit Ausnahme der Post, des Eisenbahn-, Telegraphen- und Telephondienstes wird auf das Memelgebiet übertragen und kann zu Reparationszahlungen herangezogen werden (Art. 38). Über die Errichtung von Baulichkeiten für den öffentlichen Gebrauch haben sich Litauen und Memel zu einigen (Art. 39). Tarife aller Art müssen in Memel und Litauen gleichmäßig sein (Art. 40). Die vorhandenen Beamten bleiben in ihren Stellungen (Art. 41—42). Von litauischen Gerichten ausgesprochene Urteile müssen in Memel respektiert werden und umgekehrt (Art. 43), und die Bewohner von Memel erhalten, wenn sie sich in Litauen aufhalten, die gleichen Rechte wie die litauischen Einwohner (Art. 44). Memel hat die Alliierten für deren Besatzungskosten zu entschädigen (Art. 45). Die Daten für die Wahlen zu den beiden Kammern werden festgelegt (Art. 46). Litauen darf seine Rechte im Memelgebiet nicht übertragen. Sollte sich der politische Status Litauens ändern, hat der Völkerbundsrat zu entscheiden, was mit Memel zu geschehen hat (Art. 47). Alle Streitigkeiten zwischen Memel und Litauen, die nicht unter sich entschieden werden können, sind dem Völkerbundsrat zu unterbreiten (Art. 48). Artikel 49 heißt: „Die Bestimmungen der vorliegenden Konvention werden von dem Völkerbundsrat garan-

tiert; entsprechend den besonderen Bedingungen der Konvention dürfen sie ohne die Zustimmung des Rates und Übereinkommen zwischen der Regierung Memels und der litauischen Regierung nicht geändert werden“. Art. 50 setzt fest, daß die Konvention mit der Ratifizierung durch Litauen in Wirksamkeit tritt.¹⁹⁶

Zu diesem Entwurf müssen eine Reihe von Anmerkungen gemacht werden. 1. Er legt die großen Grundlinien für die zukünftige Regierung Memels fest. Eine lange Serie von Verhandlungen folgte, doch die Grundlagen des Entwurfs wurden selten geändert. 2. Die Alliierten machten sich selbst durch den Völkerbund im Artikel 49 zu positiven — und nicht stillschweigenden — Garantien für die Aufrechterhaltung der Autonomie in Memel, und 3. Laroche's frühere Vorschläge, daß das Statut nur einen Übergangscharakter haben sollte, wurden durch den besonderen Wortlaut des Entwurfs widerlegt, denn die Unantastbarkeit und Dauer des Statuts erscheint in den Artikeln 15, 47, 48 und 49 festgelegt. 4. Eine auf den Artikeln 7 und 13 basierte Verfassung sollte für Memel aufgerichtet werden, die nur durch eine Zweidrittelmehrheit der Kammern geändert werden konnte. 5. Es kann keine Frage sein, daß dieser Entwurf beabsichtigte, die Einwohner des Memelgebiets soweit als möglich in allen persönlichen, sozialen und den Handel betreffenden Rechten, wie sie bis zum Januar 1923 herrschten, zu sichern. 6. In weitreichendem Maße wurde die tatsächlich schon bestehende Regierung bestätigt, die aus einem Direktorium, einer aus Vertretern wirtschaftlicher Interessen in dem Gebiet gebildeten gesetzgebenden Körperschaft, und den alten deutschen Rechtsorganen bestand.¹⁹⁷

Drei Tage später (28. März 1923) sandte Poincaré eine Note an Galvanauskas, in der er ihm mitteilte, daß die Botschafterkonferenz sehr scharf die kürzlich vorgenommenen Handlungen der litauischen Regierung im Memelgebiet verurteile; sie wünschten Galvanauskas daran zu erinnern, daß die Souveränität über das Memelgebiet noch nicht an Litauen übertragen sei und nicht übertragen werden würde, bis der Vertrag und die jetzt zur Verhandlung stehende Konvention unterzeichnet und ratifiziert sei.¹⁹⁸

196. The Ques. S. 77 ff.

197. Schierenberg, S. 113 ff.

198. The Ques., S. 84.

Litauen war inzwischen diese durch keine Machtmittel unterstützten Drohungen der Botschafterkonferenz gewohnt und begegnete ihnen ohne Furcht. Es erklärte am 5. April durch den Vorsitzenden seiner Delegation in einer Sitzung der Statut-Kommission, daß es den vorgeschlagenen Entwurf nicht annehmen wolle, und machte seine Bedenken dagegen geltend. Nach dem Entwurf würde der Kommissar, an dessen Stelle Litauen einen Gouverneur wünsche, weder ein gesetzgebendes noch ein ausführendes Organ sein. Das entspreche aber nicht der litauischen Idee über die ihm zu gebenden Funktionen. Der Vorschlag der Alliierten mache aus Memel außerdem eher einen Staat als ein Territorium, und damit könne sich Litauen nicht einverstanden erklären. Der Entwurf enthalte noch viele andere Schwächen. Es sei nicht gesagt, wieviele Streitfälle durch den Völkerbund oder durch den Ständigen Internationalen Gerichtshof entschieden werden sollten, oder durch schiedsrichterliche Entscheidungen beigelegt werden könnten, wodurch die Memelgerichte ihren Zuständigkeitsbereich ausdehnten. Das vorgeschlagene Statut würde Memel und Litauen gleichberechtigt machen, was zur Folge hätte, daß die litauische Souveränität geschmälert würde. Litauen habe den Gedanken der Autonomie ohne Einschränkung angenommen, „aber es sei in keiner Weise verpflichtet, hinsichtlich seiner Beziehungen zu dem Gebiet, ein Schema tatsächlicher Einheit anzunehmen, durch das die litauische Regierung an der Ausübung eines Teils ihrer souveränen Rechte beraubt würde. Die litauische Regierung würde niemals vergessen, daß sie eine demokratische Regierung darstelle, die die Grundsätze der Selbstverwaltung im höchsten Grade achte und Wert darauf lege, in den bestmöglichen Beziehungen mit den Einwohnern Memels zu leben“.¹⁹⁹ Hinsichtlich des Hafens führte Litauen aus, daß es ihm unmöglich sei, die vorgeschlagenen Bestimmungen anzunehmen. Litauen habe weiterhin nur den Artikeln 13 und 18 des Abkommens von Barcelona zugestimmt, das die Botschafterkonferenz zu erweitern wünsche. Endlich verlange Litauen, daß alles deutsche Eigentum an Litauen und nicht an Memel übertragen würde. Kurz gesagt, der Konventions-Entwurf sei unannehmbar.²⁰⁰

199. The Ques., S. 86—87.

200. Ibid., S. 88 ff.

§ 15. Von Litauen vorgeschlagener Konventions-Entwurf, 11. April 1923. Es war klar, daß der nächste Schritt von Seiten Litauens erfolgen mußte.²⁰¹ Seine Delegation legte die Gegenvorschläge am 11. April vor. Die große Grundlinie des Entwurfs der Alliierten war nicht verändert. Litauen schlug vor, daß an Stelle eines Kommissars ein von Litauen zu ernennender Gouverneur treten solle. Im litauischen Kabinett solle Memel durch einen Minister ohne Portefeuille vertreten sein. Die Liste der der örtlichen Regierung zu übertragenden Rechte wurde detailliert aufgeführt, aber, obwohl sie länger scheint als in dem vorhergehenden Entwurf, war sie tatsächlich kürzer. Es wurde vorgeschlagen, die II. Kammer, die wählbar war, zur gesetzgebenden Körperschaft zu machen, während die erste, aus den Vorsitzenden der verschiedenen Wirtschaftsgruppen bestehende, nur als beratende Körperschaft handeln sollte. Das Veto-Recht soll dem litauischen Präsidenten vorbehalten bleiben. Das Direktorium solle der II. Kammer, der gesetzgebenden Körperschaft, verantwortlich sein. Die die Option der Staatsbürgerschaft betreffenden Bestimmungen bleiben praktisch unverändert. Die bedeutendsten Änderungen wurden für die Bestimmungen vorgeschlagen, die sich mit dem Hafenausschuß und der Flußkontrolle beschäftigen. Litauen schlug weiterhin vor, die Fragen, die sich nicht direkt schlichten ließen, nicht, wie im ersten Entwurf, dem Völkerbundsrat zu unterbreiten, sondern dem Internationalen Gerichtshof zur endgültigen Beurteilung vorzulegen. Hinsichtlich der Richter und der Gerichtshöfe wurde im Gegenvorschlag nichts erwähnt, während verlangt wurde, daß die Zurückstellung der Militärdienstpflicht nur bis zum 1. Januar 1933 gültig bleiben solle, nach welchem Tage Litauen die Memelländer zu seiner Armee einberufen könne.²⁰²

Daß diese Änderungsvorschläge zu beträchtlichen Verhandlungen führten, sollte das Unterkomitee für die Aufstellung der Konvention bald erfahren, und es erstattete einen Bericht über

201. Zu der nachfolgenden Analyse der einzelnen Artikel ist zu bemerken, daß hier nur Hinweise gegeben sind, soweit sie die Notwendigkeit der wichtigsten Streitfälle betreffen.

202. Ibid. S. 88 ff.

die Erfolge seiner Beratungen am 13. April 1923 in einer Sitzung, in der Litauen durch Galvanauskas und Sidzikauskas, unterstützt von Mandelstam, vertreten war, während Gailius, Grabow, Kraus, von Dressler und Dr. Meyer Memel repräsentierten.²⁰³

§ 16. Die Stellung Litauens und der Mächte am 13. April 1923. Als die Unterkommission der Mächte die Vorschläge der verschiedenen Parteien an diesem Wendepunkt in ihrem Bericht verglich, mußte sie feststellen, daß sie sehr verwirrt waren. Die Memel-Delegation war der Ansicht, daß der Minister ohne Portefeuille, der Memel im litauischen Kabinett vertreten sollte, ein Bürger Memels sein müsse. Es bestanden Meinungsverschiedenheiten über die Rechte, die wirklich in die Liste der lokalen Rechte gehörten. Beachtliche Gegensätze herrschten über die Bedingungen, unter denen Ausländer unbewegliches Eigentum in Memel erwerben könnten. Die Alliierten Mächte lehnten den Vorschlag ab, die Autonomie im Einklang mit der litauischen Verfassung auswirken zu lassen (Art. 5). Sie waren der Meinung, daß die Autonomie eine wirkliche sein sollte und nicht ein Deckmantel für litauische Angriffe. Unstimmigkeiten bestanden über die Vorkehrungen für den Hafen, die finanziellen Klauseln, die Freizone für Polen und die Zollregelung. Die Alliierten schlugen eine neue Präambel vor, in der des Briefes Erwähnung getan werden sollte, den der Präsident der Friedenskonferenz am 18. Juli 1921 an die deutsche Delegation in Paris gerichtet hat. Sie waren weiterhin der Meinung, daß die Pässe von den Lokalbehörden ausgestellt werden könnten, daß die Amtszeit der gesetzgebenden Körperschaften 3 Jahre betragen sollte, und daß der Wirtschaftsbeirat in unveränderter Form beibehalten werden könnte. Aber die versammelten Delegierten konnten sich weder über das Veto-Recht des Präsidenten, noch über die Optionen, noch über die Zuständigkeit der Lokalbehörden einigen. Die Alliierten blieben dabei, daß die über die Rechte aufgestellte Liste nicht geändert werden solle. In ihr war auch die Gleichberechtigung der beiden Sprachen vorgesehen.

203. Die Kommission bestand aus Massigli (Frankreich), Hudson und Fry (England), Pilotti (Italien) und Miyakoshi (Japan).

Sowohl die litauische Delegation wie die von Memel erkannten, daß ihre Entwürfe einer gründlichen Überarbeitung bedürften, und sie erbatene Verhandlungspause, die ihnen auch unter der Bedingung zugestanden wurde, daß Litauen währenddessen die Rechtslage im Memelgebiet nicht ändere.

§ 17. Die einseitige litauische Autonomie-Erklärung vom 7. Mai 1923. In der Zwischenzeit waren die Litauer geschäftig an der Ausarbeitung von Plänen, mit denen sie die Botschafterkonferenz einzukreisen hofften. Es war klar, daß die größere Macht bei den Alliierten und Assoziierten Staaten lag, und daß letzten Endes ein unbelehrbares Litauen alles verlieren konnte. In der Hoffnung, einen politischen Staatsstreich zu erreichen, der dem mit physischer Macht durchgeführten vom 9.—15. Januar 1923 vergleichbar wäre, proklamierte am 7. Mai 1923 Galvanauskas den Entschluß Litauens, Memel die Autonomie zu verleihen.²⁰⁴ Er nannte nach litauischem Gebrauch Memel „Klein-Litauen“. Die von Galvanauskas angekündigten Autonomie-Bedingungen bestanden praktisch aus dem litauischen Abkommensentwurf mit wenigen Änderungen.

Die Mächte waren nicht ganz so hilflos wie im Januar 1923. Die Autonomie-Erklärung war sichtlich ein glatter Widerspruch von Punkt 6 der Note vom 16. Februar, nach der über ein organisches Statut und ein Abkommen zwischen den interessierten Parteien zu verhandeln und nicht nur von Litauen allein zu proklamieren war. Am 9. Mai teilte Poincaré den Vertretern der Alliierten in Kowno mit, daß die Botschafterkonferenz die Proklamation als „null und nichtig“ betrachte.²⁰⁵ In gleicher Richtung informierte Piacentini, der italienische Vertreter in Lettland, am 12. Mai den litauischen Geschäftsträger in Riga.

Die Entwurfs-Kommission begann von neuem ihr Werk. Sie schlug einen wählbaren Beirat vor, ein aus drei Mitgliedern bestehendes Direktorium, geteilte Gerichtsbarkeit, ein gemeinsames Obergericht und die Garantie dafür, daß das Memelland bei allen Gelegenheiten vollständig vertreten sein solle.

204. The Ques., S. 104 ff.

205. Ibid., S. 107.

Am 15. Juni wurde eine Abänderung der Hafenverkehrsregelung und die Verpachtung eines Hafengebietes in Memel an Polen für 99 Jahre vorgeschlagen.²⁰⁶ Litauen war natürlich störrisch.

Um weiteren unerwarteten Zwischenfällen vorzubeugen, zeigte die Botschafterkonferenz am 28. Juni dem Weltpostverein an, daß Memel noch nicht an Litauen übertragen sei, und daß dies vor Beendigung der laufenden Verhandlungen auch nicht geschehen würde. Die Litauer hätten daher kein Recht zu Eingriffen in den memelländischen Postverkehr. Diese Mitteilung wurde am 30. Juni wiederholt,²⁰⁷ und am 18. August erging eine ähnliche, die Eisenbahn im Memelgebiet betreffende Mitteilung.²⁰⁸ Litauen protestierte ohne Erfolg. Am 11. Juni bot es wieder Zusätze an, die nicht angenommen wurden.

§ 18. V o n d e n M ä c h t e n v o r g e s c h l a g e n e r K o n v e n t i o n s - E n t w u r f , 13. J u l i 1923.

Die Ereignisse überstürzten sich, und die Memel-Angelegenheiten wurden so chaotisch, daß sich die Lethargie, in die die Botschafterkonferenz verfallen war, noch deutlicher davon abhob. Erst am 13. Juli legte sie einen neuen Konventions-Entwurf vor.

Der Gouverneur sollte der Stellvertreter des litauischen Präsidenten sein. Memel sollte wie bisher seine eigene Flagge führen. Die auswärtigen Angelegenheiten waren durch Litauen zu führen. Die wählbare Volksvertretung, der wirtschaftliche Beirat und das Direktorium wurden beibehalten. Alle drei Körperschaften hatten das Initiativrecht in der Gesetzgebung. Die Richter seien durch das Direktorium zu ernennen, und die Polizei sollte in den Händen der örtlichen Verwaltung bleiben. Memel sollte sein eigenes Obergericht haben und die übrige Gerichtsbarkeit selbst regeln. Die Hafenbestimmungen waren wiederum verändert. Das öffentliche Eigentum Memels sollte auf Litauen übergehen und dieser Staat Garantien für die Besatzungs- und Reparationskosten geben. Ein Teil der durch Litauen einzuziehenden memelländischen Zolleingänge sollte für

206. Ibid., S. 109—112.

207. Q u e s. S. 229; T h e Q u e s., S. 143.

208. Ibid., S. 144.

Memel angerechnet werden. Jeder Zusatz zum Statut bedürfe der Zweidrittelmehrheit der Volksvertretung und der Ratifizierung durch den litauischen Seim. Doch sei vor Ablauf von 5 Jahren nach Unterzeichnung der Konvention jeder Zusatz ausgeschlossen. Die interessanteste Veränderung war in der Einleitung des Artikels 28 (2) vorgenommen, auf der Litauen bestand. Sie hieß, daß „der Lehrplan der Schulen im Memelgebiet dem in Kraft befindlichen Lehrplan der entsprechenden Schulen im Rest des litauischen Gebietes nicht unterlegen sein dürfe.“²⁰⁹ Niemand hatte eine Idee von der Bedeutung dieses scheinbar harmlosen Zusatzes.

§ 19. Litauische Verbesserungsvorschläge vom 16. Juli 1923. Diese Bestimmungen befriedigten Litauen nicht, und es übersandte am 16. Juli Laroche verschiedene Verbesserungsvorschläge. Die meisten davon waren ins Einzelne gehende Vorschläge über den Wortlaut von Bedingungen, die Litauen zu erreichen wünschte. Einige davon waren bedeutender als der Rest. Die Memel-Flagge sollte verschwinden. Die Macht der örtlichen Stellen sei enger zu umgrenzen. An Litauen sollten alle Rechte fallen, deren Ausübung nicht besonders Memel zugeschrieben war. Endlich sollte für die Vornahme von Abänderungen zunächst ein Vorschlag der litauischen Regierung vorgesehen werden, dem die Annahme durch den Völkerbund, soweit Artikel 31—37 betroffen waren, folgen sollte. Für die Artikel 2—30 erschien Litauen das bereits vorgeschlagene Abänderungsverfahren annehmbar.²¹⁰

§ 20. Antwort der Delegation der Alliierten auf die litauischen Vorschläge, 16. Juli 1923. Oberflächlich gesehen schienen sich Litauen und die Großmächte einem Kompromiß für alle Fragen mit Ausnahme der den Hafen betreffenden zu nähern. Aber auf dem Grunde aller Erwägungen

209. Ibid., S. 117. Man war nicht in der Lage, diese Neuerungs-sucht zu verstehen, die lächerlich und fehl am Platze erschien, denn die Schulen in Memel waren denen Litauens absolut überlegen. Der Zusatz war nicht als Akt der Großmütigkeit Litauens gegenüber Memel gemeint. Vorgänge der letzten Zeit zeigen, daß hinter diesem unschuldig aussehenden Artikel eine sehr viel weitgehendere Absicht verborgen war, als seinerzeit angenommen werden konnte.

210. Ibid., S. 122 ff.

Litauens lag die endgültige und vollständige Einverleibung des Memelgebiets als integrierender Bestandteil des litauischen Staates. Die Alliierten Mächte, von Polen angespornt, bestanden ihrerseits auf der unabwendbaren Autonomie des Gebiets.

Die von Litauen vorgeschlagenen Verbesserungsvorschläge, so einfach sie auch erschienen, entrollten einen weiten Gegensatz zwischen Litauen und den Mächten sowohl in der Haltung wie dem Zwecke nach. Vorerst blieb nichts übrig als sie zu beantworten. Soweit es ihnen möglich war, gaben die Mächte nach. Mit verschiedenen Fragen war das nicht angängig. Sie fragten Litauen, warum es wünsche, alle nicht umschriebenen Rechte in seiner Hand zu behalten. Sie verwarfen die litauischen Vorschläge für die Verwaltung des Hafens und wiederholten ihre eigenen. In der Frage der Staatsbürgerschaft wurden Abänderungen vorgenommen.²¹¹ Auch bei den persönlichen Rechten erfolgten einige Änderungen zugunsten Litauens. In Fragen, die Polen begünstigten, blieben die Mächte hart. Kurz: Die Antwort der Alliierten machte es klar, daß die beiden sich gegenüberstehenden Parteien einer Endlösung nicht nähergekommen waren als vor Bekanntgabe der litauischen Vorschläge. Ebenso klar war, daß Litauen Zeit zu finden suchte. Es hatte sich die hinziehende Taktik angeeignet, die vor dem Januar 1923 von Frankreich und der Botschafterkonferenz geübt wurde.

§ 21. Von Litauen vorgeschlagener Konventionsentwurf vom 23. Juli 1923. Litauen legte einen weiteren Entwurf am 23. Juli vor, in dem es seine Haltung kaum geändert hatte.²¹² In der Note, mit der Galvanauskas den Entwurf übersandte,²¹³ brachte er zum Ausdruck, daß sein Land sich der Geltendmachung polnischer Interessen bewußt sei. und um die Versöhnungsbereitschaft zu beweisen, sei Litauen willens soweit nachzugeben, daß die Freiheit der Holzflößerei auf dem Niemenfluß erlaubt werden würde. Im übrigen unterschied sich der Entwurf von den früheren nur in einem Punkt, näm-

211. The Ques., S. 126 ff.

212. Ques., S. 20 ff. The Ques., S. 132 gibt als Datum der Note den 13. Juli 1923 an, doch ist der Begleitbrief von Galvanauskas vom 23. Juli 1923 datiert.

213. Ibid., S. 131.

lich darin, daß der litauische Kassationshof bei dem Tribunal in Memel errichtet werden sollte. Seine Artikel waren länger und mehr ins Einzelne gehend, aber auch sein Zweck war nur, die von Litauen bereits aufgestellten Forderungen festzuhalten.

Die Litauer wurden unterstützt durch eine Bitte, die von einer durch Gailius geführten „Delegation“ von Memelländern ausging. In diesem Brief wurde Laroche gebeten, seinen Einfluß auf die Botschafterkonferenz auszuüben, damit diese den litauischen Entwurf annehme. Ohne Zweifel stand diese „Delegation“ unter litauischem Einfluß.

Zwei Tage nach Vorlegung der letzten Vorschläge der litauischen Delegation berichtete die unter dem Vorsitz von Laroche stehende Kommission voller Verzweiflung an die Botschafterkonferenz.²¹⁴ Es sei unmöglich, zu einer Einigung mit den Litauern zu kommen, die fortwährend Memel mit Wilna verwechselten. „Der Präsident der litauischen Delegation hat erklärt, daß Litauen sich im Kriegszustand mit Polen befindet, und daß die litauische Regierung keiner Maßnahme zustimmen könne, die als auch nur indirekte oder stillschweigende Anerkennung der polnischen Souveränität über das Wilnagebiet ausgelegt werden kann“. Bedeutungsvoll fügte der Bericht hinzu, „es ist offenbar die Absicht der litauischen Delegation, durch die Unterzeichnung der Konvention einen Rechtstitel zu erlangen, auf Grund dessen Litauen die Souveränität über das Memelgebiet übertragen wird. Sie ist offenbar der Meinung, daß Litauen, auch wenn es die Bestimmungen der Konvention nicht beobachtet, gleichgültig, ob Protest dagegen erhoben wird, doch dann das legale Recht auf seiner Seite hätte . . . Die Kommission ist der Ansicht, daß es sehr gefährlich wäre . . . dieses Manöver zu begünstigen“. Man war sich auch bewußt, daß die Memel-Kommission nur einen Vertreter des Memelgebietes aufwies, und daß dieser sich meist schweigsam verhielt. Dadurch wurde es der Kommission unmöglich, sich über die Ansichten der memelländischen Bevölkerung ein Bild zu machen. Unter diesen Umständen unterbreitet die Kommission den ihr am besten erscheinenden Plan, indem sie hinzufügte „ . . . Die Kom-

214. 25. Juli 1923. *The Ques.*, S. 141 ff.

mission steht unter dem bestimmten Eindruck, daß die litauische Regierung alle möglichen Vorwände ergreifen wird, um die Verpflichtungen, die ihr die Konvention auferlegt, zu umgehen . . . “²¹⁵ Die Kommission schlug vor, Litauen einen Monat Zeit zu gewähren, um zur Vernunft zu kommen und, falls es dann wieder ablehne, die ganze Frage dem Völkerbundsrat zur Entscheidung zu unterbreiten.

Dieser Bericht enthüllte verschiedene wichtige Tatsachen. (1) Die Litauer erwiesen sich als widerspenstig, weil sie einen vollständig uneingeschränkten Rechtstitel auf Memel zu erhalten wünschten. (2) Die Alliierten, die zurzeit im Besitz der Souveränität waren, beabsichtigten, dem litauischen Verlangen nicht entgegenzukommen. (3) Die Verhandlungen standen taktisch auf dem gleichen Punkt wie am 16. Februar 1923. (4) Angesichts der Entwicklung kämpfte Litauen dafür, keinen Fußbreit des erreichten Bodens aufzugeben, um dadurch in die Lage versetzt zu sein, nach und nach die Veränderungen eintreten zu lassen, die zu einer Einverleibung des Memelgebiets in den litauischen Staat führen mußten. Die Alliierten waren in gleicher Weise entschlossen, das zu verhindern.

§ 22. Konventionsentwurf und Protokoll, begleitet durch Brief vom 8. August 1923. Die Botschafterkonferenz entwarf eine aus fünf Punkten bestehende Resolution, in die die Vorschläge der Laroche-Kommission hineingearbeitet waren. (1) Der Konventions-Entwurf und das Protokoll der Kommission wurden angenommen und sollten (2) Litauen übersandt werden, dem (3) ein Monat Zeit gegeben werden sollte, um den Entwurf ohne Abänderung oder Einschränkung zu unterzeichnen. (4) Polen waren die Paragraphen 1, 2 und 3 bekannt zu geben, und (5), falls Litauen ein Nachgeben ablehne, solle die Angelegenheit dem Völkerbundsrat unterbreitet werden, damit dieser einen Rechtsspruch fällen könne.

Allgemein gesprochen, war in der Stellungnahme der Alliierten eine verhältnismäßig geringe Änderung eingetreten. Der neue Entwurf war etwas länger als der vorhergehende, aber

215. Ibid.

natürlich fand er auch nicht die litauische Zustimmung. Die Wochen vergingen, und der zur Überlegung gewährte Monat war längst verstrichen, ehe die Litauer am 21. September der Botschafterkonferenz die erwartete Antwort zugehen ließen.²¹⁶

§ 23. Die litauische Antwort vom 21. September 1923. Galvanauskas' Antwort stellte eine Verteidigung der litauischen Position dar. In einem sorgfältigen Anhang versuchte er, den Botschaftern zu zeigen, daß Litauen mit jedem der sechs in der alliierten Note vom 16. Februar 1923 aufgeführten Punkten übereinstimme. Aber Punkt für Punkt wies er auch nach, warum Litauen den Entwurf der Alliierten nicht annehmen könne. Die Hauptschwierigkeiten betrafen den Landbesitz von Ausländern in Memel, die Freiheit des Durchgangsverkehrs auf dem Niemen-Fluß, die wirtschaftliche Verwaltung des Hafens, die Übernahme der Reparationszahlungen durch Litauen, die memelländische Zollverwaltung, die Verteilung des öffentlichen Eigentums, das früher dem deutschen Reiche gehörte, und die Bedingungen für die Übertragung der Souveränität auf Litauen.²¹⁷ (1) Litauen lehnte ab, Polen Transitfreiheit auf dem Niemen-Fluß zu garantieren, denn die zum Muster herangezogene Barcelona-Konvention sei für Friedenszeiten bestimmt. Polen und Litauen aber befänden sich im Kriegszustand.²¹⁸ Litauen lehnte ab, Polen an der wirtschaftlichen Überwachung des Hafens zu beteiligen. Außerdem müsse Memel im Hafenausschuß stärker vertreten sein. (3) Nicht ein Zoll des Gebietes würde an Polen verpachtet. Die Ernennung eines Schiedsrichters zur Beilegung von Zwistigkeiten in den Hafenfragen erachte Litauen als Beeinträchtigung seiner Souveränität. (4) Die im Artikel 51 enthaltene Forderung der Alliierten hinsichtlich einer Reparationszahlung durch Litauen sei zu unbestimmt gefaßt, um angenommen zu werden, und ehe nicht eine genauere Festlegung erfolge, könne Litauen nicht zustimmen. (5) Endlich forderte Litauen das gleiche Recht, Steuerein-

216. Ibid., S. 155.

217. Ibid., S. 155 ff.

218. Die Beschlüsse des Barcelona-Abkommens befinden sich bei Rogge, Kommentar S. 153 ff.

anderen Staaten zugestanden sei, die durch die Alliierten und schätzungen und Zahlungen in Memel vorzunehmen, wie es Assoziierten Mächte Gebietsteile erhalten hätten. Ausnahmen würden nur in den Fällen von Frankreich, Elsaß und Lothringen und von Belgien zugestanden.²¹⁹

Dieser Entwurf wurde von Kowno über Padovni zugeleitet. Er teilte der Botschafterkonferenz mit, daß nach Annahme von Galvanauskas die entstandenen Mißverständnisse in der Verschiedenheit der Auslegung der Note vom 16. Februar 1923 beständen. Darin hatte Galvanauskas Recht. Niemals war ein vollständiges Einverständnis über diese Note zwischen den vier Mächten und Litauen erfolgt. Wie sollte es anders sein, als daß jetzt verschiedene Auffassungen über die Auslegung bestanden? Dazu kam, daß beide Seiten beabsichtigten, ihren Standpunkt bis zum Letzten durchzufechten. Glücklicherweise waren die großen Linien des Statuts von Anfang an klar, denn sie erwachsen aus der früheren Herrschaft über das Memelgebiet. Dadurch existierte wenigstens eine feste Zelle, um die herum man ein gutes Abkommen und ein wirkliches Statut bauen konnte.

219. Ibid.; Siehe auch: Hatvany und Kellor.

Kapitel VII.

Die Anrufung des Völkerbundsrates.

Abkommen und Statut.

§ 24. Die Angelegenheit kommt vor den Völkerbundsrat. Direkte Verhandlungen waren fehlgeschlagen. Es bedurfte eines Dritten, um Resultate zu erzielen. Am 25. September entschied die Botschafterkonferenz, daß „in Anbetracht dessen, daß eine Lage entstanden sei, die die internationalen Beziehungen berühre und drohe, den Frieden und das gute Einvernehmen zwischen den Völkern zu stören, von dem der Frieden abhängt;

„hinsichtlich des Artikels 11 der Völkerbundssatzung“;²²⁰

„Daher wird die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates auf die durch die Haltung der litauischen Regierung geschaffene Lage gelenkt“;²²¹ Die Mitteilung wurde am 28. September an den Generalsekretär des Völkerbundes gesandt,²²² und zwar durch den für die Botschafterkonferenz handelnden Poincaré. Am gleichen Tage erhielt Litauen hiervon durch die Botschafterkonferenz Kenntnis.²²³

Während der nächsten drei Monate traten in den Memel-Angelegenheiten verschiedene Wendungen ein. Am 4. Oktober sandte das pro-litauische Memel-Direktorium, bestehend aus

220. „...Es wird weiter festgestellt, daß jedes Bundesmitglied das Recht hat, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung oder des Rates auf jeden Umstand zu lenken, der von Einfluß auf die internationalen Beziehungen sein kann und daher den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von dem der Frieden abhängt, zu stören droht“. Versailler Vertrag, Artikel 11, Abschnitt 2.

221. *Le Statut de Territoire de Memel*. L. N. Doc. C. 159. M. 39, 1924, S. 6.

222. *Ibid.*

223. *The Ques.* S. 169.

Gailius, Borchert, Birszkus, Falk und Pannars, einen die litauische Sache unterstützenden Brief an die Botschafterkonferenz,²²⁴ der von Galvanauskas weitergegeben wurde. Kurz nachher verpflichtete sich Litauen uneingeschränkt zur Achtung der Minderheitenrechte innerhalb seiner Gebiete.²²⁵ — Das Interessante dabei ist, daß im Memelgebiet das deutsche Element vorwiegend war und noch ist.²²⁶ Daher traf diese Verpflichtung niemals auf die Memelländer zu, sondern im Gegenteil auf die in Memel wohnenden Litauer, die die Minderheit sind.

Am 24. November sandte Galvanauskas als Präsident des litauischen Ministeriums ein Memorandum und einen Brief an den Generalsekretär des Völkerbundes mit der Bitte, seinen Inhalt den Mitgliedern des Rates weiterzugeben. Es hieß darin, daß die litauischen Delegierten zur Friedenskonferenz ursprünglich einen großen Landstreifen von Ostpreußen gefordert hätten, damit aber abgewiesen worden seien. Nunmehr fordere Litauen die Kontrolle über die Börse, die Kredit-Angelegenheiten und die Versicherungsgesellschaften in Memel. Litauen wünsche nicht, sich vor Erlaß einer von ihm vorgesehenen Verordnung mit Memel in Verbindung zu setzen. Unter keiner Bedingung würde Litauen einer polnischen Interessenzone in Memel zustimmen. Die Artikel 254—256 des Versailler Vertrages, die sich mit der Internationalisierung des Niemen-Flusses befassen, hätte Litauen genau befolgt. Endlich glaube die litauische Regierung nicht, daß Artikel 11 der Völkerbundssatzung auf den vorliegenden Fall anwendbar sei.²²⁷

Auf dieses Memorandum folgte ein zweites vom 11. Dezember 1923, in dem Galvanauskas den Bericht von Clinchant, Fry und Aloisi angriff.²²⁸ Galvanauskas behauptete, daß die Aufstände in Memel allgemeiner Natur gewesen und die Einwohner zu einem großen Prozentsatz Litauer seien, und daß weiterhin das Gebiet von den Alliierten sehr schlecht verwaltet worden wäre. Schließlich seien die Litauer nicht die Barbaren, als die die Clinchant-Kommission sie erscheinen ließe.

224. O. J. L. N., 1923, S. 154.

225. Ibid., S. 332—333.

226. Behrendt, S. 42.

227. Le Statut, S. 38; ferner: Publ. von L. N. C. 727. M. 297. 1923. VII.

228. The Ques., S. 178.

Am gleichen Tage hielt im Völkerbundsrat Skirmunt eine Rede für Polen. Er brachte die alten Argumente vor, mit denen ein Ausgang Polens zur See gefordert wurde. Seine Regierung sei versöhnlich gestimmt und würde gern in manchen Punkten nachgeben, wenn Litauen nur die Freiheit der Schifffahrt auf dem Niemenfluß garantiere.²²⁹ Er brachte noch manche andere Argumente vor, von denen aber keines eine irgendwie bedeutende Wandlung in der polnischen Haltung erkennen ließ.

Am 15. Dezember 1923 trat der Völkerbundsrat in Paris zusammen und setzte trotz aller litauischen Proteste die Memelfrage auf die Tagesordnung. Litauen hatte keinen Sitz im Völkerbundsrat, es war ihm aber gestattet, zum Schutz seiner Interessen und zur Darlegung seines Standpunktes einen Vertreter zu entsenden. Galvanaukas eröffnete die Sitzung mit einer Darlegung, daß keine Notwendigkeit bestände, den Artikel 11 der Völkerbundssatzung in Anwendung zu bringen und damit Litauen vor die Gerichtsschranken zu zitieren. Litauen habe den Weltfrieden nicht gestört. Sowohl Hanotaux als Lord Robert Cecil führten aus, daß die Heranziehung des Artikels 11 keine Kritik an Litauen bedeute. Die Mächte seien nur auf der Suche nach einer Lösung des Memel-Problems, und es sei bis jetzt unmöglich, eine Entscheidung zu fällen, ob Artikel 11 anwendbar sei oder nicht. Zur Regelung dieser Angelegenheit wurde Guani zur Vorlage eines Berichtes in einer späteren Sitzung des Völkerbundsrates bestimmt.²³⁰

Das Völkerbundssekretariat hatte eine kurze Erklärung des Abkommen-Entwurfs der Botschafterkonferenz und der litauischen Gegenvorschläge zusammengestellt, die vor dem Völkerbundsrat zur Verlesung kam. Sie begann mit der Behauptung, daß von den 150 000 Menschen im Memelgebiet „die große Majorität . . . litauisch spreche. Die deutsche Bevölkerung sei hauptsächlich in der Stadt Memel ansässig“. Dann wurde die Note vom 16. Februar besprochen und ausgeführt, wie der gegenwärtige Streit entstanden sei. Darauf folgte ein Überblick über die wesentlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den streitenden Parteien.²³¹

229. Ibid., S. 180.

230. *Le Statut*, S. 45—46.

231. Ibid., S. 46—49.

Zum neunten Male versammelte man sich in Paris am Sonntag, den 17. September. Am Morgen des Sitzungstages berichtete Guani zunächst, daß er bei dem Umfang der Angelegenheit die Einsetzung einer Kommission vorschläge. Sie solle aus zwei von der Kommission für Verkehr und Transit gewählten Mitgliedern bestehen, die ihrerseits einen Vorsitzenden wählen könnten.²³² Ihre Arbeit würde in der Prüfung der Vorschläge und Gegenvorschläge der beiden Parteien zu bestehen haben. Galvanauskas aber erhob Einwendungen gegen den Bericht. Er forderte eine Beschlußfassung darüber, daß die Kommission zum Studium der Frage eingesetzt werden solle, und beim nächsten Zusammentritt des Völkerbundsrates einen Bericht in der Form eines auf der Note vom 16. Februar 1923 basierten Statuts vorzunehmen habe. Hierauf erfolgte zunächst nichts anderes als eine Vertagung der Sitzung auf den Nachmittag. Es war klar, daß Galvanauskas fürchtete, der Einfluß der Botschafterkonferenz würde sich im Völkerbundsrat fühlbar machen, und daß er nach einem Ausweg suchte, um die litauischen Interessen durch Vorbehalte zu schützen.

Zunächst dürfte es notwendig sein, ein Wort zu den polnischen Sondervorschlägen zu sagen. In ihnen wurde ein Hoher Kommissar gefordert, der dem Völkerbund verantwortlich wäre. Dieser solle eine Art Mandat über Memel ausüben, wofür einige wenige Änderungen gegenüber der Verwaltungsform, wie sie von Odry durchgeführt wurde, genügten. Eine Zollautonomie sei notwendig, und durch besondere Bestimmungen wirtschaftlicher Art könnten die Hauptprobleme Memels leicht gelöst werden. Der Hafenausschuß solle aus einem Polen, einem Memelländer und einem Litauer bestehen. Polen solle eine Freizone in Memel garantiert werden, und vor dem Ablauf von 10 Jahren dürften irgendwelche Zusätze zum Statut nicht erfolgen.²³³

Nach polnischer Auffassung sei eine wirtschaftliche Vereinigung Memels mit Litauen für Memel schädlich. Trotz der Barcelona-Konferenz hätte Litauen den Niemen-Fluß abgeriegelt. Schließlich legte Polen Zahlen vor um zu beweisen, daß der

232. Ibid., S. 49.

233. Anhang zu der Veröffentlichung L. N. C. 817. M. 305. 1923. VII.

litauische über Memel gehende Handel viel geringfügiger sei, als der Handel Polens, der in normalen Zeiten den Weg durch denselben Hafen nehme.

In der Nachmittagssitzung des Völkerbundsrates vom 17. Dezember gerieten Skirmunt und Galvanauskas in eine ziemliche Debatte. Guani legte seinen Bericht vor,²³⁴ und nach der Diskussion wurde eine Resolution angenommen, deren Inhalt im wesentlichen folgender war:

Der Völkerbundsrat...

...beschließt, daß bei seiner nächsten Sitzung ein Bericht durch ein Komitee vorgelegt werden soll, das sich wie folgt zusammensetzt:

Drei Mitglieder sollen zu solchen Staaten gehören, die gegenwärtig keine Souveränität über Memel ausüben, zwei dieser Mitglieder sollen von den Vorsitzenden des Komitees für Verkehrs- und Transitfragen nach Beratung mit dem Präsidenten des Völkerbundsrates und dem Mitglied des Rates, das jetzt mit der Berichterstattung betraut ist, ernannt werden, während das dritte Mitglied, das den Vorsitzenden des Komitees stellt, vom Völkerbundsrat ernannt wird.²³⁵

Dieses Komitee sollte ein Abkommen und ein auf der Note vom 16. Februar 1923 begründetes Statut entwerfen.²³⁶

Am 9. Februar 1924 gab der Generalsekretär des Völkerbundes bekannt, daß das Komitee gebildet sei und aus Norman Davis, früherer Unterstaatssekretär in den Vereinigten Staaten, dem Niederländer Kroeller und dem Schweden Hoernell bestehe.²³⁷ Die Kommission entschloß sich, ihre Studien an Ort und Stelle aufzunehmen und nach Memel abzureisen, wo sie am 10. Februar einzutreffen gedachte. Die erste Sitzung des Komitees hatte bereits am 5. Februar stattgefunden, vier Tage bevor sein Zusammentritt verkündet wurde.²³⁸

234. Veröffentlichung L. N. C. 769(1), 1923.

235. Le Statut, S. 52.

236. Ibid., S. 51—52, auf Verlangen von Galvanauskas.

237. Die Entscheidung darüber, wer den Vorsitz übernehmen sollte, erwies sich als schwierig. Frankreich und Polen wünschten, einen ihnen freundlich gesinnten Neutralen zu ernennen. Nach langen Beratungen entschied man sich für Mr. Davis. C. 35. M. 19. 1924. VII.

238. C. 116. 1924. VII.

In diesem Augenblick fand es die Botschafterkonferenz notwendig, zum Teil aus Prestige Gründen, zum Teil auf Drängen von Frankreich und Polen, gegen einige der litauischen Behauptungen aufzutreten. Am 4. Februar schrieb namens der Botschafterkonferenz Poincaré an den Generalsekretär des Völkerbundes, daß die Konferenz dagegen protestiere, in der vom Völkerbundsrat angenommenen Resolution über die Note vom 16. Februar 1923 hinauszugehen.²³⁹ Die einzige Aufgabe der neuen Kommission sei nach Ansicht der Botschafterkonferenz, eine Lösung für den Fall zu finden, daß Litauen die Annahme des vorgesehenen Übereinkommens mit den Alliierten ablehne. Die Botschafterkonferenz fügte Bemerkungen zu der litauischen Denkschrift vom 24. November und zu dem Brief von Galvanaukas vom 11. Dezember 1923 bei.²⁴⁰

Diese Anmerkungen begannen mit einer bemerkenswerten Erklärung, nämlich „... vor dem Kriege herrschten in Memel den Deutschen günstige Gefühle vor“.²⁴¹ Damit verleugnete die Botschafterkonferenz in ihrem Eifer, den Litauern eine Antwort zu erteilen, die Antwort, die Clemenceau dem Grafen Brockdorff-Rantzau gegeben hatte. Weiter hieß es in den Bemerkungen „... aber die ersten Verhandlungen der Botschafterkonferenz haben ergeben, daß die Vereinigung Memels mit Litauen nicht, ohne Unruhe zu stiften, ausgehen kann“.²⁴² Das war eine sehr ernste Beschuldigung nicht nur Litauens, sondern der Mächte selbst, die trotz solcher Erwägungen die Aufrichtung eines neuen Régimes in Memel gestatteten. Der übrige Teil der Note beschäftigte sich im einzelnen mit den Meinungsverschiedenheiten zwischen den Botschaftern und Litauen,²⁴³ durch die bewiesen wurde, daß es sehr schwierig sei, mit den Litauern zu verhandeln.

Inzwischen kamen Galvanaukas und die Litauer mit der Davis-Kommission recht gut zurecht, und sie ließen drei Wochen

239. C. 32. M. 17. 1924. VII.

240. Ibid.; *Le Statut*, S. 68 ff.

241. Ibid., S. 68.

242. Ibid., S. 69.

243. C. 108/M. 31. 1924. VII.

verstreichen, bevor sie auf die Stellungnahme der Botschafter antworteten. Diese Antwort war nur allgemein gehalten.²⁴⁴

Am 10. März sandte die polnische Regierung an den Sekretär des Völkerbundsrates eine Note,²⁴⁵ in der Polen gegen den Text des Entwurfs der Davis-Kommission protestierte, weil er Polen völlig außer Acht ließe.

Der Bericht der Davis-Kommission behandelt zunächst die Entwicklung der Memel-Angelegenheit zwischen dem 17. Dezember 1923 und dem 12. März 1924, dem Tage, an dem die Kommission dem Völkerbundsrat den Bericht erstattete.²⁴⁶ Der wichtigste Teil des Paragraphen 3 heißt wie folgt: „Die Alliierten und Assoziierten Mächte hatten das Gebiet von Memel vom Deutschen Reiche zu einem wohl berechneten Zweck losgetrennt: Der Memeler Hafen sollte für Litauen und das Gesamtgebiet des Memelbeckens als Ausgang dienen. Die Alliierten Mächte übernahmen somit in diesem Punkt eine ausdrücklich moralische Verantwortung und mußten darüber wachen, daß der Hafen dem gedachten Zweck nutzbar werde...“ Die Grundlage für die Empfehlung der Kommission bildet die Note vom 16. Februar 1923. Weiter heißt es in dem Bericht, daß Davis, nachdem er von seiner Ernennung verständigt und sie angenommen habe, am 28. Januar 1924 nach Genf gekommen sei, um seine Pflichten zu übernehmen. Am 5. Februar hatte die erste Sitzung der Kommission stattgefunden.²⁴⁷ Man hatte sich darauf geeinigt, daß die Kommission nach Memel gehen solle, wo sie am 11. Februar eintraf. Sie hätte alle diejenigen, die der Einladung gefolgt seien, zwischen dem 11. und 13. Februar im Memeler Rathaus angehört. Am 13. sei die Kommission nach Kowno gefahren und dort bis zum 15. geblieben, um nach Warschau zu gehen. Hier habe sie zwei weitere Tage verweilt und sei mit der litauischen Delegation am 19. nach Genf zurückgekommen.

Im allgemeinen lautete der Bericht dahin, daß die ganze Frage durch Leidenschaftlichkeit getrübt sei. Nach Anhörung der verschiedenen Seiten hätte sich die Kommission entschieden,

244. Ibid.

245. C. 121. 1924. VII.

246. C. 116. 1924. VII.

247. Der wörtliche Bericht darüber in: *Le Statut*, S. 89.

eine kurze, allgemeine Konvention aufzustellen, die die Beziehungen zwischen Litauen und den Alliierten und Assoziierten Mächten regelt. In Anhängen wurde die autonome Regierung des Gebietes, die Verwaltung des Hafens und die Transitfreiheit behandelt. Die Konvention selbst bestand aus zwei Teilen,²⁴⁸ der eigentlichen Konvention, und²⁴⁹ den drei Anhängen.

Der Bericht wurde bei der 28. Sitzung des Völkerbundsrates, die am 12. März in Paris stattfand, vorgelegt. In seiner Rede sagte Davis, daß mit Litauen in den Fragen des Hafens, der Schifffahrt auf dem Niemen-Fluß und der beaufsichtigenden Kommission ein Übereinkommen erreicht sei. Die Kommission hätte, soweit möglich, jede Bezugnahme auf die Frage der Über-eignung der Souveränität vermieden. Sie habe versucht, die Wilna- und die Memelfrage zu trennen und dadurch das Versprechen erreicht, daß der Memel-Fluß dem Verkehr geöffnet würde, ohne daß sich politische Schwierigkeiten in den Weg stellten. Davis fügte hinzu, daß die Kommission selbst durch den Entwurf nicht befriedigt sei, daß er aber das Beste darstelle, was sie erreichen konnte. „Man darf sich nicht der Schlußfolgerung entziehen, daß die unerträgliche gegenwärtige Lage der beteiligten Gebiete nicht länger bestehen darf, daß die vorgeschlagene Regelung geeignet ist, eine sofortige bedeutende Verbesserung zu bringen, und daß man, wenn sie nicht angenommen werden sollte, zu dem Ende kommt, daß die Verödung des Memeler Hafens ebenso wie die Unzufriedenheit und die Leiden der Bevölkerung des Memelgebiets, die Lähmung des Verkehrs auf dem Memel-Strom und eine politische Situation, die immer bedrohlicher wird, und über die jegliche Kontrolle zu verlieren man Gefahr läuft, andauere...“²⁴⁹

Kurz zusammengefaßt bedeuteten die Vorschläge der Davis-Kommission, daß Polen jeden Gedanken auf Transit-Freiheit im Land-, See- und Flußverkehr in Memel aufgeben müsse. Es würde auch kein Mitglied im Hafenausschuß besitzen. Polnische Handelsniederlassungen in Memel waren nicht vorhanden, ebenso war kein Versprechen auf unmittelbaren Wiederaufbau des Handels und Verkehrs zwischen Polen und Memel abgegeben.

248. Le Statut, S. 77 ff.

249. Ibid., S. 79.

Litauen andererseits hatte Reparationen zu zahlen, ein Mitglied des Völkerbundes in den Hafenausschuß aufzunehmen und den Flußverkehr für die von Litauen beanspruchten Gebiete im polnischen Staat zu öffnen. Die Abmachungen sollten sofort nach ihrer Ratifizierung wirksam werden. „Der Übergang der Souveränität und die Schaffung des klaren Rechtstitels dafür bleibt automatisch zurückgestellt, bis der Vertrag von allen Parteien durch Ratifizierung vollzogen ist.“²⁵⁰ Über alle Vertragsbrüche sollte dem Völkerbundsrat Bericht erstattet werden.

Es ist nicht schwer, sich die polnischen Ansichten über dieses Vertragsinstrument vorzustellen. Der polnische Vertreter Skirmunt erhob sich sofort nach der Verlesung der Vorschläge und führte aus, daß der neue Plan 1. den Fluß-, See- und Eisenbahnverkehr zwischen Polen und Memel nicht wieder eröffne; 2. Der Hafenausschuß wäre nur ein beratendes und nicht ein beaufsichtigendes Organ. 3. Die Handelsinteressen Polens seien verletzt, und 4. gewisse Garantien bedroht. Die schlimmsten Folgen würden durch die Abänderungen der Artikel 38, 42 und 47, die zuvor in dem Abkommen vom 6. August 1923 festgelegt waren, entstehen. Die Freizone sei fortgefallen und Polen der Vertretung im Hafenausschuß beraubt.

Davis wünschte, bevor er Skirmunt antwortete, zunächst zu hören, was die Litauer zu sagen hätten. Im übrigen sei Polen niemals ein Partner der Verabredungen gewesen, die dem jetzt vorgeschlagenen Abkommens-Entwurf vorangegangen seien, und hätte daher keine unantastbaren Rechte, aber Skirmunt könne sicher sein, daß, soweit polnische Interessen in Memel tatsächlich bestünden, sie auch geschützt werden würden.

Am 14. März trat der Völkerbundsrat wiederum zusammen, und zwar zur achten Sitzung der achtundzwanzigsten Sitzungsperiode in Genf.²⁵¹ Davis gab Erklärungen zu Artikel 4 des Abkommens ab, nach dem Litauen verpflichtet sei, Zahlungen zu leisten, sobald über Höhe und Methode dieser Zahlungen Übereinstimmung erzielt sei. Er fügte hinzu, daß er Litauen nicht tadelte, wenn es wünsche, nicht eher zu zahlen, als bis die

250. L. N. D.-C. 159 M. 39, 1924; VII; S. 86.

251. Ibid., S. 92 ff.

Summe und der Zahlungstermin feststünden. Über die Notwendigkeit des Austauschs von Briefen vor der Unterzeichnung des Abkommens entstand eine Debatte, da Galvanauskas diese nicht für gegeben erachtete. Davis betrachtete Artikel 18 als Antwort zu der Frage von Hanotaux, ob Statut und Abkommen nur vorübergehenden Charakter hätten. Seiner Meinung nach sei das nicht der Fall. Dagegen protestierte Skirmunt wiederum, wurde aber von Galvanauskas zum Schweigen gebracht. Der Bericht des Komitees wurde von Frankreich, Italien, Japan und Großbritannien angenommen.²⁵² Nachdem dem Komitee gedankt worden war, löste es sich auf.

Zu dem Erfolg der Litauer trugen drei Tatsachen bei: 1. England lehnte es ab, daß gegen Litauen gewaltsam vorgegangen würde. 2. Die Alliierten konnten nicht gut zu den Waffen greifen, um die Erfüllung ihrer eigenen Versprechungen zu verhindern, und 3. die litauische Währung war stärker als die Währungen Polens und Deutschlands, und diese Tatsache ließ für den Augenblick von der litauischen Herrschaft finanzielle und wirtschaftliche Stabilität erwarten.²⁵³ Die letzten Schritte für die Annahme des Abkommens wurden unternommen. Lord Parmoor erschien bei der Botschafterkonferenz mit voller Handlungsbefugnis von Seiten Englands zur Annahme eines Abkommens. Frankreich erhob zunächst Einwendungen, nahm aber schließlich das Abkommen gleichfalls an. Die Botschafterkonferenz suchte die Zustimmung des Völkerbundsrates zur Annahme von Abkommen und Statut nach.²⁵⁴ Am 17. Mai 1924 stimmten das Kownoer Kabinett und der Seim dem Abkommen und Statut zu, das am 30. Juli vom litauischen Seim ratifiziert wurde. Am 25. August wurden die Ratifikationen in Paris ausgetauscht, und am 4. Oktober beide Verträge beim Völkerbund registriert. Auf diese Weise trat das gegenwärtige Statut ins Leben.

§ 25. Das Statut. Das Statut soll Artikel für Artikel durchgegangen werden, doch ist es wesentlich, es auch als Ganzes zu betrachten. Die von den Mächten angenommenen Ver-

252. L. N. Veröffentlichung C. 116. 1924 VII.

253. Hatvany und Kellor, *supra cit.*, geben eine sehr klare Übersicht über diese drei Punkte.

254. Schierenberg, S. 120.

tragsinstrumente bestanden aus 4 Teilen, nämlich aus dem „Entwurf eines Abkommens betr. die Übereignung des Memelgebiets“²⁵⁵ und seinen drei Anhängen: Anhang I das „Statut des Memelgebiets“,²⁵⁶ Anhang II betreffend die Verwaltung des „Hafens von Memel“²⁵⁷ und Anhang III über den „Transitverkehr“.²⁵⁸

Diese Arbeit beschäftigt sich mit dem Anhang I, dem Statut. Dieses bedeutet einen ergänzenden Teil des Abkommens (Art. 2), ebenso wie die beiden anderen Anhänge (Art. 3). Seine Bestimmungen mußten durch besonderes Gesetz in das litauische Rechtssystem aufgenommen werden, und es hat die Bedeutung einer Verfassung des Memelgebietes. Im Folgenden sollen zunächst die Bestimmungen kurz ausgeführt werden.

Das Memelgebiet ist autonom in Gesetzes-, Rechts-, Verwaltungs- und Finanzangelegenheiten innerhalb der im Statut umschriebenen Grenzen (Art. 1). Der Präsident der litauischen Republik ernennt einen Gouverneur des Memelgebiets (Art. 2). Gesetzgebende Körperschaft ist ein Landtag (Art. 10), dessen Mitglieder entsprechend dem litauischen Wahlgesetz gewählt werden (Art. 3). Litauen hat die auswärtigen Angelegenheiten für Memel zu führen, während Artikel 5 die 15 Punkte aufführt, die unter die Zuständigkeit der Organe der autonomen Regierung des Memelgebietes fallen (Art. 5). Im allgemeinen haben die Landesbehörden des Memelgebietes ihre Befugnisse in Übereinstimmung mit der litauischen Regierung durchzuführen (Art. 6), während alle Angelegenheiten, die nach dem Statut nicht zur Zuständigkeit der autonomen Regierung gehören, der der Republik Litauen unterliegen (Art. 7). Die Staatsangehörigkeitsfragen werden in den Artikeln 8 und 9 geregelt.

Der Landtag wird gewählt (Art. 10), und zwar auf drei Jahre (Art. 11). Seine Sitzungen und Vertagungen bestimmt Artikel 12. Der Landtag gibt sich selbst seine Geschäftsordnung (Art. 13). Der im Gebiet bestehende Wirtschaftsrat führt seine Geschäfte weiter, bis der Landtag anders beschließt (Art. 14). Die übliche

255. Le Statut, S. 98—103.

256. Ibid., S. 102—113.

257. Ibid., S. 112—115.

258. Ibid., S. 116—117.

Immunität der Mitglieder beider Kammern in Ausübung ihrer Geschäfte wird durch Artikel 15 festgelegt. Der Gouverneur erhält das Einspruchsrecht über die vom Landtag angenommenen Gesetze in besonderen, spezifizierten Fällen (Art. 16).

Die vollziehende Gewalt ist von einem Direktorium auszuüben, das aus nicht mehr als 5 Mitgliedern zu bestehen hat, und dessen Präsident vom Gouverneur ernannt wird. Das Direktorium ist dem Landtag verantwortlich (Art. 17). Es hat das Recht, Gesetzesvorlagen einzubringen (Art. 18). Die Wahlen zu den Körperschaften der Gemeinden und Kreise werden auf Grund der Gesetze des Memelgebietes vorgenommen (Art. 19). Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wird durch eine Landespolizei gesichert, während die Grenz-, Zoll- und Eisenbahnpolizei Litauen untersteht (Art. 20). Die von den Gerichten des Memelgebietes getroffenen Entscheidungen werden im ganzen Gebiete Litauens anerkannt; das Gleiche gilt für die von den Behörden Litauens getroffenen Entscheidungen auch für das Memelgebiet (Art. 21). Die Zuständigkeit des litauischen Obertribunals erstreckt sich auch auf das Memelgebiet, doch ist bei dem Obertribunal eine Abteilung für Memelangelegenheiten einzurichten, die mit drei aus dem Memelgebiet zu entnehmenden Richtern zu besetzen ist (Art. 24). Die Richter für die übrigen Gerichte des Memelgebietes werden vom Direktorium ernannt (Art. 22 und 23).

Der Lehrplan der Volksschulen des Memelgebietes darf nicht hinter dem Lehrplan zurückbleiben, der für die entsprechenden Schulen in den anderen Gebieten des litauischen Staates gilt (Art. 25). Die Minderheiten-Schutzbestimmungen sind auf das Memelgebiet anwendbar (Art. 26), und die litauische und deutsche Sprache werden zu gleichen Rechten als Amtssprachen im Memelgebiet anerkannt (Art. 27). Beamte und Angestellte bleiben nach der Annahme des Statuts auf ihren Posten (Art. 28 und 29), verlieren aber dieses Recht, wenn sie für die deutsche Staatszugehörigkeit optieren (Art. 30). Bis zum 1. Januar 1930 haben die Schulbehörden des Memelgebietes das Recht, soweit notwendig, Lehrpersonal fremder Staatsangehörigkeit anzustellen (Art. 31). Das Privateigentum wird gewährleistet (Art. 32); die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Ge-

wissens- und Pressefreiheit wird allen Einwohnern des Memelgebietes gewährleistet (Art. 33). Das Direktorium stellt den Memelländern litauische Pässe aus (Art. 34).

Die Regierungen von Memel und Litauen verhandeln über den Anteil am Reinertrag der Zölle, Akzisen und Verbrauchssteuern, der dem Memelgebiet zu überweisen ist (Art. 35). Die Tarife für Eisenbahnen, Schiffe, Telegramm- und Telephongebühren dürfen im Memelgebiet nicht höher sein als in Litauen (Art. 36).

Es wurde vorgesehen, daß die ersten Wahlen zum Landtag innerhalb von sechs Wochen nach Inkrafttreten des Statuts stattfänden (Art. 37). Endlich wurden im Artikel 38 die Methoden für eine Abänderung des Statuts festgelegt und vorgesehen, daß Abänderungen nicht vor Ablauf von drei Jahren nach der Ratifizierung vorgenommen werden dürften.

Das sind in großen Linien die Bestimmungen des Statuts. Sie wichen nicht in besonderem Grade von den ursprünglich im ersten Entwurf aufgestellten ab. Trotzdem sind, wie wir später sehen werden, recht bedeutsame Abwandlungen festzustellen.

Teil III

Die Entwicklung der einzelnen Artikel des Statuts.

Kapitel VIII

Allgemeine Artikel.

Nachdem wir die Vertragsentwürfe in ihrer zeitlichen Entwicklung untersucht haben, bleibt noch übrig, die einzelnen Artikel des Statuts in der gleichen Weise einer genauen Prüfung zu unterziehen. In der bisher befolgten chronologischen Ordnung sollen diese Artikel kurz von ihrem Ursprung bis zur endgültigen Form verfolgt werden. Da das Statut ein Bestandteil des Abkommens ist, wird dieses mit berücksichtigt werden, dagegen die Anhänge 2 und 3 als abseits von dem Ziel dieser Arbeit liegend ausgelassen werden.

§ 26. Der Abtretungs-Artikel. Artikel 1 des ersten Entwurfs vom 25. März 1923 legte fest, daß die vier Mächte an Litauen „entsprechend den hier festgelegten Bedingungen alle Rechte, die sie durch Artikel 99 des Vertrages von Versailles von Deutschland erhielten . . .“, über das Memelgebiet abtreten. Die Litauer waren mit diesem Text nicht einverstanden und schlugen vor, daß ihnen „alle Rechte und Ansprüche“ gegeben würden, nicht nur die Rechte (Antwort vom 11. April 1923, Art. 1). Nachdem die Entwurfskommission der Mächte den litauischen Vorschlag geprüft hatte, entschied sie sich nicht nur für ihn (13. April 1923), sondern entschloß sich, noch eine weitere Änderung vorzunehmen, durch die sie an Litauen das Memelgebiet, so wie es im Artikel 28 des Vertrages von Versailles umschrieben ist, garantierte „und unter besonderer Berücksichtigung des Briefes des Präsidenten der Botschafterkonferenz an die Deutsche Botschaft in Paris vom

18. Juli 1921“... Am 13. Juli aber kehrten die Botschafter zu ihrem ursprünglichen Text zurück und ließen die Worte „und Ansprüche“ nach „allen Rechten“ aus. Die Litauer verlangten die Wiederaufnahme der Worte in den Abkommensentwurf, womit sich die Alliierten Mächte einverstanden erklärten (16. Juli). Artikel 1 des Abkommens heißt daher:

„Das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan, die zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika als die Alliierten und Assoziierten Hauptmächte Unterzeichner des Vertrages von Versailles sind, übertragen an Litauen unter Vorbehalt der in diesem Abkommen festgesetzten Bedingungen alle ihnen von Deutschland gemäß Artikel 99 des Versailles Vertrages abgetretenen Rechte und Ansprüche auf das Gebiet zwischen der Ostsee, der Nordostgrenze von Ostpreußen (so wie sie in Artikel 28 des genannten Vertrages beschrieben ist und sich insbesondere aus dem Schreiben des Präsidenten der Botschafterkonferenz der Alliierten Regierungen zu Paris an den Deutschen Botschafter in Paris vom 18. Juli 1921 ergibt) und der alten Grenze zwischen Deutschland und Rußland; dieses Gebiet wird in dem vorliegenden Abkommen als „Memelgebiet“ bezeichnet.“

§ 27. Keine Übertragung der Souveränität ohne Zustimmung der Hohen vertragschließenden Parteien. Die Alliierten Mächte schrieben in ihrem ersten Entwurf vor, daß Litauen sich keines der Rechte, die es durch das Abkommen empfangen würde, entäußern dürfte (Art. 47). Sollte in der politischen Lage Litauens ein Wandel eintreten, würde der Völkerbundsrat auf Anforderung einer der Unterzeichnermächte das Recht haben, über das weitere Schicksal des Memelgebiets zu entscheiden. Litauen wehrte sich gegen diesen Artikel und legte einen Ersatz-Entwurf vor, in dem es einfach heißt, daß Litauen sich keines der Rechte entäußern würde, die es unter dem „gegenwärtigen Abkommen“ erhält (Artikel 46 vom 11. April). Die Alliierten stimmten am 13. April unter dem Vorbehalt zu, daß sie Absatz 2 des Artikels 47 des Entwurfs vom 25. März zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgreifen würden. Als der Artikel in neuer Fassung vorlag, war er viel kürzer gehalten und legte nur fest, daß die Souveränität über das Memel-

gebiet ohne Zustimmung der Hohen vertragschließenden Parteien nicht weiter übertragen werden dürfe (Artikel 46 des Entwurfs vom 13. Juli).

Nach verschiedenen Wortlautänderungen erhielt der endgültige Entwurf als Artikel 15 des Abkommens folgende Fassung:

„Die Souveränitätsrechte über das Memelgebiet oder ihre Ausübung können ohne Zustimmung der Hohen vertragschließenden Teile nicht übertragen werden“.

§ 28. **Abkommen und Statut treten in Kraft.** Artikel 50 des Entwurfs vom 25. März heißt, daß das Abkommen nach der Ratifizierung durch Litauen in Kraft trete. In dieser Bestimmung traten keine wichtigen Änderungen ein, bis am 13. Juli vorgesehen wurde, daß die Ratifizierung des Abkommens in Paris in vorgeschriebener Form stattfinden würde. Ein Zusatzprotokoll hierüber sollte zum gleichen Zeitpunkt wie das Abkommen unterzeichnet werden (Artikel 51). Später wünschten die Alliierten Mächte eine Erklärung aufzunehmen, daß das Abkommen trotz litauischer Ratifizierung nicht in Kraft treten könne, solange Litauen nicht den Verkehr auf dem Niemenfluß gemäß den Bedingungen des Versailler Vertrags eröffnet habe (16. Juli, Artikel 51). Artikel 64 des Entwurfs vom 8. August umschrieb die Form der Ratifizierung genauer und erweiterte die Bedeutung des Protokolls. Litauen war willens, die vorgeschlagene Ratifizierungsform anzunehmen, weigerte sich aber, dem Protokoll zuzustimmen (21. September, Artikel 51).

Als die Davis-Kommission ihren Bericht erstattete, war das Protokoll verschwunden. Nur in schwachen Umrissen war es noch in der Präambel des Statuts zu erkennen, aber in Ausdrücken, die sich schon in vorhergehenden Entwürfen und anderen Verbindungen fanden. Artikel 18 des Abkommens lautet:

„Das vorliegende Abkommen, dessen französischer und englischer Text beide authentisch sind, bedarf der Ratifikation, und die Ratifikations-Urkunden sollen in Paris niedergelegt werden. Es tritt in Kraft, sobald die Ratifikations-Urkunden niedergelegt worden sind.

„Es soll vom Sekretariat des Völkerbundes registriert werden, sobald es von Litauen ratifiziert worden ist.

„Zu Urkund dessen haben die Unterfertigten das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

„Geschehen zu Paris am 8. Mai 1924 in einem einzelnen Exemplar, das in Archiven der französischen Regierung hinterlegt bleibt und von dem beglaubigte Ausfertigungen jeder Signatarmacht sowie dem Generalsekretär des Völkerbundes übermittelt werden“.

Dieser Artikel stellt ein interessantes Problem dar, das niemals geklärt wurde. Er sieht vor, daß das Abkommen mit der Hinterlegung der Ratifikations-Urkunden in Kraft tritt, aber Artikel 18 der Völkerbundssatzung sagt, daß „kein Vertrag und keine internationale Verpflichtung bindend ist, solange sie nicht registriert worden ist“. Frage: Wann traten Abkommen und Statut in Kraft — zur Zeit der Hinterlegung der Ratifikations-Urkunde oder zum Zeitpunkt der Registrierung?

§ 29. Öffentliches Eigentum und Zahlung der Besatzungskosten. Besonders schwierig war eine Verständigung darüber, was mit dem Deutschland gehörenden öffentlichen Eigentum in Memel geschehen sollte. Artikel 38 des Entwurfs der Alliierten übertrug dieses Eigentum auf das Memelgebiet mit Ausnahme der Staatseisenbahnen und des dem Post-, Telegraphen- und Telephondienst zugehörenden Besitzes. Dieses hier ausgenommene Eigentum sollte auf Litauen übertragen werden. Dafür hatten sowohl das Memelgebiet als Litauen die Reparationsverpflichtungen auf sich zu nehmen, die in den Artikeln 254—256 des Versailler Vertrags festgestellt sind (Artikel 38 vom 25. März). Diese Vorschläge befriedigten Litauen nicht, und es verlangte in seinem Entwurf vom 11. April, daß alles öffentliche Eigentum ohne Ausnahme auf Litauen übertragen würde, das seinerseits Garantie für die Reparationszahlungen leiste. Der litauische Entwurf setzte hinzu „Die Beträge, die sich aus der Anwendung dieser Artikel ergeben, sollen aus den Einnahmen des autonomen Gebietes im Verhältnis zu dem ihm durch das Abkommen zugesprochenen Eigentum gedeckt werden“. Dieser Satz hatte keinerlei Bedeutung, denn nach den litauischen Vorschlägen sollte das Memelgebiet überhaupt kein öffentliches Eigentum erhalten. Dagegen erklärten die Delega-

tionen der Alliierten (Entwurf vom 13. April, Artikel 38), daß sie später genaue Vorschläge zu den Artikeln 38 und 45 des litauischen Entwurfs vorlegen würden.

Von diesem Augenblick an erschienen die Artikel 38 und 45 in völlig abgeänderter Form. Bevor wir nachher weitergehen, ist eine Betrachtung des Artikels 45 notwendig. Artikel 45 des Entwurfs vom 25. März sieht vor, daß Litauen die Zahlung der Kosten für die Besetzung durch die Alliierten und die „Grenzfestsetzung“ durch das Memelgebiet garantieren würde. Über den zweiten Paragraphen des Artikels gaben die Delegationen der Alliierten an, daß sie später die Zahlungsbedingungen mitteilen würden. Aus dieser Fassung ergab sich, daß das Memelgebiet eine Einheit mit internationalen Verantwortlichkeiten bilden sollte. Den Litauern aber lag naturgemäß nichts hieran, und sie forderten, daß Litauen nicht nur der Garant für die in Frage stehenden Zahlungen, sondern der Zahler selbst sein sollte (Art. 45 des Entwurfs vom 11. April). Dem stimmten die Alliierten Mächte zu, wußten aber im Augenblick selbst über den Betrag und die Zahlungsweise nichts zu sagen. Daher läßt auch der Entwurf vom 13. April den die Zahlungsbedingungen betreffenden zweiten Teil des Artikels aus. An diesem Wendepunkt entschlossen sich die Delegationen der Alliierten, über Artikel 38 und 45 zugleich zu verhandeln und Litauen eine ganz abweichende Organisation vorzuschlagen.

Die neuen Texte lagen am 13. Juli vor und enthielten einen in fünf Teile zerfallenden neuen Artikel 38. In der endgültigen Fassung wurde mit Ausnahme des inzwischen verschwundenen 5. Teiles aus jedem der vier Teile ein Sonderartikel der Konvention, und daher muß hier jeder Teil besonders behandelt werden.

Der erste Teil des neuen Artikels 38 im Entwurf der Alliierten vom 13. Juli legte fest, daß das im Memelgebiet vorhandene öffentliche Eigentum, das bis zum 10. Januar 1920 der deutschen Regierung gehört habe, auf die Republik Litauen übertragen werden solle. Das gesamte Eigentum mit Ausnahme des Eisenbahn-, Post-, Telephon- und Telegraphendienstes sowie der Zollhäuser solle von Litauen an die Memel-Regierung zurücküberwiesen werden entsprechend einem zwischen Litauen und Memel zu treffenden Abkommen. Litauen hätte die im

Artikel 256, Paragraph 2 des Versailles Vertrags für das Memelgebiet festgesetzten Verpflichtungen anzunehmen. Der litauische Gegenentwurf erhob gegen den Gebrauch des Wortes „Memelregierung“ Einspruch und forderte, es durch „Memelbehörden“ zu ersetzen. Die Alliierten lehnten zunächst ab, hierin nachzugeben (Entwürfe vom 13. und 16. Juli). Der Entwurf vom 8. August erwies, daß Litauen die gewünschte Umwandlung von „Behörden“ statt „Regierung“ erreicht hatte (Art. 49).

Im Artikel 5 des Abkommens waren dann die Bedingungen wie folgt formuliert:

„Unter Vorbehalt der Bestimmungen der Artikel 6 und 7 wird das im Memelgebiet gelegene und am 10. Januar 1920 dem deutschen Reich oder einem deutschen Staat gehörende Eigentum, wie es in Artikel 256, Absatz 2, des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 bezeichnet ist, auf die Republik Litauen übertragen.

Dieses Eigentum mit Ausnahme der Eisenbahn, der Post, der Telegraphen- und Telephonanlagen, der Zollgebäude und des zum Hafen und seiner Ausrüstung gehörenden Staatseigentums wird von Seiten der litauischen Regierung an die Behörden des Memelgebietes zurückübertragen, immer vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 7.

Im Hinblick auf die Rückübertragung des im vorigen Absatz bezeichneten Eigentums wird zwischen Litauen und den Behörden des Memelgebietes ein Übereinkommen auf der Grundlage der von Litauen in Artikel 6 hinsichtlich dieses Eigentums übernommenen Lasten getroffen werden“.

Der zweite Teil des Artikels 38 des Entwurfs der Alliierten vom 13. Juli sah vor, daß Litauen die Übernahme der Verpflichtungen gemäß Artikel 254 bis 256 des Versailler Vertrages, soweit sie auf das Memelgebiet Anwendung finden, übernehmen solle. Die Reparations-Kommission solle den Betrag der zu leistenden Zahlungen festsetzen, und die Alliierten behielten sich die Fassung des endgültigen Wortlauts dieses Artikels vor, bis die Reparations-Kommission über ihren Beschluß Bericht erstattet hätte. Litauen wünschte eine Einfügung derart, daß bei Festsetzung des Betrages „die Verluste und Schädigungen, die Litauen während des Krieges von 1914—1918 erlitten habe, in

Rechnung gestellt würden“ (Entwürfe vom 13. und 16. Juli). Nach Ansicht der Alliierten bedeutete dies die Einführung eines neuen Elements, wogegen sie am 16. Juli Widerspruch erhoben, weil „die Forderungen, die Litauen gegenüber Deutschland erheben konnte, nicht als ein formulierter Vorschlag für die Über-eignung des Memelgebiets anzusehen seien“. Im Entwurf vom 8. August zeigt es sich, daß die beiden Seiten weit entfernt von einer Verständigung waren (Art. 50). Am 21. September versuchte Litauen die Alliierten Mächte zu überlisten, indem es einen Zusatz vorschlug, durch den ihm das Recht gegeben werden sollte, dieselbe Behandlung bei der Bewertung des öffentlichen Eigentums und der Zahlungen im Memelgebiet zu fordern, wie sie den andern Staaten mit Ausnahme von Frankreich und Belgien, die deutsches Gebiet erhielten, zugestanden war.

Die Davis-Kommission stimmte in dieser Richtung Litauen nicht völlig zu. Der neue Artikel 6 des Abkommens heißt:

„Litauen erklärt sich bereit, sowohl für sich selbst als auch für das Memelgebiet die Last der Verpflichtungen zu übernehmen, welche sich für die Mächte, denen deutsches Gebiet abgetreten ist, aus den Bestimmungen der Artikel 254 und 256 des Vertrages von Versailles vom 28. Juli 1919 ergeben, und die Durchführung dieser Bestimmungen unter den Bedingungen zu verbürgen, die von der Reparations-Kommission auf Grund des Teils 8 des genannten Vertrages festgesetzt werden“.

Der dritte Teil des Artikels 38 des Entwurfs der Alliierten vom 13. Juli sah vor, daß Litauen innerhalb eines Jahres nach der Bekanntgabe des Betrages die Kosten für die Besetzung durch die Alliierten und die Hälfte der durch die Grenzziehung im Gebiet entstandenen Kosten zahlen solle. Naturgemäß wollten die Litauer wissen, wieviel sie zu zahlen hätten, bevor sie einen solchen Artikel unterzeichneten, aber die Alliierten hielten an ihrem Entwurf fest (Entwürfe vom 13. und 16. Juli). Noch am 8. August bestanden die Alliierten Mächte auf ihrem ursprünglichen Entwurf (Artikel 51). Die Litauer aber forderten, daß die Höhe der Zahlungen durch eine Sonderkommission, zu der sie Delegierte entsenden würden, festgesetzt würde, und daß diese Kommission die Zahlungsfähigkeit Litauens in Rechnung zu stellen habe.

Die Davis-Kommission zeigte offen ihre Sympathie mit der litauischen Auffassung und empfahl zur Annahme folgenden Wortlaut für Artikel 4 des Abkommens, der auch angenommen wurde:

„Die Kosten der Besetzung, der Verwaltung und die Hälfte der Ausgaben für die Abgrenzung des Gebietes werden von der Republik Litauen den Mächten, die sie verauslagt haben, erstattet.

Der genaue Betrag der Litauen zur Last fallenden Kosten, ebenso wie die Zahlungsweise und -fristen werden durch eine Kommission festgesetzt, die aus einem von den Mächten und aus einem von Litauen ernannten Vertreter besteht. Falls die Kommission eine Einigung nicht erzielen kann, wird sie sich an den Präsidenten der Wirtschafts- und Finanzkommission des Völkerbundes wenden, damit dieser einen Schiedsrichter ernannt“.

Der vierte Teil des Artikels 38 sah vor, daß die Alliierten eine Erste Hypothek an dem in Frage stehenden Eigentum für die Garantierung der von Litauen zu leistenden Zahlungen haben sollten. Zunächst verlangten die Litauer die Streichung dieses Artikels (16. Juli), was die Alliierten ablehnten (Artikel 52 des Entwurfs vom 8. August). Am 21. September nahm Litauen die Bedingungen der Alliierten an. Diese fanden ihren Weg in das endgültige Abkommen als Artikel 7, welcher lautet:

„Um die Bezahlung des Wertes des Staatseigentums sicherzustellen, welches ihr gemäß Artikel 5 übertragen wird, bewilligt die litauische Regierung für sich selbst und für das Memelgebiet von sofort ab eine Hypothek zur Ersten Stelle auf die in jenem Artikel vorgesehenen Vermögens- und Grundstücke zu Gunsten der Reparations-Kommission“.

Der fünfte und letzte Teil des Artikels 38 sah vor, daß die litauischen Zoll-Eingänge für die im Artikel 38 (3) vorgesehenen Zahlungen „und für die Erfüllung der von Litauen durch Artikel 38 (2) angenommenen Verpflichtungen“ reserviert bleiben. Die litauische Forderung, diesen Artikel zu streichen, schien erfolgreich, denn im Entwurf vom 16. Juli war er nicht aufgenommen, aber er tauchte in leicht veränderter Form als Artikel 53 des Entwurfs der Alliierten vom 8. August auf. Die Litauer wieder-

holten ihre Forderung auf Streichung (Art. 53 des Entwurfs vom 21. September), der die Davis-Kommission zustimmte, so daß er für die Fassung des endgültigen Abkommens und des Statuts verschwand.

§ 30. Beibehaltung der Beamten und Angestellten. Eine der ernstesten Fragen war, was mit den Beamten und Angestellten der Eisenbahnen, des Post-, Telephon- und Telegraphendienstes nach Inkrafttreten von Abkommen und Statut geschehen sollte. Die Alliierten Mächte schlugen vor, sie in ihren Stellungen zu belassen (Artikel 41 vom 25. März). Litauen hatte dagegen keine Bedenken, vorausgesetzt, daß es sich um Bürger des Memelgebietes handelte (Art. 41 vom 11. April). Die Alliierten stimmten dem zu, bestanden aber darauf, daß die Angestellten schon am 1. Januar 1923 Bürger des Memelgebietes gewesen sein mußten, welchem Zusatz Litauen einen Vorbehalt anfügte. Am 13. Juli war ein ausreichendes Übereinkommen erreicht. Statt der Anführung der einzelnen Dienste, wie zunächst geplant, sollte das Recht, im Dienst zu verbleiben, ausgedehnt werden auf „Beamte und Angestellte, die im öffentlichen Dienst im Memelgebiet tätig sind“. Hinzugefügt wurde, daß diese Bedingung nicht auf diejenigen zutreffen sollte, die bereits für Deutschland optiert hatten. Die in Frage kommenden Beamten und Angestellten sollten dieselben Rechte genießen und denselben Verpflichtungen unterstehen, wie die Beamten und Angestellten im übrigen Litauen.

Die Davis-Kommission änderte das Datum des Stichtages und den Wortlaut. Artikel 28 des Statuts heißt:

„Was die Beamten und Angestellten der im Memelgebiet eingerichteten öffentlichen Dienstzweige, die der litauischen Regierung unterstehen, anbelangt, so erkennt die Regierung die wohl erworbenen Rechte dieser Beamten und Angestellten an. Sie wird diejenigen von ihnen, welche das memelländische Bürgerrecht besitzen und am 1. Januar 1924 angestellt waren, beibehalten.“

Die Beamten und Angestellten im Dienste der litauischen Verwaltung sind, soweit sie Bürger des Memelgebietes sind, denselben Vorschriften unterworfen und genießen die gleichen Vor-

teile wie die Beamten und Angestellten der anderen Teile Litauens“.

Der Regierung des Memelgebiets wurde von den Alliierten Mächten aufgetragen, die Rechte anzuerkennen, die die am 1. Januar 1923 im Gebiet beschäftigten Beamten und Angestellten besaßen (25. März, Artikel 42). Es wurde ferner vorgesehen, daß in Zukunft soweit als möglich Beamte und Angestellte aus den Bürgern des Memelgebiets entnommen werden sollten. Litauen erhob aber auch an dieser Stelle Bedenken dagegen, daß das Memelgebiet selbst irgendwelche internationalen Verpflichtungen eingehen könne und erreichte eine Änderung des Vorschlags der Alliierten dahingehend, daß Litauen die Innehaltung der Bedingungen des in Frage stehenden Artikels durch die Memelbehörden garantiere (Entwurf vom 13. Juli, Artikel 42). Daher ist es wichtig zu sehen, daß die Davis-Kommission den litauischen Vorschlag verwarf und zu dem ursprünglichen Entwurf zurückkehrte, der die Verpflichtung Memel auferlegte. Artikel 29 des Statuts heißt:

„Die wohlerworbenen Rechte aller Beamten und Angestellten, die am 1. Januar 1923 im Memelgebiet angestellt waren, werden von den Landesbehörden anerkannt.

In Zukunft werden die Beamten und Angestellten im Dienste des Memelgebiets soweit als irgend möglich aus den Bürgern des Memelgebietes entnommen“.

Artikel 30 stellt einen Zusatz zu dem vorhergehenden Artikel dar und lautet:

„Auf die Bestimmungen der Artikel 28 und 29 können sich diejenigen Beamten nicht berufen, die von ihrem Rechte, für die deutsche Staatsangehörigkeit zu optieren, Gebrauch machen“.

§ 31. Änderung der vor dem 1. Januar 1923 in Kraft befindlichen Gesetze. Artikel 6 des Entwurfs vom 25. März legte fest, daß die vor dem 1. Januar 1923 im Memelgebiet in Kraft befindlichen Gesetze nur geändert werden dürften, nachdem die in der Konvention vorgesehenen gesetzgebenden, ausführenden und gerichtlichen Organe ihr Amt angetreten haben. Von Litauen erfolgte ein Gegenvorschlag, daß alle nach dem 1. Januar angenommenen Gesetze der Zustimmung der Volksvertretung unterliegen sollten (Artikel 50 des Entwurfs

vom 11. April), wodurch eine sehr abweichende Behandlung der Angelegenheit eingetreten wäre. Der Gegenvorschlag wurde nicht angenommen, und der Artikel verschwand aus allen folgenden Entwürfen. An seine Stelle trat ein neuer Artikel, nach dem alle Befugnisse gerichtlicher, gesetzgebender und ausführender Art im Gebiet im Einklang mit der litauischen Verfassung stehen sollten (Artikel 5).

Im Entwurf vom 13. April wurde der Wortlaut dieses Artikels wiederum geändert, aber auch er fand nicht die Zustimmung der Alliierten Delegationen, und der Entwurf von Artikel 5 (nach damaliger Numerierung) wurde zunächst zurückgestellt. Der Entwurf der Alliierten vom 13. Juli enthielt die Bestimmung, daß alle vorerwähnten Maßnahmen mit den Artikeln 5, 8, 9, 10, 11 und 13 der litauischen Verfassung übereinstimmen müßten. Da dieser Text aber auf Wunsch der litauischen Delegation vorgeschlagen war, befriedigte er die Alliierten nicht. Der litauische Entwurf vom gleichen Tage brachte einen neuen Wortlaut, doch keine Veränderung des Sinnes. Die litauischen Vorschläge vom 16. ließen den Artikel ganz fallen, bis er dann in einer beiden Seiten annehmbaren Form in dem Entwurf der Alliierten wiederkehrte, der am 8. August 1923 dem Völkerbund unterbreitet wurde.

Nach der Berichterstattung durch die Davis-Kommission erhielt der Artikel 6 des Statuts folgende Fassung:

„Soweit in diesem Statut nichts anderes bestimmt ist, haben sich die Landesbehörden des Memelgebiets bei Ausübung der ihnen in diesem Statut übertragenen Befugnisse nach den Grundsätzen der litauischen Verfassung zu richten“.

Kapitel IX.

Zuteilung der Befugnisse.

§ 32. **Autonomie, Gouverneur, Kommissar.**
Artikel 2 des Entwurfs der Alliierten sah vor, daß das Memelgebiet ein autonomes Gebiet unter litauischer Souveränität bilden sollte. Als Vertreter Litauens sollte ein Kommissar ernannt werden mit der Aufgabe, alle Fragen, die „gleichzeitig Litauen und das Memelgebiet betreffen“, zu regeln. Mit einem Kommissar aber war Litauen nicht zufrieden. Es schlug einen von Litauen zu ernennenden Gouverneur und einen Minister für die Memelangelegenheiten ohne Portefeuille, der dem litauischen Kabinet angehöre, vor (Art. 2 des Entwurfs vom 11. April 1923). Diese Vorschläge erschienen der Alliierten Entwurfs-Kommission annehmbar, nicht aber der Memeldelegation, welche forderte, daß der Minister ohne Portefeuille ein Bürger des Memelgebiets sei (Entwurf vom 13. April 1923). Im Entwurf vom 13. Juli wurde dieser Artikel einigen einschneidenden Veränderungen unterworfen, da die Alliierten darin den Begriff der Autonomie schärfer definierten als „gesetzgebende, gerichtliche, finanzielle und verwaltungsmäßige Autonomie innerhalb der von der gegenwärtigen Konvention vorgesehenen Grenzen“. Der den Minister betreffende Satz bezeichnete ihn nicht als „ohne Portefeuille“, sondern als „besonders beauftragt mit den Memelangelegenheiten“. Der Entwurf der Alliierten vom 16. setzte hinzu, daß der Gouverneur durch den Präsidenten der Republik ernannt werden solle. Die litauische Regierung bestand darauf, daß der Minister sein Amt ohne Portefeuille führe und gab in diesem Punkt auch nicht nach, bis sie sich am 21. September gezwungen fühlte, den Wortlaut des Entwurfs der Botschafterkonferenz anzunehmen.

Nach erfolgter Berichterstattung durch die Davis-Kommission wurde dieser Artikel als Nummer 2 in das Abkommen aufgenommen und lautet:

„Das Memelgebiet bildet unter der Souveränität Litauens eine Einheit, die in Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung und Finanzen innerhalb der Schranken des in Anhang 1 aufgestellten Statuts Autonomie genießt“.

Mit zwei Änderungen wurde der gleiche Artikel als Artikel 1 in das Statut aufgenommen und lautet dort:

„Das Memelgebiet bildet unter der Souveränität Litauens eine Einheit, die auf demokratischen Grundsätzen aufgebaut, in Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung und Finanzen innerhalb der in dem vorliegenden Statut umschriebenen Grenzen Autonomie genießt“.

Artikel 2 des Statuts lautet:

„Der Präsident der litauischen Republik ernennt einen Gouverneur des Memelgebiets“.

Der Kommissar, der ursprünglich vorgeschlagen war, ist durch einen Gouverneur ersetzt worden, während der Minister mit oder ohne Portefeuille aus Statut und Abkommen völlig verschwunden ist.

§§ 33. Befugnisse, die den Landesbehörden übertragen werden. Als eines der am schwierigsten zu regelnden Probleme erwies sich das über die Befugnisse, die den Landesbehörden zugestanden werden sollten. Die Laroche-Kommission schlug am 25. März 1923 vor, daß diese Befugnisse enthalten sollten: Regelung der kirchlichen Angelegenheiten, des öffentlichen Unterrichts, der öffentlichen Fürsorge und der hygienischen Maßnahmen, des allgemeinen Wohlfahrtswesens, des Straßenwesens mit Ausnahme der staatlichen Eisenbahnen, der Zulassung und Aufenthaltsbewilligung von Ausländern, Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Zivil-, Handels- und Strafgesetzgebung, Gerichte, Zölle, Ausbeutung der staatlichen Domänen, Wasserversorgung, Registrierung der Handelsschiffe (Art. 4). Die Litauer gestanden über dies hinaus zu: Kreis- und Kommunalverwaltung, Arbeitsschutz und Arbeitsgesetzgebung, Einziehung der direkten und indirekten Steuern im Gebiet mit Ausnahme der Akzise, und Regelung des Veterinärwesens

(11. April). Am 13. Juli wurde auch noch die Verwaltung der Landwirtschaft und der Forsten hinzugefügt. Die Alliierten und die Memeldelegation wünschten, daß „die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“, die Litauen in seiner Liste ausgelassen hatte, in die Befugnisse aufgenommen würde, doch wurde diese Frage zurückgestellt (Artikel 3).

Am 13. Juli verlängerte die Botschafterkonferenz die Liste der Befugnisse durch: öffentliche Arbeiten, Börse, Kredit- und Versicherungswesen, wobei aber die litauische Regierung durch die Memelregierung im Voraus zu Rate gezogen werden sollte, Verleihung der Bürgerrechte gemäß den Bestimmungen von Artikel 23, Gerichtsorganisation gemäß den Bestimmungen von Artikel 19, Absatz 2, 3 und 4, und die direkten und indirekten Steuern mit Ausnahme der Zölle, der Akzise und der Verbrauchssteuern. Memel sollte eine eigene Flagge gemäß einem Übereinkommen zwischen dem Memelgebiet und Litauen und der Zustimmung der Mächte erhalten (Artikel 3). Am 16. schlug Litauen vor, daß anstelle der Worte „örtliche Regierung“ das Wort „Behörden“ für Memel angewandt werden sollte. Litauen wünschte nicht, den Lokalbehörden die Regelung des Börsen- und Versicherungswesens zuzugestehen, sondern dies in eigener Hand zu behalten. Endlich widersprach es der Einführung einer eigenen Flagge für das Memelgebiet.

Die Botschafterkonferenz berücksichtigte alle diese Wünsche mit Ausnahme der auf die Börse und das Versicherungswesen bezüglichen, die sie der örtlichen Regierung wiedergeben wollte (Artikel 3). Litauen blieb in seinen Forderungen fest. Es schlug nun vor hinzuzusetzen „nach litauischen Gesetzen kann die Zuständigkeit der Behörden des Memelgebiets auf andere Fragen ausgedehnt werden“ (Entwurf vom 13. Juli). Die beiden Entwürfe näherten sich immer mehr, nur die Meinungsverschiedenheit über die Börse und die Versicherungen blieb der endgültigen Regelung durch die Davis-Kommission vorbehalten.

Als das Statut vorlag, wich der neue Artikel 5 weit von dem ursprünglichen Artikel 4 des Entwurfs vom 25. März 1923 ab. Artikel 5 des Statuts lautet:

„Unbeschadet der Bestimmungen des vorhergehenden Artikels gehören folgende Angelegenheiten zur Zuständigkeit der Organe der autonomen Regierung des Memelgebietes:

1. Organisation und Verwaltung der Gemeinden und Kreise.
2. Religionswesen.
3. Unterrichtswesen.
4. Öffentliche Wohlfahrtspflege und Gesundheitspflege, einschließlich des Veterinärwesens.
5. Soziale Fürsorge und Arbeitsgesetzgebung.
6. Lokalbahnen mit Ausnahme derjenigen, die dem litauischen Staate gehören, Straßen, öffentliche Arbeiten von lokaler Bedeutung.
7. Regelung des Aufenthaltes der Ausländer in Übereinstimmung mit den litauischen Gesetzen.
8. Polizei, vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 20 und 21.
9. Bürgerliche Gesetzgebung (einschließlich des Eigentumsrechtes), Kriminalgesetzgebung, Landwirtschafts-, Forst- sowie Handels- und Gewerbegesetzgebung (einschließlich Maß und Gewicht), mit der Maßgabe jedoch, daß alle von Kredit- und Versicherungsanstalten und von Börsen vorgenommenen Geschäfte dem allgemeinen Gesetz der Republik unterworfen sind; ferner die gesetzlichen Bestimmungen über die zur amtlichen Vertretung der wirtschaftlichen Interessen des Gebietes berufenen Organisationen.
10. Erwerb des memelländischen Bürgerrechtes, vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 8.
11. Gerichtliche Organisation unter Vorbehalt der Bestimmungen der Artikel 21—24.
12. Direkte und indirekte Abgaben, die in dem Gebiet erhoben werden, ausschließlich der Zölle, der Akzise, der Verbrauchssteuern und der Monopole auf Alkohol, Tabak und andere ähnliche Luxuswaren.
13. Die Verwaltung des dem Memelgebiet gehörenden öffentlichen Eigentums.

14. Regelung der Holzflösserei und der Schifffahrt auf den Flüssen — mit Ausnahme des Memelstromes — sowie auf den Kanälen im Memelgebiet vorbehaltlich eines Übereinkommens mit den litauischen Behörden insoweit, als die Wasserstraßen auch außerhalb des Memelgebietes flößbar sind.
15. Registrierung der Kauffahrteischiffe in Übereinstimmung mit den Gesetzen Litauens.

Die Gesetze Litauens können die Zuständigkeit der Behörden des Memelgebiets auf andere Angelegenheiten ausdehnen.

Keine der Bestimmungen dieses Artikels hindert die gesetzgebenden Organe der Republik Litauen und des Memelgebiets, gesetzliche Maßnahmen zum Zwecke der Vereinheitlichung der Gesetze und Verordnungen zu treffen“.

§ 34. Übrige Befugnisse und Zuständigkeiten. Im ersten Entwurf war nichts darüber ausgesagt, welche Partei die Zuständigkeiten und Befugnisse ausüben sollte, die im Statut nicht ausdrücklich erwähnt wurden. Das Fehlen einer solchen Bestimmung wurde von Litauen bemerkt, und es schlug am 11. April 1923 eine Artikel vor, nach dem alle solche Befugnisse ihm selbst vorbehalten bleiben (Artikel 4). Dieser Vorschlag wurde von den Alliierten geändert in „alle Angelegenheiten, für welche . . . die Behörden des Memelgebiets nicht zuständig sind“ (sollen von Litauen geregelt werden) (13. April 1923, Artikel 4). Später änderten die Alliierten den Wortlaut noch einmal, so daß er jetzt hieß: „Alle Angelegenheiten, . . . die nicht von den Memelbehörden abhängig sind . . .“ (13. Juli 1923, Entwurf der Botschafterkonferenz), und dieser Wortlaut wurde wiederum von den Litauern geändert in „Alle Angelegenheiten, die nach den Bedingungen der gegenwärtigen Konvention nicht zu der Zuständigkeit der Behörden des Memelgebiets gehören, sollen der ausschließlichen Zuständigkeit . . .“ Litauens unterliegen (Entwurf vom 16. Juli, Artikel 4). Die Delegationen der Alliierten verlangten eine Erklärung darüber, welches Litauens Motive für einen solchen Zusatz seien. Offenbar ist die litauische Antwort, über die kein Bericht vorliegt, zufriedenstellend ausgefallen, denn der Entwurf wurde dem Völkerbundsrat vorgelegt und von beiden Parteien angenommen (Artikel 4).

Artikel 7 des Statuts heißt:

„Angelegenheiten, die nach dem vorliegenden Statut nicht zur Zuständigkeit der Organe der autonomen Regierung des Memelgebiets gehören, unterliegen ausschließlich den zuständigen Organen der Republik Litauen“.

§ 35. *Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.* Über 4 Entwürfe war verhandelt worden, in denen nicht ein Wort über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gesagt war. Schließlich fügten die Alliierten ihren Vorschlägen vom 13. Juli einen neuen Artikel bei (Artikel 18. Absatz 2), in dem es hieß, daß die öffentliche Ordnung durch die örtliche Polizei gesichert werde, daß aber in Notfällen die Memelbehörden Litauen um Hilfe angehen könnten. Die Grenz-, Eisenbahn- und Zoll-Polizei wurde Litauen direkt unterstellt. Litauen ersuchte darum, daß auch die Hafenpolizei ihm direkt zufole (Artikel 18, Absatz 2 vom 13. Juli), aber dieser Wunsch wurde von den Alliierten nicht erfüllt (16. Juli). Litauen bestand auf seinen Forderungen (Artikel 18, Absatz 2 vom 23. Juli), und im Entwurf vom 8. August wurde ihnen nachgegeben, wie aus dem Wortlaut der Alliierten (21. September, Artikel 21) hervorgeht.

Artikel 20 des Statuts heißt:

„Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Memelgebiet wird durch eine Landespolizei gesichert, die den Landesbehörden untersteht. Im Notfalle können die Letzteren die litauische Regierung um Beistand ersuchen.

Die zum Schutze des Hafens erforderlichen Polizeikräfte werden von den Landesbehörden detachiert und den litauischen Behörden zur Verfügung gestellt.

Die Grenz-, Zoll- und Eisenbahnpolizei wird von der Republik Litauen gestellt, der sie unmittelbar untersteht“.

§ 36. *Benutzung von Gebäuden für öffentliche Dienstzweige.* Artikel 39 des Entwurfs vom 25. März sah vor, daß hierüber ein Einverständnis zwischen Memel und Litauen zu erzielen sei. Nach diesem Übereinkommen sollte Litauen die Benutzung von Gebäuden für die öffentlichen Dienstzweige zustehen, die es über die im Artikel 38 aufgezählten hinaus in Memel einrichten würde. Litauen schlug

einige kleine Änderungen im Wortlaut vor, die von den Delegierten der Alliierten angenommen wurden (Entwürfe vom 11. und 13. April). Am 13. Juli machten die Alliierten Mächte in einem unbeholfen stilisierten Paragraphen den Vorschlag, die Bestimmungen des oben erwähnten Übereinkommens so auszudehnen, daß an Litauen alle öffentlichen Gebäude, die auf Kosten des Memelgebiets seit dem 10. Januar 1920 erbaut waren, übertragen würden. Litauen forderte die Weglassung des neuen Paragraphen (16. Juli), aber die Alliierten Delegationen verstanden den Sinn dieser Forderung nicht und waren zunächst gegen die Auslassung. Schließlich stimmten sie zu, und am 8. August erschien der neue Artikel ohne den zweiten Paragraphen (Artikel 54). Daraufhin erklärte sich Litauen mit den Bedingungen vom 21. September einverstanden (Artikel 39). Die Davis-Kommission aber schob den ganzen Artikel beiseite, und er tauchte weder im endgültigen Wortlaut von Konvention noch Statut wieder auf.

§ 37. Teilung der Zoll-Eingänge. Die Alliierten Mächte waren zunächst nicht gewahr geworden, daß die in Memel gesammelten Zoll-Eingänge aller Voraussicht nach eine beträchtliche Summe ergeben mußten. Da sie darüber im Entwurf vom 25. März nichts sagten, zog auch Litauen naturgemäß vor, sich darüber in seinem Entwurf vom 11. April auszuschweigen. Schließlich bemerkten aber die Alliierten Mächte das Versehen und nahmen in ihren Entwurf vom 13. April einen Artikel auf, nach dem Litauen und Memel zu einem Einverständnis über die Regelung der Angelegenheit innerhalb eines Monats „nach Inkrafttreten der Konvention“ kommen sollten (36 D). Die Litauer widersprachen diesem Vorschlag, während die Memel-Delegation auf seiner Annahme bestand. Die Antwort der Alliierten forderte die Ausdehnung des Artikels über die Zölle hinaus auf die Akzise und die Verbrauchssteuern. Der Prozentsatz sollte sich berechnen nach dem Durchschnitt des „Wertes der Einfuhren und Ausfuhren pro Kopf der Einwohner sowohl in Litauen als im Memelgebiet während der Jahre 1921 und 1922“ (Artikel 36, Absatz 4 des Entwurfs vom 13. Juli).

Die Litauer stimmten grundsätzlich zu, lehnten aber ab, den Prozentsatz so, wie von den Alliierten vorgeschlagen, festzusetzen (Art. 36, Absatz 4 des Entwurfs vom 13. Juli). Die Alliierten hielten an ihrem Text fest (16. Juli, Artikel 36, Absatz 4). Daraufhin einigten sich die Litauer auf den Text der Alliierten, wollten aber hinzugefügt wissen, daß bei der Berechnung des Prozentsatzes die dem litauischen Staat „aus der Tatsache der Vereinigung des Memelgebietes mit Litauen“ erwachsenen Kosten berücksichtigt würden und die die Steuerzahler im Memelgebiet und in anderen Teilen Litauens belastenden Unkosten. Litauen wollte sich die Möglichkeit offen halten, wenn nötig den Prozentsatz in Übereinstimmung mit den Lokalbehörden zu revidieren (Entwurf vom 23. Juli Artikel 20, Absatz 2). Der Entwurf der Alliierten umschloß auch die litauischen Zusätze mit Ausnahme desjenigen, der den Prozentsatz von den Steuerlasten abhängig machte, die „im Memelgebiet und in anderen Teilen Litauens“ erhoben wurden (Artikel 8). Litauen stimmte dem Text der Alliierten zu.

Als das Statut vorgelegt wurde, enthielt es den langen Artikel 35, welcher wie folgt lautet:

„Binnen einer Frist von einem Monat nach dem Inkrafttreten des vorliegenden Statuts finden Verhandlungen zwischen der litauischen Regierung und den Organen der autonomen Regierung des Memelgebiets statt zum Zwecke der Feststellung des Verhältnis-Anteils am Reinertrag der Zölle, der Akzise und der Verbrauchssteuern einschließlich des Ertrages der im Artikel 5, Ziffer 12 vorgesehenen Monopole, welcher dem Memelgebiet zu überweisen ist. Dieser Anteil wird bestimmt unter Berücksichtigung: 1. des jeweiligen Durchschnittswertes pro Kopf der Bevölkerung im Memelgebiet und im übrigen Litauen während der Jahre 1921 und 1922, wobei besonderen Umständen, die auf die Ein- und Ausgänge im Laufe dieser Jahre Einfluß gehabt haben können, Rechnung getragen wird; 2. der Mehreinnahmen und Mehrausgaben, die der Übergang der Souveränität über das Memelgebiet auf Litauen als dem litauischen Staat mit sich bringt.

Der so festgestellte Anteil kann von Zeit zu Zeit von der litauischen Regierung im Einvernehmen mit der autonomen Regierung des Memelgebiets einer Revision unterzogen werden“.

§ 38. Gesetzgebung. Artikel 8 des ersten Entwurfs verlegte die gesetzgebende Gewalt in zwei Kammern und verlieh dem Direktorium das Recht zur Verkündung der Gesetze. Die Initiative sollte gleichmäßig durch beide Kammern ausgeübt werden (25. März). Dieser Vorschlag befriedigte Litauern nicht, das es vorzog, die gesetzgebende Gewalt der Volksvertretung zu überlassen aber den Gouverneur mit der Verkündung der Gesetze zu beauftragen. Diese Verkündung sollte durch ein Mitglied des Direktoriums (Artikel 9 des Entwurfs vom 11. April) innerhalb von 15 Tagen nach der Vorlage gegengezeichnet werden. Am 13. Juli erhielt der Gouverneur das Veto-Recht gegen Gesetze innerhalb der Zeit von 15 Tagen (Artikel 9). Diese Zeitspanne konnte in Notfällen auf einen Monat ausgedehnt werden (Gemeinsamer Entwurf vom 16. Juli, Artikel 9). Das Veto-Recht dagegen sollte nach Ansicht der Alliierten nicht dem Gouverneur, sondern „dem Präsidenten der Republik“ verliehen werden. Die nächsten Vorschläge Litauens änderten den Sinn des ganzen Artikels. Die Zeitspanne für die Verkündung wurde auf einen Monat festgesetzt und konnte in Notfällen auf 15 Tage eingeschränkt werden (Gemeinsamer Entwurf, Artikel 9). Der Vorsitzende des Direktoriums erhielt das Recht, für die Gegenzeichnung der Gesetze einen Vertreter zu ernennen. Die Alliierten nahmen diese Vorschläge an. Über den Wortlaut gab es zwar noch einige Meinungsverschiedenheiten, aber im Wesentlichen blieb der Sinn des Artikels vom 13. Juli bis zur Endfassung des Statuts der gleiche, und Artikel 10 des Statuts lautet:

„Die gesetzgebende Gewalt im Memelgebiet wird innerhalb der Grenzen des Statuts von dem Landtag (Seimelis) ausgeübt, der in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl gewählt wird.

Vom Landtag angenommene Gesetze müssen durch den Gouverneur innerhalb eines Monats von dem Tage ab, an welchem das Gesetz ihm vorgelegt worden ist, verkündet werden, sofern er nicht innerhalb dieser Frist sein Vetorecht gemäß Artikel 16 ausübt. Die bezeichnete Frist ermäßigt sich auf

15 Tage, wenn es sich um Gesetze handelt, deren Verkündung der Landtag durch ausdrücklichen Beschluß für dringend erklärt hat.

Die Gesetze werden vom Präsidenten des in Artikel 17 vorgesehenen Landesdirektoriums oder von seinem Stellvertreter gegengezeichnet“.

§ 39. **Volkvertretung.** Im Entwurf vom 23. März war vorgesehen, daß die Erste Kammer aus Abgeordneten bestehen sollte, die „auf vier Jahre durch gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht gewählt würden, auf der Basis des Verhältniswahlrechtes und in dem Maßstabe, daß ein Abgeordneter auf je 5000 Einwohner entfällt“. Die Erste Kammer sollte nach Beschluß der Zweiten Kammer der Auflösung durch das Direktorium verfallen (Artikel 9). In der litauischen Antwort zu diesem Entwurf war die Amtsdauer der Abgeordneten auf drei Jahre beschnitten, die Auflösungsklausel weggefallen, und die Wahl sollte nach dem litauischen Wahlrecht erfolgen (Artikel 10 des Entwurfs vom 11. April). Die Alliierten stimmten zu, und der Entwurf ging mit wenigen Änderungen im Wortlaut an den Völkerbundsrat, so daß das Statut jetzt folgenden Artikel 11 enthält:

„Die Mitglieder des Landtages werden auf drei Jahre von den Bürgern des Memelgebietes gemäß dem litauischen Wahlgesetz gewählt und zwar in dem Verhältnis, daß auf 5000 Einwohner oder auf einen Bruchteil von mehr als 2500 Einwohnern ein Abgeordneter entfällt.

Nur Bürger des Memelgebiets sind wählbar“.

Ein weiterer Artikel (46) des Entwurfs vom 25. März sah vor, daß die Wahlen für beide Kammern (die Zweite war im Artikel 10 vorgeschlagen) innerhalb 6 Wochen nach dem Tage des Inkrafttretens der Konvention stattfinden sollten. Alle Personen über 20 Jahre, die am 1. Januar 1923 Bürger des Memelgebiets waren, erhielten das Wahlrecht. Der litauische Vorschlag nahm eine Änderung dahingehend vor, daß die Wahlen zum Landtag innerhalb 6 Wochen nach dem Inkrafttreten der Konvention stattfinden, und daß die Kammer „15 Tage nach der Wahl“ einberufen werden sollte (Artikel 51 des Entwurfs vom 11. April). Die Alliierten nahmen den litauischen Zusatz an, hielten aber die Fassung aufrecht, in der die Personen, die

das Wahlrecht ausübten, definiert sind (Art. 50, 13. April); mit welchem Zusatz Litauen sich einverstanden erklärte. Das Wahlalter wurde im Entwurf der Alliierten vom 13. Juli auf 21 Jahre heraufgesetzt. Im Artikel 50 hieß es weiter, daß niemand wahlberechtigt sei, der für die deutsche Nationalität optiere. Auch hierüber wurde von beiden Seiten ein Einverständnis erzielt. Artikel 63 des Entwurfs vom 8. August schlug vor, daß „der Wirtschaftsbeirat ebenso wie die Kammer 15 Tage nach den Wahlen zusammentritt“. Litauen stimmte zu.

Der endgültige Artikel 37 des Statuts heißt:

„Die ersten Wahlen zum Landtag finden innerhalb 6 Wochen nach Inkrafttreten des vorliegenden Statuts statt. Der Landtag tritt 15 Tage nach den Wahlen zusammen.

Wahlberechtigt sind nur die über 21 Jahre alten Einwohner des Memelgebiets, vorausgesetzt, daß sie außerdem

1. entweder unter den in Artikel 8, Absatz 1 des in der Einleitung zum vorliegenden Statut bezeichneten Abkommens vorgesehenen Bedingungen die litauische Staatsangehörigkeit erworben, aber vor dem Wahltag für die deutsche Staatsangehörigkeit nicht optiert haben;

2. oder mindestens 15 Tage vor den Wahlen unter den in Artikel 8 (a) und (b) des genannten Abkommens vorgesehenen Bedingungen für die litauische Staatsangehörigkeit optiert haben“.

§ 40. Einberufung der Volksvertretung. Die beiden Kammern, die zunächst in Aussicht genommen waren, sollten ihre Sitzungen gleichzeitig abhalten (Entwurf vom 25. März, Artikel 11). Wie schon gesagt widersprach Litauen dem Gedanken eines Zweikammersystems und nahm daher in seinem Konventionsentwurf eine entsprechende Änderung vor. Darin hielt es an dem Landtag fest, der 15 Tage nach seiner Wahl zusammentreten sollte. Nach einem Jahr Bestehen sollte er dann jährlich am vierten Montag im Januar seine Sitzung abhalten, dagegen war über das Präsidium nichts erwähnt. Außerordentliche Sitzungen konnte der Gouverneur im Einverständnis mit dem Direktorium einberufen. Des weiteren sollte der Landtag durch den Gouverneur in dem Falle einberufen werden, daß ein Drittel seiner Mitglieder die Forderung nach einer solchen

Sitzung stelle. Die Auflösung wurde in die Hände des Präsidenten der Republik nach erzieltm Einverständniß mit dem Direktorium gelegt (Entwurf vom 11. April, Artikel 11). Der Entwurf vom 13. April gab dem Gouverneur das Recht, außerordentliche Sitzungen zu schließen und zu vertagen (Artikel 11), wenn das Direktorium damit einverstanden sei. In allen Entwürfen war vorgesehen, daß die Wahlen zu einem neuen Landtag innerhalb von 6 Wochen nach der Auflösung des alten vorzunehmen sei. Nirgends war gesagt, daß der Gouverneur das Recht oder die Pflicht habe, ordentliche Sitzungen einzuberufen oder zu vertagen.

Artikel 12 des endgültigen Statuts lautet:

„Der Landtag tritt 15 Tage nach der Wahl seiner Mitglieder zusammen. Während der folgenden Jahre seiner Legislaturperiode tritt er am vierten Montag des Januar zu ordentlicher Tagung zusammen. Ordentliche Tagungen dauern mindestens einen Monat.

Der Landtag kann ferner durch den Gouverneur im Einvernehmen mit dem Landesdirektorium zu außerordentlicher Tagung einberufen werden.

Die Schließung oder Vertagung außerordentlicher Tagungen wird durch den Gouverneur im Einvernehmen mit dem Landesdirektorium ausgesprochen.

Der Landtag muß durch den Gouverneur einberufen werden, wenn wenigstens ein Drittel seiner Mitglieder es verlangt.

Der Landtag kann vom Gouverneur im Einvernehmen mit dem Landesdirektorium aufgelöst werden. Die Neuwahlen finden alsdann 6 Wochen nach dem Tage der Auflösung statt“.

Der letzte Absatz ist neu und ein Teil der Einsetzung einer parlamentarischen Regierung im Memelgebiet. Nachdem das Direktorium, wie das ausführende Organ jeder parlamentarischen Regierung, das Recht erhielt, über die gesetzgebende Körperschaft hinaus an das Volk zu appellieren, wurde diese Vervollständigung notwendig, um die Möglichkeit der Auflösung des Landtags zu haben. Das Mittel dazu wurde in einem Einverständniß zwischen dem Gouverneur und dem Direktorium über die Beendigung der Legislaturperiode gefunden.

§ 41. Geschäftsordnung des Landtags. Nach dem Entwurf vom 25. März sollten beide Kammern ihre eigene Geschäftsordnung festsetzen und die Beamten und Vorsitzenden wählen (Artikel 12). Nach dem Wegfall der II. Kammer schlug Litauen vor, daß diese Bestimmung für den Landtag allein maßgebend werde (Artikel 12 vom 11. April). Der mit diesem Artikel umschriebene Machtbereich wurde in der Entwicklung enger, und Artikel 13 des Statuts lautet:

„Der Landtag gibt sich selber seine Geschäftsordnung. Er wählt seinen Präsidenten und sein Bureau“.

§ 42. Der Wirtschaftsrat. Der Entwurf vom 25. März sah eine Zweite Kammer vor, die „für die Dauer von fünf Jahren durch die Kreisverwaltungen und die Vertreter der Wirtschaftsinteressen des Gebiets gewählt“ werden sollte (Artikel 10). Litauen lehnte die Einführung einer Zweiten Kammer ab, ließ den Artikel 10 fallen und schlug eine Körperschaft mit durchaus anderem Charakter vor (11. April). Litauen wünschte nur einen Wirtschaftsrat, zusammengesetzt aus den Vorsitzenden verschiedener wichtiger Organisationen im Memelgebiet (Artikel 14). Dieser Wirtschaftsrat sollte seinen Präsidenten und seine Beamten wählen (Artikel 15). Die Alliierten erklärten sich einverstanden, und der ganze Vorschlag wurde in einem einzigen Artikel umschrieben (Artikel 14). Am 9. August wurde die übliche Abgeordneten-Immunität auf die Mitglieder im ganzen Gebiet Litauens ausgedehnt. Der Verlauf der Verhandlungen ist bezeichnet durch nicht korrekten Gebrauch gewisser Ausdrücke und eine Schwächung der ursprünglichen Vorschläge. Schließlich kam § 14 des Statuts zustande und heißt:

„Der gegenwärtige Wirtschaftsrat des Memelgebietes bleibt bestehen, bis der Landtag anders entscheidet. Vorbehaltlich einer solchen Entscheidung muß der Wirtschaftsrat über jeden Gesetzentwurf fiskalischen oder wirtschaftlichen Inhalts gehört werden, bevor der Landtag endgültig darüber Beschluß faßt“.

Dem Wirtschaftsrat wurden bei der Verfolgung seiner Aufgaben die gleichen Vorrechte gewährt, wie sie im Artikel 15 dem Landtag zugesprochen sind.

§ 43. Einbringung von Gesetzen. Ursprünglich war über die Einbringung von Gesetzen nichts gesagt. Am 11. April schlug dann Litauen vor, daß das Recht hierzu dem Landtag, dem Direktorium und dem Wirtschaftsrat in gleicher Weise zustehen soll (Artikel 16). Bevor ein Gesetz durch den Landtag verhandelt würde, sollte es dem Wirtschaftsrat unterbreitet werden, der es im Verlauf eines Monats zurückzuweisen hätte (Artikel 17). Diesen Vorschlägen stimmten die Delegationen der Alliierten zu, und es wurden keine wesentlichen Änderungen vorgenommen, bis der endgültige Statut-Vorschlag erfolgte. Im Statut aber ist die Rolle des Wirtschaftsrates unbedeutend geworden, und seine Funktionen sind in Artikel 14 umschrieben. Artikel 18 des Statuts lautet:

„Das Recht zur Einbringung von Gesetzesvorschlägen steht sowohl dem Landtag als auch dem Landesdirektorium zu“.

Damit hat der Wirtschaftsrat die wichtige Funktion der Einbringung von Gesetzen verloren. Ein Überblick über den Verlauf der Verhandlungen hinterläßt den Eindruck, daß Litauen einen mächtigen Wirtschaftsrat nicht wünschte und vorzog, aus ihm nur eine schwache und beratende Körperschaft zu machen oder ihn ganz verschwinden zu lassen.

§ 44. Immunität. Einverständnis herrschte darüber, daß die Mitglieder des Landtages von einer Verfolgung wegen Reden, Meinungen und Stimmenabgabe während der Dauer ihrer Verpflichtungen frei sein müßten (Artikel 13). Der erste Entwurf hatte vorgeschlagen, daß dieses Vorrecht auf beide Kammern ausgedehnt wurde, ein Vorschlag, der natürlich mit dem Wegfall einer von ihnen geändert wurde. Kein Abgeordneter durfte verhaftet oder vor Gericht gezogen werden, es sei denn mit Zustimmung des Landtags oder bei Ergreifung auf frischer Tat. In dieser Frage waren sich beide Seiten einig, und am 8. August wurden die Bestimmungen so ausgedehnt, daß die Abgeordneten, auch wenn sie sich auf litauischem Gebiet befanden, nicht belästigt werden durften (Artikel 13).

Dies war einer der wenigen Artikel, der im Laufe der Verhandlungen an Bedeutung wuchs. Artikel 15 des Statuts lautet:

„Kein Mitglied des Landtags oder des Wirtschaftsrates des Memelgebiets darf in irgendeinem Teile des litauischen Staates

wegen irgendeiner Handlung oder Meinungsäußerung, die es in Ausübung seines Berufs als Abgeordneter getan hat, in irgend-einer Form zum Gegenstande strafrechtlicher Verfolgung gemacht werden. Kein Mitglied des Landtags darf während einer Tagung ohne die Ermächtigung des Landtags verhaftet oder unter Anklage gestellt werden, es sei denn bei Ergreifung auf frischer Tat; die Mitglieder des Wirtschaftsrates genießen während der Tagung dieser Körperschaft die gleiche Immunität“.

Die Einbeziehung des Wirtschaftsrates war neu. Diese Bestimmungen erschienen erst im endgültigen Entwurf des Statuts und bedeuten eine Ausdehnung eines Vorrechtes, die zunächst nicht vorgesehen war.

§ 45. W a h l f ä h i g k e i t. Der Entwurf der Alliierten vom 25. März sah vor, daß nur Bürger Memels über 20 Jahre Lebensalter an den Wahlen zu den Kammern und zu den Orts- und Kreisversammlungen teilnehmen durften (Artikel 22). In den litauischen Vorschlägen war dieser ursprüngliche Entwurf völlig verändert. Es wurde empfohlen, daß die Kammer (eine) die Wahlverordnungen für die Orts- und Kreisversammlungen ergehen läßt, und daß diese Verordnungen nach demokratischen Grundsätzen erfolgen müßten (Artikel 25 des Entwurfs vom 11. April). Die Alliierten stimmten zu. Bis zum 8. August erfolgte keine weitere Veränderung, dann aber hieß es, daß die vorerwähnten Wahlen entsprechend den Gesetzen des Memelgebiets vorzunehmen seien. Diese Verallgemeinerung war offensichtlich eine zu bestimmten Zwecken vorgenommene Verdunkelung, die einen guten Entwurf durch einen schlechteren ersetzte.

Die Davis-Kommission empfahl den Artikel in der ihr zugegangenen Form und gab ihm die Nummer 19 der Statuts-Artikel.

„Die Wahlen zu den Körperschaften der Gemeinden und Kreise werden auf Grund der Gesetze des Memelgebiets vorgenommen.

Die Wahlgesetze müssen auf demokratischen Grundsätzen beruhen“.

Die Worte klingen gut, aber die Gesetze des Memelgebiets sind sowohl memelländischen wie litauischen Ursprungs, besonders soweit sie sich auf die Wahlen beziehen. Worauf bezieht sich also diese Bestimmung?

§ 46. Vertretung der Memelländer im litauischen Seim. Am 25. März war vorgesehen, daß das Memelgebiet im litauischen Seim durch Abgeordnete vertreten sein solle, die nach einem zwischen Litauen und Memel zu erzielenden Einverständnis ausgewählt würden. Diese Abgeordneten sollten das Recht haben, an den Verhandlungen über alle Fragen teilzunehmen, mit Ausnahme derjenigen, die zu den allein der autonomen Regierung zustehenden Befugnissen gehören (Artikel 16). Am 11. April wünschte Litauen, daß dieser Artikel nicht mehr sagen solle, als daß die Wahlen im Einklang mit den litauischen Gesetzen zu erfolgen hätten (Artikel 20). Die Alliierten stimmten dieser einschneidenden Beschränkung zu (13. April). Der Davis-Kommission lag auch nur diese Form vor, die als der harmlose Artikel 3 im Statut erschien und lautet:

„Die Wahl der Abgeordneten des Memelgebiets zum litauischen Seim erfolgt gemäß dem litauischen Wahlgesetz“.

Damit war der ursprüngliche Versuch, den Memelländern eine Vertretung in Kowno zu verschaffen, so gefährdet, daß er nichts mehr bedeutete, denn auch in keiner andern Stelle des Statuts oder des Abkommens findet sich irgendeine Bestimmung über diese Vertretung. Artikel 3 heißt nichts weiter, als daß die Memelländer, wenn ihnen eine Beteiligung an der gesetzgebenden Körperschaft in Kowno gegeben wird, diese im Einklang mit litauischen Gesetzen erhalten; eine Bestimmung, die für alle Zwecke einer garantierten Autonomie eher schlimm als nützlich ist.

§ 47. Das Vetorecht. Der erste Entwurf der Alliierten Mächte enthielt keine Bestimmungen hinsichtlich der Ausübung eines Vetorechtes gegenüber unerwünschter Gesetzgebung. In den Augen der Litauer erschien ein solches Recht sehr wichtig, und sie schlugen daher in ihrem Entwurf vom 11. April die Aufnahme eines neuen Artikels (Artikel 18) vor, der dem Präsidenten der litauischen Republik das Recht geben

sollte, gegenüber der Gesetzgebung der Volksvertretung sein Veto einzulegen, und zwar: 1. falls die Zuständigkeit der örtlichen Behörden überschritten wurde, 2. wenn deren Gesetzentwürfe den Grundsätzen der litauischen Verfassung zuwiderhandelten, und 3. wenn wichtige soziale Interessen gefährdet wären. Die Alliierten Mächte erklärten am 13. April ihre Zustimmung (Artikel 17) unter der Voraussetzung, daß Litauen die dritte Bedingung fallen ließe und den ganzen Artikel dem Artikel 5 eingliedere. Am 13. Juli legten die Alliierten Mächte ihren neuen Entwurf vor, in den die Bestimmung aufgenommen worden war, daß der Präsident das Vetorecht dann haben solle, wenn neue Gesetze die in Artikel 3 festgelegte Zuständigkeit der örtlichen Behörden überschritten, oder falls sie den Bedingungen des Artikels 5 zuwiderliefen (Artikel 17). In den späteren Entwürfen wurden wesentliche Änderungen nicht mehr vorgenommen. Im letzten Entwurf fand sich dann der als Artikel 16 in das Statut aufgenommene Artikel, der das Vetorecht nicht dem Präsidenten, sondern dem Gouverneur zuspricht und wie folgt lautet:

„Der Gouverneur hat das Recht, innerhalb der im Artikel 10 vorgesehenen Frist gegen die vom Landtag des Memelgebietes angenommenen Gesetze Einspruch zu erheben, wenn diese Gesetze die Zuständigkeit der Landesbehörden, so wie sie in dem vorliegenden Statut bestimmt ist, überschreiten, oder wenn sie mit den Bestimmungen des Artikels 6 oder mit den internationalen Verpflichtungen Litauens unvereinbar sind“.

§ 48. Vollziehende Gewalt. Die Bestimmungen über die vollziehende Gewalt machten verschiedene interessante Änderungen durch. Am 25. März (Artikel 14) hatten die Alliierten Mächte vorgeschlagen, ein Direktorium von nicht mehr als 7 Mitgliedern einzusetzen, dessen Vorsitzender von den beiden Kammern bestimmt und das Recht haben sollte, die übrigen 6 Mitglieder auszuwählen. Das Direktorium sollte beiden Kammern verantwortlich sein und mit der Bestellung der Beamten betraut werden. Diese Vorschläge befriedigten die Litauer nicht, und der Entwurf vom 11. April sah ein aus der gleichen Zahl von Mitgliedern bestehendes Direktorium vor, das aus den Bürgern des Memelgebiets entnommen werden sollte. Der Vor-

sitzende aber sollte durch den Präsidenten der Republik ernannt werden, und es war nicht angegeben, für welchen Zweig der Regierung das Direktorium verantwortlich sein würde (Artikel 19). Am 13. April hatten beide Seiten die von Litauen vorgeschlagenen Bedingungen angenommen und sich außerdem über die gesetzliche Verantwortlichkeit des Direktoriums geeinigt. Später änderten die Alliierten ihren Entwurf dahin, daß „das Direktorium und jedes seiner Mitglieder persönlich zurückzutreten habe, wenn ihm die Kammer ihr Vertrauen entziehe“ (Entwurf vom 13. Juli, Artikel 18). Die Bedingung, daß die Mitglieder des Direktoriums Bürger des Memelgebiets sein müßten, verschwand aus dem Entwurf vom 13. April, wurde aber in den Entwurf vom 8. August wieder aufgenommen.

Die Geschichte dieses Artikels spiegelt daher den Kampf um eine größere Kontrolle seitens Litauens wider. Der endgültige Artikel 17 des Statuts lautet:

„Das Landesdirektorium übt die vollziehende Gewalt im Memelgebiet aus. Es besteht aus höchstens 5 Mitgliedern einschließlich des Präsidenten und setzt sich aus Bürgern des Memelgebiets zusammen.

Der Präsident wird vom Gouverneur ernannt und bleibt solange im Amt, als er das Vertrauen des Landtages hat. Der Präsident ernennt die übrigen Mitglieder des Landesdirektoriums. Das Landesdirektorium muß das Vertrauen des Landtags haben und muß zurücktreten, wenn ihm der Landtag sein Vertrauen versagt. Wenn aus irgendeinem Grunde der Gouverneur einen Präsidenten des Landesdirektoriums ernennt, während der Landtag nicht tagt, so muß der Landtag so einberufen werden, daß er binnen vier Wochen nach der Ernennung zusammentreten kann, um die Erklärung des Landesdirektoriums entgegenzunehmen und über die Vertrauensfrage abzustimmen.

Die Mitglieder des Landesdirektoriums haben Zutritt sowohl zum Landtag als auch zum Wirtschaftsrat. Sie müssen vom Landtag und vom Wirtschaftsrat auf ihr Verlangen gehört werden“.

In diesem Artikel finden sich viele Abänderungen. Davon ist die hervorstechendste, daß der Landtag zum wirklichen Beschützer der Memel-Autonomie gemacht wurde. Das gab die

Garantie, daß die Wünsche der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Regierung befolgt wurden, vorausgesetzt, daß der Artikel getreulich durchgeführt wird.

§ 49. Gerichtliche Organisation. Das ursprüngliche Ziel der Alliierten Mächte war, das alte Rechtssystem in Memel zu erhalten und die Betätigung der Gerichte so zu organisieren, daß die Landesbehörden damit einverstanden sein konnten (Artikel 7, Entwurf vom 25. März 1923). Litauen dagegen verwarf in seinem Gegenvorschlag vom 11. April alle dahingehenden Absichten. Der Artikel erschien am 13. April in einer vollständig neuen und harmlosen Form, und es wurde nur gesagt, daß die Richter unabsetzbar sind und nur durch Beschluß der höchsten gerichtlichen Instanz vom Amt enthoben werden können (Artikel 9). Es wurde bald klar, daß eine positivere Formulierung nötig wäre, um günstigere Resultate zu erzielen. Die Alliierten Mächte nahmen daher in ihrem Vorschlag vom 13. Juli weitgehende Änderungen vor. Danach waren die Richter vom Direktorium zu ernennen und konnten nur durch den litauischen Kassationshof ihres Amtes enthoben werden (Artikel 19), dem Richter des Memelgebietes angehören mußten, und dessen Zuständigkeitsbereich sich über das ganze Gebiet Litauens erstreckte (Artikel 19, Absatz 2). Des weiteren sollte der Appellationshof und das Obergericht Memels aus zwei Kammern zusammengesetzt werden. Falls ein Urteil eines dieser Gerichtshöfe durch den litauischen Kassationshof für nichtig erklärt wurde, mußte es zu einem neuen Verfahren an die Kammer zurückverwiesen werden, die den Fall bisher nicht behandelt hatte (Artikel 19, Abs. 3). Diese Artikelentwürfe blieben im wesentlichen unverändert, bis sie an die Davis-Kommission gelangten. Von den Änderungen ist die wichtigste die vom 8. August, die den litauischen Appellationshof durch den Kassationshof ersetzte.

In seiner endgültigen Form hat das Statut die Änderungen in den Artikeln 22—24 übernommen. Artikel 22 heißt:

„Die Verfassung und Zuständigkeit der Gerichte des Memelgebiets werden durch ein Gesetz des Gebietes vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 24 geregelt. Bis zum Erlaß eines

solchen Gesetzes bleibt die gegenwärtige Gerichtsverfassung in Kraft“.

Artikel 23 lautet:

„Die Richter an den Gerichten des Memelgebietes werden vom Landesdirektorium ernannt. Sie werden auf Lebenszeit angestellt, sind unabsetzbar und können nur auf Veranlassung derjenigen Abteilung des litauischen Obersten Gerichtshofes ihres Amtes enthoben werden, die für die Angelegenheiten des Memelgebietes zuständig ist, und die in solchen Fällen in der Eigenschaft als Oberste Disziplinarkammer für richterliche Beamte das Urteil fällt“.

Artikel 24 lautet:

„Die Zuständigkeit des litauischen Obertribunals erstreckt sich auf das ganze Gebiet der Republik einschließlich des Memelgebietes.

Das Obertribunal hat eine besondere Abteilung für die memelländischen Sachen; diese Abteilung besteht zum größeren Teil aus Mitgliedern, die der Richterschaft des Memelgebiets entnommen sind, und kann ihre Sitzungen in der Stadt Memel abhalten“.

§ 50. Urteile und Haftbefehle. Die Notwendigkeit eines Zusammenwirkens zwischen dem Gerichtssystem Memels und dem Litauens wurde im Entwurf der Alliierten vom 25. März anerkannt. Artikel 43 sah vor, daß Urteile, die „von den Memel-Gerichten bzw. den litauischen Tribunalen ergingen, sowohl in Litauen wie im Memelgebiet auszuführen seien“. Dasselbe traf auf die Erlassung von Haftbefehlen zu. Die Litauer erhoben keine Einwände (Artikel 43 des Entwurfs vom 11. April), doch fanden die Alliierten Mächte ihren eigenen Wortlaut plump und veränderten ihn im Entwurf vom 13. Juli. Eine weitere Umänderung erschien am 8. Aug. notwendig (Artikel 58), die auch von Litauen am 21. September angenommen und auch von der Davis-Kommission übernommen wurde. Artikel 21 des Statuts heißt daher:

„Die von den Gerichten des Memelgebiets und die von den anderen litauischen Gerichten getroffenen Entscheidungen werden im ganzen Gebiet Litauens einschließlich des Memelgebiets anerkannt.

Das Gleiche gilt für die von den Behörden des Memelgebiets und von den Behörden der andern Teile Litauens erlassenen Haftbefehls“.

Kapitel X.

Auf Personen bezügliche Artikel — Zusätze.

§ 51. Erwerb der litauischen Staatsbürgerschaft und der Eigenschaft als Bürger des Memelgebiets. Artikel 17 des ersten Entwurfs behandelte die Erwerbung der litauischen Staatsbürgerschaft. Im allgemeinen wurden an ihm in den verschiedenen Entwürfen sehr wenige Änderungen vorgenommen, ausgenommen die, daß der im Paragraphen 1 festgelegte Stichtag vom 1. Januar 1923 gegen 10. Januar 1920 ausgetauscht wurde (Litauischer Entwurf vom 11. April, angenommen von den Alliierten Mächten am 13. April). Der Wortlaut des Abkommens stimmt im wesentlichen mit den früheren Entwürfen überein.

Artikel 8 lautet:

„Die bisherigen deutschen Staatsangehörigen, die am Tage der Ratifizierung dieses Abkommens durch Litauen über 18 Jahre alt sind und wenigstens seit dem 10. Januar 1920 im Memelgebiet ihren tatsächlichen Wohnsitz haben, erwerben ohne weiteres (*ipso facto*) die litauische Staatsangehörigkeit.

Es können für die litauische Staatsangehörigkeit innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach dem Tage der Ratifizierung dieses Abkommens durch Litauen unter Verlust jeder andern Staatsangehörigkeit optieren:

- a) alle Personen, die am Tage der Ratifizierung dieses Abkommens durch Litauen über 18 Jahre alt sind, wenn sie im Memelgebiet geboren sind und dort länger als 10 Jahre ihren Wohnsitz gehabt haben.
- b) alle Personen, die am Tage der Ratifizierung dieses Abkommens durch Litauen über 18 Jahre alt sind und eine dauernde Aufenthaltserlaubnis von der interalliierten

Verwaltung erhalten haben, vorausgesetzt, daß sie sich spätestens am 1. Januar 1922 im Gebiet niedergelassen haben.

Personen, die auf Grund dieses Artikels die litauische Staatsangehörigkeit erwerben, erwerben damit ohne weiteres die Eigenschaft als Bürger des Memelgebiets“.

Dieser Artikel machte es möglich, die litauische Staatsangehörigkeit und die Eigenschaft als Bürger des Memelgebiets auf zwei Wegen zu erwerben:

1. deutsche Staatsbürger, die unter diesen Artikel fielen, konnten nur passiv verbleiben,
2. während Ausländer, die im Memelgebiet die benötigte Zeit gelebt hatten, den Vorzug genossen, optieren zu können.

§ 52. Option für die deutsche Staatsangehörigkeit. Der Entwurf vom 25. März gab den Bewohnern des Memelgebiets zwei Jahre Zeit, um für die deutsche Staatsangehörigkeit zu optieren. Diejenigen, die von diesem Recht Gebrauch machten, sollten innerhalb der beiden Jahre, die auf die Option folgten, ihren Aufenthalt nach Deutschland verlegen, aber ihr unbewegliches Eigentum im Gebiet weiter besitzen und ihr bewegliches Eigentum mit sich nehmen können (Artikel 18). Am 11. April ersetzte Litauen „Aufenthalt“ (residence) mit „Wohnsitz“ (domicile) (Artikel 22), „unbewegliches Eigentum“ durch „Landbesitz“ und „bewegliches Eigentum“ durch „persönliches Eigentum“. Die Alliierten Mächte stimmten diesen Änderungen zu (Artikel 22 des Entwurfs vom 13. April). Auf litauisches Drängen wurde der Wortlaut, der im Artikel 91 des Versailler Vertrags bezüglich der Option in Polen gebraucht ist, teilweise auch hier angewandt. Die Entwürfe vom 13. und 16. Juli wurden so verändert, daß sie alle bisher vorgesehenen Bedingungen umschlossen, aber auch noch neue aufnahmen. Die Optionsfrist wurde auf 6 Monate für die Beamten begrenzt, die im Memelgebiet nur auf Grund ihrer Tätigkeit ihren Wohnsitz hatten. Auch die Beamten, die direkt der litauischen Regierung oder dem Direktorium unterstanden, wurden auf die sechsmonatliche Frist beschränkt (Artikel 22). Der Wortlaut, aber nicht der

Sinn des Artikels, wurde dann noch einmal am 8. August geändert (Artikel 27), wozu Litauen am 21. September sein Einverständnis erklärte (Artikel 26). Aus den Entwürfen entstand Artikel 9 des Abkommens, der wie folgt lautet:

„Die im ersten Absatz des Artikels 8 bezeichneten Personen können innerhalb einer Frist von 18 Monaten vom Tage der Ratifizierung dieses Abkommens durch Litauen an für die deutsche Staatsangehörigkeit optieren.

Die Dauer dieser Frist wird jedoch auf 6 Monate beschränkt für die Personen, die im Memelgebiet nur in ihrer Eigenschaft als Staatsbeamte ihren Wohnsitz haben und die litauische Staatsangehörigkeit infolge dieses Wohnsitzes erwerben.

Als Staatsbeamte im Sinne des vorigen Absatzes gelten diejenigen Beamten, die als solche von der deutschen Gesetzgebung angesehen wurden, und die unmittelbar entweder der Regierung der Republik Litauen oder dem in Anhang I vorgesehenen Landesdirektorium des Memelgebiets unterstellt sind („Unmittelbare Staatsbeamte“).

Personen, die das vorerwähnte Optionsrecht ausgeübt haben, müssen innerhalb der zwei folgenden Jahre ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen.

Es steht ihnen frei, das unbewegliche Eigentum, das sie im Gebiet besitzen, zu behalten und ihre bewegliche Habe aller Art auszuführen. Hierbei sind sie von allen Ausfuhrzöllen und Abgaben befreit“.

In Verbindung hiermit muß auf einen andern im Entwurf vom 25. März vorgeschlagenen Artikel verwiesen werden, der im Entwurf vom 11. April, weil inzwischen erledigt, nicht mehr auftaucht. Es war daran gedacht, einen Artikel 19 aufzustellen, nach dem „innerhalb derselben Zeit und unter den gleichen Bedingungen die Bürger des Memelgebiets auf ihre bisherige Staatsangehörigkeit verzichten können, falls sie ihren Aufenthaltsort nach Litauen verlegen“. Der Vorschlag hatte nicht die Zustimmung der Litauer gefunden, weil mit ihm auch innere Angelegenheiten international geregelt worden wären.

§ 53. Staatsangehörigkeit der verheirateten Frauen und minderjährigen Kinder. Von Anfang an war man dahin übereingekommen, daß für Frauen

und minderjährige Kinder die Bestimmungen so lauten müßten, wie sie nach wenigen Veränderungen dann im Artikel 10 des Abkommens aufgenommen sind:

„Ehefrauen folgen in Ansehung aller Bestimmungen der Artikel 8 und 9 der Rechtslage ihrer Ehegatten, Kinder unter 18 Jahren der ihrer Eltern“.

§ 54. Bürger des Memelgebiets. Der Entwurf vom 25. März schlug vor, den Landesbehörden das Recht zu verleihen, die Bedingungen innerhalb der litauischen Gesetzgebung festzusetzen, unter denen die Eigenschaft als Bürger des Memelgebiets zu erwerben sei (Artikel 20). Am 11. April nahm Litauen den Zusatz vor, daß für alle litauischen Untertanen, die nicht gleichzeitig Memelbürger seien, die für die Erwerbung der Eigenschaft als Memelbürger benötigte Aufenthaltsdauer die gleiche sein solle, wie sie in Litauen für die Ausübung öffentlicher Rechte festgesetzt war (Artikel 23). Am 13. Juli wurden die Worte „und politische“ nach dem Wort „öffentliche“ eingefügt (Artikel 23, Absatz 2).

Der endgültige Entwurf dieser Bestimmung erscheint als Artikel 8 im Statut:

„Als ursprüngliche Bürger des Memelgebiets gelten alle diejenigen Personen, welche diese Eigenschaft vermöge Anwendung der Artikel 8 und 10 des in der Eingangsformel des gegenwärtigen Statuts erwähnten Abkommens erwerben.“

Unter Vorbehalt der Bestimmungen des litauischen Gesetzes über den Erwerb der litauischen Staatsangehörigkeit wird ein Gesetz des Memelgebiets die Bedingungen feststellen, unter denen die Eigenschaft als Bürger des Memelgebiets in Zukunft erworben werden kann.

Für litauische Staatsangehörige, die nicht Bürger des Memelgebiets sind, müssen die Bedingungen, die für den Erwerb der bezeichneten Eigenschaft erfordert werden, die gleichen sein, wie sie in Litauen für die Ausübung aller öffentlichen und staatsbürgerlichen Rechte festgelegt sind“.

§ 55. Zwischen 1914 und der Annahme der Konvention getane politische Meinungsäußerungen nicht strafbar. Artikel 14 der Konvention wurde

nur im Wortlaut aber nicht in Inhalt und Absicht gegenüber Artikel 29 des ersten Entwurfs geändert. Er versteht sich von selbst und lautet:

„Kein Bürger des Memelgebiets darf wegen seiner politischen Haltung in der Zeit zwischen dem 28. Juli 1914 und der Ratifizierung dieses Abkommens durch Litauen verfolgt oder beehelligt werden“.

§ 56. **Gegenseitige Achtung der bürgerlichen Rechte.** Die Alliierten Mächte wünschten, daß Litauen den Bürgern des Memelgebietes das Versprechen abgäbe, daß ihre bürgerlichen Rechte in Litauen ebenso respektiert würden wie die der übrigen litauischen Untertanen. In entsprechender Weise sollte in Memel gegenüber den bürgerlichen Rechten der litauischen Untertanen verfahren werden, die nicht Bürger des Gebietes sind (Artikel 44 vom 25. März). Eine Veränderung des Wortlauts (Artikel 43 vom 13. Juli und Artikel 58 vom 8. August) verbesserte den Text so, wie er jetzt in Artikel 9 des Statuts lautet:

„Die Bürger des Memelgebiets genießen im ganzen Gebiete Litauens alle den übrigen litauischen Staatsangehörigen zustehenden bürgerlichen Rechte.

Litauische Staatsangehörige, die nicht Bürger des Memelgebietes sind, haben in diesem Gebiet die anerkannten bürgerlichen Rechte, welche die Bürger des Memelgebiets genießen“.

§ 57. **Gleichheit vor dem Gesetz und Schutz der Minderheiten.** Angeregt durch die demokratischen Gesetze, die zur Zeit in den meisten alliierten Staaten in Kraft waren, empfahlen die Mächte, daß alle Bürger Memels ohne Unterschied von Rasse, Sprache oder Religion vor dem Gesetz gleich sein sollten; vor allem sollten sie die gleichen Rechte auf Uebernahme öffentlicher Aemter besitzen (Artikel 23 des Entwurfs vom 25. März). Die Litauer nahmen die Vorschläge an (Artikel 26 vom 11. April). Am 13. Juli machten die Alliierten ausgedehnte Zusätze, durch die sowohl die bürgerlichen wie politischen Rechte den Bürgern des Memelgebietes zugesagt wurden, als auch ein Schutz bei der Ausübung verschiedener Berufe (Artikel 26). Die Litauer ersetzten das Wort „citizens“

durch das Wort „subjects“ des englischen Entwurfs, womit die Alliierten einverstanden waren (Artikel 26 in den beiden Entwürfen vom 13. und 16. Juli).

Interessant ist, daß dieser Artikel in den Davis-Vorschlägen nicht enthalten ist, und an seiner Stelle Artikel 11 des Abkommens und Artikel 26 des Statuts aufgenommen wurden. Artikel 11 lautet:

„Die von der litauischen Regierung vor dem Völkerbundsrat in seiner Sitzung vom 12. Mai 1922 abgegebene Deklaration über den Schutz von Minderheiten findet auf die Minderheiten im Memelgebiet Anwendung, mit Ausnahme von Absatz 4 des Artikels IV dieser Deklaration, der nur im Hinblick auf die Bestimmungen in Artikel 27 des Anhangs I ausgeschlossen wird.

Das vom Völkerbundsrat angenommene Verfahren für die Behandlung von Gesuchen, die den Schutz der Minderheiten betreffen, gilt ohne weiteres auch für Gesuche, die den Schutz der Minderheiten auch im Memelgebiet betreffen.“

Artikel 26 des Statuts heißt:

„Die Behörden des Memelgebiets haben die in der Deklaration, welche die litauische Regierung vor dem Völkerbundsrat in seiner Sitzung vom 12. Mai 1922 abgegeben hat, enthaltenen Bestimmungen über den Schutz der Minderheiten mit Ausnahme von Artikel 4 des Artikels IV der besagten Deklaration im Gebiet zu befolgen und für ihre Durchführung Sorge zu tragen.“

Die hier vorliegende Absicht kann durch keinen Vorwand oder juristische Spitzfindigkeit erklärt werden. Die Davis-Kommission wollte wohl kaum die Bürger des Memelgebiets der in Artikel 26 der früheren Entwürfe vorgesehenen Garantien berauben, als sie ihn durch die beiden angenommenen Artikel ersetzte. Auf alle Fälle sollten die Minderheiten-Schutzbestimmungen weiter gehen als die ursprünglichen Vorschläge für das Memel-Abkommen. Wenn behauptet wird, daß die beiden Artikel auf die Litauer und nicht auf die Deutschen in Memel Anwendung finden, weil die Litauer in der Minderheit sind, so macht das sehr wenig Unterschied, denn die Deutschen sind innerhalb Litauens in der Minderheit, und Litauen ist auf seinem

gesamten Gebiet durch die Minderheiten-Bestimmungen gebunden. Die Garantien der persönlichen Rechte müssen sich auf die Deutschen beziehen, ob man sie nun für die Minderheits- oder Mehrheitsbevölkerung in Memel betrachten will.

§ 58. Weitere Rechte und Freiheiten. Der erste Entwurf der Alliierten sagte den Memelbürgern die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Gewissensfreiheit, die Freiheit von Presse und Lehre zu, soweit sie sich mit den Forderungen der öffentlichen Ordnung vertragen (25. März, Artikel 26). Die Gegenvorschläge Litauens gingen noch weiter und setzten für das Wort „Bürger“ das Wort „Einwohner“. Aber dieser Gegenvorschlag enthielt auch die bedeutsame Bestimmung, daß all diese Rechte nur ausgeübt werden könnten, soweit sie sich mit der „Sicherheit des Staates“ vertragen (Artikel 29 des Entwurfs vom 11. April). Schließlich wurde den schon genannten Rechten auch die Freiheit des Unterrichts und der Errichtung von Schulen angefügt. Der Wortlaut dieses Artikels geriet in den Entwürfen beider Seiten recht umständlich. Am 16. Juli wurde noch entschieden, daß alle genannten Rechte „ohne Unterschied von Nationalität, Sprache, Rasse oder Religion“ zugestanden würden (Artikel 29). Mit einigen Aenderungen im Wortlaut wurde über den Artikel am 21. September endgültig beschlossen. Aus den Verhandlungen der Davis-Kommission ging er als Artikel 33 des Statuts in folgender Fassung hervor:

„Die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Gewissens- und Pressefreiheit werden allen Einwohnern des Memelgebietes ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, der Sprache, der Rasse oder Religion gewährleistet unter der Bedingung, daß die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zur Sicherheit des Staates erforderlichen Gesetze und Verordnungen beobachtet werden.

Das Gleiche gilt für die Freiheit des Unterrichts und für das Recht, Schulen zu eröffnen.“

§ 59. Privateigentum. Nach dem Entwurf vom 25. März sollte das Privateigentum geachtet werden, und es konnte eine Enteignung nur zu öffentlichen Zwecken unter Innehaltung der Gesetze und des Abkommens erfolgen. Vereinigungen, einschließlich religiöser und charitativer, besitzen das Recht

auf eigenes Eigentum (Artikel 27). Hiermit war Litauen einverstanden (Artikel 30 des Entwurfs vom 11. April). Die Alliierten fügten noch die Bestimmung ein, daß Enteignung nur bei gerechten und im voraus erfolgten Kompensationen stattfinden dürfte (Artikel 30 vom 13. Juli), und auch hiermit war Litauen einverstanden. Diese Bestimmungen enthielten ihre endgültige Form im Artikel 32 des Statuts:

„Das Privateigentum wird gewährleistet. Enteignung ist nur zulässig aus Gründen des öffentlichen Wohles und unter der Bedingung einer vorgängigen gerechten Entschädigung und nur auf Grund der Gesetze und ohne daß den Bestimmungen des vorliegenden Statuts Abbruch geschehen darf.

Das Recht auf Eigentum wird grundsätzlich auch Gesellschaften und Vereinigungen einschließlich religiöser und wohltätiger Organisationen zuerkannt.“

§ 60. Gleiche Rechte für die Sprachen. Die Lösung der Sprachenfrage scheint einfach; aber bei der Formulierung der Artikel fanden sie die Parteien schwieriger, als sie zuerst selbst glaubten. Artikel 25 des Entwurfs vom 25. März sah vor, daß sowohl Litauisch als Deutsch als offizielle Sprachen zu betrachten seien, und daß keine Einschränkungen gegen ihren freien Gebrauch im Privatleben, bei Handelsbeziehungen, in der Religion, der Presse, den öffentlichen Versammlungen oder vor den Gerichtshöfen vorzunehmen seien. Dieselbe Erleichterung sollte beim Unterricht in beiden Sprachen gewährt werden. Der litauische Vorschlag änderte aber die auf den Unterricht bezügliche Klausel dahin um, daß „beide Sprachen in den öffentlichen Schulen gelehrt werden sollten“ (Artikel 28 des Entwurfs vom 11. April). Die Alliierten Mächte sahen aber aus diesem Wortlaut die Möglichkeiten auftauchen, daß Maßnahmen ergriffen würden, die den deutschen Unterricht behinderten, und sie bestanden auf ihrem ursprünglichen Text (Artikel 28 vom 13. April), womit Litauen einverstanden erschien. Wohl aber erhob Litauen Einspruch dagegen, daß von dem Deutschen als „der Sprache des Memelgebiets“ gesprochen wurde (Entwurf vom 13. Juli, Artikel 28). Am 16. Juli gaben die Alliierten ihrem Text eine weitere Ausdehnung, während Litauen eine Umänderung des von ihm bereits vorgeschlagenen Textes zusagte. Beide

Parteien verständigten sich darüber, daß auch jede andere Sprache in Memel die gleichen Rechte wie Deutsch und Litauisch erhalten sollte, während der ursprüngliche litauische Wortlaut für die Bestimmung angenommen wurde, die sich auf den Unterricht beider Sprachen bezog.

Alle Vorschläge fanden sich zusammen in Artikel 31 des Entwurfs vom 8. August und wurden von beiden Parteien am 21. September angenommen. Es wäre daher nur vernünftig gewesen, wenn die Davis-Kommission diesen Artikel übernommen hätte. Statt dessen wurde der Artikel von ihr zerstört und darin festgelegte Rechte einschließlich der Garantie, beiden Sprachen die Gleichheit vor den Gerichtshöfen zu verleihen, vernichtet. Der endgültig angenommene Wortlaut des Artikels läßt den verwaltungsmäßigen Einschränkungen der Rechte die Tür weit offen, die in allen vorhergehenden Entwürfen solchen Gefahren gegenüber geschlossen war. Man kann die vorgenommenen Veränderungen auch nicht durch die Furcht vor Polen erklären. Artikel 27 des Statuts heißt jetzt:

„Die litauische und die deutsche Sprache werden zu gleichen Rechten als Amtssprachen im Memelgebiet anerkannt.“

Die stark verkürzte Fassung des Artikels bringt unzweifelhaft eine völlige Beschneidung der Freiheiten und Rechte im Gebiet mit sich. *)

§ 61. *Erziehung.* Von allen Artikeln, die sich zum Teil oder ganz mit Erziehungsfragen beschäftigen und sich an verschiedenen Stellen des Statuts befinden, ist Artikel 25 der interessanteste. Seine Geschichte war einzigartig. Vor dem 13. Juli ist Bemerkenswertes in dieser Richtung nicht festzustellen. Auf Drängen Litauens nahmen die Mächte einen Artikel 28(a) auf, in dem es hieß, daß die Lehrpläne im Memelgebiet nicht minderwertiger sein dürften als die in den entsprechenden Schulen im übrigen Litauen in Kraft befindlichen. Jeder betrachtete dies als amüsant, denn die Ueberlegenheit der memelländischen Schulen über die litauischen war wohlbekannt,

*) Immerhin muß daran festgehalten werden, daß eine solche Beschneidung der Rechte auf dem Verwaltungswege den Absichten der Urheber des Memelstatuts zuwiderlaufen und eine Verletzung des Statuts bedeuten würden.

und aus dieser Auffassung heraus ließ man den Artikel in den folgenden Entwürfen ohne Aenderung bestehen. Artikel 25 des Statuts lautet:

„Der Lehrplan der Volksschulen des Memelgebiets darf nicht hinter dem Lehrplan zurückbleiben, der für die entsprechenden Schulen der übrigen Teile des litauischen Staatsgebietes gilt.“

Angesichts der späteren Ereignisse ist jetzt erwiesen, daß die Litauer bei der Einfügung dieses Artikels nicht so spaßhaft gesonnen waren, wie es zuerst erschien. Sie wollten damit eine gesetzliche Basis haben für die Einführung eines zusätzlichen Unterrichts in der litauischen Sprache im Memelgebiet — denn das Memelgebiet war und ist noch heute zugegebenermaßen, soweit es den Gebrauch der litauischen Sprache und den Unterricht in Litauisch angeht, gegenüber dem übrigen Litauen zurück.

Eine andere Ueberraschung hinsichtlich der Erziehungsfragen bildet Artikel 31 des Statuts, der ohne vorhergehende Entwürfe in dem Vorschlag der Davis-Kommission erschien und lautet:

„Bis zum 1. Januar 1930 können die Schulbehörden des Memelgebiets Lehrpersonal fremder Staatsangehörigkeit in dem Umfange anstellen, den sie für nötig erachten, um den Stand des Unterrichts im Gebiet auf der bisherigen Höhe zu erhalten.

Das Landesdirektorium ist jedoch nicht berechtigt, auf Grund obiger Bestimmungen Personen im Gebiet im Dienste zu belassen, in Ansehung derer der Gouverneur den Nachweis liefert, daß sie politische Agitation gegen die Interessen Litauens treiben.

Nach Ablauf der vorerwähnten Frist dürfen ausländische Lehrer von den Behörden des Memelgebiets mit Zustimmung der litauischen Regierung angestellt werden.“

Artikel 31 erklärt sich von selbst, gibt aber auch den Rechten des Gouverneurs eine Ausdehnung in einer Richtung, die bisher nicht erwähnt wurde. Er ist zum mindesten berechtigt zu überwachen, ob die Interessen Litauens im Unterricht gewahrt oder durch politische Agitation gefährdet werden. Außerdem mußten sich die Landesbehörden nach dem 1. Januar 1930 Einschränkungen gefallen lassen, damit die Anstellung fremder Lehrer von den Entscheidungen Kownos abhängt.

§ 62. **Militärdienst.** Die Alliierten Mächte hatten zunächst vorgesehen, daß die Bürger des Memelgebiets der militärischen Dienstpflicht nicht unterworfen sein sollten (Artikel 24 des Entwurfs vom 25. März). Die Litauer stimmten dem nicht zu und begrenzten die Uebergangszeit mit dem 1. Januar 1923 (Artikel 27 des Entwurfs vom 11. April). Die Alliierten widersprachen nicht, so daß diese Bestimmung angenommen und auch nicht in veränderter Form durch die Davis-Kommission vorgelegt wurde. Es ist immerhin auffallend, daß diese Kommission den Artikel dadurch milderte, daß sie das Datum für die volle Aufnahme der Militärdienstpflicht bis zum 1. Januar 1930 hinausschob. Artikel 13 des Abkommens lautet:

„Alle Personen, die gemäß Artikel 8 und 10 die Eigenschaft als Memelländer erwerben, sind bis zum 1. Januar 1930 vom Militärdienst befreit.“

§ 63. **Tarifgleichheit.** Die Alliierten Mächte wünschten, daß die in Memel für Eisenbahn-, Post-, Telephon- und Telegraphenwesen erhobenen Gebühren von den in Litauen gültigen nicht unterschieden sein sollten. Sie schlugen vor, daß die Hafen-Kommission das Recht haben sollte, über alle Differenzen an den Völkerbundsrat zu berichten (Entwurf vom 25. März, Artikel 40). Litauen war mit den erstgenannten Bedingungen einverstanden, dagegen nicht damit, über Verletzungen an den Völkerbundsrat zu berichten (11. April), womit sich die Alliierten am 13. April einverstanden erklärten. Der Wortlaut war dementsprechend Aenderungen unterworfen, doch blieb der Artikel dem Sinn nach aufrechterhalten, bis er als Nummer 36 im Statut erschien:

„Im Memelgebiet dürfen die auf Eisenbahnen oder Schiffen für Reisende und Güter geltenden Tarife, ebenso die Post-, Telegramm- und Telephonegebühren nicht höher sein als die Tarife und Gebühren, die aus gleicher Veranlassung in anderen Teilen Litauens angewandt und erhoben werden.

Die auf den litauischen Eisenbahnen für Reisende und Güter im Verkehr von und nach dem Memelgebiet geltenden Tarife dürfen in keinem Fall diejenigen Tarife überschreiten, die für Reisende und Güter auf irgendeiner anderen Strecke gleicher Länge in anderen Teilen des litauischen Eisenbahnnetzes gelten.“

Damit war ein anderes den Landesbehörden zugesprochenes Recht in ein bloßes Versprechen umgewandelt. Die Garantie für seine Erfüllung ist mit dem Wegfall des ursprünglichen Paragraphen aufgegeben.

§ 64. Verträge, Zollverwaltung und internationale Verpflichtungen. Der Entwurf vom 25. März gab Memel das Recht, eine eigene Zollverwaltung einzurichten. Handelsverträge sollten von Litauen in Zusammenarbeit mit der Memel-Regierung geschlossen werden (Artikel 5). Nach der Meinung Litauens waren damit zu großzügige Machtvollkommenheiten an Memel gefallen, und daher verschwand aus dem litauischen Gegenvorschlag vom 11. April die Bestimmung über die Zollverwaltung. Im Entwurf der Alliierten vom 13. April erschien sie aber wieder als Artikel 36 C in der Form, daß Verordnungen über die Zölle von Litauen erlassen werden sollten, das die Landesbehörden des Memelgebiets mit der Durchführung betrauen konnte. Auch dieser Bestimmung widersprach Litauen, während die Memel-Delegation auf ihr bestand. Im späteren Verlauf verschwand die auf die Zölle bezügliche Bestimmung aber völlig aus allen Vorschlägen und Entwürfen.

Auch die Bestimmung über die Handelsverträge wurde in einschneidender Weise verändert. Artikel 6 des Entwurfs vom 11. April gab dem litauischen Landtag das Recht, für den ganzen Staat einheitliche Regelungen im Verfolg von internationalen Verträgen zu verordnen. Nach dem Entwurf vom 13. April sollten die von Litauen durchgeführten gesetzlichen Bestimmungen zur Erfüllung von internationalen Verträgen auch auf das Memelgebiet anwendbar sein (Artikel 6). Die Landesbehörden sollten im Rahmen ihrer Befugnisse mit der Inkrafttretung solcher Verträge betraut werden. Dieser Vorschlag wurde von den Alliierten angenommen.

Am 13. Juli machten die Alliierten den Vorschlag, Artikel 6 mit den Worten beginnen zu lassen „Auswärtige Beziehungen, die innerhalb der Zuständigkeit der litauischen Regierung liegen, . . .“. Im übrigen hielt man sich im wesentlichen an den vorliegenden Wortlaut. Im Entwurf vom 16. Juli wollten die Alliierten den Landesbehörden sogar eine größere Machtfülle bei

der Ausführung der Verträge gewähren (Artikel 6). Litauen forderte das Recht, alle Bestimmungen von Kowno aus zu verordnen, damit die Verträge im ganzen litauischen Staatsgebiet einheitlich angewandt würden, und zu diesem Zweck versuchte es, die Rechte der Landesbehörden zu verkürzen (13. Juli, Artikel 7). Schließlich kam es zu einem Kompromiß, durch das Litauen das Recht erhielt, über die Ausführung von Verträgen auch im Memelgebiet Anordnungen zu erlassen, solange diese sich nicht gegen das Abkommen auswirkten. Wo aber die Landesbehörden zuständig waren, gemäß Artikel 3 zu handeln, hatte Litauen kein Recht, sich in diese Handlungsfreiheit einzumischen. Dies stellt also eine beträchtliche Beschneidung der litauischen Forderungen dar.

Der Artikel ging unter Nummer 4 in das Statut ein und lautet:

„Die von der litauischen Gesetzgebung in Ausführung internationaler Verträge und Abkommen zu treffenden Maßnahmen finden auf das Memelgebiet insoweit Anwendung, als diese Verträge und Abkommen nicht dem vorliegenden Statut zuwiderlaufen; jedoch ist es, wenn solche Maßnahmen Anwendung fänden auf Angelegenheiten, die nach Artikel 5 unter die Zuständigkeit der Landesbehörden des Memelgebiets fallen, Sache der letzteren, die erforderlichen Maßnahmen für die Anwendung der genannten internationalen Verträge zu treffen.“

§ 65. Rechte der Ausländer im Memelgebiet. Von Anfang an bestanden die Mächte darauf, daß „Untertanen fremder Staaten“ sich der gleichen Behandlung „erfreuen“ sollten, und zwar hinsichtlich der zivilen und Handels-Rechte, wie die Bürger des Memelgebiets (Artikel 28 vom 25. März). Litauen dagegen schlug vor, daß deren Besitz an unbeweglichem Eigentum von der Entscheidung des Direktoriums abhängig sein müsse. Die litauische Regierung behielt sich für sich selbst das Recht vor, gegen die Entscheidung des Direktoriums innerhalb von 20 Tagen Einspruch zu erheben (Artikel 31 vom 11. April). Die Delegationen der Alliierten widersprachen besonders dem Wortlaut des zweiten Paragraphen. Im späteren Entwurf behielt sich Litauen die Kontrolle über den Küstenhandel und die Seefischerei vor (Artikel 31 vom 13. Juli). Am 16. Juli wurde

die Bestimmung über den Besitz unbeweglichen Eigentums dahin geändert, daß die Landesbehörden das Recht haben sollten, alle Erwerbungen für spekulative Zwecke zu verhindern, „besonders wenn sie auf eine Vergünstigung beim Gegenwert in fremder Währung hinauslaufen“. Litauen zeigte sich willig, die Bestimmung fallen zu lassen, die der zentralen Regierung das Einspruchsrecht gab, hielt aber im übrigen an dem ursprünglichen Text des Paragraphen 2 fest. Noch am 8. August und am 21. September (beide Entwurfstexte gaben dem umstrittenen Artikel die Nummer 36) waren beide Seiten von einer Verständigung soweit entfernt wie zuvor.

Im Abkommen erschien dann Artikel 12 in folgendem Wortlaut:

„Personen und Gesellschaften fremder Staatsangehörigkeit haben im Memelgebiet die gleichen Rechte und genießen die gleiche Behandlung wie die Bürger und Gesellschaften des Memelgebiets und Litauens in allem, was die Benutzung des Hafens und den Genuß der Verkehrserleichterungen, die er bietet, anbetrifft, ebenso beim Ankauf oder Pachtung und der Benutzung von Grundstücken, jedoch nur zu Zwecken des redlichen Geschäftsverkehrs.

Litauen behält indessen das Recht, die Küstenschiffahrt und die Fischerei in den Territorial-Gewässern seiner eigenen Flagge vorzubehalten.“

Dies bedeutet einen völligen Sieg Litauens und in jedem Punkt eine völlige Schlappe für die Entwürfe der Alliierten. Mit einem Schlag hatte sich Litauen durch diesen Sieg einer Anzahl von Bestimmungen und Bedingungen entledigt, die seine Handlungsfreiheit hätten ernsthaft hindern können.

§ 66. P ä s s e. Nach Artikel 3 des Entwurfs vom 25. März sollte Litauen den Schutz der im Ausland lebenden Memelbürger übernehmen. Ebenso sollte Litauen nach Anhörung der Landesbehörden fremden Konsuln das Exequatur erteilen. Dieser Artikel lautete etwas unbestimmt, bezog sich aber zweifellos auf die Konsuln mit Amtssitz im Memelgebiet. Der litauische Entwurf vom 11. April nahm (im Artikel 7) die Bestimmungen hinsichtlich des Exequaturs an. Dagegen änderte er völlig die Be-

stimmung über die Bürger des Memelgebiets und sah (Artikel 8) vor, daß diesen Bürgern ihre Pässe durch die Landesbehörden im Namen der litauischen Republik zu geben seien. Die Botschafterkonferenz nahm diese Zusätze an und behielt sie mit einigen leichten Aenderungen des Wortlauts bei, bis die Davis-Kommission ihr Werk begann.

Als das Statut vorgelegt wurde, waren daraus alle Hinweise auf die Erteilung des Exequaturs verschwunden. Litauen brauchte in dieser Frage sich nicht mit den Landesbehörden in Verbindung zu setzen. Artikel 34 des Statuts lautet:

„Die Pässe werden den Bürgern des Memelgebiets vom Landesdirektorium im Namen der Republik Litauen und in Uebereinstimmung mit den von der litauischen Regierung erlassenen Vorschriften ausgestellt.

In den Pässen wird sowohl die litauische Staatsangehörigkeit des Inhabers wie auch seine Eigenschaft als Bürger des Memelgebiets vermerkt.“

§ 67. **Abänderungen.** Der erste Entwurf sah vor, daß das Abkommen, welches in ihm „die Verfassung des Memelgebiets“ genannt wurde, durch eine Zweidrittelmehrheit beider Kammern abgeändert werden könnte; jede Abänderung, die innerhalb der ersten 10 Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens vorgenommen wurde, bedurfte der Zustimmung des Völkerbundes (Artikel 15). Diese Bestimmung erschien Litauen unerwünscht. Es schlug vor, daß Abänderungen der Artikel 2—27 der „Memel-Verfassung“ durch eine Zweidrittelmehrheit der Volksvertretung erfolgen könnte, und daß sie durch den litauischen Landtag ratifiziert werden müßten (Artikel 47 des Entwurfs vom 11. April). Die Artikel 34—37, die den Hafen betreffen, sollten nur mit Zustimmung des Völkerbundes abänderbar sein (Artikel 48). Die Alliierten stimmten beiden Abänderungsvorschlägen zu, doch waren die Litauer inzwischen zu einer Meinungsänderung gekommen. In den Entwürfen vom 13. April und 13. Juli schlugen sie vor, daß die erste Bestimmung auf die Artikel 2—30, nicht auf 2—27, anwendbar sein solle (Artikel 47 und 48 in beiden Entwürfen). Hier aber gaben die Alliierten nicht nach, und beide Seiten hielten an ihren Forderungen fest. Die unnachgiebige Haltung Litauens veranlaßte die Alliierten

am 8. August, die Bestimmung, daß innerhalb 10 Jahren eine Abänderung nicht Platz greifen dürfe, abzuschwächen und auf 5 Jahre zu reduzieren. Im übrigen blieb der Entwurf der Alliierten bestehen (Artikel 61). Am 21. September verlangte Litauen die Weglassung des ersten Absatzes hinsichtlich der 5 Jahre, gab aber den Ansichten der Alliierten in den andern Punkten nach (Artikel 61).

Die Davis-Kommission legte ein vierfaches Vertragsinstrument vor. Ueber die Abänderung der Konvention war nichts gesagt. Artikel 14 des Anhangs II erlaubte die Abänderung der auf den Hafen bezüglichen Bestimmungen nach 5 Jahren durch Litauen, und zwar nach Anhörung des Direktoriums und des Hafenausschusses und nach Zustimmung des Völkerbundsrates einschließlich der vier Großmächte. Für die Abänderung von Anhang III, Artikel 4, über den Transithandel ergingen ähnliche Bestimmungen. Diese ganze Streitfrage war außerordentlich bedeutungsvoll. Artikel 38 des Statuts lautet:

„Die Bestimmungen des vorliegenden Statuts können drei Jahre, nachdem Litauen das Abkommen, von dem dieses Statut einen Teil bildet, ratifiziert hat, abgeändert werden. Dabei ist wie folgt zu verfahren:

Der Landtag des Memelgebiets muß die Vorlage über die Aenderung des Statuts mit einer Dreifünftelmehrheit der Stimmen aller Abgeordneten annehmen.

Nach ihrer Annahme durch den Landtag muß die Aenderung den Bürgern des Memelgebiets zur Bestätigung mittels Volksabstimmung unterbreitet werden, wenn mindestens ein Viertel aller Abgeordneten oder 5000 zum Landtag wahlberechtigte Bürger innerhalb von drei Monaten nach der Annahme der Aenderung durch den Landtag es verlangen.

Wenn die Aenderung von Zweidritteln der Bürger, die sich an der Volksbefragung beteiligt haben, bestätigt wird, wird sie unverzüglich der gesetzgebenden Versammlung Litauens zur Genehmigung unterbreitet. Sie tritt nur dann in Kraft, wenn sie von der gesetzgebenden Versammlung Litauens innerhalb eines Jahres vom Tage der Einbringung des Gesetzentwurfes an genehmigt wird.“

Die Entwicklung der Abänderungsfrage zeigt einen Kampf, in dem Litauen versuchte, dem Völkerbund die vorgesehene Kontrolle, d. h. das, was man die „Freiheiten-Urkunde“ (bill of rights) nennen könnte, zu entwenden. Daß Litauen dabei erfolgreich war, ist aus der Tatsache zu entnehmen, daß diese Rechte im Statut Aufnahme fanden, dessen Abänderung nur im Einklang mit den litauischen Wünschen vorgenommen werden konnte.

Bis zum allerletzten Entwurf wurde vom Abkommen immer als der Verfassung für das Memelgebiet gesprochen. Im Davis-Plan fielen alle Bezugnahmen darauf. Bemerkt werden muß endlich, daß nirgends der Gouverneur bei dem Abänderungsprozeß als Mitwirkender erwähnt wird. Er erscheint in keinem der vielen Entwürfe in dieser Verbindung.

Ein Wort muß noch gesagt werden über eine Angelegenheit, die mit dem Abänderungsprozeß eng verbunden ist. Artikel 49 des Entwurfs vom 25. März sah vor, daß das Abkommen unter die Garantie des Völkerbundsrates gestellt werden sollte. Ohne Zustimmung dieser Körperschaft konnte es nicht abgeändert werden. Gegenüber den vielen nicht unterrichteten Kritikern des Völkerbundes muß hier darauf hingewiesen werden, daß Artikel 49 entweder als abgeschwächter Teil des nächsten Entwurfs bezeichnet werden kann, oder daß er in allen nachfolgenden Verhandlungen überhaupt verschwand. Die unausweichbare Schlußfolgerung ist, daß Litauen den Völkerbundsrat nicht als Garant der Memel-Autonomie wünschte, und daß die Alliierten zustimmten, daß er ein solcher Garant nicht würde. In allen Verhandlungen hat Litauen daran festgehalten, dem Völkerbundsrat keine Rechte zu gewähren, sich in einen Streit über die Autonomie des Memelgebiets einzumischen. Das ist auch heute noch die Lage.

§ 68. *Regelung von Meinungsverschiedenheiten.* Die ganze Atmosphäre, die die Memelfrage von Anfang an umgab, machte es klar, daß in Zukunft Meinungsverschiedenheiten entstehen würden, und daß ein Weg zu deren Beilegung gefunden werden mußte. Der Entwurf der Alliierten vom 25. März schlug vor, den Vorsitzenden der Hafenkommission

zum Schlichter in Meinungsverschiedenheiten zwischen Memel und Litauen bezüglich des Statuts einzusetzen. Sollte eine Seite mit seiner Entscheidung unzufrieden sein, hatte sie das Recht, innerhalb von 30 Tagen den Völkerbundsrat um eine definitive Entscheidung zu ersuchen (Artikel 48). Erfolgte von dem Vorsitzenden keine Entscheidung, hatte jede Partei das Recht, direkt an den Völkerbundsrat zu appellieren. Litauen widersprach dieser Maßnahme und legte einen Ergänzungsartikel (49) vor, der die Regelung von Meinungsverschiedenheiten der Rechtsprechung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes zuschob (11. April). Die Antwort der Alliierten bestand in einem andern Ergänzungsartikel, nach dem jedes Mitglied des Völkerbundsrates das Recht haben sollte, sich wegen jedes Bruchs des Abkommens an den Rat zu wenden. Jede Meinungsverschiedenheit über Tatsachen und Gesetze, die mit dem Abkommen zu tun hatten, sollten als Streitfall internationalen Charakters angesehen werden, über den nach Artikel 14 des Völkerbunds-Statuts zu verhandeln sei. Jede Meinungsverschiedenheit dieser Art sollte dem Ständigen Internationalen Gerichtshof unterbreitet werden, gegen dessen Entscheidung es keine Berufung gab, und die den gleichen Wert haben sollte wie eine Entscheidung auf Grund des Artikels 13 des Völkerbunds-Statuts (Artikel 49 des Entwurfs vom 13. April).

Die Forderung der Alliierten ging dahin, daß der in Frage stehende Artikel wie folgt beginnen sollte: „Litauen stimmt zu, daß die Behörden des Memelgebiets und jedes Mitglied des Völkerbundsrates oder jedes interessierten Staates...“. Mit diesem Vorschlag war die Memel-Delegation einverstanden, Litauen aber bestand naturgemäß auf seinem Entwurf (13. April) und lehnte es ab, einer so großzügigen Schaffung von interessierten und seiner Ansicht nach sich einmischenden Parteien zuzustimmen. Daraufhin behielten sich die Delegationen der Alliierten ihre Zustimmung zu dem ganzen Artikel vor. Am 8. August kehrten sie zu ihrem Entwurf vom 13. April zurück (Artikel 62).

Alle diese Phasen der Entwicklung des Artikels 17 des Abkommens sind außerordentlich wichtig, denn es hatte sich als notwendig erwiesen, über seine Bedeutung bei drei verschiedenen Gelegenheiten Beschlüsse zu fassen, an denen die Memelfrage

vor dem Völkerbundsrat und vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof aufgerollt wurde. Artikel 17 des Abkommens lautet:

„Die Hohen vertragschließenden Teile erklären, daß jedes Mitglied des Völkerbundsrates berechtigt sein soll, die Aufmerksamkeit des Rates auf jede Verletzung der Bestimmungen des gegenwärtigen Abkommens zu lenken.

Im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen der litauischen Regierung und irgendeiner der Alliierten Hauptmächte, die Mitglied des Völkerbundsrates ist, in Fragen rechtlicher oder tatsächlicher Art, welche die Bestimmungen dieses Abkommens betreffen, wird die Meinungsverschiedenheit als ein Streitfall von internationaler Bedeutung im Sinne der Vorschriften des Artikels 14 der Völkerbundssatzung betrachtet. Die litauische Regierung ist damit einverstanden, daß alle Streitfälle dieser Art, wenn die andere Partei es verlangt, der Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes unterbreitet werden. Die Entscheidung des Gerichtshofes ist unanfechtbar und hat Kraft und Geltung einer gemäß Artikel 13 der Völkerbundssatzung getroffenen Entscheidung.“

TEIL IV

Kapitel XI.

Die rechtliche Natur des Memel-Statuts.

Eine Untersuchung der rechtlichen Natur des Statuts muß in zwei Teile zerfallen: (1) Was ist das Statut? und (2) Welche Form einer politischen Organisation wurde durch das Statut geschaffen?

§ 69. Was ist das Statut? Das Memelgebiet wurde von Deutschland auf Grund der Artikel 28 und 99 des Versailler Vertrags losgerissen. Zur Vervollständigung dieser Maßnahme wurde das Uebereinkommen vom 9. Januar 1920 errichtet, durch dessen Bedingungen Deutschland sich aus dem Gebiet zurückzog.¹ Darauf folgte die Uebernahme der Machtbefugnisse im Memelgebiet durch General Odry aus den Händen von Graf Lambsdorff am 15. Februar 1920. Die Entscheidung über das endgültige Schicksal des Memelgebiets wurde aber verzögert, bis der Einbruch der Litauer die Mächte zu der Note vom 16. Februar 1923 zwang.

Punkt 2 dieser Note garantierte die Autonomie der Memelregierung einschließlich der Rede-Freiheit, der Volksvertretung, der Gleichheit von Rasse und Religion.²

Punkt 6, der letzte der Note, lautete „Als bald nach Uebernahme der Souveränität über das Memelgebiet durch Litauen zu den oben verkündeten Bedingungen Ausarbeitung eines „Organischen Statuts des Memelgebiets“ in Paris durch die Botschafterkonferenz unter Mitarbeit von Vertretern Litauens und des beteiligten Gebiets, sowie Abschluß einer Konvention mit Litauen in Uebereinstimmung mit der vorliegenden Entscheidung“.

1. Rogge, S. 29—31.

2. The Ques. S. 62.

Es hält schwer, den Wortlaut von Punkt 6 mit der Auffassung der Alliierten zu vereinigen, daß die Souveränität vor der Unterzeichnung der Konvention nicht an Litauen übergehen dürfte. Im Gegenteil sieht es so aus, als ob die Note vom 16. Februar die Souveränität über Memel an Litauen schon in dem Augenblick gab, in dem Litauen die Bedingungen der Note einschließlich Punkt 2 annahm, aber die Alliierten Mächte, die über die Souveränität verfügten, behaupteten, daß dies nicht der Fall sei.

Ueber die Frage sind soviel leidenschaftliche Gutachten geschrieben worden, daß es schwer fällt, sich eine richtige Ansicht zu verschaffen. Von einem objektiven Standpunkt aus stellt sich die Angelegenheit wie folgt dar: Die Alliierten Mächte boten Litauen eine näher zu bestimmende Souveränität über Memel an, falls Litauen dieses Angebot annahm. Das tat Litauen zur Befriedigung von M. Poincaré und den Botschaftern am 13. März 1923. Die näheren Bestimmungen sollten daher offensichtlich Bestandteile des Vertragsinstruments sein. Falls die Mächte ihr Angebot zurückzogen, war Litauen frei, die Bedingungen zu beobachten oder unbeachtet zu lassen — was natürlich *reduction ad absurdum* ist. Aber bedeutsamer war diese Schlußfolgerung: Falls Litauen die näheren Bedingungen verletzte, waren gemäß allgemein anerkannten Grundsätzen des internationalen Rechtes die Alliierten ihrerseits frei darin, das Uebereinkommen noch als in Kraft befindlich anzusehen oder als beendigt, d. h. sie konnten von der Uebertragung der Souveränität Abstand nehmen.

Angenommen, daß diese Beweisführung richtig ist, ergeben sich daraus gewisse bedeutsame Tatsachen: (1) Bei Annahme der Souveränität hatte sich Litauen nach den Bedingungen der Note vom 16. Februar 1923 zu verhalten. (2) Statut und Konvention, deren Abfassung zu folgen hätten, brachten das bereits zwischen den Mächten und Litauen geschlossene Uebereinkommen nur in die endgültige Form. (3) Die Autonomie des Memelgebietes war in dem die Uebertragung der Souveränität betreffenden Vertragsinstrument garantiert und spielte in diesem Instrument eine gleich wichtige Rolle wie die Uebertragung der Souveränität. Tatsächlich hing Punkt 6 in seinem Wert von der Beobachtung

des Punktes 2 ab. (4) Andererseits findet sich in der Note vom 16. Februar 1923 nichts, was die Annahme zuließe, daß, wenn Litauen die Bedingungen der ersten 5 Punkte erfülle, die Uebertragung der Souveränität nicht bereits erfolgt sei. (5) Alle diese Bedingungen wurden aufgestellt, bevor Konvention und Statut geschaffen waren.

Die qualvollen Verhandlungen, durch die das Statut endlich ins Leben trat, sind oben verfolgt worden. Das endgültige Abkommen war ein Vertrag zwischen Litauen auf der einen und den vier Mächten auf der andern Seite. Anhang I enthielt das Statut. Artikel 2 des Abkommens lautet:

„Das Memelgebiet bildet unter der Souveränität Litauens eine Einheit, die in Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung und Finanzen innerhalb der Schranken des in Anhang I aufgestellten Statuts Autonomie genießt.“³ Artikel 1 des Statuts trägt im wesentlichen den gleichen Wortlaut.⁴ Beide Stellen sind eine Wiedergabe von Punkt 2 der Note vom 16. Februar 1923. Artikel 16 des Abkommens heißt:

„Die Anhänge I—III dieses Abkommens sind in jeder Hinsicht als wesentliche Bestandteile desselben anzusehen.“⁵

Die hieraus zu ziehende Schlußfolgerung ist, daß das Statut einen wesentlichen Bestandteil eines internationalen Vertrages bildet. Das scheint aber den Anwälten beider Seiten, die vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof den Fall Böttcher verhandelten, nicht klar gewesen zu sein.⁶

Sir Malkin war der Auffassung, daß der Vertrag und das Statut — welches einen wesentlichen Bestandteil des Vertrages bildet — beide im internationalen Recht verankert sind. Die Souveränität über das Memelgebiet war eine übertragene Machtbefugnis, geschützt durch die Großmächte, und Litauen kann das Statut nicht einseitig ändern. Der Ursprung von Litauens Machtbefugnissen ist im Vertrag und seinen Anhängen zu finden. Sidzikauskas erwiderte, daß das Statut zwei Seiten habe, eine

3. Le Statut, S. 99.

4. Ibid., S. 105.

5. Ibid., S. 103.

6. Publ. de la Cour permanente de Justice internationale Série A/B, no. 49.

von Memel und eine von Litauen aus zu sehende.⁷ Durch die Bedingungen der Präambel sei das Statut Bestandteil des litauischen Rechts. Im Statut befänden sich verschiedene leere Punkte, die durch Analogien auszufüllen seien. Die litauische Souveränität sei in jeder Hinsicht absolut, soweit sie nicht ausgesprochen eingeschränkt wurde. Wo sich im Statut nicht direkte Bestimmungen finden, trete die litauische Verfassung an ihre Stelle. Er führte weiter aus, daß es nicht sicher sei, ob die Mächte nicht eventuell das Memelgebiet Litauen einzuverleiben wünschten oder nicht, oder ob sie aus dem Memelgebiet einen Mitgliedsstaat in einem Bundesstaat machen wollten, in dem der größere das Recht hätte, den kleineren zu verwalten.⁸

Der Ständige Internationale Gerichtshof folgte keiner dieser Ansichten vollständig. Er bezeichnete das Abkommen als einen Vertrag mit dem Ziel, eine direkte Autonomie des Memelgebietes zu errichten. Auf der andern Seite hätten die Schöpfer des Vertrages nicht beabsichtigt, Litauen hilflos zu lassen. Die litauische Souveränität sei nur durch die Bedingungen der Autonomie begrenzt. Die Autonomie selbst könne nur innerhalb der vorgeschriebenen Grenzen des Statuts durchgeführt werden.

Die rechtliche Natur des Statuts im Hinblick auf seine Entstehung und die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes scheint daher wie folgt auszusehen: Es ist ein wesentlicher Bestandteil eines internationalen Abkommens, über dessen Bedingungen man sich bereits vor seinem Abschluß geeinigt hatte. Litauen war gehalten, das Statut auf gesetzliche Basis zu stellen. Dadurch wurde es neben seinem Charakter als internationaler Vertrag ein Teil der für Litauen und das Memelgebiet erlassenen Gesetze.⁹ Es ist eine Einrichtung der Regierung und ein Instrument für die Zuteilung von Machtbefugnissen. Es bezeichnet weiterhin das Tätigkeitsfeld, auf dem das Memelgebiet seine Autonomie ausüben kann. Ueber diese besonderen Garantien hinaus kann die Landesregierung sich ohne Zustimmung Litauens nicht betätigen, dessen Gesetze da eintreten, wo das Statut nicht

7. Bedeutsam ist die Auslassung der Großmächte.

8. S. Leo Gross — Der Memel Fall, S. 518—532.

9. Eine ähnliche Lage liegt in den Vereinigten Staaten vor, wo durch die Verfassung alle Verträge Teile der Landesgesetze werden.

ausreicht. Durch die Bestimmungen des Abkommens und des Statuts ist letzteres höchstes Gesetz für das Memelgebiet, soweit die Bedingungen des Statuts reichen, und kann auch durch die Verfassung Litauens selbst nicht ersetzt werden. Das Statut muß daher trotz des lebhaften Protestes von Robinson¹⁰ als die Verfassung des Memelgebiets angesehen werden. Diese Auffassung wird durch die Tatsache unterstrichen, daß jeder Entwurf vor Annahme des Statuts von dem Abkommen in direkten Worten als der Verfassung des Memelgebiets sprach. Während gewöhnlich eine Verfassung einen Staat voraussetzt, ist es bei dem Statut anders. Als die Mächte Litauen die Souveränität zusprachen, taten sie es unter der ausdrücklichen Bedingung, daß Litauen die Autonomie so aufrecht erhalte, wie sie es wollten. Das *quid erat demonstrandum* ist, daß die Mächte an Litauen die Souveränität über Memel unter der Bedingung gaben, daß die Autonomie erhalten würde, d. h. daß die Verfassung des Memelgebietes so bliebe, wie sie von den Mächten unterschrieben war. Alle Anstrengungen, diese Schlußfolgerung hinwegzuargumentieren, seien Sophistereien. Die letzte Hoffnung, diese Schlußfolgerung beiseite zu schieben, sei geschwunden, als Litauen aufgefordert wurde, das Statut zum Gesetz zu erheben und es damit sowohl für jeden einzelnen Einwohner als für Litauen selbst als bindend zu erklären.¹¹

Es darf aber nicht vergessen werden, daß der Internationale Ständige Gerichtshof entschied, Abkommen und Statut dürften nicht so konstruiert sein, daß sie Litauen in Angelegenheiten von lebenswichtiger Bedeutung hilflos machten, z. B. bei der Unterdrückung von Aktionen im Memelgebiet, die die Sicherheit des litauischen Staates bedrohen könnten. Litauen hatte die Souveränität über Memel erhalten und war in den Augen des Gerichtshofes berechtigt, sich selbst zu schützen. Wie in den Streitfällen über Redefreiheit, die in den Vereinigten Staaten während des Weltkrieges vorkamen, war hier die Frage, wo die Rechte der einen Seite endeten und die der andern begannen. Hier müssen

10. Kommentar, S. 254.

11. Hierüber findet sich eine ausgezeichnete Auseinandersetzung bei Friesecke, S. 53 ff; J. B. Moore, *Digest of International Law*, vol. V, secs. 757—760.

die Gesetze der Vernunft berücksichtigt werden. Zweifellos sind die Unbestimmtheiten in dieser Richtung die größten Schwächen von Konvention und Statut. Der Konflikt zwischen den autonomen Rechten des Memelgebiets und den beanspruchten politischen Notwendigkeiten des litauischen Staats hat heute im Memelgebiet eine Lage herbeigeführt, die nach Auffassung vieler ausländischer Staatsmänner eine Verletzung der Autonomiebestimmungen des Statuts darstellt. Die litauische Antwort auf solche Anschuldigung ist, daß es sich hier um rein innere Angelegenheiten handele, bei deren Erledigung sich Litauen innerhalb der Grenzen des Statuts hielte.

§ 70. Die durch das Statut geschaffene politische Organisation. Die zweite Phase der zur Erörterung stehenden Frage ist: Welche Form einer politischen Organisation wurde durch das Statut geschaffen?

Auch hierüber ist viel geschrieben worden. Die meisten Arbeiten begehen den schweren Irrtum, mit Definitionen zu beginnen und dann zu versuchen, die Memel-Regierung in die eine oder andere Klasse der bestehenden politischen Gebilde einzugruppieren. Das ist eine durchaus annehmbare Methode, wenn es sich um einen der üblichen Staaten oder Kolonien handelt. Aber das Memelgebiet hat wie das heutige Danzig und bis vor kurzem die Saar seine eigenen Besonderheiten. Man muß hier mit dem Statut beginnen, durch das das Gebiet geschaffen wurde, und die Organisation mit den Ausdrucksformen dieses Statuts beschreiben.

Solange Deutschland das Land, das heute Memelgebiet genannt wird, beherrschte, war es ein Teil Ostpreußens und wurde als ein Teil des Königreichs Preußen und des Deutschen Reichs regiert. Es bestand damals aus den Kreisen Memel, Heydekrug und Teilen der Kreise Ragnit und Tilsit. Nach dem Weltkrieg erhielt es eine vorläufige Regierung unter einem Oberkommissar, Graf Lambsdorff, dem ein Landesdirektorium und ein aus 20 Mitgliedern bestehender Staatsrat zur Seite standen. Diese Verwaltungsform dauerte, bis General Odry die Macht übernahm. Er setzte die Regierungsform Lambsdorffs bis zu den oben be-

schriebenen Reformen vom 1. Mai 1921 fort.¹² Die eintretenden Veränderungen ließen größtenteils das alte System intakt, doch behielten sich die Franzosen die Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten, der Verwaltung und der sich aus der Besatzung ergebenden Notwendigkeiten vor. Ueber die Einordnung der Regierungsform, der das Memelgebiet zur Zeit der französischen Besatzung unterstand, bestehen einige Meinungsverschiedenheiten. Schätzel¹³ und Strupp¹⁴ bezeichnen sie als *condominium* oder als *coimperium*. Die von ihnen gegebene Beweisführung ist überzeugend, nur muß daran erinnert werden, daß in einem condominium, wie es zum Beispiel in den Neu Hebriden besteht, die Oberherrschaft sich im allgemeinen an der Regierung beteiligt. In Memel war das kaum der Fall. Odry und Petisné hatten die absolute Macht, die Veränderungen in der Regierung durchzuführen, die sie für richtig erachteten, und nach eigenem Gutdünken Verordnungen zu erlassen. Es ist daher nur richtiger zu sagen, daß die Souveränität solange von den vier Großmächten gemeinsam ausgeübt wurde, bis sie zu einer endgültigen Entscheidung über das Memelgebiet kamen, und daß die französische Regierung durch ihre Agenten als Treuhänder für die Mächte handelte. Es ergab sich also eine internationale Treuhänderschaft, die aufgehoben werden konnte, für die aber, solange sie bestand, Frankreich bevollmächtigt handelte.

Beim Einbruch der Litauer in das Memelgebiet versagten die Franzosen in dem ihnen gewordenen Auftrag, es trat aber keine Verschiebung in der Souveränität ein. Die Litauer rissen die Gerichtsbarkeit über das Memelgebiet an sich, ohne daß die Alliierten dieser Anmaßung entgegentraten. Dieser Zustand herrschte bis zum 13. März 1923, dem Tage, an dem Litauen im Verfolg seiner Annahme der Bedingungen der Note vom 16. Februar als die gesetzliche, herrschende Macht eingesetzt wurde, mit allen Rechten und Privilegien der Souveränität, beschränkt durch die Garantien der Autonomie. Die Gewährung der Souveränität war vollendet, als das Abkommen unterzeichnet, ratifi-

12. Karl Strupp, Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie.

13. Der Wechsel der Staatsangehörigkeit. S. 80—81.

14. Supra cit. II. S. 38.

ziert und registriert wurde. Die französische Treuhänderschaft war am 13. März 1923 beendet. Am gleichen Tage trat das autonome Memelgebiet ins Leben. Die Autonomie hing in ihrer endgültigen Form von dem zu schließenden Abkommen und Statut ab.

Es wurde bereits gesagt, daß das Statut die Verfassung des autonomen Memelgebiets bildet.¹⁵ Welcher Typus einer politischen Organisation wurde dadurch geschaffen?

Langer¹⁶ beschreibt das Memelgebiet als einen Mitgliedsstaat Litauens. Rogge ist geneigt, dieser Ansicht zuzustimmen, indem er sagt, daß Litauen ein Staaten-Staat ist. Boehmert¹⁷ sagt „Das Memelgebiet ist also ein Unterstaat mit republikanischer Direktorialverfassung innerhalb des litauischen Oberstaates und nicht eine litauische Provinz mit international garantierter Selbstverwaltung“. Es könnten noch mehr Stellen angeführt werden, doch zeigt schon diese Liste, daß die Ansicht, daß Memel ein Staat ist, vorherrscht. Eine Analyse der hauptsächlichen Elemente eines Staates kann so beschrieben werden: (1) ein bestimmtes Gebiet, (2) eine vorhandene Bevölkerung, (3) eine politische Organisation, (4) gemeinsames Bewußtsein unter den Einwohnern, daß sie einen Staat bilden, und (5) die höchste politische Macht oder Souveränität. Das Memelgebiet verfügt über die ersten vier Bedingungen, aber nicht über die letzte. Die Souveränität war in dem Abkommen, von dem das Statut einen Teil bildet, Litauen übertragen. Was es nicht gibt, ist ein nicht souveräner Staat.¹⁸ Daher kann das Statut im Memelgebiet keinen Staat geschaffen haben.¹⁹

Jellinek's Allgemeine Staatslehre, dritte Ausgabe, enthält eine etwas verschiedene Version der oben behandelten Ansicht.²⁰ Sie wird unterstützt durch Meyer und Hatschek. Diese Staatstheorie lautet, daß irgendeine politische Organisation, die

15. Boehmert, Zum Memel-Urteil, S. 1099.

16. S. 395.

17. S. 261 ff. Siehe auch Thoma.

18. Rogge, S. 268 und Langer, S. 395, stellen diesen Gesichtspunkt auf.

19. S. R. Kjellen, Der Staat als Lebensform, besonders S. 99 ff.

20. Georg Jellinek — Allgemeine Staatslehre, S. 647 ff.

einige, aber nicht alle, Elemente eines Staates in sich schließt, ein Staatsfragment sei.²¹ Das alte Großherzogtum von Oldenburg ist nach Jellinek ein Beispiel eines solchen Fragments. Auch Kanada gehört in diese Kategorie. Dasselbe wird von Memel gesagt.²² Die Schwierigkeit ist, die Grenzlinien zwischen Staaten, Quasi-Staaten und Staatsfragmenten zu finden. Diese Einordnung mag ein bequemer Weg sein, das Statut zu behandeln, aber sie trägt nichts zu der Klassifizierung des Memelgebiets bei. Es ist dasselbe, als wenn man sagen wollte, das Memelgebiet würde ein Staat sein, wenn es Souveränität besitze, welche es nicht hat, und daher sei es nicht ein Staat, sondern ein Staatsfragment — was also bedeutet, daß man sich in einem Kreise bewegt. Rogge²³ geht in seiner These sogar weiter, da er die interessante Ansicht vertritt, daß Davis bei der Aufstellung des Abkommens an die Dominien des Britischen Empire dachte. Dazu ist zu sagen, daß Davis nicht die Konvention entworfen hat. Ihr Inhalt war bereits zum größten Teil ausgearbeitet, als Mr. Davis auf der Bildfläche erschien. Zum andern hat Rogge die Stellung der Dominien nur unvollkommen verstanden, denn deren Machtbefugnisse sind viel größer als die Memel zugestandenen. Sie haben ihre eigenen diplomatischen Vertreter, schließen ihre Verträge und regieren sich größtenteils ganz unabhängig von England. Das wichtigste sie zusammenhaltende Band ist ihre Loyalität gegenüber der britischen Krone. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß keine der am Abkommen interessierten Parteien für Memel an die Schaffung des Dominion-Status gedacht hat. Durch keinen Interpretationsversuch kann die Idee eines Dominions von irgendeinem der Entwürfe abgelesen werden. Als Rogge's Kommentar 1928 erschien, stand das Memelgebiet viel weitgehender unter litauischer Souveränität als die Dominien unter britischer.

Des weiteren ist der Gesichtspunkt aufgestellt worden, daß Memel eine Provinz Litauens darstelle.²⁴ Eine andere Ansicht ist, daß Memels Stellung in der Mitte zwischen einer Provinz und

21. Friesecke, S. 53 ff.

22. Ibid. S. 647 ff;

23. S. 2. besonders Fußnote 2.

24. Hesse, S. 40; Rouzier, S. 245—246; Josef L. Kunz, S. 232—245.

einem Staat liege. Es bedeutet aber eine Anomalie, von einer autonomen Provinz zu reden. Eine Provinz ist ein untergeordnetes Gebiet, das von einem übergeordneten Staat beherrscht wird. Es ist ein verwaltungsmäßiger Teil eines Staates. Von Memel als einem Mittelding von einer Provinz und einem Staat zu sprechen, sagt gar nichts; denn dann könnte es ein Mandat, ein Dominion, ein Gebiet und eine Anzahl von anderen Dingen sein. Memel besitzt eine autonome Regierung und autonome Rechte. Es ist keine Provinz Litauens, denn seine Regierung ist durch das Statut und nicht durch litauische Gesetze geschaffen.

Friesecke²⁵ beschreibt Memel dahin, daß es die Stellung eines amerikanischen Gebietes besitze, bevor dieses die Staatseigenschaft erhält. Aber auch diese Lehre trifft nicht zu. Ein neues amerikanisches Gebiet macht verschiedene Entwicklungsstufen durch, bis es die für die Erteilung der Staateneigenschaft nötige Größe erhält. Ihre Aufeinanderfolge ist durch das amerikanische Oberste Staatsgericht im Falle der Inseln festgelegt.²⁶ Zunächst wird nach der Erwerbung eines Gebiets eine Militärherrschaft eingesetzt. Auf diese folgt die ausübende Gewalt, die durch den Kongreß ersetzt wird, wenn dieser sich zur Verwaltung entschließt. Der Kongreß entscheidet dann, ob die Verfassung auf das Gebiet auszudehnen ist. Der nächste Schritt ist die „Organisierung des Gebiets durch den Kongreß“. Als Schlußstein folgt die Staateneigenschaft. Wenn man Friesecke's Ansichten mit diesen Entwicklungsstufen vergleicht, wird klar, daß ihm ein „organisiertes Gebiet“ vorschwebte. Er führt das so aus: „Das Memelgebiet zeigt in seinem staatsrechtlichen Aufbau große Aehnlichkeit mit den Institutionen, welche die Territorien der nordamerikanischen Union in ihrem vorgeschrittenen Stadium erhalten hatten.“ Wenn er daher nicht ein „organisiertes Gebiet“ meint, hat seine Behauptung keine Bedeutung, denn vor dieser Entwicklungsfülle ist ein amerikanisches Gebiet nichts anderes als eine Kolonie.

25. Friesecke, S. 53 ff.

26. Anm. d. Übers.: Betrifft die im Amerikanisch-Spanischen Kriege erworbenen Besitzungen, besonders Porto Rico, die staatsrechtlich alle Stadien vom eroberten Gebiet bis zur Gleichberechtigung in der Union durchliefen. United States Supreme Court Reporters, 1899—1908.

Meint Friesecke aber ein „organisiertes Gebiet“, dann beweist das, daß er das amerikanische Regierungssystem mißversteht. Der Gouverneur eines organisierten Gebietes wird vom Präsidenten ernannt und die Ernennung vom Senat ratifiziert. Dem Gouverneur steht nicht, wie in Memel, ein Kabinett oder Direktorium zur Seite, und doch besitzt in vieler Hinsicht der Gouverneur des amerikanischen Gebietes weit größere Machtvollkommenheiten als der Gouverneur des Memelgebiets. Das Bollwerk der Memel-Autonomie ist das Statut. In dem organisierten Gebiet der Vereinigten Staaten aber ist der Kongreß berechtigt, alle Maßnahmen bis zur Aufhebung oder Verletzung der Bundesverfassung zu ergreifen. Es gibt hier auch keine Garantiestaaten, die das Recht haben, an einen Internationalen Gerichtshof zu appellieren, damit gewisse Bedingungen in einem amerikanischen Gebiet aufrechterhalten werden. Ueber Memel aber haben die vier Großmächte und der Völkerbundsrat zu wachen. Weiterhin weicht die Organisation jedes amerikanischen Gebiets in gewissem Maße von der der anderen Gebiete ab. Endlich gibt es in amerikanischen Gebieten nichts, das mit der Verantwortlichkeit des Direktoriums in Memel gegenüber dem Landtag zu vergleichen wäre. Es ließen sich noch eine Reihe anderer Unterschiede aufführen, doch dürften schon genügend gezeigt sein, um zu beweisen, daß man nicht davon sprechen kann, daß die durch das Statut im Memelgebiet geschaffene Organisation derjenigen ähnlich sei, die in einem „organisierten Gebiet“ der Vereinigten Staaten besteht. Ebenso wenig ist das Memelgebiet mit einem Staat der Amerikanischen Union zu vergleichen, denn die amerikanischen Staaten schufen die Bundesregierung, während das Memelgebiet von den Großmächten geschaffen wurde und keine eigene Souveränität besitzt.

Es ist auch die Ansicht vertreten worden, daß die Oberherrschaft Litauens über Memel dem Charakteristikum eines Mandats entspreche. Das trifft in gewisser Weise zu, wie auch die bisher untersuchten Standpunkte alle eine gewisse Wahrheit enthalten.²⁷ Wird aber die Frage aufgeworfen: „Sind die litauischen Interessen im Memelgebiet denen eines Mandats-Staates

27. Siehe: Rogge, S. 179.

zu vergleichen?“, dann muß die Antwort lauten: „Nein“. Zunächst ist Memel nicht unter den Mandatsgebieten im Versailler Vertrag aufgezählt (Artikel 22). 2. Die Mandate sind im Auftrage des Völkerbundes auszuüben, während das Memelgebiet entsprechend dem Statut und dem litauischen Gesetz regiert wird. 3. kann Memel nicht in eine der Mandats-Kategorien als ein A- oder B- oder C-Mandat eingereiht werden. 4. Die Regierung des Memelgebiets bedeutet keinen Auftrag, sondern ein nur durch Statut und Abkommen begrenztes Recht. 5. Litauen braucht nicht einen Jahresbericht über Memel an die Ständige Mandats-Kommission zu erstatten. 6. Litauen erhielt die Souveränität über das Memelgebiet, während es für die Mandate heißt: „Ist der Grad von behördlicher Machtbefugnis, Aufsicht und Verwaltung, den der Mandatar ausüben soll, nicht bereits Gegenstand eines vorgängigen Uebereinkommens zwischen den Bundesmitgliedern, so trifft der Rat hierüber ausdrückliche Entscheidung.“²⁸ Dies dürfte genügen, um zu zeigen, daß das Statut nicht ein litauisches Mandat über das Memelgebiet errichtete.

Robinson²⁹ hat recht, wenn er sagt, daß das Memelgebiet kein Staat ist, weder ein Litauen gleichberechtigter Staat, noch ein Mitgliedsstaat eines litauischen Bundesstaates, noch ein Unterstaat, noch ein Vasallenstaat. Memel kann nicht in die gleiche Kategorie eingereiht werden wie ein Territorium oder ein Staat der Vereinigten Staaten von Amerika, oder verglichen werden mit den britischen Dominien und auch nicht mit den Mandaten. Es hat auch keinen Zweck, Memel als Fragment eines Staates zu bezeichnen oder zu sagen, es sei ein Partner des litauischen Staates. Es ist auch keine Kolonie und kein Freistaat.

Verschiedene andere Ideen hinsichtlich des politischen Status des Memelgebietes sind zum Ausdruck gekommen. Nach einigen wird es ein Protektorat genant, nach anderen ein quasi-souveräner Staat. Die Schwierigkeit bei all diesen Erklärungen ist, daß sie ein gewisses Maß von Souveränität in Memel voraussetzen, das aber tatsächlich nicht besteht. Memel hat nicht die

28. Artikel 22 der Völkerbundssatzung.

29. Jacob Robinson, Kommentar der Konvention über das Memelgebiet, S. 286 ff.

Eigenschaft einer Person im internationalen Recht.³⁰ Redslob³¹ und Hatschek³² bezeichnen Memel als zur Gruppe der „abhängigen Länder“ gehörig. Auch diese Ansicht würde auf dem Grundsatz beruhen müssen, daß das Memelgebiet im internationalen Recht Personen-Eigenschaft besitze.³³

Eine andere Ansicht, die oft ausgesprochen wird, ist, daß Memel ein autonomes Gebiet sei. Leisewitz sagt, daß ein autonomes Gebiet ein solches sei, das „die Fähigkeit eines nicht staatlichen Verbandes zur Regelung der eigenen Angelegenheiten durch Aufstellung von Rechtsnormen“ besitze. Memel sei ein provinzartiger Teil Litauens mit weiten Rechten der Selbstregierung und Autonomie. In den Beziehungen beider sei Litauen der Herr, müsse aber hinsichtlich der Autonomie seine internationalen Verpflichtungen achten. Gleicher Meinung wie Leisewitz ist Dörge. Hallier³⁴ sagt: „Das Memelgebiet ist ein autonomes Land, d. h. ein mit umfassendsten Zuständigkeiten in Normgebung und Normdurchsetzung ausgestatteter, wenn auch der Verfassungsautonomie entbehrender Staatsteil Litauens, dem die Kompetenzen in Unabhängigkeit von der litauischen Staatsgewalt zustehen und ihm nicht ohne seinen Willen entzogen werden können“.

Die Ansicht, daß Memel ein autonomes Gebiet ist, ist korrekt. Die Ausführungen von Punkt 2 der Note vom 16. Februar 1923 lassen sich nicht wegargumentieren, in dem gesagt wird, daß die Souveränität über Memel an Litauen übertragen werden solle unter der Bedingung, daß „eine autonome Regierung und Volksvertretung“ im Memelgebiet errichtet wird.³⁵ Artikel 2 des Abkommens beschreibt das Memelgebiet als eine „Einheit, die gesetzmäßige, juristische, verwaltungsmäßige und finanzielle Autonomie genießt“.³⁶ Die gleichen Worte sind in Artikel 1 des Statuts gebraucht. Dazu kommen die Eingangsworte des Statuts: „In Verwirklichung des weisen Entschlusses, dem Memelgebiet Autonomie zu gewähren und die überlieferten Rechte und die

30. Friesecke, S. 56—60.

31. S. 125.

32. S. 9.

33. S. 56.

34. Die Rechtslage des Memelgebiets. S. 156.

35. *Supra cit.*

36. *Supra cit.*

Kultur seiner Bewohner zu wahren...“ Sollte es weiterhin schlüssiger Beweise dafür bedürfen, daß die Mächte das Memelgebiet autonom machen wollten, so können diese in der diplomatischen Korrespondenz und den Abkommensentwürfen gefunden werden, die dem Abschluß von Abkommen und Statut vorausgingen. Für diese Ansicht finden sich in der gesamten Literatur genügend Unterstützungen. So verbreitet sich zum Beispiel Robinson darüber im einzelnen.³⁷

Im weiteren erhebt sich die Frage, was mit der Autonomie des Memelgebiets gemeint ist. Verschiedene Autoren haben die Autonomie-Bedingungen untersucht, die für die Aaland-Inseln, für Karpatho-Rußland, Ost-Karelien, Ost-Galizien, Schlesien, Katalonien, die Imbros und Tenedos aufgestellt sind.³⁸ Sie haben keine Mühe gescheut, um die Aehnlichkeiten und Unterschiede herauszufinden in der Hoffnung, dadurch die Natur des Memelstatuts zu entdecken, aber es dürfte klar sein, daß die einzige Stelle, die die Natur der Memel-Autonomie enthüllt, das Statut selbst ist. Dieses Instrument macht Memel zu einer politischen und gesetzmäßigen Einheit,³⁹ die ihre Rechte und Machtbefugnisse nicht von Litauen, sondern aus Abkommen und Statut erhält. Welche Rechte immer Litauen über Memel hat, sie stammen aus Statut, Abkommen und der Note vom 16. Februar 1923.

Trotzdem sind sich die Autoren über die Bedeutung der Memel-Autonomie nicht einig. Die ernsthaftesten Einwände erhebt Robinson, der der Meinung ist, daß die Autonomie im allgemeinen nicht als Einrichtung des internationalen Rechtes bezeichnet werden kann, sondern als ein dem Staat zustehendes öffentliches Recht. Nur ein Staat kann souverän sein, und nur ein Nicht-Staat autonom.⁴⁰ Das führt ihn zu der Warnung, nicht Autonomie mit Selbstverwaltung zu verwechseln. Diese beiden Begriffe bedeuten nicht das Gleiche, und wenn auch Memel der eine zugestanden sei, so folge nicht daraus, daß es auch den

37. *Supra cit.*

38. Robinson gibt in seinem Kommentar alle dahingehenden Bestimmungen wieder.

39. Leisewitz, S. 49.

40. Diese ganze Beweisführung findet sich im Kommentar, S. 251—267.

andern besitzen müsse. Robinson's Gedankengang stammt mehr aus seinen Schlußfolgerungen als aus dem Statut selbst. Man braucht nur das Statut zu lesen, um zu sehen, daß für das Memelgebiet die Autonomie vorgeschrieben ist. Das Statut sagt auch, wie diese Autonomie durchgeführt werden soll. Erst wo die autonomen Privilegien enden, treten die Gesetze, Verfassung und Rechte Litauens ein. Die Innehaltung der Autonomie untersteht außerdem der Garantie des Völkerbundsrates und der Großmächte. Robinson's Ansichten wären nur richtig, wenn Litauen die Memel-Autonomie zugestanden hätte, ohne damit anderen Staaten gegenüber Verpflichtungen eingegangen zu sein. Ist schon nach allgemeiner Regelung das Statut Bestandteil des internationalen Rechts,⁴¹ so ist das bestimmt im Fall von Memel richtig. Die Souveränität Litauens über Memel kann nur unter internationalen Bedingungen ausgeübt werden. Statut und Konvention müssen als zwei Teile einer Verpflichtung nach internationalem Gesetz angesehen werden.

§ 71. Zusammenfassung. Das Statut kann also als wesentlicher Bestandteil eines internationalen Abkommens angesehen werden, dessen Innehaltung durch die Großmächte und den Völkerbundsrat garantiert wird. Es bedeutet die Verfassung des Memelgebiets, dem darin die Autonomie gegeben wird, die nach internationalem Recht garantiert wird und zugleich durch besondere Inkraftsetzung in der Gesetzgebung Litauens. Die Natur der Memel-Autonomie läßt sich nur durch das Statut bestimmen.

41. Auch gegen diese Behauptung werden Zweifel erhoben, die aber hier nicht untersucht werden können.

TEIL V.

Kapitel XII.

Praktische Auswirkung des Memelstatuts bis zum heutigen Tag.

Als Instrument für sich betrachtet, erscheint das Statut vernünftig und klar, aber wie bei allen Verfassungsinstrumenten hängen Bedeutung und Wert von der Art und Weise der Auslegung ab. Es sind Teile darin enthalten, die von vornherein dunkel sind, und andere Teile, die durch das, was nicht in ihnen enthalten ist, bemerkenswert werden. Zu diesen technischen Fragen treten die nationalen Gefühle und Ideale Litauens, örtliche Widerstände gegen die Memelregierung und die Interessen der fremden Mächte, die sich mit den Memelangelegenheiten beschäftigen sollen. Das Ergebnis ist, daß alle diese Kräfte in ungeheurem Maße Leidenschaften erregen. Kaum ein Jahr ist seit der Inkraftsetzung des Statuts vergangen, ohne daß der Völkerbund nicht offiziell oder inoffiziell die Klage vernahm, daß Litauen das Statut verletze. Bei zum mindesten drei Gelegenheiten hat der Völkerbund diese Klagen in seinen offiziellen Sitzungen behandelt,¹ und 1932 wurde eine der Fragen dem Ständigen Internationalen Gerichtshof zur Rechtsprechung unterbreitet.² Es ist unmöglich, eine Darstellung dieser Klagen in allen Einzelheiten zu bringen, aber ein kurzer Ueberblick ihres Inhalts ist wesentlich für die Schlußfolgerungen im letzten Kapitel dieser Arbeit.

1. Official Journal of the League of Nations:

1925, S. 316—317.

1926, S. 1226, 1271 ff, 1424 ff, 1407, 1436.

1930, S. 1516—1538, 1618 ff.

1931, S. 232, 1131—1132, 1467—1473.

2. Publ. de la Cour per. de Justice int. Série A/B no. 49.

Die erste große Meinungsverschiedenheit betrifft die Präambel des Statuts, denn diese legt fest, daß das Memelgebiet „den Status einer autonomen Einheit“ haben soll. Es ist dies dasselbe Problem, das in Artikel 1 enthalten ist, in dem die Natur der Autonomie abgegrenzt wird. Die Debatte wird erregt über die Bedeutung des Wortes „Autonomie“. Eine Gruppe der sich damit beschäftigenden Autoren ist der Meinung, daß die Autonomie aus dem internationalen Recht erwächst,³ eine andere, daß sie aus dem „Staatsrecht“ hervorgeht.⁴ Die Meinungsverschiedenheit ist grundlegend, denn wenn Autonomie eine Einrichtung des internationalen Rechts ist, ist die Gesamtheit der Nationen rechtlich an dem Schicksal Memels sogar ohne die vorliegende Konvention interessiert. Wenn auf der andern Seite Autonomie eine Angelegenheit des Staatsrechts ist, wie die Litauer behaupten, ist die Regierung des Memelgebiets hauptsächlich eine innere Angelegenheit, und die Einmischung fremder Staaten in Memel-Angelegenheiten bedeutet eine ernste Einmischung in die inneren Angelegenheiten Litauens. Letztere Ansicht erscheint im Hinblick auf Artikel 17 des Abkommens weit hergeholt, wird aber trotzdem ernsthaft vertreten. Die Meinungsverschiedenheit trifft ins Innerste des ganzen Statuts und bezieht sich auf die „gesetzliche, juristische, verwaltungsmäßige und finanzielle Autonomie“. Ist die litauische Auffassung richtig, dann würde in der Tat das Statut zu dem Instrument werden, das es, wie Mr. Davis ausdrücklich gesagt hat, nicht ist.⁵

Eine zweite Gruppe von Klagen richtet sich gegen den laut Artikel 2 ernannten Gouverneur wegen Vernachlässigung seines Amtes. Beide Parteien stimmen darin überein, daß der Gouverneur der Vertreter der litauischen Regierung ist. Er beruft den Landtag und löst ihn auf gemäß gewissen Bedingungen, kann gegen die Gesetzgebung Einspruch erheben und ernennt den Präsidenten des Direktoriums. All dies ist im Statut vorgesehen.⁶ Die Klagen richten sich gegen die Methoden, die die verschiedenen Gouverneure bei Ausübung ihrer Verpflichtungen an-

3. A. Hesse — Mitteilung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, Heft 10, S. 41.

4. Robinson — Kommentar, S. 251.

5. Für die behaupteten Verletzungen siehe O. J. L. N., 1930, S. 1618 ff

6. Rogge, S. 270; Robinson, S. 319.

wandten. So wird u. a. darüber Klage geführt, daß der Gouverneur das Statut verletzt habe, indem er sein Recht, gegen angenommene Gesetze Einspruch zu erheben mißbrauchte,⁷ indem er sich ungesetzlich in die Tagesordnung des Landtages einmischte und, gleichfalls ungesetzlich, das Direktorium entließ. Diese Klagen sind im Falle des Gouverneurs Navakas besonders ernst, und, wie bekannt, hat im Fall Böttcher der Ständige Internationale Gerichtshof entschieden, daß der Gouverneur durch die Auflösung des Landtags seine Machtbefugnisse überschreitet. Wahrscheinlich rührt die größte Schwierigkeit daher, daß im Statut die Verpflichtungen des Gouverneurs nicht klar abgegrenzt sind. Die Litauer wollen diesem Mangel durch Ausdehnung seiner Machtbefugnisse abhelfen, während die Verteidiger der Autonomie darauf bestehen, daß jede Ausdehnung sich streng innerhalb des Statuts zu halten habe. Die Ergebnisse sind bittere Anklagen der Memelländer und seitens Litauens der erbitterte Beschluß, aus dem Gouverneur einen mächtigeren Beamten zu machen, was zweifellos zeitweise zu Verletzungen des Statuts führte, wie sich im Laufe dieser Darstellung ergab.

Der wahrscheinlich am meisten umstrittene Artikel des ganzen Statuts ist Artikel 5. Ein genaues Studium dieses Artikels allein würde verschiedene Bände füllen. Die meisten Streitigkeiten betreffen litauische Autonomie-Verletzungen hinsichtlich der religiösen Freiheit, der Erziehung, des Aufenthaltes von Ausländern in Memel, der Polizei, der Finanzen, des Gerichtswesens, womit die Liste der Klagen keineswegs erschöpft ist. Eine weitere scharfe Kritik bezieht sich auf die Folgen der Errichtung des Kriegsrechtes, das in Memel seit 1926 besteht.⁸ Schon im September 1929 gelangten an den Völkerbundsrat Klagen darüber, daß Litauen Artikel 5 des Statuts durch seine Behandlung der Versicherungs-Gesellschaften verletze, weiterhin durch Befreiung seiner eigenen Beamten von der örtlichen Besteuerung, durch Vernachlässigung genügenden Polizeischutzes und durch Behinderung der Freiheit der Ausländer, das Gebiet zu betreten oder zu verlassen.⁹ Am 28. August 1930 wurde dem

7. R. Meyer — Beschwerdeschrift, S. 124 ff.

8. Meyer, Supplement, no. 1, S. 45. Ibid., S. 131.

9. Hallier, S. 158. Wegen der litauischen Antwort siehe L. N. O. J. 1926, S. 1273 ff.

Völkerbundsrat mitgeteilt, daß der Gouverneur sein Veto-Recht benutze, um die Autonomie zu beschränken, und daß die Gerichtsverwaltung ständig Behinderungen erführe.¹⁰ Heute werden ähnliche Klagen wegen der Einmischung in Religion und Erziehung erhoben.

Es ist nicht der Zweck dieser Arbeit, die eine oder andere Seite anzuklagen oder zu verteidigen, sondern die Wahrheit kennenzulernen. Es scheint im Hinblick auf Artikel 5, daß eine große Meinungsverschiedenheit darüber besteht, (1) was Artikel 5 bedeutet, (2) wie er ausgelegt werden kann, und (3) ob seine gegenwärtige Anwendung korrekt ist oder nicht.¹¹

Artikel 6, der den örtlichen Behörden aufgibt, bei der Ausübung ihrer Machtbefugnisse im Einklang mit der litauischen Verfassung zu bleiben, soweit nicht das Statut etwas Gegenteiliges vorschreibt, macht die Litauer zur klageführenden Partei. Sie behaupten, daß die Memelregierung die Bedeutung des Wortes „Autonomie“ falsch auslegt und daher ständig versucht, Gesetze einzuführen, die nicht im Einklang mit der litauischen Verfassung stehen. Hier aber kann kein Unrecht geschehen, denn der Gouverneur besitzt ja das Veto-Recht, das er ausübt, wenn es notwendig erscheint. Wäre es nicht so, dann würde man von litauischer Seite mehr hören. Die Memelländer andererseits behaupten, daß der Gouverneur statt der im Statut vorgesehenen demokratischen Regierung eine Diktatur aufrichte.¹²

Die Auswirkung von Artikel 7, der Litauen die ausschließliche Rechtsprechung in allen nicht im Statut erwähnten Angelegenheiten zuspricht, scheint, oberflächlich betrachtet, nicht viel Möglichkeiten für Meinungsverschiedenheiten zu bieten. Die Litauer sehen es anders.¹³ Artikel 7 war vorgesehen, um einen irgendwie möglichen Konflikt zwischen der Rechtsprechung von Memel und Litauen auszuschließen. Trotzdem wird behauptet, daß Memel unter ihm aufgezwungenen russischen juristischen Maßnahmen zu leiden habe, da Litauen in seinem Charakter noch

10. Ibid., S. 168.

11. Für die Bedeutung der betreffenden Absätze des Artikels 5, siehe die entgegengesetzten Ansichten bei Rogge, S. 287 ff, und Robinson, S. 371 ff.

12. Hesse — Die Entwicklung des Privatrechts im Memelgebiet, S. 680.

13. Robinson, S. 477 ff.

immer russisch und außerdem als regierender Staat unerfahren sei, während das ganze Memelgebiet in Ursprung und Charakter deutsch ist.¹⁴ Es wird behauptet, daß Litauen Regierungsmaßnahmen ergriffe, die den Memelländern absolut fremd sind. In diesem Zusammenhang haben sich Fragen ergeben betr. den Vorrang von Gesetzen, die sich aus dem Statut, der litauischen Verfassung, der alten deutschen Reichsverfassung, der Weimarer Verfassung und den verschiedenen gesetzgebenden Akten, die im Verfolg aller dieser erlassen sind ergeben.¹⁵ Es handelt sich hier nicht um Haarspaltereien,¹⁶ wie schon aus der Tatsache ersehen werden kann, daß nirgends im Statut das Amnestierecht (power of pardon) erwähnt ist. Die Diskussion über diesen Artikel zeigt, wie schwierig die gegenwärtige Lage ist. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Litauen rechtlich, moralisch, und wie immer man will, dieses Recht besitzt, und trotzdem wird es wegen seiner Anwendung angeklagt.

Ein anderer Streitpunkt betrifft die memelländische Staatsbürgerschaft. Die Nationalitätsfragen sind im Abkommen geregelt,¹⁷ und im Verfolg der Artikel 8—10 wurde am 10. Februar 1925¹⁸ ein Optionsvertrag zwischen Deutschland und Litauen geschlossen, der den Memelländern das Recht gibt, für die deutsche Staatsbürgerschaft zu optieren. Als die Optionen stattfanden, fand Litauen Gründe zu Klagen, weil das deutsche Element im Memelgebiet gedrängt würde, für die litauische und nicht die deutsche Staatsbürgerschaft zu optieren.¹⁹ Auf diese Weise blieb das deutsche Element in Memel nach den Optionen vorherrschend. Das hat seine Wichtigkeit besonders hinsichtlich der Wahlen. Rogge führt aus, daß die Uebersetzung von Artikel 8 des Statuts ins Litauische Unruhe verursachte, weil für

14. Rogge, S. 298.

15. Zum Beispiel H. Borchert, Die wesentlichen Grundrechte der Memelländer. S. 1—12.

16. Paul Borchert. Ueber die Kompetenzabgrenzung zwischen dem Memelgebiet und Litauen.

17. Carl G. Bruns, Staatsangehörigkeitswechsel und Option im Friedensvertrage von Versailles, S. 65—67.

18. Amtsblatt, 1925, Nr. 38.

19. Siehe z. B. die Nummern der Zeitschrift „Das Memelland“ aus diesem Zeitabschnitt.

die Bestimmung der Memel-Bürgerschaft keine feststehenden Formen vorlagen.²⁰ Robinson's Antwort ist, daß es in Memel zwei Arten von Staatsbürgerschaft gibt, einmal für die ursprünglichen Einwohner, zum andern für die neu zuziehenden. Man kann ein Bürger Litauens sein, ohne Bürger Memels sein zu müssen, aber jeder Memel-Bürger ist zu gleicher Zeit ein Bürger Litauens.²¹ Er beschreibt noch andere Abwandlungen dieses Gegenstandes, sagt aber nichts über den Charakter der Staatsbürgerschaft. Die Antwort ist vollständig, soweit sie sich auf Rogge bezieht, ändert aber nichts an der Tatsache, daß noch heute, 11 Jahre nach der Errichtung des Statuts, die Angelegenheit der Memel-Bürgerschaft nicht völlig geregelt ist.

Soweit die bürgerlichen Rechte in Frage kommen, die im Artikel 9 als auf die Bürger des Memelgebietes in Litauen anwendbar erklärt werden, sind sie niemals fest umrissen worden.

Eine andere das Statut betreffende Frage bezieht sich auf die Artikel 10, 11, 12, 13 und 15. Diese betreffen die Organisation und Verfassung des Landtages. Die mannigfachen, gegen die litauischen Behörden erhobenen Anklagen sind zu zahlreich, um sie im einzelnen aufzuführen. Der Gouverneur wird beschuldigt, sein Veto-Recht so auszuüben, daß er die Gesetze für null und nichtig erklärt,²² und daß er die Gesetzgebung hindert, richtig zu arbeiten. Der Gouverneur wird weiterhin beschuldigt, die Sitzungen in ungesetzlicher Weise zu schließen²³ und seine außergewöhnliche Machtfülle dahin auswirken zu lassen, daß er regelmäßige Sitzungen einberuft und vertagt, obwohl das nicht zu seinen Funktionen gehört. In die Wahllisten haben Einmischungen stattgefunden, und es sind Abgeordnete ihres Stimmrechts beraubt worden.²⁴ Der Gouverneur hat die Einberufung von Sondersitzungen des Landtages abgelehnt, obwohl Artikel 12 ihn verpflichtet, das zu tun, wenn es von einem Drittel der Mitglieder verlangt wird.²⁵ Endlich wird darüber geklagt, daß die

20. Kommentar, S. 304.

21. Kommentar, S. 494.

22. Meyer, S. 124.

23. Meyer, S. 177—192.

24. Ibid., S. 195—196; L. N. O. J., 1930, S. 1618 ff.

25. Meyer, S. 124; L. N. O. J., 1930, S. 1618 ff.

Immunität der Mitglieder dadurch verletzt wurde, daß das Direktorium in das Hausrecht des Landtages Eingriffe verübt.²⁶ Auch ohne die Liste weiter auszudehnen, ist schon erkenntlich, daß Litauen angeklagt wird, Bedingungen in Memel hervorgerufen zu haben, die alle fünf der oben erwähnten Artikel des Statuts verletzen. In diesem Zusammenhang kann auch Artikel 16, der sich mit dem Einspruchsrecht des Gouverneurs beschäftigt, erwähnt werden, über den gleichfalls Streitigkeiten ausgebrochen sind.

Artikel 17, der sich mit dem Direktorium beschäftigt, war die Grundlage für den Fall Böttcher.²⁷ Man wird sich erinnern, daß der Ständige Internationale Gerichtshof sich weigerte, für eine Seite vollständig Partei zu ergreifen. Damit war aber die Frage nicht erledigt. Heute besteht noch wie vor dem Fall Böttcher die gleiche scharfe Meinungsverschiedenheit über die Bedeutung von Artikel 17. Ein gesetzmäßig berufenes Direktorium Schreiber ist, so wird gesagt, durch den Gouverneur auf ungesetzliche Weise entfernt worden,²⁸ und an seine Stelle wurde ein ungesetzlich zustande gekommenes Direktorium gesetzt. Die litauischen Behörden behaupten, daß sie nicht in Harmonie mit einem Direktorium arbeiten können, dem der schwierig zu behandelnde Landtag sein Vertrauen erteilt. Ihrer Meinung nach läßt Artikel 17 die klare Abgrenzung der ausführenden Gewalt vermissen; es gebe keine feste Bestimmungen für die Arbeitsweise des Direktoriums, und die ausführende Gewalt sei nicht fakultativ, sondern obligatorisch. Daher seien sie gezwungen, selbst ein Direktorium zu bilden. Bis jetzt hat sich noch keine, beide Seiten befriedigende Lösung dieser vielen Schwierigkeiten gefunden.²⁹

Auch Artikel 18 ist Gegenstand des Streits. Der Gouverneur wird beschuldigt, sich in einem solchen Grade in die Gesetzgebung einzumischen, daß er im allgemeinen und besonderen den Landtag an der Einbringung von Gesetzen gehindert hat.³⁰ Auch Artikel 19, der die Wahlen zu den Gemeinde- und Kreis-

26. Meyer, S. 199—205; L. N. O. J., 1930, S. 1618 ff.

27. Publ. of P. C. I. J., *supra cit.*

28. Meyer, S. 117.

29. Siehe Rogge, S. 336, und Robinson, S. 564.

30. Meyer, S. 124.

vertretungen betrifft, gehört zu der Liste der angefochtenen Artikel. Er war Gegenstand einer dem Völkerbund im Jahre 1930 übermittelten Klage, doch wurde über ihn nicht verhandelt, da sich ein zeitweises Einverständnis zwischen Deutschland und Litauen bildete.³¹ Die Memelländer beklagen sich darüber, daß die neuen Wahlgesetze von 1929 der Stadtbevölkerung die Ausübung des Wahlrechtes erschweren, während dies für die Landbevölkerung leichter gemacht ist.³² Der Gouverneur antwortet auf solche ihm zugehenden Proteste, daß es sich um unentschiedene Fragen handele, bei denen die von ihm eingenommene Haltung ebenso berechtigt sei wie die des Landtags.

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung (Artikel 20) ist weiterhin ein wunder Punkt. Im Memelgebiet wirken zur gleichen Zeit militärische Kräfte, geheime und ordentliche Polizei. Bittere Klagen sind gegen die litauischen Behörden erhoben worden, weil sie einmal öffentliche Versammlungen gestatten und ein anderes Mal verbieten. Studenten haben gewaltsam deutsche Schilder und Inschrift abgerissen und gefordert, daß sie durch litauische ersetzt würden. Im gegenwärtigen Augenblick ist eine Klage anhängig, in der Beamte des Landtags die Polizei beschuldigen, sie habe ihre Verpflichtung zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens bei einer offiziellen Sitzung des Komitees, das die Tagesordnung für den Landtag aufstellen wollte, verletzt. Die Liste könnte ins Endlose verlängert werden, aber die Beispiele dürften genügen, um zu zeigen, daß ernsthafte Klagen über die Nichtaufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Memelgebiet erhoben werden, und daß die Landesbehörden gehindert werden, ihrerseits die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Sicherung zu ergreifen. Auch hier sind die Litauer um Antworten nicht verlegen. Sie erwidern z. B., daß manche Versammlungen für die Sicherheit des Staates gefährlich seien, andere nicht. Die Studenten hätten nur Anordnungen befolgt, die von der Bevölkerung und den städtischen Beamten Memels mißachtet würden.

Aehnliches läßt sich sagen über die Artikel 21, 22, 23 und 24, die die Organisation der memelländischen Gerichtshöfe be-

31. L. N. O. J., 1930, S. 1618.

32. Hesse, Mitteilung, S. 49.

treffen.³³ Litauen betrachtet diese Artikel als Einschränkungen der Autonomie des Memelgebiets³⁴ und handelt dementsprechend. Das aber ist nicht die Ansicht der Verteidiger der Autonomie.

Im folgenden sollen einige der Klagen hinsichtlich dieser Artikel aufgezählt werden. (1) Ein Obertribunal, das Streitigkeiten über das Statut regeln kann, erscheint notwendig. Die Memel zugestandene Geschworenenliste beim litauischen Obergericht ist nutzlos, weil alle wichtigen Entscheidungen eine Vollsitzung des Gerichtshofes nötig machen, und das hat zur Folge, daß die Memeler Geschworenen überstimmt werden. (2) Gefangene, über die die Memeler Gerichte innerhalb der ihnen zustehenden Machtbefugnisse Urteile ausgesprochen haben, sind aus Gefängnissen Memels entführt worden.³⁵ (3) Richter sind aus ihrem Amt entlassen, obwohl ihnen im Statut lebenslängliche Anstellung zugesichert wird. (4) Nur das litauische Obergericht hat das Recht zur Rechtsprechung in Memel-Angelegenheiten erhalten, und trotzdem werden jetzt auch vor anderen litauischen Gerichten Angelegenheiten verhandelt, die allein in Memel zuständig sind. (5) Im Fühjahr 1930 wurden verschiedene Zollbeamte vor litauische Gerichte geladen, obwohl dies einen Bruch des Statuts bedeutet. Es besteht keine Notwendigkeit, diese Liste zu verlängern oder zu wiederholen, daß Litauen für jeden einzelnen Fall eine Antwort bereit hat. Es sind reichliche Beweise für die Mißverständnisse und Uneinigkeiten über die Bedeutung der Artikel 21—24 des Statuts vorhanden.³⁶

Wir kommen nun zu den Differenzen im Artikel 25. Dieser zunächst so unschuldig aussehende Artikel trat plötzlich in das Licht der Oeffentlichkeit. Als die Litauer vorschlugen, daß die für die öffentlichen Schulen Memels gültigen Schulpläne den in den litauischen Schulen benutzten nicht nachstehen dürften, stimmten die vertragschließenden Parteien zu und dachten sich

33. Hallier, S. 168 ff.; Hesse, *Gerichtsverfassung und Rechtspflege im Memelgebiet; Die Entwicklung etc.; Das Memelstatut*; Hans Borchert, *Bibliographie; Die Wesentlichen etc.*; Paul Borchert, *Über die Kompetenzabgrenzung*. — In allen diesen Veröffentlichungen finden sich Bibliographien.

34. Siehe Rogge, S. 336 ff. und Robinson, S. 607—914.

35. L. N. O. J., 1931, S. 1473 ff.

36. Siehe: *L'Année de la S. d. N.*, 1930, S. 163—164; Meyer, S. 129 und *Anhänge*. L. N. O. J., 1930, S. 1618—1633.

nichts weiteres dabei. Nun aber hat der Gouverneur sich in die Schulangelegenheiten eingemischt, um mehr litauischen Unterricht in den Memeler Schulen einzuführen. Das Direktorium Schreiber widersetzte sich diesen Maßnahmen, da es die Schulangelegenheiten rechtmäßig unter die in Artikel 5 des Statuts garantierten autonomen Rechte einreichte,³⁷ die daher abseits der Machtbefugnisse des Gouverneurs liegen. Diese Meinungsverschiedenheit führte zu der Entlassung des Direktoriums, und die Frage, welche Seite im Recht ist, bleibt noch unerledigt.

Große Bitterkeit ist wegen der Bestimmung entstanden, die beiden Sprachen die Gleichberechtigung garantiert. Schon 1926 wurde der Völkerbundsrat wegen einer Verletzung dieser Bestimmungen angerufen.³⁸ Seit dieser Zeit sind die Anschuldigungen zahlreicher geworden. Heute besteht eine große Meinungsverschiedenheit über die Auslegung des Artikels 27. Nach der Ansicht der Litauer bedeutet er, daß das Litauische in offiziellen litauischen Angelegenheiten gebraucht werden müsse. So sprechen z. B. heute die Eisenbahnangestellten ausschließlich litauisch, und die deutschen Stationsnamen sind litauisiert. Auch die Gerichtsverhandlungen sind dieser Ansicht angepaßt worden. In Angelegenheiten, die nicht offiziell litauisch, sondern von lokaler Bedeutung sind, stehen beide Sprachen in gleichem Rang. Entsprechend der litauischen Ansicht müssen alle Inschriften den litauischen Text neben dem deutschen in gleich großen Buchstaben haben. Die Litauer erklären, daß eine der beiden Sprachen benutzt werden kann. Die Masse der memelländischen Bevölkerung erhebt gegen diese Maßnahmen lauten Widerspruch mit der Behauptung, Artikel 27 bedeute, daß es jedem frei stünde, in Memel die deutsche oder litauische Sprache zu gebrauchen. Sie bestehen darauf, daß diese Freiheit sowohl für das öffentliche wie das private Leben, für offizielle wie unoffizielle Angelegenheiten Geltung habe. Wenn sie es vorziehen, einen Eisenbahnangestellten deutsch anzusprechen, habe er deutsch zu antworten, wenn er die Sprache beherrsche, und wenn er das nicht tue, habe er kein Recht, angestellt zu sein; wenn sie ein Schild mit nur deutscher Inschrift aufhängen, ist das ihre eigene Angelegen-

37. Meyer, S. 117 ff und weiterhin in den beigegebenen Dokumenten.

38. L. N. O. J., 1926, S. 1271.

heit, und wenn sie ihre Briefe in deutscher Schrift und mit deutschen Namen adressieren, so haben die Postbeamten diese Briefe zu befördern. Die Liste dieser Unrechtmäßigkeiten ist außerordentlich lang.³⁹

Die Artikel 28, 29 und 31, die sich mit den öffentlichen Beamten und Angestellten beschäftigen, haben den Gegenstand verschiedener ausgesprochener Anklagen gebildet. 1925 und 1926 wurde dem Völkerbundsrat berichtet, daß Litauen viele der alten Beamten entlassen und mit diesen Maßnahmen trotz aller Proteste fortfahre.⁴⁰ Seit dieser Zeit haben in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes von Matrosen auf Schleppschiffen bis zu Lehrern und Geistlichen Massenentlassungen stattgefunden.⁴¹ Litauen will Lehrer von auswärts nicht zulassen,⁴² und eine der ernstesten Klagen ist, daß die neuen Beamten ausschließlich aus Anhängern Litauens entnommen werden, und falls sich solche im Memelgebiet nicht finden, wird der gewünschte Typ ermutigt, von Litauen aus einzuwandern. Natürlich hat Litauen viele Gründe für die Entlassungen angegeben, von denen der hauptsächlichste ist, daß Litauen fürchtet, im öffentlichen Dienst, so bescheiden auch die Stellung sein mag, irgend jemand zu wissen, der nicht von ihm abhängt.

Die behaupteten Verletzungen der Artikel 32 und 33 sind so zahlreich, daß wiederum nur einige aufgeführt werden können. (1) Häuser seien ohne vernünftigen Grund durchsucht und Eigentum beschlagnahmt. (2) Redakteure sind ausgewiesen und eine scharfe Presse-Zensur durchgeführt. (3) Gegen öffentliche Beamte sind scharfe Disziplinarmaßnahmen ergriffen. (4) Religionsfreiheit, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit sind aufgehoben. (5) Das litauische Staatsschutzgesetz vom 8. Februar 1934 legalisiert frühere unrechtmäßige Handlungen. Seine Bestimmungen sind vage, elastisch und können in der Hand von Richtern zu Katastrophen führen.⁴³ (6) Hierzu kommen

39. Meyer, Anhänge und Seite 132.

40. L. N. O. J., 1926, S. 1271 ff.

41. Meyer, S. 121; ebenso Nachtrag 1, S. 42—43, und Anhänge; Deu, S. 48 ff.

42. Hallier, S. 158 ff.

43. Meyer faßt diese Anklagen auf Seite 124—132 und in den Anhängen zusammen.

weitere Verletzungen verschiedener Rechte, die sich auf Freiheit der Personen, Privateigentum, Postdienst, Redefreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und Wahlfreiheit beziehen.⁴⁴ Den vier Großmächten sind Beweise zu diesen Klagen zugestellt worden.

Auch Artikel 34 ist zum Zankapfel geworden. Am 2. März 1926 wurde dem Völkerbundsrat berichtet, daß Litauen die in diesem Artikel festgelegten Paß-Bestimmungen verletze.⁴⁵ Am 11. August antwortete Litauen,⁴⁶ daß es darüber mit dem Memelgebiet zu einem Uebereinkommen gelangt sei, und die Angelegenheit wurde fallen gelassen, ohne daß man bisher weiteres gehört hätte.

Am 28. August 1930 erreichte den Völkerbundsrat eine Klage wegen Artikel 35.⁴⁷ Litauen wurde beschuldigt, der im Artikel 35 niedergelegten Finanzregelung absichtlich Hindernisse in den Weg zu legen. Der Landtag rief den Völkerbund um Hilfe in dieser Angelegenheit an. Er führte aus, daß Litauen (1) ablehne, den Anteil an den Zahlungen, wie im Artikel 45 festgelegt, zu verrechnen, daß (2) Litauen die Steuern für die Gehälter litauischer Beamten, die im Memelgebiet tätig sind, nicht zahlt, und daß es (3) ohne Zustimmung Memels die Steuern im Gebiet erhöhe. Am 24. Januar 1931 gab Litauen ausweichende Antworten auf diese Beschuldigungen,⁴⁸ und am 22. Mai 1931 berichtete Braadland, daß Litauen zu einer Regelung der Angelegenheiten mit Memel kommen wolle. Sie wurde daher eine vor die Gerichte und das Sonderrégime im Lande gehörende Angelegenheit.

Wie die beiden vorhergehenden Artikel gab auch Artikel 37 Anlaß zu Ausstellungen. Heute gehört dies der Vergangenheit an, doch muß erwähnt werden, daß die Wahlen zum ersten Land-

44. H. Borchert, *Die Wesentlichen etc.*, Kap. III bis zu Ende. K. Ballerstedt, *Die evangelisch-lutherische Kirche in Litauen im Kampf um ihre Freiheit*. Siehe auch Dr. Gaigalatis *Verteidigung als Entgegnung*. Auch Hesse, *Die Entwicklung etc.*, S. 678 ff.

45. L. N. O. J., 1926, S. 1271 ff.

46. *Ibid.*, S. 1273.

47. *Ibid.*, 1930, S. 1618—1633.

48. *Ibid.*, 1931, S. 232.

tag erst 8 Wochen nach der Ratifizierung in Paris stattfanden an Stelle der vorgeschriebenen sechs.⁴⁹

Gegenwärtig hat der letzte Artikel des Statuts, Nummer 38, einen neuen Streit heraufbeschworen. Der Landtag wünscht eine Abänderung des Statuts. Im Mai 1934 begann eine Verhandlung über Artikel 25, weil man hoffte, die Lage hinsichtlich der Schulen erleichtern zu können, wenn man die Bestimmungen von Artikel 25 unter die Bedingungen von Artikel 38 einordnet. Der Gouverneur ließ daraufhin den Landtag wissen, daß er keine Aenderungen vorschlagen, sondern nur solche akzeptieren dürfe. Der Landtag lehnte eine Zustimmung hierzu ab, worauf der Gouverneur die Sitzungsperiode schloß.⁵⁰

Es dürfte nutzlos sein, weitere erhobene Klagen aufzuzählen. Jedem, der sich darüber unterrichten will, sind sie mit mehr Einzelheiten, als hier gegeben werden konnten, zugänglich.⁵¹ Nur fünf der achtunddreißig Artikel sind ernststen Bedrohungen entgangen. Artikel 3, der die Wahlen zum litauischen Seim in litauische Hände legt, gab naturgemäß den Memelländern keine Gelegenheit zur Ausübung von Rechten. Artikel 4, der auch den Abschluß von Verträgen Litauen zugesteht, ist niemals ernstlich bedroht worden, denn er betrifft eine ausschließlich litauische Angelegenheit. Der Wirtschaftsbeirat, der durch Artikel 14 festgelegt wurde, erhielt durch ihn den Charakter einer unbedeutenden beratenden Körperschaft, deren Existenz von dem Willen des Landtages abhängt, und es bestand daher kein Grund, über diesen Artikel zu streiten. Artikel 26, der sich auf die Minderheiten bezieht, ist bedroht worden, doch wurde über diese Klage durch den Völkerbundsrat hinweggegangen, weil Artikel 17 des Abkommens eine bessere Grundlage bot. Außerdem befindet sich zweifellos das deutsche Element im Memelgebiet in der Mehrheit, und Artikel 26 ist daher bedeutungslos. Artikel 36, der die Gleichheit der Tarife vorsieht, ist bis jetzt der mißbräuchlichen Anwendung oder Verletzung entgangen.

49. Rogge, S. 406; Robinson, S. 83; ABl. 1925, S. 866, 905, 928.

50. Meyer, S. 124 ff, nebst Anhängen.

51. Brönnert-Höpfner, *Die Leiden; Das Memelland; Deu; und das Memeler Dampfboot* zum Beispiel.

Die Häufigkeit von Klagen ist Staunen erregend. Jeder einzige Artikel mit Ausnahme der letzten fünf ist oder war umstritten. Man kann daher nicht länger von einer irrtümlichen Auslegung einzelner Artikel sprechen. Das ganze Abkommen mit seinen drei Anhängen ist bedroht. Ob Litauen im Recht oder Unrecht ist, trifft nur die Außenseite des Problems. Es sind so viele feindselige Gefühle erregt, daß etwas geschehen muß.

Schlußfolgerung.

Die Lage im Memelgebiet ist ernst und eine Heilung notwendig, und diese muß auch eine endgültige Klärung darüber einschließen, ob die verschiedenen Parteien ein wirkliches oder nur vorgegebenes Interesse an dem Gebiet nehmen. Das letzte Kapitel hat genügend Beweise dafür angeführt, daß nicht nur die rechtliche, sondern auch die politische Seite des Problems einer Besserung bedarf. Die Anklage, daß Litauen die Autonomie-Bestimmungen verletze, trifft in das Herz des Statuts.

Jeder Versuch, die Lage in Memel zu bereinigen, muß von Anfang an folgende Dinge berücksichtigen: Die Frage ist nicht, wie Litauen die Souveränität über Memel erhielt, sondern eher, wie Litauen, nachdem es die Souveränität übertragen erhielt, diese zu handhaben berechtigt ist. Es ist nicht so sehr eine Frage der Vergangenheit als die, wie man mit dem Problem fertig werden kann, nachdem es nun einmal da ist. Es ist nicht die Zeit zu Anschuldigungen wegen der Vergangenheit, sondern für völlige Heilungen von Mißständen in der Gegenwart und deren Wiederholungen in der Zukunft.

Entweder hat Litauen freie Hand in Memel und das Recht, das Statut nach seinem Wunsche zu ändern. In diesem Falle würden alle außenstehenden Mächte bei dem Versuch, gemäß Artikel 17 des Abkommens Einspruch zu erheben, als unberufene Mitsprecher in litauischen Angelegenheiten anzusehen sein. Oder das Statut muß andererseits als ein internationales Instrument betrachtet werden, durch das dem Memelgebiet die ständige Autonomie verliehen ist, und dann haben die vier Signatarmächte und jedes Mitglied des Völkerbundsrates das Recht, auf ihrer Innehaltung zu bestehen.

Wenn die zweite hier umrissene Sachlage die richtige ist, dann ist das Statut in beklagenswerter Weise verletzt worden, und es müssen Aenderungen der jetzigen Zustände vorgenommen werden. Dafür ist es äußerst wichtig, daß die Natur der gegebenen Garantie klar umgrenzt wird. Eine der größten Schwierigkeiten ist gegenwärtig, daß trotz aller Darlegungen, daß die Signatarmächte die Freiheit haben, auf die Innehaltung des Statuts zu achten, kein Weg zu sehen ist, auf dem diese Bestimmungen durchgesetzt werden können. Der Hauptgrund dafür ist, daß die Garantie Gegenstand politischer Kapricen war, und daß sie daher in schwierigen Situationen versagt.

Als Deutschland den Völkerbund verließ, verloren die Memelländer eine Stütze im Völkerbundsrat. Vom Memelgebiet aus gesehen, war das Resultat äußerst gefährlich, weil Litauen dadurch seinen Willen ungehindert befolgen konnte. Das weit entfernt liegende Japan war uninteressiert, Frankreich begünstigte Litauen als wesentliches Glied in seiner diplomatischen Kette und erhob deswegen keine Einsprüche, Italien fühlte sich durch die baltischen Angelegenheiten oder das Schicksal des Memelgebietes nicht betroffen, und England blieb die einzige der vier Signatarmächte, der es oblag, über die Innehaltung der Autonomie zu wachen. Die englischen Interventionen geschahen nur mit halbem Herzen und hingen von der diplomatischen und politischen Lage in der Welt ab. Alle anderen Mitglieder des Völkerbundsrates haben sich sorgfältig von den Memel-Angelegenheiten ferngehalten. Dadurch war es den Litauern möglich, ihre Politik mit Entschiedenheit zu verfolgen. Litauen ist beschuldigt worden, seine schlimmsten Eingriffe in die „Rechte der Memelländer“¹ dann vorzunehmen, wenn die politischen Bedingungen in der Welt ihm für einen Erfolg besonders günstig erschienen.

Es ist unwichtig, ob diese Beschuldigungen zu Recht oder zu Unrecht erhoben werden. Auf alle Fälle ist es erwiesen, daß es einen ernsthaften Fehler bedeutet, die Garantie in die Hand eines einzelnen Staates zu legen. Es wird immer eine Zeit kommen, wo auch der größte Staat keine Handlungsfreiheit hat,

1. Reinhold Pregel, *Litauische Willkürherrschaft im Memelgebiet*.

und in diesem Augenblick kann viel Unheil angerichtet werden. Es muß daher eine Lösung auf rechtlicher Basis gesucht werden, damit sie von politischen Erwägungen unabhängig bleibt.

Zu allen gegenwärtigen Schwierigkeiten mit Statut und Abkommen tritt die Tatsache, daß beide so abgefaßt sind, daß erst, nachdem eine Schädigung eingetreten ist, ein Hilferuf erfolgen kann. Jede neue Regelung müßte daher einen unmittelbaren Weg vorsehen, durch den beabsichtigte Beeinträchtigungen der autonomen Rechte verhindert werden können, und wenn sich über eine schon geschehene Tatsache ein Streit erhebt, muß Vorsorge getroffen werden, daß eine schnelle Entscheidung erfolgt. Oftmals ist vorgeschlagen worden, daß die Einsetzung eines internationalen Unparteiischen, wie in Danzig, die Lösung der Frage bedeuten würde. Gegen eine solche Maßnahme gibt es Einwendungen, von denen nicht die geringste ist, daß Litauen die Souveränität über das Memelgebiet besitzt, während es sich bei Danzig um eine Freie Stadt unter der Oberaufsicht des Völkerbundes handelt. Andererseits würde für einen solchen Beamten sprechen, daß er, besonders wenn er am Ort seinen Wohnsitz hat, jeder Situation schon bei ihrem Entstehen begegnen kann.

Die Garantie der Memel-Autonomie ist deswegen so unbefriedigend, weil sie nur eine moralische Verpflichtung des Völkerbundsrates und der Signatarmächte darstellt. Zunächst war von den Mächten beabsichtigt, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Autonomie dem Völkerbundsrat zu übertragen. Litauen dagegen drängte erfolgreich die Mächte in den zu nichts verpflichtenden Artikel 17 des Abkommens, der zwar die Intervention erlaubt, aber nicht vorschreibt. Wenn auch unbestreitbar aus der Anwendung von Artikel 17 schon Gutes entstanden ist, so ist er doch, vom litauischen Standpunkt aus gesehen, mehr ein Mittel zur Anreizung als zur Milderung. Die Memelländer betrachten ihn als Schwäche. Er kann so ausgelegt werden, daß die Mächte, falls sie die Aufgabe als Garanten der Memelautonomie lästig finden, diese Aufgabe ganz einfach dem Völkerbundsrat zuschieben können, der damit die Verantwortung für die Innehaltung des Statuts erhält.

Man darf aber auch nicht glauben, daß Litauen das Statut völlig nach seinem Geschmack findet. Die beschränkte Souveränität über ein Gebiet ist im besten Falle unbefriedigend, und im Memelgebiet trifft das besonders zu. Trotz der Behauptung, daß ein großer Teil der Memel-Bevölkerung litauisch sei, macht Litauen gerade mit dieser Bevölkerung Schwierigkeiten durch. In den Wahlen hat sie sich energisch gegen den Gouverneur und seine Anhänger ausgesprochen. Der Landtag hat sich ständig geweigert, den vom Gouverneur ernannten Direktorien sein Vertrauen zu erteilen. Ueber hundert Memelländer, gegen die kürzlich ein Landesverratsprozeß durchgeführt wurde, sind von einem Kriegsgericht verrurteilt worden, und so gibt es noch eine Fülle von Vorkommnissen, die einen absoluten Mangel an Verständnis und Zusammenarbeit zwischen den Memelländern und den Litauern aufweisen.

Wer subjektiv in diese Streitigkeiten verwickelt wird, findet schließlich immer Gründe für die Beschuldigung der andern Seite, daß sie schlechten Willen zeige, Unterdrückungs- und verräterische Maßnahmen anwende. Der Grund ist, daß es zwei durchaus verschiedene Auffassungen darüber gibt, was die litauische Politik in Memel sein soll. Eine Auffassung ist die der Litauer, die das Statut nur als ein Uebergangsstadium ansieht, in dem Memel von durchaus deutschem Besitz zu durchaus litauischem Besitz gemacht werden soll. Die andere Auffassung ist die, daß die Autonomie im Memelgebiet eingeführt sei, um der Bevölkerung des Gebietes den Gebrauch ihrer Sprache und die Ausübung ihrer Religion, Kultur und anderer Rechte zu erhalten. Wie schon gesagt wurde, gab es zwischen den Verfechtern der beiden Gesichtspunkte niemals eine Uebereinstimmung der Meinungen, nicht einmal das Zustandekommen eines Kompromisses. In gewissem Sinne kann jede Seite ihre Handlungen als berechtigt nachweisen, eine Tatsache, die keine der Parteien der andern zugestehen wird. Litauen, das nun einmal im Besitz des Memelgebietes ist, hat nicht gezögert, seine ursprünglich beabsichtigte Politik in die Tat umzusetzen, und daher sind alle Schwierigkeiten entstanden. Es muß nachdrücklich gesagt werden, daß jede für das Memelgebiet beabsichtigte Neuordnung von einem wirklichen Uebereinkommen abhängen muß, damit ein Abkommen

nicht nur den Worten, sondern auch dem Geiste nach in Kraft treten kann.

Für die Besserung der Lage sind viele Vorschläge gemacht worden. Litauen würde es am liebsten sehen, wenn sich die Mächte ganz zurückzögen und ihm überließen, die Litauisierung des Gebiets zu vollenden. Die Memelländer wünschen, wie sie es immer getan haben, mit Ausnahme einer kleinen Minderheit eine Abstimmung. Deutschland würde natürlich gern das Memelgebiet wiedergewinnen und hätte keine Bedenken gegen eine Abstimmung, da es weiß, daß die Mehrheit für Deutschland stimmen würde. Wird eine Abstimmung versagt, dann fordern sowohl Deutschland wie die Memelländer strengste Innehaltung des Statuts und der Autonomie. Ein anderer Vorschlag geht dahin, daß der Völkerbund die Kontrolle über das Gebiet erhält und England der Garant für die Innehaltung der Autonomie wird.

Keiner der bisher vorgeschlagenen Pläne ist ohne Bedenken. Selbst die Abänderung des Abkommens kommt nicht in Frage, denn es sind keine Handhaben für eine solche Abänderung vorgesehen. Es ist bemerkenswert, daß sich in allen drei Anhängen des Abkommens Artikel finden, die eine Abänderung dieser Anhänge gestatten. Die Auslassung einer solchen Bestimmung im Abkommen muß daher beabsichtigt gewesen sein, während man geglaubt hat, daß die Anhänge mit der Zeit einer Abänderung bedürfen werden. Das Statut selbst kann durch ein gemeinsames Verfahren, an dem Memel und Litauen beteiligt sind, abgeändert werden. Heute allerdings sind sich die verantwortlichen Stellen in Memel und Litauen über die Bedeutung dieses Artikels nicht einig. Durch Litauen ist ein Sondergericht zur Behandlung gerade dieser Fragen geschaffen worden, aber auch hier bestehen ernste Zweifel über die Gültigkeit der Entscheidungen dieses Tribunals, in dem Litauen zugleich Partei und Richter ist. Daher bietet auch diese Einrichtung keine Hoffnungen.

Unter diesen Umständen ist der logische und vernünftige Ausweg ein Appell an den Völkerbund auf Anwendung des Artikels 19 der Völkerbundssatzung. Dieser Artikel lautet:

„Die Bundesversammlung kann von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationalen Verhältnisse auffordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte.“

Das ganze Memel-Abkommen und das Statut sollten überprüft werden. Würde eine solche Aktion erfolgen, dann täte Deutschland gut daran, wieder in den Völkerbund einzutreten. Sollte es aber nicht wieder ein Mitglied des Völkerbundes werden, dann müßte es eingeladen werden, an der Ueberprüfung des Abkommens und seiner Anhänge teilzunehmen, denn jede Regelung der Memelangelegenheiten ohne Deutschland ist nutzlos. Durch die lange geschichtliche Verbindung mit dem Memelgebiet, die Natur von dessen Bevölkerung und die Kultur dieses Gebiets nimmt Deutschland in dieser komplizierten Angelegenheit eine Stellung ein, wie sie kein anderer Staat besitzt.

Kein anderes territoriales Problem bedarf heute so sehr einer ehrlichen und unverzüglichen Prüfung wie die Memelfrage. Entweder muß die Autonomie und mit ihr die Kultur Memels aufrechterhalten werden, oder die Signatarmächte müssen eine gesetzliche Regelung für die Abänderung der Autonomie schaffen. Wenn man die Fortdauer der gegenwärtigen Situation gestattet, bedeutet das die Herbeiführung von Krieg im Nordosten Europas.

Bibliographie.

Dokumente und Quellen erster Art.

- Amtsblatt des Memelgebietes. Von 1920 bis zum heutigen Tag.
L'Année de la Société des Nations. Geneva. Section d'Information.
Secrétaire de la Société des Nations. Besonders für die Jahre, in denen die Memelfrage vor den Völkerbundsrat kam.
Bericht der Handelskammer für das Memelgebiet über das Jahr 1925 und folgende. Veröffentlicht durch F. W. Siebert in Memel.
Das deutsche Weißbuch über die Schuld am Kriege mit der Denkschrift der deutschen Viererkommission zum Schuldbericht der Alliierten und Assoziierten Mächte. Charlottenburg, 1919.
Dokumente. Sammlung von 1933 veröffentlichten Dokumenten, die sich auf die Entscheidung über Memel-Angelegenheiten vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof beziehen.
Die Durchführung des Versailler Vertrags, vom 10. Januar 1920 bis zum 10. Januar 1922. Berlin, 1922. Reichsdruckerei.
Die Erfüllung des Vertrages von Versailles durch Deutschland bis zum 1. April 1921. Deut. Aus. Amt. April 1921, Reichsdruckerei.
Flugschrift. 1757.288. Staatsbibliothek in Berlin. Lisbos. MDCCLVII.
Haushaltsplan der Stadt Memel für 1908 und alle Jahre bis 1931. Für 1914 ist kein Haushaltsplan erhältlich. Maschinengeschriebene Uebersichten für 1915—1917 finden sich in der Staatsbibliothek Berlin.
Siebert in Memel veröffentlichte die gedruckten Pläne.
League of Nations Official Journal. 1925, 1926, 1927, 1930, 1931, 1932, 1933.
Materialien betreffend die Friedensverhandlungen. Charlottenburg, 1919.
Publications de la Cour Permanente de Justice internationale. Série A/B no. 49.
Question de Memel. Documents Diplomatiques. Kaunas, 1923.
The Question of Memel. Diplomatic and other Documents from the Versailles Peace Conference till the Reference of the Question by the Conference of Ambassadors to the Council of the League of Nations (1919—1923). Including Historical Sketches of the Memel Region and other Introductory Statements. By Lith. Info. Bureau. Eyre and Spottiswoode, Ltd. 1924.
Le Statut du Territoire de Memel. Publ. de la S. d. N. 22. Mar. 1924. Genève. C. 159. M. 39. 1924.
Versailler Vertrag. Der deutsche Text befindet sich neben dem französischen und englischen im Friedensvertrag mit Karten usw., Sonderdruck der Nr. 140 des Reichsgesetzblattes von 1919, pp. 687—1350.

Quellen zweiten Ranges.

- Arvydas, A.: Das Memelland, ist es wirklich deutsches Land?
„Spauda Fondas“. Kaunas 1934.
Baker, Ray Stannard: Woodrow Wilson and the World Settlement.
Doubleday, Page and Company. New York, 1923.

- Ballerstedt, K.:** Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Litauen im Kampf um ihre Freiheit. Verl. des Centralvorstandes des Evangelischen Vereins Gustav Adolf Stiftung. Leipzig, 1928.
- Behrendt, Kurt:** Die Memelfrage. Werkbund-Druckerei. Würzburg, 1930.
- Beheim-Schwarzbach, Max:** Hohenzollernsche Colonisationen. Duncker und Humblodt. Leipzig, 1874.
- Bertin, Felix:** Het Gebied van Memel aan de Oostzee. Memel, 1926.
- Bögholm, Karl:** Von Wilna bis Memel. Danziger Gesellschaft. Danzig, 1928.
- Boehm, Max Hildebert:** Europa Irredenta. Eine Einführung in das Nationalitätenproblem der Gegenwart. Verl. Reimar Hobbing, Berlin, 1925.
- Borchardt, Felix:** Memel. Abschnitt 3 von Teil 4 des III. Bandes „Zehn Jahre Versailles“. Brückenverlag. Berlin, 1930.
- Borchert, Hans:** Die wesentlichen Grundrechte der Memelländer. In: Dis. Leipzig. Louis Seidel Nachf. 1931.
- Borchert, Paul:** Ueber die Kompetenzabgrenzung zwischen dem Memelgebiet und Litauen auf dem Gebiete des Strafrechts in Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit. Univ. Verl. Robert Noske. Leipzig, 1933.
- Braun, Gustav:** Mitteleuropa und seine Grenzmarken. Ein Hilfsbuch für geographische Studien und Excursionen. Verl. von Quelle und Meyer. Leipzig, 1917.
- Brönnner-Hoepfner, Elisabeth:** Geschichten aus dem Memelland. Verl. Deutsch-Litauischer Memellandbund. Berlin, 1922.
- Die Leiden des Memelgebiets. Memelland Verl. Berlin-Nowawes.
- Dawson, William Harbutt:** Germany under the Treaty. George Allen and Unwin Ltd. London, 1933.
- Deu, Fred-Hermann:** Das Schicksal des deutschen Memelgebietes, seine wirtschaftliche und politische Entwicklung seit der Revolution. Verl. der Neuen Gesellschaft. Berlin-Hessenwinckel, 1927.
- Dix, Arthur:** Politische Geographie, Weltpolitisches Handbuch. München und Berlin. Verlag R. Oldenbourg, 1922.
- Donald, Sir Robert:** The Polish Corridor and the Consequences. Thornton Butterworth, Ltd. London. Date not given.
- Ebray, A.:** Der unsaubere Frieden. Verl. für Kulturpolitik. Berlin, 1925.
- Fontes Juris Gentium, A. II. 1:** Entscheidungen des Reichsgerichts in völkerrechtlichen Fragen, 1879—1929. 1931, S. 125, no. 308—20. 2. 1924 (76/23).
- Forstreuter, Kurt:** Die Memel als Handelsstraße Preußens nach Osten. Gräfe und Unzer. Königsberg.
- Friesecke, Ernst:** Das Memelgebiet. Eine völkerrechtsgeschichtliche und politische Studie. Tübinger Abhandlungen zum öffentlichen Recht. Verl. Ferdinand Enke. 13. Heft. Stuttgart, 1928.
- Gaigalatis, W.:** Die evangelisch-lutherische Kirche in Litauen, ihre Nöte und Kämpfe im Zeitraum von 1925 bis 1929. Kommissionsverl. der „Sandora“ Buchhandlung. Memel, 1929.
- Gaigalatis, W.:** Litauen, das besetzte Gebiet, sein Volk und dessen geistige Strömungen. Frankfurter Vereinsdruckerei. Frankfurt 1917.

- Ganßs, J.: Das Memelland. Taschenbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Heft 1^a. a. Deutscher Schutzbund Verl. Berlin, 1929.
- Die völkischen Verhältnisse des Memellandes. (Veröff. d. Geogr. Inst. d. Univ. Königsberg. Außer der Reihe). Berlin-Nowawes, Memelland Verl. 1925.
- Grigat, Martin: Die Memelniederung. Gräfe und Unzer. Königsberg, 1931. Phil. Fakultät — Albertus Universität Königsberg, 1930.
- Hahn, Oscar: Aus Altpreußens Vergangenheit. Kurzgefaßte Geschichte der Provinzen Ost- und Westpreußen. Gebrüder Böhm. Kattowitz, 1910.
- Hallier, Joachim: Die Rechtslage des Memelgebiets. Eine völker- und staatsrechtliche Untersuchung der Memelkonvention. Univ. Verl. Robert Noske. Leipzig, 1933.
- Harich, Walter: Das Ostproblem. C. H. Beck, München, 1922.
- Hatton, A. and Kellor, F.: Security against War. Vol. 1. Chap. XII. pp. 264—283. New York, Macmillan, 1924.
- Hesse, Albert: Der deutsche Osten unter dem Frieden von Versailles. Breslau, 1931.
- Die Entwicklung des Privatrechts im Memelgebiet. Zeitschrift für Ausländisches und Internationales Privatrecht. I. Jahrgang, Heft 5/6. 1927.
- Das Memelstatut. Mitteilung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht. Heft 10. 1930.
- Hold, Alexander, Ferneck: Lehrbuch des Völkerrechts. Felix Meiner Verl. Leipzig, 1932.
- Jahn, Louis: Memel als Hafen- und Handelsstadt, (1913—1922). Gustav Fischer. Jena. 1926.
- Janz, Friedrich: Die Entstehung des Memelgebiets — zugleich ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Versailler Vertrags. Schriften zu Politik und öffentlichem Recht Mittel- und Osteuropas. Bd. 1. Edwin Runge. Berlin-Lichterfelde, 1928.
- Jellinek, Georg: Allgemeine Staatslehre. 3. Auflage. Julius Springer. Berlin, 1929.
- Karge, P.: Die Litauerfrage in Altpreußen in geschichtlicher Beleuchtung, Königsberg, 1925.
- Katschinski, K.: Offener Brief an die ostpreußischen Landbewohner. Krausenecks Verl. Gumbinnen, 1917.
- Katschinski, Alfred: Das Schicksal des Memellandes. Eine vergleichende und zusammenfassende Heimatgeschichte. Selbstverlag des Memelgau-Bundes. Tilsit, 1923.
- Kjellen, Rudolf: Der Staat als Lebensform. S. Hirzel. Leipzig, 1917.
- Studien zur Weltkrise. Hugo Bruckmann. München, 1917.
- Korostowetz, W. K.: The Re-Birth of Poland. Geoffrey Bles. London, 1928.
- Langhans, P.: Deutsche und Litauer im Memelgebiet. Petermanns Geographische Mitteilungen, 1921.
- The League of Nations Year Book, 1933. 2nd ann. ed., edited by Judith Jackson and Stephen King-Hall.
- von Leers, Johann: Memelland. Frz. Eher Nachf. München, 1932.

- Leisewitz, Georg: Die völkerrechtliche Stellung des Memelgebietes. Inaug. diss. Buchdruckerei Fritz und Rappert. Ochsenfurt a. Main, 1933.
- Löb, Leopold: Die Staatsrechtliche Stellung des Memelgebietes. Carl Hinstorffs Hofbuchdruckerei. Rostock, 1933.
- Lohmeyer, Karl: Geschichte von Ost- und Westpreußen. Friedrich Andreas Perthes. Gotha, 1881.
- Memorandum on the Memel Question. Eyre and Spottiswoode, Ltd. London.
- Meyer, Richard: Beschwerdeschrift (ohne Titel) an die Mächte in Genf, 14. September 1934. Verlag oder Datum nicht angegeben. Ebenso verschiedene Ergänzungen in gedruckter oder maschinengeschriebener Form zu Ende des Jahres 1934 und fortgesetzt bis zur Gegenwart.
- Meyer, Richard: Heimatkunde des Memelgebiets. Robert Schmidt Buchhandlung, Memel, 1922.
- Der mißglückte Hilfsversuch der Garantiemächte des Memelgebiets 1932 im Haag. Memelland Verl. Berlin-Nowawes, 1932.
- Morley, Felix: The Society of Nations, its Organization and Constitutional Development. Brookings Institution. Washington, 1932.
- Mortensen, Gertrud, geb. Heinrich: Beiträge zu den Nationalitäten- und Siedlungsverhältnissen von Preußisch-Litauen. Memelland Verl. Berlin-Nowawes, 1927.
- Nagel, Ferdinand: Die Ostlandwanderung der Deutschen. Deutsche Landbuchhandlung, G. m. b. H. Berlin, 1918.
- Niepmann, Emil: Edward Rotherts Karten und Skizzen aus der Geschichte des Mittelalters. II. Auflage. Düsseldorf, 1930.
- Nüse, Karl Heinz: Litauen und Memelland. Schöneberg, 1932.
- Penck, Albrecht: Politisch-Geographische Lehren des Krieges. E. S. Mittler u. Sohn. Berlin, 1915.
- Pregel, Reinhold: Die litauische Willkürherrschaft im Memelgebiet. Grenze und Ausland. Berlin, 1934.
- Das Kownoer Bluturteil, Grenze und Ausland, Berlin, 1935.
- Propyläen-Weltgeschichte. Das Zeitalter des Imperialismus. Berlin 1933.
- Ratzel, Friedrich: Politische Geographie oder die Geographie der Staaten des Verkehrs und des Krieges. R. Oldenbourg, München und Berlin. 1903.
- Robinson, Jacob: Kommentar der Konvention über das Memelgebiet. Verl. „Spaudos Fondas“. Kaunas, 1934.
- Rogge, Albrecht: Die Verfassung des Memelgebiets, ein Kommentar zur Memelkonvention. Deutsche Rundschau G. m. b. H., Berlin, 1928.
- Schierenberg: Die Memelfrage als Randstaatenproblem. (Bücher der Grenzlande, Bd. I.) Berlin-Grunewald, 1925.
- Schätzkel, Walter: Der Wechsel der Staatsangehörigkeit. Georg Stilke. Berlin, 1921.
- Scriptores Rerum Prussicarum. Die Geschichtsquellen der Preussischen Vorzeit bis zum Untergange der Ordensherrschaft. Herausgegeben von Dr. Theodor Hirsch, Dr. Max Töppen und Dr. Ernst Strehlke. S. Hirzel. Leipzig, 1861.
- Schücking, Kraus, Rödiger: Kommentar zum Friedensvertrage. Franz Vahlen. Berlin, 1920.

- Schücking, Walther und Wehberg, Hans: Die Satzung des Völkerbundes (Kommentiert). 2. Auflage. Franz Vahlen. Berlin, 1924.
- Sebicht, Richard: Unsere Mittelalterliche Ostmarkenpolitik. Ferdinand Hirt. Breslau, 1910.
- Sembritzki, Johannes: Geschichte der königlich Preußischen See- und Handelsstadt Memel. Memeler Dampfboot Akt. Ges. Memel, 1926.
- Smetona, A.: Die Litauische Frage. Berlin, 1917.
- Sochaczewer, Ludwig: Memel, der Hafen von Litauen. Goeddecke u. Gallinek. Berlin, 1918.
- Staniewicz, W.: Sprawa Klajpedj. Materjaly do Sprawy Litewskiej. (WILBI) Wydawnictwo. Wilno, 1924.
- Stegemann, Hermann: Geschichte des Krieges. Deutsche Verlags-Anstalt. Stuttgart und Berlin. 1919.
- Strupp, Karl: Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie. Walther de Gruyter & Co. Berlin und Leipzig, 1925. Memel-Artikel von Schätzel.
- Sturm, Walther: Das Deutschtum in Litauen. Taschenbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Deutscher Schutzbund-Verl. Berlin 1930.
- Die Tätigkeit des Völkerbundes. Dezember 1933.
- Temperley, H. W. V.: A History of the Peace Conference of Paris. vol. II, Settlement with Germany. Publ. Inst. of Int. Aff. London, Oxford Univ. Press. pp. 290—291, 364, 382—383, 391.
- Töppen, M.: Geschichte der Preußischen Historiographie von P. v. Dusborg bis auf K. Schütz. Verl. Wilhelm Hertz. Berlin, 1853.
- Treitschke, Heinrich von: Historische und Politische Aufsätze. Fünfte vermehrte Auflage. S. Hirzel, Leipzig, 1886. Essay: Das Deutsche Ordensland Preußen. Band 2. S. 1—76.
- Vydūnas, W. St.: Litauen in Vergangenheit und Gegenwart. „Lituania“ Verl. Tilsit, 1916.
- Siebenhundert Jahre deutsch-litauischer Beziehungen. Rūta Verlag. Tilsit, 1932.
- Weber, Lothar: Preußen vor 500 Jahren in kulturhistorischer, statistischer und militärischer Beziehung nebst Special-Geographie — Danzig. Theodor Bertling. 1878.
- Wendenburg, Walther und Lange, Hans Friedrich: Die Memelfrage Georg Stilke. Berlin, 1921.

Artikel.

- Bezenberger, Adalbert: Die litauisch-preußische Grenze — Altpreussische Monatsschrift, 1882. S. ztg — 655, N. 19.
- Blociszewski, J.: L'Affaire de Memel. La Décision de la Conférence des Ambassadeurs du 16 Février 1923. Revue Générale de Droit international Public. 29. 30. 1923, S. 143.
- Boehmert: Zum Memel Urteil. Deutsche Juristenzeitung, 1932. Heft 7; S. S. 1099—1102.
- Craemer, Rudolf: Juristische Vorwände und politische Hintergründe der litauischen Gewaltherrschaft. Deutsche Juristenzeitung, 1935, Heft 8; S. S. 449—460.
- Deutsche Juristenzeitung, 1926, S. 354. Es finden sich zerstreut Notizen über die Memelfrage in verschiedenen Nummern dieser Veröffentlichung.

- Gade, John A.: The Memel Controversy. Foreign Affairs. vol. 2, no. 3; S. S. 410—420. March. 15, 1924.
- Germania, 4. März, 1922. No. 145. S. 1. Der Parteikampf im Memelland.
- Gross, Leo: Der Memel-Fall. Eine kritische Darstellung der Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes. Zeitschrift für Politik, 1922. Bd. 22. Berlin. S. S. 518—532.
- Hesse, Anton: Gerichtsverfassung und Rechtsgang im Memelgebiet. Ostrecht, 3. Jahrgang. Jan. bis März 1927. S. S. 269—277; 310—312.
- Die Memelfrage als wirtschaftliches, politisches und völkerrechtliches Problem. Zeitschrift für Politik. 1932, No. 21, S. S. 24 ff.
- Juristische Rundschau: Deutsche Juristen-Zeitung, 1932. Heft 17/18. S. 1124.
- Lémonon, Ernst: Le Slesvig, Dantzig et Memel depuis la Guerre. Revue Politique et Parlementaire. No. 128, 1926. S. S. 424—438.
- Freitagsh-Loringhoven, Frhr. von: Memel. Deutsche Juristen-Zeitung. 1935. Heft 4, S. S. 193, 198.
- Lutterloh, Die Rechtspflege im Memelgebiet. Deutsche Juristenzeitung. 1921. Heft 3/4. S. 107—111.
- Das Memelland. Nummer 1, 10. Februar 1924, bis zum heutigen Tag.
- Meyer, Th.: Die Staatsangehörigkeit der Memelländer. Staats- und Selbstverwaltung. No. 20, 6. Jhrg. 1925, S. S. 611—612.
- Mortensen, H.: Die Nationalitätengrenze zwischen Alt-Preußen und Litauen. Zeitschrift d. Gesellschaft f. Erdkunde. Berlin, 1922. S. S. 53—56.
- Osteuropa. 2. Jhrg. 1926/1927. S. S. 120, 122, 219, 574.
- Plümcke: Die Gesetzgebende Gewalt im Memelgebiet. Ostrecht 2. Jhrg. 1926, S. S. 522—542; 574.
- The Rape of Memel. By a Correspondent. English Foreign Affairs. June 1923 S. S. 259 ff.
- Roeckner: Die Rechtslage im Memelkonflikt. Deutsche Juristenzeitung. 1932. Heft 7; S. S. 442—448.
- Scherliess: Memelgebiet. Das Recht der ehemals deutschen Gebiete. Juristische Wochenschrift. 54. Jhrg. 1925, Heft 11. S. S. 1223—1227.
- Schneiderei, Rudolf: Der Bruch der Verfassung des Memelgebiets durch Litauen. Zeitschrift für Politik. 22. Bd. 1933, Berlin. S. 112.
- Sembritzki, John: Adel und Bürgerstand in und um Memel. II. Genealogische Nachrichten auf Grund der Kirchenbücher-Forschung. Altpreußische Monatsschrift. Bd. 42, 1905, S. S. 538—557. Teil I erschien 1901.

Encyclopädien.

- Brockhaus, Handbuch des Wissens in vier Bänden (3. Bd.) Leipzig, 1923. F. A. Brockhaus. Art. Memel.
- Dictionnaire Diplomatic, A. F. Frangulis, Académie Diplomatique Internationale. vol. II pp. 61—70. Art. Memel by Camille Piccioni. Paris.
- The Encyclopedia Americana. vol. 18, S. 612, Art. Memel, Annexiaux Corp. Chicago. 1928.
- Encyclopedi Britannica, vol 24, p. 47. with map. The Encyclopedia Britannica Co. Ltd. London, 1929.

- Großes Universal Lexikon. Bd. 20. S. 577 und 578. Art. Memel. Johann Heinrich Zedler. Halle und Leipzig, 1739.
- Meyers Lexikon. 7. Auflage, 8. Band. Bibliographisches Institut. Art. Memelgebiet und Memelkonvention. S. 220—222. Leipzig, 1928.
- Oestergaards Lexicon. P. J. Oestergaard. Berlin, 1934. Bd. 13, Art. Memel, Memelland, Memelkonvention, Memelgebiet, S. S. 743—747.
- Statesman's Yearbook. 1934. S. 1101.

DATE DUE

APR 9 - '73

GAYLORD

PRINTED IN U.S.A.

D 1 .H5 no.297



3 8198 311 853 673

Staat und Kirche vom Untergang Ul main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D 1 .H5 no.298



3 8198 311 853 681

Studien zur Geschichte des deu Ul main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D 1 .H5 no.299



3 8198 311 853 749

Frankreich und die orientalische Ul main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D 1 .H5 no.300



3 8198 311 853 764

Die Entstehung und rechtliche Ul main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D

1

H5

Historische Studien

no.297-300

